45. Jahrgang 1997 / 4. Heft / Oktober ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

JOCHEN STELKENS
Ulbrichts Sturz 1971

ANJA HEUSS
Das Sonderkommando Künsberg
und der Kulturgutraub in der Sowjetunion

GILAD MARGALIT
Die deutsche Zigeunerpolitik nach 1945

ROLF STEININGER
Großbritannien und der Vietnamkrieg 1964/65

DOKUMENTATION
Der Reichslandbund und die Regierung Schleicher 1932/33
(Bert Hoppe)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

45. Jahrgang | Heft 4 | Oktober 1997

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Jochen Stelkens — Machtwechsel in Ost-Berlin. Der Sturz Walter Ulbrichts 1971 503

Anja Heuß — Die „Beuteorganisation" des Auswärtigen Amtes. Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion 535

Gilad Margalit — Die deutsche Zigeunerpolitik nach 1945 557

Rolf Steininger — Großbritannien und der Vietnamkrieg 1964/65 . . . 589

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Bert Hoppe Von Schleicher zu Hitler. Dokumente zum Konflikt zwischen dem Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik 629

NOTIZ

Das TransCoop-Programm 659

ABSTRACTS 661

MITARBEITER DIESES HEFTES 663

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Suzan Hahnemann. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreis incl. gesetzlicher MWSt 1997: Jahresabonnement Inland DM 92,40 (DM 78,– + DM 14,40 Versandspesen); Österreich öS 693,– (569,– + 124,– Versandspesen); Schweiz und übriges Ausland DM/sFr 94,80 (78,– + 16,80 Versandspesen).
Studentenabonnement (nur Inland) DM 74,40 (60,– + 14,40 Versandspesen); Einzelheft DM 26,–, öS 190,–, sFR 26,– + Versandspesen. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JOCHEN STELKENS

MACHTWECHSEL IN OST-BERLIN

Der Sturz Walter Ulbrichts 1971

„Nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschlossen, das Zentralkomitee auf seiner heutigen Tagung zu bitten, mich von der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED zu entbinden. Die Jahre fordern ihr Recht und gestatten es mir nicht länger, eine solche anstrengende Tätigkeit wie die des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees auszuüben. Ich erachte daher die Zeit für gekommen, diese Funktion in jüngere Hände zu geben, und schlage vor, Genossen Erich Honecker zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees zu wählen."[1] Eher nüchtern und scheinbar auch gefaßt verabschiedete sich Walter Ulbricht am 3. Mai 1971 auf der 16. ZK-Tagung der SED von der großen Weltpolitik, und man hätte auf den ersten Blick vermuten können, daß es sich – hauptsächlich wegen seines fortgeschrittenen Alters – um einen reibungslosen Übergang zu seinem Nachfolger Erich Honecker handelte. Hermann Axen, schon damals und noch bis 1989 Mitglied des Politbüros sowie Sekretär des ZK für internationale Verbindungen, nährte nach dem Fall der Mauer solche Mutmaßungen[2]: „Die Ablösung war kein Coup, kein Komplott. Es war nicht gemanagt. Hätten wir das nicht getan, wäre Walter Ulbricht früher gestorben; wir haben sein Leben verlängert. Leicht ist ihm die Korrektur, die der VIII. Parteitag vornahm, und die Tatsache, daß er nicht mehr Erster Sekretär der Partei war, natürlich nicht gefallen. Schon auf dem 16. Plenum hatte er die Entscheidung ehrlich akzeptiert und Erich Honecker als seinen Nachfolger umarmt und beglückwünscht. Wir müssen Hochachtung vor Walter empfinden, der die Partei über alles stellte."[3]

Allerdings war schon ziemlich bald für DDR-Forscher im Westen klar, daß der Machtwechsel von Ulbricht zu seinem politischen Ziehsohn Honecker nicht so reibungslos verlaufen war, wie ihn die SED nach außen darstellen wollte. Zwar sprachen Peter Christian Ludz (1971)[4] und Fred Oldenburg (1972)[5] noch eher vorsichtig

[1] Ilse Spittmann, 16. ZK-Tagung: Rücktritt Ulbrichts (I), in: Deutschland Archiv 4 (1971), S. 547. Zum Thema Machtwechsel liegt nun auch die Arbeit von Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962–1972, Berlin 1997, vor; sie konnte aber nicht mehr ausgewertet werden.

[2] Vgl. Hermann Axen, Ich war ein Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996, S. 315.

[3] Ebenda, S. 326.

[4] Vgl. Peter Christian Ludz, Meinungen zum Führungswechsel in der SED, in: Deutschland Archiv 4 (1971), S. 572.

[5] Vgl. Fred Oldenburg, Die DDR ein Jahr unter Honecker. Der Wandel der Ideologie, in: Deutschland Archiv 5 (1972), S. 481.

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von einer „Ablösung" Ulbrichts, doch Hermann Weber ging in seinem 1974 erschienenen Buch „Die SED nach Ulbricht" einen Schritt weiter, indem er schrieb: „Die Absetzung Walter Ulbrichts im Mai 1971 und die Wahl Erich Honeckers zum 1. Sekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands brachten nicht allein eine wichtige personelle Veränderung in der Führungsspitze der DDR-Staatspartei, die seitherige Politik der SED läßt auch eine strategische Neuorientierung erkennen, deren Bedeutung für die weitere Entwicklung der DDR nicht unterschätzt werden darf."[6] Am weitesten aber wagte sich Ilse Spittmann bereits kurz nach dem Ost-Berliner Führungswechsel in der Juni-Ausgabe des „Deutschland Archivs" von 1971 nach vorn: „Walter Ulbricht, aus Alters- und Krankheitsgründen als Erster Sekretär des ZK der SED zurückgetreten und von vielen schon totgesagt, zeigte in den Wochen zwischen seinem Rücktritt und dem VIII. Parteitag durch vielfache Präsenz, daß er weder zu alt noch zu krank für sein Amt ist, sondern unerwünscht. Was sich schon in den ersten Tagen nach seinem Rücktritt vermuten ließ, verdichtete sich in den letzten Wochen immer mehr: Der große alte Mann des ostdeutschen Kommunismus ist nicht freiwillig abgetreten, um einem Jüngeren Platz zu machen, er ist gestürzt worden. In Ost-Berlin kann man das offen hören."[7]

War es zutreffend, Ulbricht als unerwünschte Person zu bezeichnen und, verschärfend, von einem Sturz des einstigen SED-Chefs zu sprechen? Honecker sah dies 19 Jahre später, nach seiner eigenen Entmachtung, keineswegs so. Seine Version des Machtwechsels lautete: „Der Vorschlag, ihn von seiner Funktion als Generalsekretär zu entbinden, kam ja von ihm, und wir haben unsererseits vorgeschlagen, daß er weiterhin der Vorsitzende des Staatsrates bleibt und Ehrenvorsitzender der Partei. Das war sogar ein Musterbeispiel, wie man ältere Genossen, die große Leistungen vollbracht haben, achtet ... Wenn ich die Dinge sehe vom Standpunkt, was mir geschah, so hält das überhaupt keinem Vergleich stand ... Außerdem, wir haben damals diese Kampagne wegen Privilegien, Amtsmißbrauchs und was nicht alles nie begonnen, sondern das war ein sehr kulturvoller Übergang von einem Älteren auf einen Jüngeren. Und wir haben auch weiterhin gut zusammengearbeitet."[8]

Nach Auswertung der Dokumente, die seit der Maueröffnung zugänglich wurden, wird man sich speziell der Darstellung Honeckers, man habe „auch weiterhin gut zusammengearbeitet", nicht anschließen können. Die frei gewordenen Papiere zeigen, daß die neue SED-Führung keinesfalls zimperlich mit ihrem ehemaligen 1. Sekretär umging, und sie beweisen, daß gerade Honecker es war, der den Sturz Ulbrichts maßgeblich betrieb. Eine wichtige Rolle spielte natürlich Leonid Breschnew, denn ohne seine Zustimmung war ein Machtwechsel im „Arbeiter- und Bauernstaat" undenkbar.

---

[6] Hermann Weber, Die SED nach Ulbricht, Hannover 1974, S. 7.

[7] Ilse Spittmann, Warum Ulbricht stürzte, in: Deutschland Archiv 4 (1971), S. 568.

[8] Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, Der Sturz. Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar 1990, S. 273.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im folgenden sollen die unmittelbaren Modalitäten des Sturzes kurz beleuchtet werden, um dann anhand der einschlägigen Überlieferungen zu klären, wie Ulbricht nach seinem Abgang tatsächlich behandelt wurde. Von zentraler Bedeutung ist hierbei das Protokoll der Politbürositzung vom 26. Oktober 1971. In dieser achtstündigen Marathon-Sitzung machten sich die SED-Spitzengenossen daran, mit der Ära Ulbricht abzurechnen. Sie redeten Tacheles, stießen dabei aber auf einen sich zunächst kräftig wehrenden Angeklagten. Weitere Dokumente verdeutlichen, daß nicht nur gewöhnliche DDR-Bürger stets damit rechnen mußten, überwacht und bespitzelt zu werden: Es erging Ulbricht in dieser Hinsicht nach seiner Entmachtung nicht anders. Sogar über seine Urlaubsaktivitäten war Honecker stets bestens informiert. Akten aus dem Parteiarchiv bestätigen es: An seinem Lebensende erfuhr Ulbricht das dichte Kontrollsystem, das er selbst mit geschaffen hatte, am eigenen Leibe.

I.

Spätestens auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED im Dezember 1970 deutete sich das Ende der Ära Ulbricht auch parteiintern an. Hier wurden zum ersten Mal öffentlich die akuten Versorgungsprobleme angesprochen, die sich seit 1970 auch auf die Stimmung der DDR-Bürger äußerst negativ auszuwirken begannen[9]. So kritisierte Hanna Wolf[10] in ihrem damals unveröffentlichten Diskussionsbeitrag zunächst die Tatsache, daß ZK-Tagungen in Krisenjahren wie beispielsweise 1970 eigentlich viel zu selten einberufen würden, und fragte spitz, ob das Politbüro nicht das Bedürfnis habe, sich mit dem Zentralkomitee zu beraten. Wolf wörtlich: „Ich stelle also die Frage nach der größeren Aktivierung des Zentralkomitees."[11] Das war eine verklausulierte Mißtrauensbekundung an die Adresse des Politbüros. Im weiteren Verlauf ihrer Rede sprach sie massive Versorgungslücken – vor allem im medizinischen Bereich – an. Sie sei bei diesem Thema mit Paul Verner[12] einer Meinung, der zuvor von einer „instabilen Versorgung" auf medizinischem Gebiet gesprochen hatte. Sie kritisierte, daß Betriebe zur Herstellung von Pharmazeutika planwidrig nicht gebaut worden seien, da die Computerproduktion wichtiger gewesen sei. So komme es vor, daß „in den Apotheken ... manchmal nicht einmal Hustensaft zu haben ist"[13]. Da die Leiterin der Parteihochschule mit ihrer Kritik nicht allein blieb und

[9] Die Versorgungsprobleme des Krisenjahres 1970 sind sehr ausführlich bei Gerhard Naumann/Eckhard Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker. 1970 – ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990, beschrieben.

[10] Hanna Wolf war damals Rektorin der SED-Parteihochschule „Karl Marx" und Mitglied des ZK der SED.

[11] Aus dem Diskussionsbeitrag des ZK-Mitglieds Hanna Wolf auf der 14. Tagung des ZK der SED, 9. bis 11. Dezember 1970, in: Naumann/Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker, S. 115.

[12] Paul Verner gehörte 1945 zur „Gruppe Ulbricht" und saß von 1963 bis 1984 als Vollmitglied im Politbüro. Ab Mai 1971 wurde er Nachfolger Honeckers als ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen.

[13] Naumann/Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker, S. 119.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch andere Ulbricht kaum noch verdeckt angriffen, entschloß er sich, die Flucht nach vorn anzutreten. Er hielt ein nicht abgesprochenes Schlußwort, das er auch veröffentlicht wissen wollte. Hier zeigte sich allerdings, daß seine über Jahrzehnte wirksame Autorität nur noch begrenzt funktionierte. In der Ausgabe des „Neuen Deutschland" vom 12. Dezember 1970 fand sein Schlußwort zwar Erwähnung, aber publiziert wurde es nicht[14]. Darüber hinaus wandten sich am 17. Dezember acht Politbüromitglieder und Kandidaten, darunter Honecker, schriftlich an den SED-Chef und forderten ihn auf, dieses Schlußwort auch in Zukunft nicht veröffentlichen zu lassen.

Honecker begründete seine Intervention unter anderem mit dem Argument, daß es bereits jetzt Diskussionen in der Partei gebe, weil Ulbricht in seinem Text mit keiner Silbe auf die Beschlüsse des Politbüros vom 8. September 1970[15] eingegangen sei. Wenn man die Rede abdrucke, fuhr er fort, käme ein klarer Gegensatz zu den vom ZK bestätigten Referaten zum Vorschein; eine Debatte über unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Partei wäre dann unausweichlich[16]. Ähnlich äußerte sich Kurt Hager[17]. Er warf Ulbricht vor, seine Ausführungen stünden nicht in Zusammenhang mit jenen Problemen, mit denen sich das Plenum befaßt habe. Zusätzliche, von Ulbricht geforderte Beschlüsse und Aufgabenstellungen hätten bewirkt, „daß der Plan 70 von vornherein nicht real war"[18]. Im Falle eines Erscheinens des Textes könne man in der Öffentlichkeit den Schluß ziehen, daß an den ökonomischen Schwierigkeiten die Plankommission oder die Regierung schuld seien. Besonders drastisch war die Kritik Horst Sindermanns[19]. Er schrieb: „[. . .] wir haben uns übernommen, haben die Entwicklung entscheidender Zweige für die proportionale

[14] Norbert Podewin, Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995, S. 441.

[15] Auf jener Sitzung beschloß das SED-Politbüro in Ulbrichts Abwesenheit die Grundzüge einer neuen Wirtschaftspolitik. Sie enthielten eine Absage an Ulbrichts ehrgeizige Automatisierungsmaßnahmen, die auf Kosten des Konsums gingen. Wie wichtig dieser Beschluß für den Verlauf der späteren 14. ZK-Tagung war, belegen Auszüge aus einem 26seitigen Dokument, das Honecker im Rückblick auf jene Tagung verfaßt hatte: „Mit dem Beschluß vom 8. 9. 1970 begann das Politbüro gegen den Willen des Genossen Ulbricht, der zu dieser Zeit noch 1. Sekretär des ZK war, aus der entstandenen Lage und ihren Ursachen die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen . . . Der Beschluß des Politbüros vom 8. 9. 1970, der von Genossen W. Stoph, Genossen G. Mittag u. a. Mitarbeitern des ZK unter Leitung des Genossen E. Honecker ausgearbeitet wurde, führte zu den Beschlüssen der 14. Tagung des Zentralkomitees [. . .]. Er bedeutete die Einleitung einer grundsätzlichen Korrektur der Wirtschaftspolitik [. . .]". In: Erich Honecker: Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik Walter Ulbrichts auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (künftig: SAPMO-BA), DY 30, J IV A/158.

[16] Auszüge aus Honeckers Brief an Ulbricht sind abgedruckt in: Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 346–350. Przybylski weist allerdings auf die umstrittene Autorenschaft Honeckers hin.

[17] Kurt Hager war seit Januar 1963 Mitglied des Politbüros.

[18] Brief Hagers an Ulbricht vom 17. 12. 1970, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

[19] Horst Sindermann war seit 1967 Mitglied des Politbüros und von 1963 bis 1971 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entwicklung, wie Zulieferindustrie, vernachlässigt ... Zwingt uns die wissenschaftlich-technische Revolution, Schulden bei Freunden zu machen? ... Wenn das Schlußwort veröffentlicht würde, werden alle von Meinungsverschiedenheiten im ZK sprechen!"[20] Ulbricht sah nun offenbar keinen Ausweg: Er lenkte ein. Noch am gleichen Tag schrieb er an alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros einen kurzen Brief, der mit den Worten begann: „Auf Grund der Einwendungen von Mitgliedern des Politbüros zum Schlußwort auf der 14. Tagung des ZK wird es nicht veröffentlicht."[21] Das lädierte die Autorität des eigenwilligen Sachsen beträchtlich. So jedenfalls sah es der Ulbricht-Intimus Alfred Neumann[22] in einem Gespräch mit Siegfried Prokop nach dem Untergang der DDR: „Die ZK-Tagung und das Nichtveröffentlichen der Rede von Walter war eine bestimmte Zäsur, ein grobes Geschütz, was Honecker im Politbüro in Stellung gebracht hatte. Das war eine grobe Sache, muß ich dir sagen. Da wunderte ich mich, daß das überhaupt ging."[23]

Schon wenige Wochen später entschieden sich 13 Mitglieder und Kandidaten des SED-Politbüros, ohne Wissen Ulbrichts, einen zur „Geheimen Verschlußsache" deklarierten siebenseitigen Brief an das Politbüro der KPdSU und namentlich an Breschnew zu schreiben[24]. Wie brisant dieses auf den 21. Januar 1971 datierte Dokument war, belegt die Tatsache, daß eine Kopie davon am 7. Dezember 1989 von der Ost-Berliner Staatsanwaltschaft im Haus von Willi Stoph beschlagnahmt wurde; sie war dort in einem fünffach versiegelten Umschlag aufbewahrt worden[25].

Als der Brief geschrieben wurde, umfaßte das höchste SED-Gremium insgesamt 20 Mitglieder und Kandidaten[26]. Die 13 Funktionäre, die das unter Honeckers Federführung verfaßte Schreiben[27] unterzeichneten, waren Hermann Axen, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Erich Honecker, Horst Sindermann, Willi Stoph, Paul Verner, Erich Mückenberger, Herbert Warnke, Werner Jarowinsky, Werner Lamberz, Gün-

---

[20] Brief Sindermanns an Ulbricht vom 17.12. 1970, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

[21] Brief Ulbrichts vom 17.12. 1970 an alle Kandidaten und Mitglieder des Politbüros, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158. Vgl. auch: Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 1: Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 105 f.

[22] Neumann saß seit 1958 als Vollmitglied im Politbüro. Im Juni 1968 wurde er 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates.

[23] Siegfried Prokop, Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann, Frankfurt (Oder) 1996, S. 230 f.

[24] Vgl. Przybylski, Akte Honecker, S. 110.

[25] Vgl. Andreas Borchers/Dieter Krause, Geheime Verschlußsache, in: Stern Nr. 51 (1990), S. 76.

[26] Hager schreibt in seinen Memoiren, daß das Politbüro damals insgesamt 21 Mitglieder und Kandidaten umfaßt habe. Er rechnet wohl noch Hermann Matern hinzu, der zu dieser Zeit allerdings im Sterben lag und schließlich am 24.1. 1971 verstarb. Vgl. Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 308.

[27] So Dietrich Staritz, Geschichte der DDR. Erweiterte Neuausgabe, Frankfurt a. M. 1996, S. 273. Allerdings stellte Axen diesen Sachverhalt nach der „Wende" anders dar. Auf die Frage, ob denn Honecker Initiator und Organisator des Briefes gewesen sei, antwortete er: „Nee, den Brief hat Abrassimow organisiert. Wir haben unterschrieben, weil wir sehr böse über das Verhalten Walter Ulbrichts waren. Uns ging es darum, daß Walter Ulbricht so rasch wie möglich nach Moskau fahren sollte, um mit Breshnew die Lage zu klären." Siehe hierzu Axen, Diener der Partei, S. 322.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ther Kleiber und der einstige Wirtschaftsreformer Günter Mittag. Wie Honecker auch Mittags Unterschrift bekam, teilte dieser Peter Przybylski im April 1992 mit. Glaubt man seinen Aussagen, dann hatte ihn Honecker zu sich bestellt, nachdem bereits elf Politbüro-Kollegen unterschrieben hatten. Da sich Honecker über Mittags wirklichen Standpunkt noch nicht ganz im klaren gewesen sei, habe er, so Mittag, ihm den brisanten Brief als einem der letzten Politbüromitglieder vorgelegt, um ihn vor „vollendete Tatsachen" zu stellen. Er habe damals unterzeichnet, weil Ulbrichts Wirtschaftspolitik „nicht länger zu verantworten und größenwahnsinnig geworden war"[28].

Interessant ist, welche Politbüromitglieder den Brief nicht unterschrieben. Es fehlten – Ulbricht nicht eingerechnet – sechs Spitzengenossen: Friedrich Ebert, Georg Ewald, Walter Halbritter, Margarete Müller, Alfred Neumann und Albert Norden. Ob Honecker meinte, auf ihre Unterschriften verzichten zu können, oder ob sie sich weigerten, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Im Falle Nordens ist zu vermuten, daß er die Unterzeichnung ablehnte. So schreibt Jochen Staadt, daß Norden, nachdem Ulbricht am 27. April 1971 im Politbüro seinen Rücktritt vollzogen hatte, gemeinsam mit ihm den Raum verlassen habe. „Norden stand Walter Ulbricht auch nach dessen Sturz als Parteichef zur Seite und arbeitete für ihn das Eröffnungsreferat aus, mit dem am 15. Juni 1971 der VIII. Parteitag der SED beginnen sollte."[29] Halbritter könnte seine Unterschrift deshalb verweigert haben, weil er Anfang der sechziger Jahre einer der Hauptverantwortlichen für die Gestaltung des „Neuen Ökonomischen Systems" (NÖS) gewesen war, das mit der Machtübernahme Honeckers aufgegeben wurde. Glaubt man den Aussagen des damaligen Politbüromitglieds Alfred Neumann, so kommt man zu dem Schluß, daß auch er die Unterzeichnung des Briefes ablehnte. Neben der Feststellung, daß sich Honecker während seiner Tätigkeit im Sekretariat des ZK „ausgetobt" und „Stimmung gegen Walter"[30] gemacht habe, beschrieb er sein Verhältnis zu Ulbricht so: „Ich habe Ulbricht bis zuletzt unterstützt. Das war für mich klar."[31]

Der Brief an die „teuren Genossen" in Moskau begann mit der Feststellung, daß es im Politbüro in der letzten Zeit zu einer sehr schwierigen Lage gekommen sei, wofür Ulbricht eindeutig die Schuld trage. Dadurch würde die politische und organisatorische Führungstätigkeit der Partei in einer Phase geschwächt, in der sie ihre ganze Kraft zur Bewältigung der innenpolitischen Probleme sowie der Meisterung der außenpolitischen Aufgaben benötige. Außerdem bemängelten die SED-Politiker, daß Ulbricht seit Mitte 1970 nicht mehr in der Lage gewesen sei, die Realität richtig einzuschätzen. In diesem Zusammenhang warfen sie ihm vor, sich nicht an die ZK- und Politbürobeschlüsse zu halten, sie vielmehr immer wieder in Frage zu stellen, und führten dazu die 14. ZK-Tagung und das Schlußwort Ulbrichts an: „Nachdem die

[28] Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 169f.
[29] Jochen Staadt, Walter Ulbrichts letzter Machtkampf, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 697f.
[30] Prokop, Poltergeist im Politbüro, S. 225.
[31] Ebenda, S. 227.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

14. Tagung des Zentralkomitees (9. bis 11. Dezember 1970) eine realistische Einschätzung der inneren, insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung und eine entsprechende Zielstellung erarbeitet und gebilligt hatte, hielt Genosse Walter Ulbricht ein Schlußwort, das in seiner Grundtendenz nicht mit dem, was auf dieser Tagung gesagt wurde, und unserer gemeinsamen Linie übereinstimmte."[32]

Auch gegenüber der Bundesrepublik verfocht Ulbricht nach Meinung des Politbüros eine eigene Linie, die das mit der KPdSU abgesprochene Vorgehen der SED empfindlich störte. Da er immer mehr von den gemeinsamen Beschlüssen der Bruderparteien des Warschauer Paktes abweiche, sei nicht mehr gewährleistet, daß der bevorstehende VIII. Parteitag zu einer einheitlichen Meinung auf dem Gebiet der internationalen Fragen kommen könne. Auf der einen Seite stünde dann die Meinung der Mehrheit des Politbüros und des Zentralkomitees, auf der anderen die des Genossen Ulbricht. Wörtlich hieß es: „Leider sind die Meinungsverschiedenheiten nicht nur in unserer Partei, sondern dank der Umgebung des Genossen Walter Ulbricht auch im Westen bekannt geworden."[33] Ferner wurde kritisiert, daß Ulbricht sich zunehmend für unfehlbar halte und sich gern auf einer Stufe mit Marx, Engels und Lenin sehe. Die Tatsache, daß er für seine DDR „Modellcharakter" beanspruchte, störte seine bisherigen Mitstreiter ebenfalls: „Seine Haltung gipfelte in einer Behauptung im Politbüro, daß er ‚unwiederholbar' sei. Die übertriebene Einschätzung seiner Person überträgt er auch auf die DDR, die er immer wieder in eine ‚Modell-' und ‚Lehrmeisterrolle' hineinmanövrieren will."[34]

Dann formulierten die Rebellen konkrete Vorschläge zur „Entschärfung" der Situation. Sie besagten, daß Ulbricht mit dem Segen Moskaus entmachtet werden sollte, und zwar nach der Art, die Breschnew Honecker bereits im Juli des vorangegangenen Jahres vorgeschlagen hatte[35]: „Wir sind der Ansicht, daß eine solche Lösung darin bestehen könnte, daß die Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED sehr bald von der des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR getrennt wird und Genosse Walter Ulbricht nur die Funktion des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR ausübt."[36] Dabei müßten freilich zugleich die Befugnisse des Staatsrates beschränkt werden, womit eine Einstellung jener Aktivitäten verbunden wäre, die zum Verantwortungsbereich des Ministerrates der DDR gehörten. Überdies war

[32] Brief von 13 Mitgliedern des SED-Politbüros an das Politbüro der KPdSU und an Breschnew vom 21.1. 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158. Dieser Brief ist abgedruckt in: Przybylski, Akte Honecker, S. 297–303.

[33] Ebenda.

[34] Ebenda.

[35] Breschnew sprach am 28.7. 1970 unter vier Augen mit Honecker von einer „mittleren Variante". Es habe sich, so Breschnew zu Honecker, ja bereits ein natürlicher Prozeß vollzogen, und selbst der Gegner rechne schon damit, „[. . .] daß du die Parteiarbeit leitest und Walter als Vorsitzender des Staatsrates wirkt." Protokoll der Unterredung zwischen Breschnew und Honecker am 28.7. 1970 in Moskau, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158. Die Unterredung ist abgedruckt in: Przybylski, Akte Honecker, S. 280–288.

[36] Brief von 13 Mitgliedern des SED-Politbüros an das Politbüro der KPdSU und an Breschnew vom 21.1. 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Ansicht der Unterzeichner der Staatsrat unter die Kontrolle des Politbüros zu stellen. Mit anderen Worten: Nach außen sollte der Sturz Ulbrichts als ein „normaler Übergang" von einem Älteren zu einem Jüngeren dargestellt werden. Dabei würde der Ältere das höchste Staatsamt behalten. Intern traf man aber gleichzeitig alle Vorkehrungen, die Macht des Staatsrates empfindlich zu beschneiden. Mit der Bitte an Breschnew, bald mit Ulbricht zu sprechen und ihn auf der Grundlage der gemachten Vorschläge sowie wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes zum „Rücktritt" zu überreden, endete das Schreiben.

II.

Breschnew ließ sich noch etwas Zeit, denn er war mit der Vorbereitung des eigenen XXIV. Parteikongresses beschäftigt. Doch Honecker und seine Mitstreiter waren sich offensichtlich sicher, daß ihre Bitte in Moskau ernst genommen und unterstützt werden würde; jedenfalls schlossen sie Ulbricht als 1. Sekretär von ihren Planungen für den VIII. Parteitag aus. Belegt wird dies durch ein undatiertes handschriftliches Papier[37], das – so schreibt Przybylski – im Februar oder März 1971 verfaßt worden sein muß[38]. In ihm wurde festgehalten, daß die 16. Tagung des ZK noch im April (also vor dem VIII. Parteitag) durchzuführen sei. Auf ihr sollte durch ein Kommuniqué mitgeteilt werden, daß einer „Bitte des Genossen WU entsprechend – er von Funktion 1. Sekr. entbunden wurde"[39].

Am 8. Februar 1971 reiste Ulbricht mit seiner Frau in die Sowjetunion. Einen Tag später meldete die „Prawda", daß Ulbricht sich mit dem KPdSU-Generalsekretär Breschnew getroffen habe. Die Ulbrichts blieben nun einige Wochen in der Sowjetunion – allerdings wurde in der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben, wohin das Ehepaar fuhr. Am 14. März schließlich hatte Ulbricht wieder eine ausgiebige Unterredung mit Breschnew. Auch über diese Zusammenkunft informierte die „Prawda" einen Tag später auf Seite eins. Der Moskau-Kenner Wolfgang Leonhard vermutet, daß Honecker die Abwesenheit Ulbrichts nutzte, den angestrebten Machtwechsel zu planen[40].

Am 29. März, also schon zwei Wochen danach, begab sich eine hochkarätig besetzte SED-Delegation zum XXIV. KPdSU-Parteitag in die sowjetische Hauptstadt. Nach ihrer Ankunft wurden die fünf höchsten SED-Funktionäre in dieser Reihenfolge erwähnt: Zunächst Ulbricht als 1. Sekretär, danach Regierungschef Stoph und dann schließlich an dritter Position Honecker; es folgten Axen und Verner[41]. Man-

[37] SAPMO-BA, DY 30, Vorl. SED, 41656. Eine mit Maschine geschriebene Abschrift existiert ebenfalls, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158. Abgedruckt ist dieses Dokument auch in: Przybylski, Akte Honecker, S. 304–309.

[38] Ebenda, S. 113.

[39] SAPMO-BA, DY 30, Vorl. SED, 41656.

[40] Wolfgang Leonhard, Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, Stuttgart 1990, S. 143.

[41] Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ches deutet darauf hin, daß Honecker Ulbrichts Anwesenheit in Moskau verhindern wollte. Er befürchtete offenbar, Ulbricht könne den sowjetischen Generalsekretär erneut dazu bringen, seine Ablösung zu verschieben[42]. Gestützt wird diese Überlegung vor allem durch das Protokoll einer Sondersitzung des SED-Politbüros vom 26. März 1971. In Abwesenheit Ulbrichts war beschlossen worden, ihn aufzufordern, die Reise nach Moskau zu unterlassen. Die Begründung stützte sich auf ein Gutachten des Regierungskrankenhauses, in welchem dem Parteichef mit Blick auf seinen Gesundheitszustand und die damit verbundenen lebensbedrohlichen Risiken abgeraten wurde, die Reise anzutreten. Für den Fall, daß sich Ulbricht weigerte, hieß es: „Sollte Genosse W. Ulbricht der Auffassung des Politbüros nicht zustimmen, so werden ihn die Genossen darauf aufmerksam machen, daß damit Genosse Ulbricht die volle Verantwortung für die entstehende Lage tragen muß."[43]

Doch Ulbricht ließ sich nicht einschüchtern, er fuhr und hielt auf dem Parteitag am 31. März sogar eine Begrüßungsrede, in der er daran erinnerte, daß er Lenin noch persönlich gekannt habe (was unter Kommunisten viel galt), und erneut die DDR als Modell für die industriell entwickelten sozialistischen Länder pries. Solche Aussagen stießen bei den sowjetischen Zuhörern auf empörte Skepsis, und Ulbricht wurde denn zwischen dem 31. März und 8. April in den sowjetischen Zeitungen auch mit keiner Silbe erwähnt. Sie konzentrierten sich in der ersten Aprilwoche vielmehr auf die Person Honeckers[44]. Von Ulbricht war erst am 8. April wieder etwas zu lesen, als über dessen Besuch in der sowjetischen Staatlichen Plankommission „Gosplan" informiert wurde. Man behandelte ihn also wie einen durchschnittlichen Block-Kommunisten, der gekommen war, um sich vom Plankommissionsvorsitzenden Baibakow darüber aufklären zu lassen, wie staatliche Planung funktioniert[45].

Schließlich führte Breschnew das vom SED-Politbüro gewünschte Gespräch mit Ulbricht. Przybylski und Podewin vermuten übereinstimmend, diese Unterredung habe um den 12. April 1971 herum stattgefunden. An diesem Tag war nämlich in einer ADN-Meldung zu lesen: „Treffen Leonid Iljitsch Breshnews mit Walter Ulbricht und Erich Honecker."[46] Laut den „sowjetischen Genossen", so erzählte Axen nach der

[42] Ulbricht war es in einer vierstündigen Unterredung mit Breschnew am 21.8. 1970 schon einmal gelungen, den Kreml-Chef davon zu überzeugen, ihn im Amt des 1. Sekretärs zu belassen. Breschnew sagte nach dem Gespräch damals: „Es gibt keinerlei Ursache zur Änderung. Es hat keinen Sinn, die Ergebnisse der mehr als 20 Jahre fester Zusammenarbeit in Frage zu stellen. Wir gelangten im Gespräch zu der Meinung, alles zu löschen, was jetzt vorgefallen war. Wichtig ist, daß alle an einem Strang ziehen." Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21.8. 1970, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/ 158. Auszüge sind abgedruckt in: Przybylski, Akte Honecker, S. 289–296.

[43] Podewin, Walter Ulbricht, S. 452 f.

[44] Dabei ging es um Reden Honeckers in Magnitogorsk und in der Moskauer Automobilfabrik Lichatschow.

[45] Leonhard, Das kurze Leben der DDR, S. 143 ff.

[46] Norbert Podewin, „... der Bitte des Genossen Walter Ulbricht zu entsprechen". Hintergründe und Modalitäten eines Führungswechsels, in: Hefte zur DDR-Geschichte 33, Berlin 1996, S. 43. Vgl. dazu Przybylski, Akte Honecker, S. 114.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Wende", sei es mit Ulbricht „ein sehr schwieriges Gespräch gewesen . . . bevor er die Argumente eingesehen hätte"[47]. Wieder in der DDR zurück, wurde Ulbricht zusätzlich, wie Mückenberger[48] im Februar 1990 als Zeuge aussagte, vom eigenen Politbüro regelrecht bearbeitet. Mückenberger wörtlich: „Walter Ulbricht wurde von uns mehrfach angeraten, auf Grund seiner Krankheit die Funktion des 1. Sekretärs abzugeben. Aber Ulbricht wollte nicht. 1971, vor dem VIII. Parteitag der SED, wurde in einer Sitzung des Politbüros durch Erich Honecker die Frage an Walter Ulbricht gestellt, daß er auf Grund seines Gesundheitszustandes nicht mehr in der Lage ist, die Funktion des 1. Sekretärs zu bekleiden und die Interessen der Partei und des Staates erfordern einen Wechsel an der Spitze. Das Politbüro stand hinter diesem Vorschlag, und Walter Ulbricht war dann notgedrungen aufgefordert, von sich aus zurückzutreten."[49]

Dramatischer beschrieb Markus Wolf[50] in seinen Memoiren die Geschehnisse unmittelbar vor Ulbrichts Sturz. Nach seiner Erinnerung kam es auf Ulbrichts Sommersitz Dölln zur „entscheidenden Konfrontation". Honecker, der dorthin von mit Maschinenpistolen bewaffneten Personen der „Hauptabteilung Personenschutz" begleitet worden sei, habe sich auf seine Weisungsbefugnis als verantwortlicher ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen berufen und gleichzeitig befohlen, „alle Tore und Ausgänge zu besetzen und die Nachrichtenverbindungen zu kappen". Wolf: „Honecker schien also entschlossen, seinen Ziehvater festzusetzen, falls dieser sich seinen Forderungen verweigern sollte. Soweit kam es nicht. Nach eineinhalbstündiger harter Auseinandersetzung resignierte Ulbricht, verlassen von Moskau und der Mehrheit des Politbüros. Er unterschrieb das geforderte Rücktrittsgesuch an das Zentralkomitee."[51] Mit den Worten „Das Politbüro des ZK der SED dankt Ihnen, Genosse Leonid Iljitsch Breschnew, für das Verständnis und die Zustimmung zu dem von Genossen Ulbricht unterbreiteten Vorschlag" bedankte sich die SED-Parteispitze am 27. April für die Unterstützung Breschnews[52]. Schon am 10. Mai 1971 schrieb das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel", daß das ZK-Protokoll die zunächst geheimgehaltene Personalentscheidung eigentlich schon vorzeitig preisgegeben habe. Es sei erstmals seit Jahren von der bisher geltenden Reihenfolge abgewichen und habe bei der Rückkehr der SED-Funktionäre aus Moskau am 13. April nicht mehr Stoph an zweiter Stelle hinter Ulbricht genannt, sondern Honecker. Der Spiegel-Redakteur zog daraus den Schluß, Moskau habe sich damit endgültig für Honecker als Nachfolger Ulbrichts entschieden[53].

Glaubt man den Aussagen des sowjetischen Offiziers Juri Bassistow, dann entschied sich Ulbrichts Schicksal nach einer Aktion, von der nicht mehr als drei oder

---

[47] Axen, Diener der Partei, S. 324.

[48] Erich Mückenberger war wie Honecker seit 1958 Vollmitglied im Politbüro.

[49] Przybylski, Akte Honecker, S. 114.

[50] Markus Wolf war bis 1986 Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit sowie Stellvertretender Minister für Staatssicherheit.

[51] Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997, S. 256 f.

[52] Przybylski, Akte Honecker, S. 114.

[53] „Walter Ulbricht – das sind wir alle", in: Der Spiegel Nr. 20 (1971), S. 33.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vier Personen wußten. Es handelte sich dabei um einen strikt geheim gehaltenen Flug des SED-Politbüromitglieds Werner Lamberz nach Moskau, der – nach Bassistow – „kurz vor dem 1. Mai 1971" stattfand. Lamberz' Mission hatte das Ziel gehabt, bei Breschnew den „endgültigen Segen" für den Machtwechsel einzuholen. Bassistow sei damals von seinem direkten Vorgesetzten, Generaloberst Malzew, unterrichtet worden, daß nur Botschafter Abrassimow und sie beide von diesem „streng geheimen Auftrag" wissen dürften, denn es war vorgesehen, Lamberz in einer sowjetischen Militärmaschine nach Moskau zu bringen. Nach Lamberz' Rückkehr am nächsten Tag begleitete Bassistow den SED-Politiker vom Flugplatz nach Ost-Berlin. „Lamberz war in guter Stimmung und teilte kurz mit, daß alles gut verlaufen und die Entscheidung gefallen sei,"[54] erinnerte sich Bassistow in einem 1994 erschienenen Aufsatz[55]. Wie in dem erwähnten internen Papier der SED geplant, wurde Ulbricht sodann auf der 16. ZK-Tagung der SED – sie fand allerdings nicht mehr im April statt – am 3. Mai 1971 von seiner Funktion als 1. Parteisekretär entbunden. Honecker nahm seinen Platz ein.

Den Recherchen des MfS zufolge wurde der „Rücktritt" Ulbrichts durchaus bedauert, obwohl man der Funktionsübernahme Honeckers überwiegend zustimmte. Trotzdem war laut MfS auch leise Kritik gegenüber dem Nachfolger artikuliert worden, zwar nur in „einigen Fällen – jedoch in allen Bezirken der DDR –"[56]. Bemängelt wurde unter anderem, daß Honecker weniger „volkstümlich" als Ulbricht sei und viel weniger Erfahrung habe. Man sah voraus, daß er in Zukunft einen „harten Kurs" einschlagen würde, und man hielt ihn, jeweils in „Einzelfällen", für einen „Stalinisten" und „Dogmatiker". Unter Honecker werde es zu einer stärkeren „Abgrenzung gegenüber der BRD" kommen, während Ulbricht in dieser Hinsicht als „Realist" und „ausgleichender Faktor" beschrieben wurde. Ferner mutmaßten die Skeptiker, daß mit der Ablösung Ulbrichts „die ‚Periode der großen Einzelpersönlichkeiten' in der Führung der SED" nunmehr vorbei sei[57].

III.

Nach der DDR-Verfassung blieb Ulbricht als Vorsitzender des Staatsrates auch weiterhin der erste Mann im Staate, doch seit der Machtübernahme Honeckers mußte er sich mehr und mehr mit der Wahrnehmung von rein protokollarischen und repräsentativen Aufgaben begnügen. Sein Autoritätsverlust schritt weiter fort, was sich ja schon seit dem Herbst 1970 verstärkt abgezeichnet hatte. Es wurde zur Gewißheit: Die „Ära Ulbricht" sollte vergessen gemacht werden. Kennzeichen hierfür war

[54] Juri W. Bassistow, Die DDR – ein Blick aus Wünsdorf. Persönliche Eindrücke eines russischen Offiziers, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44 (Beilage 40, 1994), S. 52.
[55] Ebenda, S. 51 f.
[56] Staritz, Geschichte der DDR, S. 274.
[57] Ebenda, S. 274 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

etwa die Umbenennung der „Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft ‚Walter Ulbricht'". Die Kaderschmiede für den Staatsapparat in Potsdam-Babelsberg büßte neben dem Beiwort „deutsch" auch den Namen ihres Gründers ein. Darüber hinaus verschwanden im Laufe der Zeit Briefmarken mit dem Portrait des einstigen Parteichefs. Ferner wurde das Ost-Berliner „Walter Ulbricht-Stadion" zunächst von den Medien nur noch als „Stadion an der Chausseestraße" erwähnt und schließlich vor den 1973 stattfindenden „Weltfestspielen der Jugend und Studenten" in „Stadion der Weltjugend" umbenannt[58]. Bei Honecker dagegen bündelte sich immer mehr Macht. Nach der Wahl zum 1. Sekretär der Einheitspartei im Mai 1971 wurde er von der Volkskammer im Juni auch zum Vorsitzenden des mächtigen Nationalen Verteidigungsrates der DDR gekürt.

Wie die SED-Spitze mit dem immer noch im Politbüro sitzenden Ulbricht umging, dokumentiert das Protokoll einer Sitzung vom 26. Oktober 1971. Ulbricht wollte sich an diesem Tag nach wochenlanger Krankheit zur Arbeit zurückmelden. Schon während seines Aufenthalts im Ost-Berliner Regierungskrankenhaus hatte er sich wegen seiner zunehmenden Isolierung beklagt[59]. Zu Beginn der Sitzung erstattete Honecker zunächst einen Bericht über die Krankengeschichte Ulbrichts. Er ist im Protokoll nicht wortgenau festgehalten, zu lesen ist dort lediglich: „Zu Beginn gab Genosse Erich Honecker eine Information über den Krankheitsverlauf bei Genossen W. Ulbricht, über die Einschätzung, die die Ärztekommission dazu hat, und das Verhalten des Genossen Ulbricht zu den Ärzten und zu den von ihnen erfolgten Festlegungen. Außerdem schilderte er den Besuch von Genossen des Politbüros bei Genossen Ulbricht und die Stellungnahme des Genossen Ulbricht dazu."[60]

Dieser Besuch war konfliktreich verlaufen, denn man wollte Ulbrichts Einverständnis für eine Pressenotiz über seinen, nach Ansicht der Ärzte, noch immer schlechten Gesundheitszustand. Doch Ulbricht fühlte sich schon wieder arbeitsfähig, sah in der Veröffentlichung einen Affront und weigerte sich zunächst, die Abgesandten der Führung, Paul Verner und Werner Jarowinsky[61], zu empfangen. Er hatte in seinem Krankenzimmer nach eigener Aussage die „Telefonstrippen abgerissen"[62] und sich obendrein Besuch ausdrücklich verbeten. Erst nachdem Ulbrichts Frau vermittelnd eingegriffen hatte, kam es zum geplanten Gespräch, in dessen Verlauf Verner dem Kranken die erwähnte Pressenotiz präsentierte, in der stand, daß

[58] Karl Wilhelm Fricke, Wird Ulbricht zur Unperson?, in: Deutschland Archiv 6 (1973), S. 233. Siehe auch Podewin, Walter Ulbricht, S. 483 ff.

[59] Das Kesseltreiben der Genossen, in: Stern Nr. 52 (1990), S. 89.

[60] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1. Protokollauszüge dieser Politbürositzung sind abgedruckt in: Stern Nr. 52 (1990), S. 89 ff. Protokollauszüge finden sich ebenfalls in: Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 38 ff.

[61] Jarowinsky war 1971 Kandidat des SED-Politbüros.

[62] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ulbricht schwer erkrankt sei und deshalb noch für mehrere Wochen in der Obhut der behandelnden Ärzte bleiben müsse[63].

Diese Begebenheit wurde am 26. Oktober 1971 im Politbüro zum zentralen Streitpunkt. Erbost kommentierte Ulbricht: „Das war, als ich auf dem Röntgentisch gelegen hatte. Ich war gerade in der richtigen Verfassung und er hat mir vorgelegt einen Entwurf der Mitteilung des Politbüros, da heißt es am Ende: Dem Rat der Ärzte entsprechend wird die Behandlung noch mehrere Wochen andauern. Das hat mich in Wut gebracht. Da kommt Verner, um die Öffentlichkeit zu informieren, daß Ulbricht noch wochenlang krank bleibt. Das habe ich abgelehnt."[64] Auch die nachträgliche Begründung des Politbüros, die geplante Notiz über seinen Gesundheitszustand sei die Reaktion auf ständige Anfragen von DDR-Bürgern gewesen, konnte ihn nicht beruhigen. Vielmehr versuchte er seine Kollegen unter Druck zu setzen, indem er drohte, über seinen „wirklichen Zustand" offen in der Volkskammer und vor dem ZK zu reden. Trotzig bemerkte er schließlich: „Ich habe genügend Charakter, um nicht alles hinzunehmen."[65]

Überhaupt demonstrierte Ulbricht viel Selbstbewußtsein in der Diskussion im Politbüro. Gleich zu Beginn behauptete er, er könne nach Meinung der Ärzte seine Pflichten als Staatsratsvorsitzender bis in die achtziger Jahre ausüben. Er sei ja schließlich vollständig wiederhergestellt worden. Nur über den Zustand seiner Nerven seien die Ärzte besorgt, fügte er hinzu[66]. Doch das sei kein Wunder, wenn er hören müsse, Hans Rodenberg[67] habe Honecker erzählt, er hätte sich darüber beschwert, aus dem politischen Leben ausgeschaltet zu werden wie seinerzeit Chruschtschow[68]. Da ihm vor allem Breschnew eine – wie immer geartete – politische Nähe zu Chruschtschow übel nehmen konnte, beeilte er sich, diese Version schleunigst zu entkräften und sein Verhältnis zu Chruschtschow als äußerst gespannt darzustellen[69]: „Wer sich diese Lüge ausgedacht hat, kann ich nicht wissen. Wer sich das ausgedacht hat, hat keine Ahnung von der Entwicklung der damaligen Zeit und von meinem Verhältnis zu Chruschtschow ... als Chruschtschow in die DDR kam, schimpfte er die ganze Zeit bis Magdeburg auf mich."[70] Bereits drei Tage vor der Po-

---

[63] Vgl. Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 36f.

[64] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

[65] Ebenda.

[66] Siehe dazu Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 39.

[67] Hans Rodenberg war Schauspieler und Regisseur sowie Mitglied des Staatsrates.

[68] Honecker hatte stichpunktartig in einem undatierten Papier mit dem lapidaren Titel „Zu einigen aktuellen Fragen" alle angeblichen Beschuldigungen Rodenbergs festgehalten: „– Er [Ulbricht] lasse sich nicht behandeln wie man Chruschtschow behandelt habe – er wolle nicht das Schicksal von Chruschtschow erleiden; – er bezeichnete Gen. G. Mittag als einen Verräter; – er würde Genn. Prof. Wittbrodt wegen Verletzung des Ärztegeheimnisses vor Gericht stellen – durch Generalstaatsanwalt oder Justizminister; – Sein früherer Arzt sei an seinem Krankheitszustand schuld, Verbrecher gehören ebenfalls vor Gericht." In: SAPMO-BA, DY 30, Vorl. SED, 41656.

[69] Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 38.

[70] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

litbürositzung hatte Ulbricht einen Brief[71] an Rodenberg geschrieben, in dem er ihn aufforderte, seine Behauptungen gegenüber Honecker zu berichtigen. Zum Beweis führte er insgesamt sechs Punkte auf, die seinen Konflikt mit Chruschtschow beweisen sollten. Dabei sei es vor allem um wirtschaftliche Rechnungsführung und das ökonomische System gegangen. In der Politbürositzung versuchte Ulbricht nun zusätzlich, die Sache mit Rodenberg herunterzuspielen, indem er Rodenberg bezichtigte, betrunken gewesen zu sein: „Nun, Genosse Rodenberg hatte etwas getrunken, wir waren sehr fröhlich, wir hatten alle etwas getrunken, den ukrainischen Wodka."[72]

Nach Ulbricht sprach Regierungschef Willi Stoph. Er forderte angesichts der „unbefriedigenden Stellungnahme" seines Vorredners „ernste Konsequenzen" und ging sogar so weit, Ulbricht statutenwidriges Verhalten vorzuwerfen, weil dieser verbale Angriffe auf Honecker und das Politbüro gestartet habe. Darüber hinaus, so Stoph verärgert, sei Ulbricht nicht berechtigt gewesen, bereits gefaßte Politbürobeschlüsse öffentlich in Frage zu stellen. Er habe sich wie jeder andere an die Parteidisziplin zu halten. „Im Mittelpunkt kann nicht die Person des einzelnen stehen. Im Mittelpunkt muß die Partei, die Erfüllung der Beschlüsse stehen. Wenn ein Genosse wie Du nur noch sich sieht und alles dreht sich um seine Person, dann ist das nicht in Ordnung. Wir können uns die ungerechtfertigten Angriffe nicht länger gefallen lassen und müssen Garantien für die Zukunft schaffen und entsprechende Festlegungen treffen."[73]

In dieses Horn stieß auch Günter Mittag. Auch nach seiner Ansicht konnte es nur eine Linie der Partei geben. Mittag bestand ferner darauf, daß Ulbricht „seine verleumderische, intrigantenhafte Tätigkeit" einstelle. Es sei erforderlich, so Mittag zum Abgesetzten, mit aller Klarheit dessen „falsche" Handlungen in der Vergangenheit zuzugeben. Das war starker Tobak, zumal Ulbricht die Karriere Mittags in den sechziger Jahren stark gefördert und Mittag die NÖS-Reformen zu Beginn tatkräftig unterstützt hatte. Doch Mittag ging noch weiter. Er stellte die Frage, ob nach all dem bisher Geschehenen Ulbricht überhaupt noch zum Staatsratsvorsitzenden gewählt werden könne. Sein Verhalten, so Mittag spitz, rechtfertige das nicht.

Daß sein ehemaliger Weggefährte ins Honecker-Lager übergetreten war, hatte Ulbricht offenbar tief getroffen. Jedenfalls leugnete er im Politbüro nicht, sich sehr kritisch über den Wirtschaftslenker geäußert zu haben. Er habe im Zusammenhang mit der Rolle Mittags zwar nicht das Wort „Verräter" benutzt, dafür aber einen Ausdruck, der „nicht schwächer" gewesen sei[74]. Tatsächlich bemerkenswert war, daß es Mittag gelang, sich auch unter dem neuen 1. Sekretär bis 1989 in verantwortungsvoller Position zu halten, obwohl er in den sechziger Jahren zum Flügel der von Honecker wenig geliebten Wirtschaftsreformer gehörte. Den Aufzeichnungen Wer-

---

[71] Brief Ulbrichts an Rodenberg vom 23.10. 1971 in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158. Der Brief ist abgedruckt in: Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 351 f.

[72] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

[73] Ebenda.

[74] Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ner Krolikowskis[75] aus dem Jahre 1980 ist zu entnehmen, daß Honecker Mittag deshalb „zuerst auf seiner Abschußliste"[76] hatte. Weiter notierte Krolikowski: „Und vor dem VIII. Parteitag haben viele Genossen des PB (Stoph, Verner, Axen, Lamberz, Hager, Grüneberg usw.) zu EH gesagt, daß GM nicht in das Politbüro gehört."[77] Doch der neue Mann entschied sich anders. Glaubt man Krolikowskis Notizen, dann trieb Honecker ein „besonderes Spiel, denn er wußte, daß GM sein skrupelloser Diener wird. In Anwesenheit von W. Stoph stellte EH auf seiner Jagdhütte GM zur Rede und stellte ihn vor die Alternative: entweder mit W. Ulbricht zu brechen und ihm zu dienen oder er fliege aus dem PB. GM hatte sich danach für EH entschieden, aber noch scheinheilig in der letzten Periode, wo W. Ulbricht 1. Sekretär des ZK war, demselben weiter zur Seite gestanden."[78] Auch Axen wertete nach der „Wende" Mittags Verhalten als wenig positiv. Auf die Frage, ob es denn ehrlich gewesen sei, daß Mittag beim Kurswechsel Honecker unterstützte, antwortete er: „Meiner Meinung nach war das nicht ehrlich. Ich meine, er hat einfach die Schlußfolgerung gezogen, daß er sich anpassen müsse. Aufgrund unserer Kritik und Forderung hat dann Erich Honecker mit ihm und auch mit Stoph gesprochen. Stoph hat sich danach eingedenk der Kritik bereit erklärt, Mittag – neben Ali Neumann – zu einem der ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten zu machen, zuständig für wirtschaftliche Fragen. So ist es geschehen. Mittag blieb Mitglied des Politbüros. Nach zwei Jahren wurde dies wieder korrigiert."[79]

Honecker machte sich die Entscheidung für oder gegen Mittag keinesfalls so leicht, wie Krolikowski 1980 andeutete. Zwar hatte die Einschätzung, Mittag würde auch sein „Diener" sein, offenbar eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, doch wichtig für Honecker waren vor allem Mittags Dynamik, Flexibilität und auch sein ökonomisches Wissen. Diese Fähigkeiten hatte dieser schon bei der Ausarbeitung des NÖS unter Beweis gestellt. Bestärkt haben dürfte Honecker außerdem die Tatsache, daß Mittag den Politbürobeschluß vom 8. September 1970 zur Änderung der Wirtschaftspolitik mit ausgearbeitet hatte. Überdies schließlich hatte sich Mittag – wie bereits erwähnt – im Januar 1971 auch bereit erklärt, den Brief an Breschnew, der die Absetzung Ulbrichts verlangte, zu unterschreiben[80].

In seinen 1991 publizierten Memoiren stellte Mittag die Dinge allerdings ganz anders dar. Er habe sich von Honecker keinesfalls einspannen lassen, sondern sich gegen vieles[81] gewendet. Es sei dann schließlich ja auch für ihn zu „persönlichen Kon-

[75] Krolikowski war von 1960 bis 1973 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden. Zwischen 1973 und 1976 wurde er als Nachfolger Mittags ZK-Sekretär der SED für Wirtschaft.

[76] Notiz Werner Krolikowskis: „Über das Verhältnis von Erich Honecker und Günter Mittag" vom 12. November 1980, in: Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 356.

[77] Ebenda.

[78] Ebenda.

[79] Axen, Diener der Partei, S. 343 f.

[80] Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 46 f.

[81] Mittag erwähnt beispielsweise die Mengenplanung nach Stück in der Leichtindustrie sowie die Preisgruppenplanung, nach der ein bestimmter festgelegter Anteil der Produktion auf eine untere,

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sequenzen" gekommen[82], was in der Tat zutraf: 1971 wurde Mittag nicht in den Staatsrat gewählt, und im Herbst 1973 erfolgte seine Ablösung als ZK-Wirtschaftssekretär. Doch er verschwand damit nicht in der Versenkung, immerhin bekleidete er zwischen Oktober 1973 und November 1976 das Amt des ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates. Er war damit Vize des neuen Regierungschefs Horst Sindermann[83], der – so zeigte sich schnell – in dieser Position völlig überfordert war. Herbert Wolf[84] gelangte deshalb zu dem Ergebnis, daß sich Mittag damals keinesfalls „auf dem Abstellgleis der Politik"[85] befand, sondern in seiner neuen Position quasi sein „eigener Chef" war. Sogar in Mittags Memoiren ist diesbezüglich zu lesen: „Hier versuchte ich Ordnung zu schaffen. Es wurde eine Verordnung über die Verantwortung der Minister beschlossen, die in wenigen Punkten regelte, daß nur der Minister in seinem Bereich weisungsberechtigt ist. Damit wurde dem ‚Gekungele' zwischen den Apparaten ein Riegel vorgeschoben."[86] Laut Wolf nutzte Mittag die vermeintliche dreijährige „Mittagspause", die „Leitungskader der staatlichen Organe der Wirtschaftsführung zu disziplinieren", um dann nach seiner Rückkehr als ZK-Wirtschaftssekretär im November 1976 mit mehr Macht agieren zu können als in den sechziger Jahren[87].

Nach Mittag sprach in der Politbürositzung vom 26. Oktober 1971 Kurt Hager, dessen Ausführungen Ulbricht zu dem Zwischenruf veranlaßten, er möge doch „etwas höflicher" sein. Doch Hager ließ sich nicht bremsen und kritisierte nun forsch Ulbrichts Behauptungen über Rodenberg: „Zurückweisen muß man auch die Bemerkung über Genossen Rodenberg. Er kommt in großer Sorge zum Ersten Sekretär und berichtet ihm. Man kann doch jetzt nicht sagen, er sei besoffen gewesen."[88] Viele der jetzigen Probleme, so fuhr Hager fort, seien verbunden „mit bestimmten Charaktereigenschaften" Ulbrichts. Wörtlich sagte er dazu: „Du glaubst an die Unfehlbarkeit des Genossen Ulbricht. Du glaubst, daß du immer der Mittelpunkt bist, bist egozentrisch. Ich habe hier gesessen, als du im Jahre 1970 wie aus heiterem Himmel einen großen Angriff auf den Genossen Honecker gestartet hast. Oder zu deinem Geburtstag, deine Bemerkung ‚einen solchen wie mich findet ihr nicht wieder'."[89] Vor allem dies, so meinte Hager schließlich, habe ihn „tief erschüttert".

---

mittlere und obere Preisgruppe entfallen mußte, unabhängig davon, wie die realen Bedürfnisse waren.

82 Günter Mittag, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin/Weimar 1991, S. 145.

83 Regierungschef Stoph wechselte von 1973 bis 1976 in den Staatsrat. 1976 wurde er dann wieder Chef des Ministerrates.

84 Wolf wurde Anfang 1963 mit leitenden Funktionen in der staatlichen Plankommission für die Wirtschaftsreform betraut.

85 Herbert Wolf, Hatte die DDR je eine Chance?, Hamburg 1991, S. 45.

86 Mittag, Um jeden Preis, S. 148.

87 Wolf, Hatte die DDR je eine Chance?, S. 45.

88 Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

89 Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Werner Krolikowski sah die Dinge ähnlich. Auch er warf Ulbricht Überheblichkeit sowie Selbstüberschätzung vor, und auch er verübelte ihm die Kritik an der Person Erich Honeckers: „Praktisch hast du hier gesagt, Genosse Ulbricht, daß die Wahl des Genossen Honecker zum Ersten Sekretär eine Übergangslösung ist. Das ist doch unmöglich ... Deine Bemerkung über Übergangszeit zeigt deine Überheblichkeit und Selbstüberschätzung."[90] Darüber hinaus zeigte sich Krolikowski über das Vorhaben Ulbrichts betroffen, zu seinem „wirklichen Gesundheitszustand" offen vor dem ZK zu reden, und warnte, in diesem Fall werde er zu spüren bekommen, wie hart das Politbüro und die Partei sein könnten: „Soll das eine Drohung sein? Du solltest dir keine Illusionen machen. Wir würden dann die Frage deines Verhaltens vor dem ZK stellen müssen. Du erweist dir, wie auch der Partei damit keinen guten Dienst. Wir sind auch bereit, diese Frage vor der Arbeiterklasse zu stellen."[91] Denn: „In unserer Partei gibt es keine Heiligen und keine Päpste, Genosse Ulbricht."[92]

Hermann Axen, der „Außenminister" der SED, sprach namentlich Ulbrichts Eigenwilligkeiten in der Außenpolitik an. Unter anderem erwähnte er eine Zusammenkunft zwischen Ulbricht und Dubcek 1968, kurz vor dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in Prag, und verwies dabei indirekt auf Bemühungen des SED-Chefs, den Einmarsch der „Bruderländer" in der Tschechoslowakei noch in letzter Sekunde zu verhindern[93]. Axen: „Dann kam das verfluchte Treffen mit Dubcek in Karlovy-Vary. Das kam genau zu der Zeit, als die fünf Parteien den offenen Brief von Warschau aus an Dubcek gerichtet hatten. Du machtest den Vorschlag, jetzt müssen wir uns unbedingt mit Dubcek treffen. Ich sagte Walter, das geht doch nicht, wo wir den offenen Brief geschrieben haben ... Das Treffen war dann kurz vor dem Einmarsch. Und, Genossen, das hat uns sehr geschadet."[94] Honecker wurde später noch deutlicher. Nach seiner Erinnerung hatte sich Ulbricht tief befriedigt darüber geäußert, „daß mit dem Einsatz A. Dubcek als Erster Sekretär des ZK der KPTsch die Beseitigung der Dogmatiker in der Führung der KPTsch eingeleitet worden wäre"[95]. Mehr noch: „Er selbst [Ulbricht] habe Dubcek, so sagte er, den Vorschlag gemacht, weitere 5 Dogmatiker aus dem Präsidium des ZK der KPTsch zu entfernen und durch junge Kräfte aus der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu ersetzen."[96]

---

[90] Ebenda.

[91] Ebenda.

[92] Ebenda.

[93] Vgl. Fred Oldenburg, Eine endliche Geschichte. Zum Verhältnis DDR–UdSSR 1970 bis 1990, in: Gisela Helwig (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 165.

[94] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

[95] Erich Honecker, Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik Walter Ulbrichts auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

[96] Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Axen sah in Ulbricht außerdem den Verantwortlichen für die Verschlechterung der Beziehungen zu Polen. Dieser habe vor einer polnischen Delegation Formulierungen benutzt, welche die Gäste verletzen mußten. Axen nannte in diesem Zusammenhang die Prognose Ulbrichts, wonach man in Polen, selbst unter gewaltigen Anstrengungen, erst in zehn Jahren so weit sein werde wie in der DDR. Überdies warf er Ulbricht vor, im Beisein Breschnews betont nationale Töne angeschlagen zu haben. Er verwies dabei auf Aussagen Ulbrichts vom 21. August 1970 in Moskau. Laut Protokoll hatte der SED-Chef beim gemeinsamen Essen getoastet: „Wir wollen uns so in der Kooperation als echter deutscher Staat entwickeln. Wir sind nicht Bjelorußland, wir sind kein Sowjetstaat."[97] Solche Sätze verstörten die übrigen am Tisch sitzenden SED-Politiker. Axen sagte dies Ulbricht ins Gesicht: „Im August 1970 führte Genosse Breshnew vier Stunden mit dir ein persönliches Gespräch. Danach fand mit beiden Delegationen in Moskau eine Besprechung statt. Wir saßen uns beim Essen gegenüber und es wurde informiert. Walter hat geantwortet und dann fiel der Satz ‚Wir sind doch keine belorussische Sowjetrepublik, sondern die DDR.' Die Gesichter der Genossen hättest du sehen sollen. Ich wäre am liebsten in den Boden versunken. Das war ein Zeichen nationaler Überheblichkeit. Deine Einstellung zur Sowjetunion war früher immer klar und nun solch ein Satz."[98]

Ferner kritisierte Axen Ulbrichts „Taktik hinsichtlich der BRD". Treffen seine Anschuldigungen zu, dann trat Ulbricht bereits Ende 1969 für eine „neue Westpolitik" ein, ohne Billigung des Politbüros und der KPdSU. Axen sagte hierzu: „Paul Verner hat schon die Grundfragen des Kampfes zwischen Imperialismus und Sozialismus behandelt und auf die Sitzung hingewiesen, auf der begründet wurde die ‚neue Westpolitik'[99]. Das ganze Politbüro war dagegen. Die Thesen wurden dem Politbüro der KPdSU übersandt. Diese Thesen wurden beiseite gelegt, und es wurden Thesen behandelt, die vom Genossen Honecker und Stoph ausgearbeitet waren."[100] Überdies habe Ulbricht in einem der KPdSU übermittelten Entwurf für einen deutsch-deutschen Vertrag eine „weiche Lösung" vorgeschlagen, nämlich diplomatische Missionen anstelle von Botschaften[101]. Breschnew dagegen habe auf der vollen diplomatischen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik bestanden, und diese Formulierung sei dann auch in den Vertragsentwurf geschrieben worden. Auch Ulbrichts illusionäre Linie „des schnellen Eindringens in Westdeutschland" (womöglich über bessere Beziehungen zur SPD) sei von der sowjetischen Führung verworfen

[97] Geheimer Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21. 8. 1970 in Moskau, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

[98] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

[99] Verners Rede ist im Protokoll nicht festgehalten.

[100] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

[101] Artikel 4 des SED-Entwurfs für einen deutsch-deutschen Vertrag lautete: „Die hohen vertragschließenden Seiten werden Vertretungen – Missionen genannt – austauschen, an deren Spitze Botschafter stehen werden." SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/346.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

worden[102]. Axen wörtlich: „Wir fuhren zur Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses, nachdem Brandt und Scheel in Moskau gewesen waren. Es lag vor der Entwurf eines Vertrages. Ich erhob Einwände dagegen, auch Genosse Stoph, der damals in Moskau war. Da waren die ganzen Prinzipien der völkerrechtlichen Anerkennung herausgelassen. Gerade das, was im Brief an Heinemann Kernpunkt war, das wurde herausgelassen."[103] Ulbricht reagierte hierauf sofort mit einem Zwischenruf. Schließlich, so der Beschuldigte, habe er ja dann seinen Vorschlag zurückgenommen. Axen gab sich damit aber nicht zufrieden und stellte klar: „Genosse Breshnew hat ihn beiseite gelegt. Damals hat Genosse Breshnew sehr stark polemisiert gegen deine Taktik hinsichtlich der BRD und hat die Frage der Abgrenzung und die friedliche Koexistenz gestellt."[104]

Bestätigt werden Axens Ausführungen über Ulbrichts selbständige Deutschlandpolitik durch ein Protokoll vom 2. Dezember 1969. An diesem Tag traf sich eine von Ulbricht geleitete SED-Delegation mit Breschnew und weiteren sowjetischen Spitzenpolitikern in Moskau. Breschnews sehr diplomatisch, doch deutlich formulierte Botschaft lautete damals so: „Uns scheint, wir haben dies besprochen, es sollte nicht ein Vertrag zwischen den Regierungen, sondern ein Vertrag zwischen den Staaten sein. Sie bestehen als Staat. Also, schlagen wir einen Vertrag zwischen den Staaten BRD – DDR abzuschließen, vor. Also, wir haben nichts einzuwenden gegen den Vertrag. Aber es gibt noch weitere Unklarheiten. Sie sind für gleichberechtigte Beziehungen, wie zwischen anderen Staaten – aber gleichzeitig haben sie das Wort Mission – aber nicht Botschaften ... Dann die technische Seite. Ein paar kurze Worte dazu. Es gibt die Frage, wie soll das alles vorsichgehen ... Erfolgt die völkerrechtliche Anerkennung der DDR vorher oder im Prozeß der Verhandlungen. Wir sind dafür, für solche Methode, die die Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR vorher klärt. Wir sind auch der Ansicht, wenn Anerkennung der DDR auf der Grundlage des Vertrages, dann auch diplomatische Beziehungen. Uns scheint, daß es dazu jetzt nicht kommen wird. Aber man sollte so vorgehen."[105] Aus den zitierten Quellen wird deutlich, daß Ulbricht Ende 1969 in der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung offenbar zu einem Kompromiß bereit war. Um Bundeskanzler Brandt, der in seiner Regierungserklärung immerhin von zwei Staaten gesprochen hatte, entgegenzukommen, könnte Ulbricht folgendes Verfahren – wie es dann später im Grundlagenvertrag auch verwirklicht wurde – vorgeschwebt haben: Zwar keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR seitens der Bundesrepublik und damit keine Errichtung von Botschaften, aber Anerkennung der DDR als Staat und Austausch von sogenannten „diplomatischen Missionen" oder „Ständigen Vertretungen". Entsprechen also die Vorwürfe Axens der Wahrheit – Ulbricht stritt sie ja auch nicht ab –, dann

[102] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

[103] Ebenda.

[104] Ebenda.

[105] SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stand zunächst gegen den Willen des 1. SED-Sekretärs die Forderung nach dem Austausch von Botschaften in dem Vertragsentwurf, den Ulbricht am 17. Dezember 1969 Bundespräsident Heinemann übermittelte. Daneben sollte Berlin (West) als „selbständige politische Einheit" angesehen werden[106]. Jochen Staadt, der kürzlich ebenfalls den Sturz Ulbrichts untersuchte, beurteilt diesen Sachverhalt anders. Er kann bei Ulbricht auch Ende 1969 kein Entgegenkommen in der Anerkennungsfrage entdecken: „Der sowjetischen Seite behagten Ulbrichts Versuche nicht, den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit dem Junktim einer vorherigen Anerkennung der DDR zu versehen."[107]

Doch warum wollte Ulbricht Ende 1969 eine „neue Westpolitik" konzipieren? Da er sein modifiziertes deutschlandpolitisches Konzept im Kontext des Regierungswechsels in der Bundesrepublik formulierte, liegt die Annahme nahe, daß die Existenz der sozialliberalen Koalition in Bonn den Sinneswandel bewirkte. Die Politbüro-Sitzung, auf der laut Axen die „neue Westpolitik" begründet wurde, fand am 30. Oktober 1969, also nur zwei Tage nach der Regierungserklärung Willy Brandts, am Döllnsee statt. Zuvor hatte am 12. September die UdSSR ihr Einverständnis bekundet, mit den Westmächten über den Status Berlins zu verhandeln. Ferner erhielt am 13. September (Noch-)Außenminister Brandt ein sowjetisches Aide-mémoire, welches die Gesprächsofferte der deutschen Bundesregierung vom 4. Juli aufnahm und konkrete Gespräche über Gewaltverzichtsvereinbarungen in Aussicht stellte[108]. All das nahm Ulbricht aufmerksam zur Kenntnis, und er zog daraus offenbar die Schlußfolgerung, die bisherige Politik gegenüber Bonn flexibler handhaben zu müssen. Über Brandts Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, in der der deutsche Bundeskanzler die DDR erstmals als Staat charakterisiert hatte, sagte Ulbricht nur zwei Tage später laut Mitschrift[109] seines Mitarbeiters Wolfgang Berger: „Wenn Brandt neue Ostpolitik macht, dann machen wir eine neue Westpolitik, und zwar eine, die sich gewaschen hat. Dabei soll er ins schwitzen kommen."[110] Was der Parteichef unter einer „neuen Westpolitik" verstand, führte er noch weiter aus. Es müsse überlegt werden, meinte er, welche Politik nun durchgeführt werden solle, „um die Massen in Westdeutschland, sowohl die sozialdemokratischen Arbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder, die christlichen Arbeiter wie auch die werktätigen Bauern, die Frauen und die Jugend dafür zu gewinnen, daß sie den demokratischen Fortschritt durchsetzen, wie dies von der DKP formuliert wurde"[111]. Weiter ist Bergers Mit-

---

106 Vgl. hierzu Peter Bender, Die Neue Ostpolitik und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München [3]1995, S. 163 ff.

107 Staadt, Ulbrichts letzter Machtkampf, S. 690.

108 Ebenda, S. 688.

109 Berger schickte seine Mitschrift am 31. 10. 1969 mit folgenden Worten an Ulbricht: „Werter Genosse Ulbricht! Ich habe ziemlich viel von Deinen Ausführungen in Dölln mitstenografiert. Vielleicht kann es Deine Arbeit erleichtern, wenn ich Dir ein Exemplar übermittle." In: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/122.

110 Ebenda.

111 Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schrift zu entnehmen, daß Ulbricht nicht der Ansicht war, die neue Bonner Regierung würde nur die Politik der Großen Koalition fortführen. Es habe sich, so wird Ulbricht zitiert, etwas in Westdeutschland verändert: „Warum sollen wir davon sprechen, daß es keine erkennbare Änderung des Bonner Kurses ist. Schon die Existenz dieser Regierung ist eine gewisse Änderung. Brandt versucht, die NATO zu bagatellisieren. Schmidt ist nach Strauß der beste Kriegsminister. Unser Problem besteht darin, in ihrer Armee eine Differenzierung zu erreichen. Brandt hat sich für Kriegsdienstverweigerung ausgesprochen und Schmidt will das Gegenteil. Solche Unterschiede müssen wir ausnutzen, um zu differenzieren, dann wird es ihnen schwerfallen, die Bundeswehr in der Hand zu haben."[112] Ulbricht wurde laut Berger noch deutlicher. „Wir haben keinen anderen Weg, als der SPD-Regierung zu langem Leben zu verhelfen", schärfte er seinen Politbürokollegen ein, denn andernfalls könnten „Strauß und Konsorten das Übergewicht bekommen und Kriegskonflikte sind nicht auszuschließen."[113] Das Politbüro, so meinte Ulbricht schließlich, müsse sich deshalb überlegen, „ob wir die Kraft haben, mit einer solchen Zusammenarbeit die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland zu aktivieren und bei ihnen eindringen, oder ob sie bei uns eindringen"[114].

Man kann also festhalten, daß Ulbricht einer der ersten in seiner Partei war, der dem Bonner Regierungswechsel von 1969 positive Seiten abzugewinnen begann. Deutlich wird dies auch in der „Konzeption für Verhandlungen mit der westdeutschen Koalitionsregierung Brandt/Scheel". Sie wurde Breschnew bereits am 20. November 1969 übermittelt und sollte beim Besuch der SED-Funktionäre in Moskau am 2. Dezember Gegenstand der „gemeinsamen Besprechung" sein. In diesem zweiseitigen Papier wertete die DDR-Führung die Bildung der sozialliberalen Koalition „als Fortschritt" und betrachtete sie als „möglichen Ausgangspunkt für die Überwindung des während einer 20jährigen CDU/CSU-Herrschaft aufgehäuften restaurativen und revanchistischen Ballastes und für die Durchsetzung demokratischer Reformen"[115]. Sie schlug einen Brief Ulbrichts an den SPD-Vorsitzenden Brandt vor, in dem es unter anderem heißen sollte: „Ungeachtet erheblicher Meinungsverschiedenheiten in grundlegenden Fragen sind wir daran interessiert, daß sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter sozialdemokratischer Führung gegenüber den konservativen Kräften durchsetzt und sich konsolidiert ... Die SED setzt sich dafür ein, daß zwischen dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, und dem Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, Verhandlungen aufgenommen werden, um zunächst die grundsätzlichen Fragen zu klären. Die Regierung der DDR wird den Entwurf eines entsprechenden Vertrages übermitteln."[116]

---

112 Ebenda.

113 Ebenda.

114 Ebenda. Zitate aus Bergers Mitschrift finden sich auch in: Staadt, Ulbrichts letzter Machtkampf, S. 688f.

115 Politbüro des ZK der SED und Walter Ulbricht: „Konzeption für Verhandlungen mit der westdeutschen Koalitionsregierung Brandt/Scheel", in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/202/346.

116 Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser Text legt die Vermutung nahe, daß sowohl die Initiative zu den beiden deutsch-deutschen Treffen von Erfurt und Kassel als auch der Anstoß zum späteren Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR noch von dem von Ulbricht geleiteten SED-Politbüro ausgegangen sein könnte.

Vieles spricht mithin dafür, daß Ulbricht Ende 1969 zu der Überzeugung gelangte, die sozialliberale Koalition in Bonn strebe eine neue Deutschlandpolitik an, die auch für seinen Staat durchaus Vorteile, nicht zuletzt wirtschaftlicher Art, bringen konnte. Wollte er seine hochgesteckten ökonomischen Ziele erreichen, so mußte er, nachdem die sowjetische Seite negativ auf die Lieferwünsche der DDR reagiert hatte, Auswege mit Hilfe des „Klassenfeindes" suchen. Das war eine in sich auch plausible Vorgehensweise, hatte die Sowjetunion der DDR ja den Weg zur Angleichung des Lebensstandards an die Bundesrepublik verbaut[117]. Für den Bestand der DDR sah Ulbricht aber das Erreichen des wirtschaftlichen Niveaus der Bundesrepublik als lebensnotwendig an[118].

Im August 1970 präzisierte Ulbricht – übrigens im Beisein von Breschnew – seine Ansichten über die SPD. Man müsse, so Ulbricht, die unter der sozialdemokratischen Führung stehende Bundesregierung maximal ausnutzen, um schließlich eine friedliche Koexistenz zu erreichen. Tue man das nicht, würden die Völker das niemals verzeihen. Hinsichtlich des zur Ratifizierung anstehenden Moskauer Vertrages meinte er, dieser sei „ein Mittel, um große Teile der sozialdemokratischen Mitglieder vorwärtszubringen"[119]. Diese Aussage spricht dafür, daß Ulbricht die Vision einer gesamtdeutschen sozialistischen DDR nicht aufgegeben hatte. Er hoffte noch immer, durch eine ökonomisch prosperierende DDR die westdeutsche Sozialdemokratie und vielleicht irgendwann auch die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik für „seinen Sozialismus" gewinnen zu können. Treffend beschreibt es Jeffrey Kopstein: „Influence over West Germany? What could he possibly have meant? Here we have a clue to the connection in Ulbricht's mind between the economic reform and the national question. It appears that he still had the dream of unifying with the West, on his terms, and understood that the only possible way to achieve this goal under so-

[117] Bereits im Juli 1969 hatte die SED-Führung in Moskau eine verstärkte ökonomische Unterstützung durch die UdSSR gefordert und dazu auf die Einhaltung der Lieferverpflichtungen vor allem bei Rohstoffen gepocht. Zur Begründung meinte die SED-Delegation: „Wir hatten Ihnen bereits mitgeteilt, daß wir in der Zeit des Perspektivplanes 1971–1975 die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über das westdeutsche spätkapitalistische System beweisen müssen. Das ist das Haupterfordernis, um auf die westdeutschen Werktätigen Einfluß zu gewinnen und international die Autorität der DDR weiter zu erhöhen." Jochen Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 268 f. Breschnew kommentierte die Forderungen der ostdeutschen Bruderpartei so: „Wir müssen an den Ziffern noch sehr viel ändern." Er begründete dies mit einer auch in der Sowjetunion angespannten wirtschaftlichen Situation. Dazu, so Breschnew, sei Vietnam „für uns nicht gerade billig". Ebenda, S. 271 f.

[118] Podewin, Walter Ulbricht, S. 411 f.

[119] Geheimer Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21. 8. 1970 in Moskau, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cialism was to make socialism appealing, not only to his own population but to the population of the West as well."[120]

Auf den beiden Treffen von Brandt und Stoph in Erfurt und Kassel im März bzw. Mai 1970 blieben die deutschlandpolitischen Fronten allerdings verhärtet. Brandt vertrat dort getreu seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 den Standpunkt, daß die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten „nur von besonderer Art" sein könnten. Stoph, der sich an die Dezember-Absprache mit Breschnew zu halten hatte, pochte hingegen weiter auf die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR[121]. Die Geschehnisse von Erfurt hatten aber auch demonstriert, daß die Bürger der DDR bei diesem heiklen Thema augenscheinlich nicht geschlossen hinter ihrer Regierung standen. Viele wollten die deutsch-deutschen Beziehungen eher als „besondere" und nicht als „zwischenstaatliche" charakterisiert wissen. In Erfurt hatte eine große Menschenmenge vor dem Hotel Willy Brandts „Willy, Willy" und dann zur Präzisierung, weil Stoph ja ebenfalls mit Vornamen Willi hieß, „Willy Brandt ans Fenster" gerufen. Als Brandt sich dann schließlich zeigte, begannen die Erfurter zu applaudieren – wie als Zeichen der – wenn auch nicht für die gesamte DDR repräsentativen – Zustimmung für Brandts Deutschlandpolitik.

Daß die SED dies alles mit Argwohn betrachtete, zeigten ihre Reaktionen auf die Gefühlsausbrüche in Erfurt. Die Zwischenfälle führten schließlich zu einer kritischen Auseinandersetzung im Politbüro, der zuständige Polizeioffizier wurde zur Verantwortung gezogen[122]. Bereits am 28. April 1970 diskutierte das SED-Politbüro eine Vorlage „zu den Vorkommnissen am 19. 3. 1970 in Erfurt" und legte folgendes fest: „1. Der Beschluß des Sekretariats des ZK wird bestätigt. (Anlage Nr. 3) 2. Bei Veranstaltungen mit ähnlichem Charakter tritt das Leitungssystem der inneren Mobilmachung in Kraft." Mit anderen Worten: Die DDR entschloß sich dazu, im Falle eines weiteren deutsch-deutschen Treffens ihre Bestimmungen für den inneren Notstand durchzuführen[123]. Wie diese konkret aussahen, wurde deutlich, als Bundeskanzler Helmut Schmidt bei seiner DDR-Visite Ende 1981 die mecklenburgische Kleinstadt Güstrow besuchte. Ihm sowie der gesamten Öffentlichkeit boten sich dort vor dem Hintergrund einer ohnehin schon angespannten internationalen Situation gespensti-

[120] Jeffrey Kopstein, Ulbricht Embattled: The Quest for Socialist Modernity in the Light of New Sources, in: Europe-Asia Studies 46 (1994), S. 610.

[121] Nach dem Treffen von Kassel, bei dem Brandt und Stoph Gelegenheit hatten, unter vier Augen miteinander zu sprechen, notierte der Bundeskanzler die wesentlichen Punkte, über die er mit dem DDR-Ministerpräsidenten gesprochen hatte. Brandts Notiz begann so: „1. St. wies mit Nachdruck darauf hin, daß Verhandlungen über einen Vertrag erst möglich seien, wenn wir uns bereit erklärten, einen solchen Vertrag auf ‚völkerrechtliche Grundlage' zu stellen." Diese Notiz ist abgedruckt in: Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart ³1982, S. 290ff. Protokollauszüge der Treffen von Erfurt und Kassel finden sich außerdem bei Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 135–188.

[122] Staadt, Die geheime Westpolitik, S. 291.

[123] Ebenda, S. 293.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Szenen, da das SED-Regime in seiner Angst, es könne sich ein „zweites Erfurt" ereignen, mit massivem Polizeieinsatz eine ganze Stadt abriegelte.

Erfurt war kein Einzelfall. Die Mitarbeiter des „Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED"[124] kamen nach Auswertung ihrer Erhebungen zu Ergebnissen, welche die dortigen Geschehnisse zumindest teilweise bestätigten. Im Frühsommer 1970 lieferte eine Umfrage[125] interessante Einzelheiten. Dabei stimmten „nur" 55,2 Prozent der Feststellung zu, wonach es „höchste Zeit" sei, daß es zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu Entspannung und geregeltem Nebeneinander komme, wofür die „unabdingbare Voraussetzung" jedoch eine „völkerrechtliche Anerkennung der DDR" sei. Immerhin 26,5 Prozent hielten aber gute nachbarschaftliche Beziehungen auch ohne eine Anerkennung für möglich. Schließlich gaben 13,6 Prozent der Befragten an, diese Frage nicht beurteilen zu können[126]. Das MfS meldete einen ähnlichen Trend. In seinen Berichten bemerkte es „politisch-ideologische Unklarheiten". Dazu gehörte das „Unverständnis hinsichtlich des ‚Beharrens' der DDR" auf Anerkennung sowie die Forderung nach einer „variableren Politik". Wichtig war in diesem Zusammenhang die Aussage: „Brandt als Bundeskanzler sei immer noch besser als Strauß, darum müsse man Brandt ‚halten'."[127]

Ulbricht sah die Dinge nun wohl ähnlich. Er war zur Durchsetzung seiner Vorhaben auch bereit, dafür das größte Risiko für seine politische Laufbahn einzugehen. Konkret hieß das: Eigenwilliges Handeln sowohl gegenüber der eigenen Partei als auch gegenüber der Sowjetunion. Ein Beispiel hierfür war seine Rede auf der Rostocker Ostseewoche am 16. Juli 1970. Nach einer kurzen Einleitung kam er dabei auf einen erst am Tag zuvor bekannt gewordenen Text von Bundesaußenminister Walter Scheel zu sprechen. Scheel hatte betont, daß es für die Deutschen keine Alternative zu einer friedlichen Koexistenz geben könne, da jeder Krieg auf europäischem Boden das deutsche Volk restlos vernichten würde. Er propagierte daher eine Außenpolitik, die unbeirrbar auf dem Verzicht einer Anwendung oder Androhung von Gewalt beruhen sollte. Ulbricht beurteilte diese Rede zur Überraschung der in Rostock Anwesenden überaus positiv: „Herr Scheel ... geht vom geographischen Status aus und bietet einen politischen Modus vivendi innerhalb der Grenzen dieses Status an. Er respektiert und akzeptiert die Wirklichkeit. Das hätten doch Herr Brandt und Herr Scheel schon in Kassel sagen können. Dann wäre doch der Weg abgekürzt wor-

[124] Dieses Institut entstand auf Beschluß des ZK der SED vom 21.4. 1964. Später hieß es nur noch „Institut für Meinungsforschung in der Deutschen Demokratischen Republik". Nach Meinung Niemanns wurde es gegründet, weil die Führungsgruppe um Ulbricht dem bisherigen staatlichen Berichtswesen und dem System der Parteiinformationen nicht mehr voll und ganz vertraute. Daneben fiel ja die Presse als Spiegel der öffentlichen Meinung aus. Zunächst wurde das Institut dem Politbüro-Mitglied Norden unterstellt, der 1967 von Lamberz abgelöst wurde.

[125] Diese Umfrage umfaßte 3345 „auswertbare" Fragebogen aus VEB, LPG, PGH sowie Schulen in drei DDR-Kreisen.

[126] Heinz Niemann, Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED, Köln 1993, S. 42 ff.

[127] Staritz, Geschichte der DDR, S. 266.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den. Sie hätten dann mit einem ganz konstruktiven Programm in Kassel auftreten können. Aber in Kassel ist Herr Brandt noch mit dem Vorschlag aufgetreten, ‚innerdeutsche Beziehungen' herzustellen."[128]

Wären die Ausführungen Scheels von Ulbricht nur zitiert und nicht interpretiert worden, so hätte man ihn mit ziemlicher Sicherheit gefragt, wo denn eigentlich das „Neue" in Scheels Worten zu finden sei. Selbst der Bonner Außenminister hatte ja klargestellt, daß die Grundpfeiler der Politik des Gewaltverzichts in den vergangenen 20 Jahren errichtet worden waren. Die sozialliberale Koalition, so hatte Scheel erklärt, sei nur zu der Auffassung gekommen, dem Ostblock nun konsequenterweise Angebote für umfassende und eng miteinander verflochtene Gewaltverzichtsabkommen zu unterbreiten[129]. Allem Anschein nach glaubte Ulbricht, seine Rede in Rostock nutzen zu können, um Bewegung in die festgefahrenen deutschlandpolitischen Verhandlungen zu bringen. Er konstruierte deshalb ein Entgegenkommen Scheels, um zu signalisieren, daß eine dritte deutsch-deutsche Zusammenkunft sinnvoll sein könnte.

Axen kam in der Politbürositzung am 26. Oktober 1971 auch auf die Ereignisse von Rostock zu sprechen. Seine Vorwürfe bestätigen, daß Ulbricht tatsächlich für ein weiteres Treffen nach Erfurt und Kassel eingetreten war: „Nach der Geschichte von Erfurt legte die Außenpolitische Kommission eine Grundlinie für Kassel vor, die vom Politbüro bestätigt wurde und entsprechend wurde in einer Direktive festgelegt, daß es keinesfalls zu einer dritten Runde kommen soll. Es kam das 13. Plenum. Genosse Norden gab den Bericht des Politbüros. Es gab eine genaue Einschätzung des Standes des Kampfes zwischen der BRD und der DDR. Genosse Ulbricht hielt das Schlußwort. Das haben die Genossen Honecker, Verner, Axen korrigiert. Darin stand z. B. wieder die Frage der ‚dritten Runde', die vom Politbüro abgelehnt worden war. Das wurde gestrichen. Aber zwei bis drei Tage später stand das im abgedruckten Schlußwort in der Zeitung. Du hast dann gesagt, das sei ‚durchgerutscht'. Heute sagst du, ‚wir wischen dich weg'. Aber damals hast du einfach die Entscheidung des Politbüros und des 13. Plenums weggewischt sowie die Absprache mit dem Politbüro des ZK der KPdSU vom Mai 1970. Und dann kam die Rostocker Rede. Die setzte den Punkt auf das i. Die war mit niemandem abgestimmt."[130]

So dürfte es auch Breschnew gesehen haben, wie Auszüge aus einem Gespräch zwischen ihm und Honecker, das nicht einmal zwei Wochen nach Ulbrichts Rostocker Rede stattfand, zeigen. Wörtlich sagte Breschnew: „Auf irgendwelche Schritte von Walter, die die Einheit des PB, die Einheit der SED betreffen, werden wir von uns aus entsprechend reagieren ... Ich sage dir ganz offen, es wird ihm auch nicht möglich sein, an uns vorbei zu regieren, unüberlegte Schritte gegen sie und andere Genossen des PB zu unternehmen. Wir haben doch Truppen bei ihnen. Erich, ich

[128] Podewin, Walter Ulbricht, S. 424.
[129] Ebenda, S. 423 ff.
[130] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sage dir offen, vergesse das nie: die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR."[131] Nach diesem Machtwort erteilte der Kremlchef Ulbrichts ehrgeizigem Vorhaben eines „Zusammenspiels" mit der SPD eine unmißverständliche Absage: „Wir haben in Bezug auf Brandt, die westdeutsche Sozialdemokratie keine falschen Vorstellungen. Illusionen sind nicht am Platze. Weder Brandt noch Strauß werden den Sozialismus in Westdeutschland einführen. Es gibt kein Beispiel, daß eine sozialdemokratische Partei eine sozialistische Umgestaltung in Angriff genommen und bewerkstelligt hat. So was wird es auch in Westdeutschland nicht geben. Was will Walter mit der Möglichkeit, durch nichts zu beweisende Möglichkeit, der Zusammenarbeit mit der westdeutschen Sozialdemokratie, was versteht (er) unter der Forderung, der Brandt-Regierung zu helfen. Gut, sie wissen es nicht, ich auch nicht. Es gibt und es kann keine, es darf zu keinem Prozeß der Annäherung zwischen der BRD und der DDR kommen. Das will Brandt, das will Strauß, will die westdeutsche Bourgeoisie ... Sprechen wir es doch offen aus, aus Erfurt und Kassel kam nichts günstiges raus. Brandt hat in Bezug auf DDR andere Ziele als wir."[132]

Breschnew beunruhigte vor allem, daß das ehemalige SPD-Mitglied Ulbricht anscheinend auf eine Zusammenarbeit mit der SPD setzte, vielleicht sogar alte „Einheitsfront"-Ideen aufwärmte, eine (wirtschaftliche) Kooperation mit der Bundesrepublik anstrebte und insgesamt zu Konzessionen neigte[133]. Darüber hinaus hielt Ulbricht auch an der Idee der Einheit Deutschlands, freilich „auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus"[134], fest. Breschnew vermutete hinter Ulbrichts Planspielen vielleicht sogar einen kühnen Stufenplan, der darauf hinaus lief, nach der Anerkennung der Zweistaatlichkeit einen wirtschaftlichen Aufschwung durch Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik (womöglich in Form einer Konföderation) einzuleiten, dann die Bundesrepublik wirtschaftlich zu überholen und schließlich zu

---

[131] Protokoll der Unterredung zwischen Breschnew und Honecker am 28.7. 1970 in Moskau, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV.A/158. Wie einprägsam diese Worte des sowjetischen Generalsekretärs für Honecker waren, bekannte dieser nach der „Wende" mit den Worten: „Ich habe das nie vergessen." Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992, S. 16.

[132] Protokoll der Unterredung zwischen Breschnew und Honecker am 28.7. 1970 in Moskau, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV A/158.

[133] Staritz, Geschichte der DDR, S. 268.

[134] Dietrich Müller-Römer, Ulbrichts Grundgesetz. Die sozialistische Verfassung der DDR, Köln [4]1968, S. 73. Allerdings zeigen einige Äußerungen Ulbrichts, daß er anfangs der siebziger Jahre begann, die DDR als einen „sozialistischen deutschen Nationalstaat" zu bezeichnen. Staadt erklärt dies damit, daß Ulbricht zumindest in einem wichtigen Feld seinen Gegnern gegenüber Führungskraft beweisen wollte. Vgl. Staadt, Ulbrichts letzter Machtkampf, S. 694 ff. Doch die DDR-Bürger machten diesen „Schwenk" nicht geschlossen mit. Dies belegt eine Umfrage des „Instituts für Meinungsforschung" aus dieser Zeit. Auf die Frage „Würden Sie der Feststellung zustimmen, daß die BRD für die DDR imperialistisches Ausland ist und daß es keine einheitliche deutsche Nation gibt?" antworteten zwar 49,1 % der Befragten mit „ja". Immerhin sagten aber 37 % „nein" und 9,5 % konnten dies nicht beurteilen. Vgl. Heinz Niemann, Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED, Berlin 1995, S. 116.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem sozialistischen Gesamtdeutschland zu gelangen[135]. Breschnews Befürchtungen waren wohl tatsächlich nicht ganz unbegründet, denn die Möglichkeit, daß Ulbricht eine – wie immer geartete – (wirtschaftliche) Konföderation mit der Bundesrepublik zumindest überlegte, wurde auch von einem seiner ehemaligen Mitarbeiter, Wolfgang Berger, nicht ausgeschlossen. Dieser schrieb nach der „Wende", daß der vom Westen ausgehende und wachsende Sog auf die Werktätigen in der DDR die nationale Frage wieder akut werden ließ. „In dieser Lage wurde es sinnvoll, politische Wege zu einer Konföderation zwischen beiden deutschen Staaten zu erkunden, die zu ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Kooperation mit beiderseitigem Vorteil führen könnte ... Dies aber waren ‚einsame' Schlußfolgerungen Ulbrichts."[136]

Staadt gelangt zu dem Ergebnis, daß aus Ulbrichts Konzept vom Oktober 1969 „ein irgendwie gearteter Konföderationsgedanke" nicht herauszulesen sei[137]. Ihm ist sicherlich zuzustimmen, wenn man Ulbrichts deutschlandpolitisches Konzept separat betrachtet; in dessen Döllnsee-Rede kam der Terminus „Konföderation" nachweislich nicht vor. Doch stellt man zusätzlich – wie Kopstein und Berger es tun – eine Beziehung zu ökonomischen Fragen her, erscheint es durchaus plausibel, daß Ulbricht zunächst eine (wirtschaftliche) Konföderation vorschwebte, die er nutzen wollte, um die Bundesrepublik schließlich doch noch wirtschaftlich hinter sich zu lassen. In diesem Sinne äußerte sich auch Markus Wolf in seinen Memoiren über Ulbrichts deutschlandpolitische Vorstellungen: „Die immer größer werdende Diskrepanz zwischen dem Lebensstandard in Ost und West und die damit verbundene Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung ließen Ulbricht wieder an längst zu den Akten gelegte Pläne denken. In Einzelgesprächen erörterte er den Gedanken einer deutsch-deutschen Konföderation mit dem Akzent auf wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit. Es ging ihm dabei nur darum, die Lebensfähigkeit der DDR zu erhalten."[138]

Nachdem Ulbricht am 26. Oktober 1971 im SED-Politbüro so hart kritisiert worden war, dürfte ihm klar geworden sein: Er konnte nur im Amt des Staatsratsvorsitzenden verbleiben, wenn er von nun an die Politik des von Honecker geführten Politbüros uneingeschränkt unterstützte. Sein Handlungsspielraum hing allein von diesem Gremium ab, das Einschränkungen der Befugnisse Ulbrichts ohne weiteres mit dessen labilem Gesundheitszustand rechtfertigen konnte[139]. Schließlich erklärte sich Ulbricht bereit – es blieb ihm ja auch kaum anderes übrig –, künftig die Disziplin im Politbüro zu wahren und alle bis dahin gemachten Anschuldigungen zurückzunehmen: „Nun hat man mich analysiert. Ich bestreite nicht, daß ich Fehler gemacht habe ... Ich möchte erklären, daß das, was ich gegen das Politbüro und Genossen Honecker gesagt habe, daß ich das zurücknehme und daß ich mich streng an die Par-

[135] Vgl. Staritz, Geschichte der DDR, S. 268.

[136] Wolfgang Berger, Als Ulbricht an Breshnew vorbeiregierte, in: Neues Deutschland, 23./24. 3. 1991.

[137] Staadt, Ulbrichts letzter Machtkampf, S. 689.

[138] Wolf, Spionagechef, S. 255.

[139] Vgl. Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 40.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teidisziplin halte."[140] Er versprach auch, sich nun den „Empfehlungen des Ärzte-Kollegiums" zu beugen, die folgendes vorsahen: Ulbricht durfte erst ab dem 15. November 1971 arbeiten. Seine wöchentliche Arbeitszeit sollte drei oder vier Stunden an drei Tagen nicht überschreiten. Reisen waren „vorerst zu vermeiden", die Teilnahme an Sitzungen durfte nicht länger als zwei Stunden dauern, Reden sollten gar auf 15 Minuten beschränkt werden[141].

IV.

Walter Ulbricht hatte also kaum noch Möglichkeiten, das Amt des Staatsratsvorsitzenden auszufüllen. Honecker traute seinem Vorgänger nicht über den Weg – und alles zu. Durch das Reiseverbot wollte er Überraschungen, wie Axen sie geschildert hatte, vermeiden, und er befürchtete wohl auch, Ulbricht könne sich entgegen seinen Zusicherungen öffentlich über seine Behandlung beschweren. Deshalb stellte er ihn unter Kontrolle, und zwar in Ost-Berlin ebenso wie im Urlaub[142].

Einige Briefe, die Honecker im Sommer 1972 erhielt, bestätigten seine Sorgen. Am 30. Juni informierte ihn der 2. SED-Kreissekretär von Ribnitz-Damgarten, Düwel, über die Vorkommnisse bei einer Veranstaltung, an der neben Vertretern aus der Sowjetunion auch Ulbricht – er wohnte im Gästehaus des Ministerrates in Dierhagen – teilgenommen hatte. Düwel erwähnte zunächst die Tatsache, daß Ulbricht „einen Toast von ca. 25 Minuten" ausgebracht habe, was ihm nach dem Politbürobeschluß vom 26. Oktober 1971 eigentlich verboten war. Ulbricht sei in seiner Rede vor allem auf die Entwicklung der Industrie und der Landwirtschaft eingegangen und habe dabei erklärt, daß die DDR bei der Entwicklung der Industrie durchaus Fehler gemacht habe. Er habe sich sodann an die sowjetischen Gäste gewandt und gesagt: „Auch ihr habt Fehler gemacht."[143] Am Ende stellte Düwel fest, daß die sowjetischen Gäste mit keiner Silbe auf den Toast Ulbrichts eingegangen seien.

Interessantes erfuhr Honecker auch von Harry Tisch, der damals 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock war und dann von 1975 bis 1989 als FDGB-Chef im Politbüro saß. Er meldete, Ulbricht habe zwischen dem 17. und 22. Juli 1972 mehrmals versucht, mit ihm in Kontakt zu treten. Schließlich habe er sich mit Ulbricht auf dessen Wunsch am 26. Juli in Dierhagen getroffen. Nach einer Tasse Kaffee und dem Austausch allgemeiner Höflichkeiten sei Ulbricht schnell auf „andere Probleme" gekommen. Tisch: „Sodann begann er alle alten Theorien über die wissenschaftlich-technische Revolution, Kampf um Weltspitze, als hätte es keinen VIII. Parteitag gegeben, zu

[140] Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED vom 26. Oktober 1971, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 1.

[141] Ebenda.

[142] Vgl. Rudi Georgi: „Information über ein Gespräch mit Genossen W. Ulbricht anläßlich meines Urlaubes in Dierhagen Anfang August." In: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 21.

[143] Information zur Veranstaltung mit sowjetischen Genossen im Gästehaus der Regierung in Dierhagen, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entwickeln."[144] Laut Tisch beschwerte sich Ulbricht im weiteren Verlauf des Gesprächs über seine schlechte Behandlung im Politbüro und kam dabei insbesondere auf eine Messe in Leipzig zu sprechen, die bereits am Samstag geschlossen worden sei, obwohl jeder gewußt habe, daß er sonntags hinfahren wollte. Auf Tischs Einwand, daß Ulbricht sich selbst ändern müsse, wenn er ein besseres Verhältnis zu Honecker und dem restlichen Politbüro herstellen wolle, entgegnete Ulbricht, daß dies „auf Grund der Eitelkeit des 1. Sekretärs" nicht einfach sei. Tisch schloß seinen Bericht mit einem Satz, der Honecker warnen sollte: „Es ist meine feste Überzeugung, daß Gen. Ulbricht solche Gespräche sucht, um abzutasten, ob es noch Möglichkeiten der Differenzierung und der Schaffung einer Plattform für sich in der Parteiführung gibt."[145] Honecker dürfte diese Äußerung nicht zufällig eigenhändig unterstrichen haben.

Aber nicht nur im Falle von Ulbrichts Urlaub blieb der Parteichef über alles auf dem laufenden. Er erhielt auch ein auf den 1. September 1972 datiertes Schreiben, das ihm Innenminister Dickel, zugleich Generaloberst und Chef der „Deutschen Volkspolizei", zustellen ließ. Der Brief faßte ein Gespräch zusammen, welches Ulbricht bereits am 17. Mai mit einer Delegation aus dem damaligen Süd-Jemen geführt hatte. Am Ende seiner Ausführungen gelangte Dickel zu der Auffassung, daß die Darlegungen und Hinweise Ulbrichts von einer nicht ausreichenden Kenntnis der differenzierten Verhältnisse in den arabischen Staaten gezeugt hätten. Dadurch seien im Verlauf der Unterredung bei den Teilnehmern der jemenitischen Delegation „peinliche Eindrücke" entstanden. Ulbricht habe sich bei seinen Ausführungen überdies auf Material gestützt, das Dickel nicht bekannt gewesen sei[146].

Es ist anzunehmen, daß es für Ulbricht auch aufgrund solcher Informationen nicht einfacher wurde, sein Verhältnis zu Honecker und zum Politbüro zu verbessern. Daran dürfte Honecker auch kaum gelegen sein. Er hatte durch die Denunziationen jetzt genügend Beweismaterial, um Ulbricht im Falle von Streitigkeiten mundtot machen zu können. Ulbricht hatte aber nach seiner Entmachtung im Mai 1971 ohnehin kaum noch politische Spielräume. Er war zwar weiter Staatsratsvorsitzender, doch was ihm hier von seinen ehemaligen Kompetenzen blieb, waren protokollarische und repräsentative Aufgaben wie die Vereidigung von Ministern oder die Verleihung von Orden. Einfluß auf die große Politik hatte er aber nicht mehr. Alle Versuche, im Politbüro Einfluß zu nehmen, wurden von Honecker konsequent unterdrückt – selbst bei Kleinigkeiten, etwa als Ulbricht mit einem am 7. November 1972 an das Politbüro gerichteten Schreiben bat, den Hauptpunkt der Tagesordnung der am selben Tag stattfindenden Sitzung auf später zu verschieben, weil er nicht anwesend sein könne. Erörtert werden sollten vor allem Strategien der Außenpolitik sowie das Verhältnis der DDR zu Ländern des Westens. Honecker vermerkte auf Ulbrichts Bittbrief: „Erledigt – E. H."[147]

---

[144] Brief von Harry Tisch an Erich Honecker vom 26.7. 1972. Laut Honeckers Paraphe eingegangen am 28.7. 1972, in: Ebenda.

[145] Ebenda.

[146] Brief von Innenminister Dickel an Honecker vom 1.9. 1972, in: Ebenda.

[147] Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 43.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schon im Juni 1972 hatte Honecker Ulbricht schwer getroffen, als dieser angeregt hatte, Breschnews Brief[148] zu seinem 79. Geburtstag zu veröffentlichen. Breschnew hatte geschrieben, daß Ulbricht „einen würdigen Beitrag geleistet" habe, der nun „immer größere Früchte" trage. Honecker mißfielen solche Formulierungen offenbar, und er ließ wissen, daß „inoffizielle" Schreiben auf Grund „unserer Beschlüsse" nicht veröffentlicht werden können[149].

Anfang November 1972 sah sich Ulbricht schließlich sogar genötigt, bei seinem Nachfolger die „Erlaubnis" zur Teilnahme an der Festveranstaltung zum 55. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution" formal zu erbitten. Der Leiter der Protokollabteilung hatte Ulbricht nicht mit Karten versorgt – mit der Begründung, daß er hierfür keine Vollmacht habe. Dies konnte nach Ulbrichts Meinung nur ein „Mißverständnis" sein, da die Ärztekommission eine Besserung seines Gesundheitszustandes festgestellt hatte. Er wandte sich deshalb direkt an Honecker und bat ihn, für die Zustellung von Eintrittskarten für ihn und seine Frau Sorge zu tragen. Dabei sprach Ulbricht seinen Nachfolger übrigens nicht mehr mit dem Vornamen an, sondern begann sein Schreiben mit „Werter Genosse Honecker!"[150]

Vorgänge wie diese veranlaßten Ulbricht, sich bei Breschnew zu beklagen. Er beschwerte sich, daß „die Diskreditierung nicht nur meiner Person, sondern auch der unter meiner Leitung durchgeführten Politik immer offener betrieben wird"[151]. Als Beispiel erwähnte er eine kurz zuvor abgehaltene ZK-Tagung, auf der er seine Version der Ursachen für die wirtschaftlichen Probleme erläutern wollte. Die Ursachen lagen in seinen Augen hauptsächlich in Deutschlands Teilung und dem Fehlen einer Grundstoffindustrie. Die Rede sei verhindert worden, und Honecker habe die ökonomische Misere fast ausschließlich Ulbrichts ehrgeiziger Wirtschaftspolitik angelastet[152]. Im Brief an Breschnew hieß es dazu: „Obwohl die Politbüro-Mitglieder den Entwurf meiner Diskussionsrede (siehe Anlage Nr. 1) gar nicht kannten und auch nicht danach fragten, lehnten sie es ab, daß ich vor dem ZK auftrete. Dabei stellte sich in der knapp einhalbstündigen Diskussion heraus, daß ganz offensichtlich die Absicht besteht, mich vor der Partei und der Öffentlichkeit als den Alleinschuldigen für alle Schwierigkeiten, die die Ökonomie der DDR jetzt und in Zukunft durchzumachen hat, abzustempeln, um schließlich entsprechende Parteimaßnahmen ergreifen zu können."[153]

---

148 Schreiben von Leonid Breschnew an Walter Ulbricht vom 29.6. 1972, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 20.

149 Paraphe Honeckers auf Ulbrichts Bittschreiben, in: Ebenda.

150 Schreiben von Walter Ulbricht an Erich Honecker vom 3.11. 1972. Es ist abgedruckt bei Monika Deutz-Schroeder/Jochen Staadt (Hrsg.), Teurer Genosse! Briefe an Erich Honecker, Berlin 1994, S. 2 (original) und S. 12 (gedruckt).

151 Brief von Walter Ulbricht an Breschnew vom 12.12. 1972, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 20. Auszüge dieses Briefes sind abgedruckt in: Przybylski, Akte Honecker, S. 311–319.

152 Przybylski, Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, S. 43.

153 Brief von Walter Ulbricht an Breschnew vom 12.12. 1972, in: SAPMO-BA, DY 30, J IV 2/2/1360 Bd. 20.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ungeachtet all dieser Streitigkeiten hoffte Ulbricht, mit Hilfe Breschnews wenigstens einen Rest an Macht behalten zu können. Er schrieb: „Ich möchte, daß das Politbüro meine Kenntnisse und Erfahrungen besser ausnutzt. Gleichzeitig hoffe ich, daß der Erste Sekretär und das Sekretariat des ZK mich vor kleinlichen Schikanen verschonen und daß alle Fragen, die meine Partei- und Staatsarbeit betreffen, mit mir persönlich erörtert werden. Ich möchte, daß die Kampagne, die in der Partei seit dem 14. Plenum (Dezember 1970) im Gange ist ‚Ulbricht ist an allem schuld', eingestellt wird."[154] Gesundheitlich stark angeschlagen, versuchte er bis kurz vor seinem Tode, auf das politische Tagesgeschäft Einfluß zu nehmen. So teilte er noch am 24. Mai 1973 dem SED-Politbüro mit, daß er zu seinem Bedauern nicht an der Sitzung teilnehmen konnte, auf der „die Ergebnisse des Besuches unseres Freundes Leonid Breshnew"[155] beraten worden waren. „Die Veranstaltungen am vorletzten Wochenende", so meinte Ulbricht, hätten ihn überanstrengt, was seiner Ansicht nach „vor allem auf die scharfe Beleuchtung für die Farbfernsehaufnahmen während des Aufzeichnungsaktes"[156] zurückzuführen sei. So hätten ihm die Ärzte denn „Bettruhe bis Freitag, den 18.5." erteilt. Dessen ungeachtet ersuchte Ulbricht „um regelmäßige Zustellung der Einladungen bzw. des Materials zu den Sitzungen, damit ich mich auf dem laufenden halten kann." Das war zuletzt nicht regelmäßig geschehen, und er schloß traurig: „Ich nehme an, daß Ihr versteht, was es für mich bedeutet, über die Tätigkeit des Politbüros wenigstens auf dem laufenden zu sein."[157]

Am 22. Juli 1973 verbreitete das „Neue Deutschland" eine ADN-Meldung, in der es hieß, Ulbricht habe „am 19. Juli 1973 eine Hirndurchblutungsstörung (Schlaganfall)" erlitten; der Zustand sei sehr ernst, wurde noch hinzugefügt[158]. Zwei Tage später erfuhren die Leser des SED-Parteiorgans vom Besuch Honeckers am Krankenbett Ulbrichts, der einen Tag zuvor stattgefunden hatte. Der 1. Sekretär der Einheitspartei habe bei dieser Gelegenheit seinem Vorgänger „die herzlichsten Grüße und besten Wünsche des Politbüros" übermittelt[159]. Der Gesundheitszustand Ulbrichts besserte sich nicht mehr. Er starb schließlich am 1. August, und einen Tag später machte das „Neue Deutschland" mit dieser martialisch anmutenden Überschrift auf: „Das Kämpferleben des Genossen Walter Ulbricht hat sich vollendet", stand in großen Lettern über einem großflächigen Portrait des einstigen ersten Mannes der DDR[160]. Als ob es zwischen ihm und Ulbricht in den zurückliegenden Jahren keine Auseinandersetzungen gegeben hätte, sagte Honecker auf dem Staatsakt zum Tode seines Vorgängers, man werde sein Andenken stets in Ehren halten[161].

---

154 Ebenda.
155 Brief Walter Ulbrichts an das SED-Politbüro vom 24.5. 1973, in: Ebenda.
156 Ebenda.
157 Ebenda.
158 Mitteilung über den Gesundheitszustand Walter Ulbrichts, in: Neues Deutschland, 22.7. 1973.
159 Erich Honecker besuchte Walter Ulbricht, in: Ebenda, 24.7. 1973.
160 Das Kämpferleben des Genossen Walter Ulbricht hat sich vollendet, in: Ebenda, 2.8. 1973.
161 Ehrung und letztes Geleit für Genossen Walter Ulbricht, in: Ebenda, 8.8. 1973.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ANJA HEUSS

DIE „BEUTEORGANISATION" DES AUSWÄRTIGEN AMTES

Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion

Während des Zweiten Weltkriegs gab es eine Reihe deutscher Organisationen, deren einzige Aufgabe es war, in den besetzten Ländern Kunst und Kulturgut aufzuspüren, zu beschlagnahmen und nach Deutschland zu bringen; mit anderen Worten: im staatlichen Auftrag zu rauben. Die bekannteste dieser Organisationen war zweifellos der Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg (ERR), der auf die Beschlagnahme des jüdischen und bolschewistischen Kulturguts spezialisiert war. In den letzten fünf Jahren sind denn auch zahlreiche Details über die Planung Hitlers für ein sogenanntes „Führermuseum Linz" sowie über Görings private Kunstsammlung in seinem Landsitz Karinhall der Öffentlichkeit bekannt geworden[1].

Weniger bekannt ist dagegen, daß auch das Auswärtige Amt eine entsprechende Organisation unterhielt, die im Auftrag des Reichsaußenministers politisch relevantes Material in den besetzten Gebieten beschlagnahmen sollte. Diese Organisation, nach ihrem Leiter auch „Sonderkommando Künsberg" genannt, ist weder in der einschlägigen Literatur über den „Kunstraub der Nationalsozialisten" ausreichend berücksichtigt worden noch in der Literatur über das Auswärtige Amt[2].

Eberhard Freiherr von Künsberg[3], geboren am 2. 9. 1909 in Speyer, kam schon sehr

---

[1] Zum Kunstraub der Nationalsozialisten vgl. Jonathan G. Petropoulos, Art as Politics in the Third Reich: The Administration of Culture and the Collecting of Art by the National Socialist Elite, Chapel Hill 1995 und Lynn Nicholas, Der Raub der Europa, München 1995. Zum „Führermuseum Linz" vgl. Ernst Kubin, Sonderauftrag Linz, Wien 1988 und Charles de Jaeger, The Linz File. Hitler's Plunder of Europe's Art, Exeter 1981. Zur Typologie des Kunstraubs vgl. Anja Heuß, Der Kunstraub der Nationalsozialisten. Eine Typologie, in: kritische berichte 2 (1995). Die Publikation von Ulrike Hartung, Raubzüge in der Sowjetunion: das Sonderkommando Künsberg 1941–1943, Bremen 1997, konnte hier nicht mehr berücksichtigt werden, da sie erst nach Abschluß dieses Artikels erschien.

[2] Vgl. z. B. Hans-Jürgen Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der Endlösung, Berlin 1987. Hier wird das Sonderkommando Künsberg nicht erwähnt.

[3] Vgl. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts Bonn (künftig: PA/AA), Rep. IV, Personalia, Nr. 842, und Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RS 4/1505. Seit dem 1. 5. 1938 war Künsberg überdies geschäftsführender Direktor der Reichsorganisation „Das braune Band in Deutschland", die Pferderennen organisierte. Er wurde am 1. 6. 1943 zum Gesandtschafts-

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

früh in Kontakt mit dem Nationalsozialismus. Bereits als Gymnasiast in Würzburg gehörte er von 1921 bis 1923 dem *Jungsturm Adolf Hitler* an, mit neunzehn Jahren wurde er Mitglied der NSDAP. Während seines Jurastudiums in München war er von 1930 bis 1932 bereits Kreisleiter des NSD-Studentenbundes. Nach dem Studium wurde er 1934 Führer der 15. SS-Reiterstandarte in Regensburg und übernahm die Führung des „Standortes Regensburg". Am 1. Mai 1936 wurde er Referent im Außenpolitischen Amt der NSDAP und absolvierte nebenbei 1937 sein Gerichtsreferendariat. Von dort wechselte er am 14. März 1939 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in das Auswärtige Amt über. Bereits nach einem halben Jahr wurde er als Legationssekretär in die Laufbahn des Höheren Dienstes übernommen und der Abteilung Protokoll zugeteilt, auch dies eine Folge des personalpolitischen Revirements nach der Ernennung Ribbentrops zum Reichsaußenminister am 4. Februar 1938.

Im Oktober 1939 wurde Künsberg von seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Chef des Protokolls, Alexander Freiherr von Dörnberg[4], nach Warschau geschickt, um dort die Akten der feindlichen, aber auch der neutralen diplomatischen Wohnungen und Missionen sicherzustellen[5]. Dort nahm Künsberg auch an der Tagung der deutsch-russischen Zentralgrenzkommission teil[6]. Diese Kommission war aufgrund des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrages vom 28. September 1939 gebildet worden, in der die Teilung Polens festgelegt wurde. Im November ließ er die Akten des polnischen Außenministeriums abtransportieren[7]. Dabei assistierte ihm Dr. Kurt Jagow in seiner Funktion als Leiter des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts[8]. Bei diesem Aufenthalt in Warschau suchte und fand Künsberg auch die Akten der polnisch-russischen Grenzziehungskommission, die aufgrund des Rigaer Vertrages von 1921 gegründet worden war. Die Akten sollten im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes über Berlin nach Moskau geschickt werden[9]. Von 1940 bis 1942 wurden in Polen im Auftrag des Auswärtigen Amts nicht nur die außenpoli-

rat und am 12. 8. 1943 zum Legationsrat befördert. Am 24. 5. 1944 sollte er als Konsul dem deutschen Generalkonsulat in Tirana zugeteilt werden. Die Berufung kam nicht zustande, da er von der Waffen-SS zur 8. SS-Kavalleriedivision „Florian Geyer" eingezogen wurde. Diese Einheit wurde im August 1944 beim Bevollmächtigten General der deutschen Wehrmacht in Ungarn neu aufgestellt und kämpfte von Dezember 1944 bis Februar 1945 im Raum Budapest. Sie wurde im Februar 1945 im Pilisgebirge völlig aufgerieben. Vgl. Die geheimen Tagesberichte der Deutschen Wehrmachtführung im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, hrsg. von Kurt Mehner, Bde. 10–12; 1. 3. 1944–9. 5. 1945, Osnabrück 1995. Nach mündlicher Auskunft des Hausarchivs der Freiherren von Künsberg wurde er zuletzt im April 1945 in Pommern auf dem Rückzug gesehen und gilt seitdem als vermißt.

[4] Alexander Freiherr von Dörnberg, geb. 17. 3. 1901, im Auswärtigen Amt (AA) seit 1927, in der NSDAP seit dem 1. 4. 1934, Chef des Protokolls von 1939–1945. Vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt.

[5] Vgl. PA/AA, Rep. IV, Personalia, Nr. 842, Bd. 2, Reisekostenabrechnungen für den 4. 10.–19. 10. 1939.

[6] Vgl. PA/AA, R 27584, Reisekostenabrechnung Künsberg vom 23. 10.–29. 10. 1939.

[7] PA/AA, Rep. IV, Personalia, Nr. 842, Bd. 2, Reisekostenabrechnung für den 11. 11.–26. 11. 1939.

[8] Vgl. Ebenda, Nr. 242, Bd. 1–2, Dr. Kurt Jagow, geb. 29. 11. 1890.

[9] Vgl. PA/AA, R 27524, Schreiben vom 14. 11. 1939.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tisch relevanten Akten der diplomatischen Vertretungen aller Feindmächte beschlagnahmt, sondern auch historische Waffen des Heeresmuseums in Warschau, die dem Deutschen Jagdmuseum in München übergeben wurden[10].

Neben seiner Tätigkeit in Polen nahm Künsberg von 1940 bis 1942 an zahlreichen Verhandlungen des Auswärtigen Amts teil, etwa an den Verhandlungen zum Schiedspruch zwischen Rumänien und Ungarn, zum Beitritt Ungarns, Bulgariens und Jugoslawiens zum Dreimächtepakt und zur Regierungsneubildung in Oslo[11].

Die Beschlagnahmungen Künsbergs in Polen waren noch direkt abhängig von den einzelnen Weisungen des Auswärtigen Amts. Erst mit dem Angriff auf Holland, Belgien und Frankreich entwickelte Künsberg eine eigene, militärisch aufgebaute Organisation, die der Geheimen Feldpolizei zugeordnet war und den offiziellen Titel „Geheime Feldpolizei-Gruppe zur besonderen Verfügung des Auswärtigen Amtes" („GFP-Gruppe z.b.V. AA") trug[12]. Für den Westfeldzug wurden alle Angehörigen des Sonderkommandos mit Ausweisen und Uniformen der Geheimen Feldpolizei ausgestattet und unterstanden auch militärisch dem zum Feldpolizeidirektor avancierten Leiter Künsberg. Die Unterstellung unter die GFP war vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) bestimmt worden und hatte den Vorteil, daß die Angehörigen des Sonderkommandos innerhalb der militärischen Hierarchie mit besonderen Befugnissen ausgestattet waren. So konnten sie Gebäude beschlagnahmen und damit kulturelle Werte aller Art in erster Linie vor dem Zugriff der Besetzten, aber auch vor deutschen Plünderungen sichern.

Das Sonderkommando Künsberg nahm mit einem Stab von 38 Sachbearbeitern und 75 Fahrern der Waffen-SS am Westfeldzug teil. An der vordersten Spitze der Truppen marschierten sie in Den Haag, Brüssel und Paris ein, um dort die feindlichen Außenministerien und diplomatischen bzw. konsularischen Vertretungen zu besetzen. Doch über den eigentlichen Auftrag hinaus befahl Künsberg seinen Mitarbeitern, in Frankreich auch die Akten der politischen Parteien, der Logen und Pressebüros sowie verschiedener jüdischer Privatpersonen zu beschlagnahmen[13].

Mit dem Aufbau der Militärverwaltung in Frankreich setzte Außenminister von Ribbentrop seinen langjährigen Frankreich-Referenten Otto Abetz[14] zunächst als

---

[10] Vgl. PA/AA, R 27524, Polen. Sowohl Künsberg als auch der Schirmherr des Jagdmuseums in München, Präsident Christian Weber, waren in der Reichsorganisation „Das braune Band in Deutschland" organisiert.

[11] Vgl. BA-MA, RS 4/57, Aufstellung der Dienstreisen vom 10.8. 1942, „die nicht im Zusammenhang mit den Aufgaben des von ihm geführten Sonderkommandos des Auswärtigen Amts gestanden haben".

[12] Ein offizielles Gründungsdatum gibt es nicht. Künsberg hat in zahlreichen Rückblicken die Entstehung des Sonderkommandos auf den ersten Auftrag in Polen zurückgeführt, doch scheint sich das Sonderkommando erst im Westfeldzug institutionalisiert zu haben. Zur Organisationsstruktur der Geheimen Feldpolizei vgl. Klaus Gessner. Geheime Feldpolizei. Die ‚Gestapo der Wehrmacht', in: Gerhard Paul/ Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 492–507.

[13] Vgl. PA/AA, R 27532, Telegramm vom 18.6. 1940.

[14] Otto Abetz, geb. 26.3. 1903, 1935 Frankreich-Referent in der Dienststelle Ribbentrop, 1938

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts beim Militärbefehlshaber in Frankreich ein. Abetz war für alle Aufgaben im Bereich Kulturpolitik und Propaganda zuständig. Mit seiner Ernennung zum Deutschen Botschafter in Paris im August 1940 wurde ihm Künsberg zur „kommissarischen Beschäftigung" zugeteilt[15]. Künsberg war persönlich dafür verantwortlich, private jüdische Kunstsammlungen und Logenbesitz sicherzustellen.[16] Zusammen mit Robert Schmidt, dem Direktor des Kunstgewerbemuseums in Berlin[17], suchte das Sonderkommando Künsberg im Auftrag des Reichsaußenministers verschiedene Schlösser im unbesetzten Frankreich auf, um dort die ausgelagerten Kulturgüter aus dem Louvre und anderen staatlichen Museen zu sichten und nach Paris zurückzutransportieren. Bei der Durchsuchung der französischen Schlösser wurden sie mehrfach von konkurrierenden Einheiten, vor allem dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, gestört. Die Vorgehensweise des Sonderkommandos wurde vom Militärbefehlshaber Frankreich und dessen Vorgesetztem, dem Oberkommando des Heeres (OKH), strikt abgelehnt. Mit der Beschlagnahme französischen Kulturgutes hatte Abetz direkt in den Aufgabenbereich des militärischen Kunstschutzes unter der Leitung von Franz Graf Wolff Metternich eingegriffen, der grundsätzlich die Linie vertrat, bis zum Friedensvertrag mit Frankreich alle staatlichen Kulturgüter erst einmal an Ort und Stelle zu belassen. Auch Rosenberg war nicht erfreut über die Einmischung in seine ureigensten politischen Bereiche, die Erforschung und Verfolgung „jüdischer und bolschewistischer Organisationen". Aufgrund der zahlreichen Proteste seitens des OKH und Rosenbergs verzichtete Ribbentrop am 16. Oktober 1940 auf eine weitere Beschlagnahmung von jüdischem Kunstbesitz. Ein Großteil der in der deutschen Botschaft in Paris gelagerten Kunstwerke aus jüdischem Besitz mußte daraufhin Rosenberg übergeben werden[18].

Seit dem Westfeldzug nahm das Sonderkommando Künsberg nun regulär an allen Feldzügen teil, um die Beschlagnahme von primär außenpolitischen Akten für das Auswärtige Amt zu sichern. Für das Auswärtige Amt waren diese beschlagnahmten Akten von hohem Wert: sie verschafften eine ungefilterte Information, mit ihnen konnte man Staaten (oder Personen) unter Druck setzen, und schließlich konnte man diese Beute propagandistisch ausschlachten. Wie bei den „Weißbüchern" zum

---

Hauptreferent West in der Dienststelle Ribbentrop, 1940–1944 Botschafter in Paris. Vgl. Döscher, Das Auswärtige Amt.

15 PA/AA, R 27579, Kunstgegenstände 1940–1941. Auftrag an Künsberg am 10.7. 1940.

16 Vgl. dazu BA-MA, RS 4/1505. Die Reise dauerte vom 3.8.–27.8. 1940. Dabei handelte es sich offiziell um eine Reise im direkten Auftrag des AA, nicht aber um eine Aktion des Sonderkommandos Künsberg.

17 Vgl. PA/AA, R 27592, Reisekostenabrechnung für den Zeitraum vom 8.8.–6.9. 1940. Vgl. auch PA/AA, R 27579, Postkarte von R. Schmidt mit dem Angebot, die französischen Kunstschätze im Keller des Schloßmuseums zu verwahren. Ob dieses Angebot wahrgenommen wurde, konnte nicht festgestellt werden.

18 Vgl. hierzu Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard a. Rh. 1968, S. 184ff.; Walter Bargatzky, Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich, Freiburg i. Br. 1987, S. 64ff. Der Kunstraub der Nationalsozialisten in Frankreich ist nicht Thema dieses Artikels. Zum Kunstraub in Frankreich vgl. Nicholas, Raub der Europa, S. 158–246.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ersten Weltkrieg sollten Dokumentensammlungen erstellt werden, um die eigentliche „Kriegsschuld" der feindlichen Staaten zu beweisen. Akten über militärische Bündnisse und bilaterale Geheimverträge waren dabei ebenso willkommen wie Akten über die ideologische Schulung der Roten Armee oder den angeblich jüdischen Einfluß auf die französische Politik. Im Zuge des totalen Kriegs sollte der Gegner nicht nur militärisch niedergerungen, sondern auch in seiner ideologischen Motivation erkannt und gebrochen werden. Die „politische Kriegführung" wollte damit auf ihrem Gebiet leisten, was der „politische Soldat" im Feld und der Akademiker im „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften" leistete: einen Beitrag zur totalen Kriegführung.

Dieser grundsätzliche Auftrag, der weniger an die Person Ribbentrops gebunden war als vielmehr an den Apparat des Auswärtigen Amts, wurde in bestimmten besetzten Ländern erweitert. Diese Erweiterungen des Auftrages und der Kompetenzen, wie sie etwa in Frankreich versucht wurden, gingen freilich meist auf die persönlichen Wünsche Ribbentrops zurück. So wurde in der Vorbereitungsphase zur „Operation Seelöwe" eine Beschlagnahmeliste der Museen und jüdischen Privatsammlungen in England erstellt. Sie enthielt die Privatsammlungen von vier Mitgliedern der Familie Rothschild, von Sir Philip Sassoon, vom Kunsthändler Sir Joseph Duveen u. a. Der Liste wurde ein vertraulicher Bericht über die adligen Privatsammlungen und kleineren öffentlichen Sammlungen auf dem Lande beigelegt[19]. Sogar eine Liste englischer Vollblutpferde[20] wurde mit überreicht, denn Ribbentrop war ein leidenschaftlicher Reiter und Jäger. Künsberg war denn auch 1940 bei der Beschlagnahme und Überführung von Lipizzanerpferden aus Belgrad und Athen behilflich[21].

Künsberg hatte während des „Blitzkrieges" im Westen die Erfahrung gemacht, daß sein Erfolg nur dann gewährleistet war, wenn seine Gruppe äußerst schnell und beweglich war. Gerade in Frankreich hatte er den starken Konkurrenzdruck gespürt, der von den zahlreichen anderen „Beuteorganisationen" ausging. Diesem Druck konnte er entgehen, wenn er schneller als diese Organisationen vor Ort war. Da er ebenfalls davon ausging, daß auch die Sowjetunion in einem Blitzkrieg erobert werden würde, legte er großen Wert auf die Mobilität seiner Truppe. Ziel seiner Umstrukturierung des Sonderkommandos vor dem Angriff auf die Sowjetunion war die Bildung einer militärisch organisierten Truppe. Der Anteil an Sachbearbeitern wurde klein gehalten, um eine schwerfällige Verwaltung zu verhindern, die Ausstattung mit Personal und Fahrzeugen war aber ausreichend, um eine perfekte Logistik zu gewährleisten. Damit setzte sich sein Konzept deutlich ab von den Konzepten Rosenbergs, der eine große lokale Zivilverwaltung aufzubauen suchte, die von seinem Einsatzstab mit Materialien zur Erforschung der politischen Gegner versorgt wurde. Das Ziel Rosenbergs bei der Beschlagnahmung von osteuropäischem Material war

[19] Vgl. PA/AA, R 27559 und 27580.
[20] Vgl. PA/AA, R 27573, Liste mit Datum vom November 1940.
[21] Vgl. PA/AA, R 27532.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

also nicht der möglichst schnelle Abtransport in das „Altreich", sondern seine rasche Einbindung und Umsetzung in die politische Arbeit der Zivilverwaltung[22].

Künsberg war klar, daß er diese Mobilität nur erreichen konnte, wenn er sich mit der Wehrmacht arrangierte. Nur dann konnte er seine Aktionen mitten im Operationsgebiet durchführen. In zahlreichen Aktenvermerken wies er darauf hin, daß das Sonderkommando ohne diese militärische Anerkennung nicht einmal Zutritt zum Operationsgebiet bekommen könne[23]. Überdies konnte eine Absprache mit dem Oberkommando des Heeres verhindern, daß das Sonderkommando erneut in Kompetenzstreitigkeiten mit der Militärverwaltung geriet, wie dies in Frankreich der Fall gewesen war.

Dennoch wollte Künsberg sein Sonderkommando nicht in das Heer, sondern bezeichnenderweise in die Waffen-SS eingliedern. Im Januar 1941 bat er hierfür Ribbentrop schriftlich um Erlaubnis[24]. Die Übernahme wurde von Künsberg damit begründet, daß man den Anschluß an die Truppe brauche, nicht nur, um schneller zu sein, sondern auch, um die nötige Logistik zu sichern. Dabei sei die politische Unabhängigkeit nach wie vor gewährleistet. Nachdem Ribbentrop den Vorschlag gebilligt hatte, unterbreitete Künsberg seinen Plan Reichsführer SS Heinrich Himmler. Während dieser zunächst ablehnte, war SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich offensichtlich sehr bemüht, das Sonderkommando in seine Hand zu bekommen. Ein solches Unterstellungsverhältnis wurde allerdings vom Reichsaußenminister kategorisch abgelehnt, so daß die Verhandlungen monatelang ins Stocken gerieten[25].

Unterdessen verhandelte Künsberg mit dem Oberkommando des Heeres in einer Besprechung am 15. März 1941 über seine künftige Aufgabenstellung. In diesem Gespräch kritisierte der Oberbefehlshaber des Heeres West, Gerd von Rundstedt, die Beschlagnahme von Kunstwerken durch das Sonderkommando im besetzten Frankreich. Künsberg konnte den Anwesenden zwar deutlich machen, daß seine Beschlagnahmungen politischen Materials kriegswichtig waren, nicht aber seine Beschlagnahmungen von Kunstgegenständen. Künsberg mußte daher mündlich und schriftlich zusichern, daß er in Zukunft keine Kulturgüter mehr beschlagnahmen würde – eine Abmachung, die auch im Hinblick auf den Angriff auf die Sowjetunion getroffen wurde. Insofern hatten nicht nur Künsberg, sondern auch das OKH Konsequenzen aus dem Westfeldzug gezogen[26].

Die Heeresführung war bereit, das Sonderkommando Künsberg als militärische Einheit zu akzeptieren, wollte es aber nicht in das reguläre Heer eingliedern. Die Gründe für diese teilweise Ablehnung sind leider nicht belegt. Admiral Wilhelm Ca-

---

[22] Inwieweit diese Konzepte Rosenbergs in die Praxis umgesetzt wurden, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.

[23] Vgl. dazu PA/AA, R 27574, Vermerk vom 12.3. 1941, Künsberg an Legationsrat Kramarz.

[24] Vgl. PA/AA, R 27574. Das Schreiben selbst ist nicht auffindbar. In einer Notiz wird von Künsberg Bezug genommen auf sein Schreiben vom 2.1. 1941, mit grünem „Ja" des Reichsaußenministers vom 8.1. 1941.

[25] Vgl. PA/AA, R 27575, Vortragsnotiz von Künsberg, o.D.

[26] Vgl. PA/AA, R 27574.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

naris meinte im März 1941, daß das Sonderkommando durch seine spezifische Aufgabenstellung nicht so recht in der Geheimen Feldpolizei verankert werden könne. Da der Aufgabenbereich des Sonderkommandos aber ähnliche Züge trug wie der der Abwehr, beschloß Canaris, es beim Feindnachrichtendienst, also in derselben Abteilung des OKW zu belassen wie bisher[27]. Bereits in dieser Sitzung wurde vereinbart, daß einzelne Führer des Sonderkommandos die Befugnisse der Geheimen Feldpolizei beibehalten dürften. Canaris stellte aber die Bedingung, daß die Aufgabenbereiche der einzelnen Abwehrstellen in einer weiteren Sitzung voneinander abgegrenzt werden müßten. Diese Sitzung fand am 21. März 1941 in Anwesenheit aller Abwehrstellen statt. Man kam zu dem Ergebnis, daß der SD für die militärischen und geheimdienstlichen Akten zuständig sein sollte. Darunter verstand man vor allem die Paßstellen, die Büros der Militärattachés, Konsulate und Privatwohnungen. Das Sonderkommando dagegen sollte sich auf das außenpolitische Material beschränken[28].

In einem Befehl des OKH vom 11. Juni 1941, gezeichnet vom Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Franz Halder, wurde der Aufgabenbereich des Sonderkommandos in diesem Sinne festgelegt und sowohl gegenüber der militärischen Abwehr als auch gegenüber dem SD abgegrenzt. Demzufolge war nur das Sonderkommando zur Beschlagnahmung der Akten des Außenministeriums, der Botschaften, Gesandtschaften und Konsulate berechtigt. Der Auftrag zur Sicherstellung dieses Materials konnte nur vom Außenminister gegeben werden. Das Sonderkommando selbst wurde als Einheit des Feindnachrichtendienstes anerkannt[29].

Organisatorisch wurde das Sonderkommando jedoch mit Wirkung vom 1. August 1941 in die Waffen-SS eingegliedert. Es wurde dem Führungshauptamt der SS direkt unterstellt, behielt aber seine volle Selbständigkeit[30]. Gleichzeitig behielten die Führer des Sonderkommandos ihre Befugnisse als Angehörige der Geheimen Feldpolizei, die sie seit dem Frankreich-Feldzug inne hatten. Das Führen von GFP-Ausweisen fand mit ausdrücklicher Genehmigung des Heeresfeldpolizeichefs statt[31].

Damit befand sich das Sonderkommando in geradezu grotesker, wenn auch bezeichnender Weise im Schnittpunkt der Kompetenzen. Als Einheit der Waffen-SS unterstand es in militärischen Dingen der Weisung des SS-Führungshauptamtes, als

---

[27] Zum Raub von Archiven und Bibliotheken durch den SD, darunter auch das Sonderkommando, vgl. Horst Kißmehl, Kriegswichtige Zielobjekte – Akten, Archive, Bibliotheken, in: Burchard Brentjes (Hrsg.), Wissenschaft unter dem NS-Regime, Berlin/Bonn 1992, S. 132–155.

[28] PA/AA, R 27574, Telegramm 297 vom 10. 5. 1941.

[29] Befehl OKH GenStdH O. QU. B, Nr. 200/41, Geheime Kommandosache. Vgl. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Berlin, Bestand Sekretariat des Ministers (künftig: Der Bundesbeauftragte), Nr. 940.

[30] Vgl. PA/AA, R 27574, Vortragsnotiz vom 21. 8. 1941 für Ribbentrop: „Die absolute Selbständigkeit des Sonderkommandos bei der Durchführung seines politischen Auftrages ist in jeder Weise gewährleistet."

[31] Vgl. PA/AA, R 27575. Diese Genehmigung wurde am 18. 3. 1942 dem Sonderkommando vom OKH wieder entzogen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Feindnachrichtendienst aber der Abteilung Abwehr des OKW. Zugleich waren einige Leiter der Sonderkommandos, zumindest zu Beginn dieses Feldzuges, Angehörige der Geheimen Feldpolizei. Die Anweisung zur Beschlagnahmung von politischem Material konnte aber ausschließlich vom Reichsaußenminister gegeben werden, wenn sich das Sonderkommando dabei auch an seine Absprachen mit der Abwehr zu halten hatte.

Bei Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion bestand das Sonderkommando aus einem Stab und drei sog. Einsatzkommandos. Jedes Einsatzkommando wurde einer der drei Heeresgruppen zugeordnet und bestand aus je 95 Mann. Eine Nachschubkolonne, eine Instandsetzungsstaffel, Funk- und Fernsprechgeräte und immerhin 93 Fahrzeuge sorgten für die Logistik. Bis auf einige wenige Sachbearbeiter des Auswärtigen Amts waren alle Angehörigen zur Waffen-SS einberufen. Insgesamt hatte das Unternehmen eine Sollstärke von 360 Mann[32]. Damit hatte es den höchsten Personalstand seit Beginn seiner Tätigkeit erreicht. Künsberg selbst übernahm die Koordinierung der drei Einsatzkommandos von Berlin aus[33].

Die Kosten des Unternehmens wurden, mit Ausnahme des Wehrsoldes, aus dem Kriegskostenfond des Auswärtigen Amts bestritten, von Oktober 1940 bis September 1942 betrugen sie 745 000 RM[34].

Von Anfang an wurde das Sonderkommando Künsberg angehalten, engsten Kontakt mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes (VAA) bei den verschiedenen Armeeoberkommandos (AOK) zu halten. Jeder dieser Vertreter war berechtigt und aufgefordert, Materialien und Gebäude bis zur Ankunft des Sonderkommandos zu beschlagnahmen, die für das Auswärtige Amt von Interesse sein könnten. Somit spielten die VAAs eine wichtige Rolle als Informanten in denjenigen Gebieten, in denen das Sonderkommando gerade nicht präsent war. Außerdem konnten sie im Falle von Kompetenzstreitigkeiten mit den militärischen Dienststellen vermitteln, da sie in der Regel den besseren Kontakt zu den militärischen Stäben besaßen[35].

Das Ziel aller drei Einsatzkommandos[36] war es, mit den ersten Truppen Moskau und Leningrad zu erreichen. Für den Einmarsch in Moskau wurden umfangreiche Listen erstellt, welche Objekte in welcher Reihenfolge sicherzustellen seien. In einer handschriftlichen Liste stand an oberster Stelle der Kreml. Es folgten das Außenmi-

---

[32] Vgl. ebenda, Aufstellung von Künsberg am 30.1. 1942. Die Iststärke wird mit 339 Mann angegeben.

[33] Künsberg beschlagnahmte in Berlin auch einen Teil der Akten der sowjetischen Botschaft und der Handelsvertretungen. Vgl. PA/AA, R 27553.

[34] Vgl. BA-MA, RS 4/57.

[35] Vgl. PA/AA, 27554, Telegramm von Künsberg an Einsatzkommando Stettin, 9.7. 1941.

[36] Ein besonderer Nutznießer des Sonderkommandos war der im Juli/August 1940 eingerichtete Geographische Dienst des Auswärtigen Amtes (Abteilung D VII), der je einen Beauftragten für den Stab und die drei Einsatzkommandos zur Verfügung stellte. Gleichwohl wurde die Zusammenarbeit permanent belastet vom Konflikt zwischen Künsberg und dem Leiter der Abteilung Deutschland, Unterstaatssekretär Martin Luther, dem der Geographische Dienst unterstellt war. Vgl. PA/AA, R 27632, P. 283 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisterium, das Kriegskommissariat und das Innenkommissariat. An fünfter Stelle rangierte interessanter Weise die britische Botschaft, dann folgten verschiedene Gebäude und Privatwohnungen der deutschen Botschaft bzw. ihrer Mitarbeiter. Selbstverständlich sollten auch die Akten der Gesandtschaften und Botschaften der Feindstaaten sichergestellt werden[37].

In Warschau wurde eine Auffangstelle für die erbeuteten Akten und Karten errichtet, die von Rittmeister von Hoffmann-Ostenhof geleitet wurde. Dort wurden die Materialien gesichtet und verteilt. Ab Oktober 1941 wurde diese Auffangstelle nach Berlin verlegt, wo eine Sichtungsstelle im Preußischen Geheimen Staatsarchiv eingerichtet wurde, welche die eingehenden Bestände ordnete und verschiedene interessierte Dienststellen mit Material versorgte[38].

Einsatzkommando Stettin bzw. Hamburg

Das Einsatzkommando Stettin wurde der Heeresgruppe Nord zugeteilt. Unter der Leitung von Dr. Karl Segler schloß sich das Einsatzkommando der Panzergruppe 4 an, um auf dem schnellsten Weg Leningrad zu erreichen. Daher umging das Einsatzkommando Kowno und Wilna und beschränkte sich darauf, durch kurze Abstecher in diese ehemals baltischen Städte das wichtigste Material sicherzustellen. So gelang es dem Einsatzkommando, in Kowno einige Wirtschaftsakten des belgischen Konsulates und die Akten der ehemaligen polnischen Abteilung der englischen Gesandtschaft zu beschlagnahmen. Vom Vertreter des Auswärtigen Amts Frauenfeld[39] erfuhr man, daß sich am Stadtrand von Kowno das Kloster Pazaislis befand, in dem Teile des Zentralen Litauischen Staatsarchivs (Centralinis Valstybes Archyvs) ausgelagert worden waren. Der wichtigste Teil des Archivs, die geheime Abteilung mit Akten des Kriegs- und Innenministeriums sowie dem Informations- und Spionagedienst Litauens, war aber in einer Privatwohnung versteckt. Aufgrund des Zeitdrucks wurden beide Archivdepots zunächst nur versiegelt.

Die Strategie des Einsatzkommandos Stettin, sich hauptsächlich auf Leningrad zu konzentrieren, stieß in der Berliner Zentrale auf herbe Kritik. Als der Leiter des Einsatzkommandos in eine andere Einheit versetzt wurde, nutzte Künsberg die Gelegenheit, um das Einsatzkommando umzustrukturieren. Mit Wirkung vom 15. Juli 1941 wurde Prof. Dr. Haubold der neue Leiter des Einsatzkommandos, das nun den Decknamen Hamburg erhielt[40]. Eine wichtige Position nahm der Baltendeutsche

[37] Vgl. PA/AA, R 27556.

[38] Am 10.5. 1942 wurde erneut eine solche Zwischenstelle unter der Leitung von Hoffmann-Ostenhof in Kiew eingerichtet. Vgl. PA/AA, R 27557.

[39] Frauenfeld war Vertreter des Auswärtigen Amts beim AOK 16.

[40] Haubold, geb. 2.10. 1905. Von 1933–1938 beim Reichsgesundheitsamt Berlin in der Krebsforschung und internationalen Seuchenbekämpfung. Ab 1936 Mitarbeiter der Reichsärztekammer, dort zum Leiter der Auslandsabteilung befördert. In der NSDAP seit 1934, in der SS seit 1939. Ab 1.11. 1940 für das Sonderkommando Künsberg tätig. Nach 1945 wurde gegen Haubold wegen medizinischer Versuche an Juden mit Todesfolge ermittelt. Das Verfahren wurde wegen des Todes des Beklagten am 19.9. 1968 eingestellt.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. Jürgen von Hehn ein, der für den Geographischen Dienst im Einsatz war[41]. Er wurde beauftragt, alles litauische und russische Kartenmaterial für den Geographischen Dienst sicherzustellen. Haubold bildete erneut zwei kleine Trupps, die in Kowno, Riga und Wilna nach einschlägigem Material suchen sollten. Die Archivbestände im Kloster Pazaislis bei Kowno wurden noch einmal gesichtet. Dabei stellte sich heraus, daß die meisten Akten nur bis zum Zeitpunkt der sowjetischen Besetzung Litauens reichten, alle späteren Vorgänge wurden zentral in Moskau archiviert. In Kowno wurden ferner die Akten der Konsulate der Feindmächte sowie Kartenmaterial in der Universitätsbibliothek beschlagnahmt.

Am 16. Juli 1941 flog das Einsatzkommando weiter nach Riga, wo die Akten des lettischen Außenministeriums beschlagnahmt und das Präsidentenpalais und die sowjetische Gesandtschaft durchsucht wurden. Da das Sonderkommando auch in Riga verspätet eintraf, konnte hier nur wenig gefunden werden.

Auch wenn Künsberg und Haubold mit der Umstrukturierung klar gemacht hatten, daß sie auch eine Durchforschung der baltischen Staaten für wichtig erachteten, so war natürlich die oberste Priorität immer noch die Einnahme von Leningrad[42]. Hehn, der eigentlich für den Geographischen Dienst zuständig war, wurde am 23. Juli 1941 von Künsberg schriftlich angewiesen, folgende Objekte unbedingt „sicherzustellen": „Das russische Außenministerium und seine Archive, das russische Seehandelskommissariat, das Deutsche Generalkonsulat, die Konsulate der Feindstaaten und die Kunstschätze der Ermitage."[43] Dieser Auftrag wurde mit Telegramm vom 31. Juli 1941 noch erweitert. Künsberg befahl, in Leningrad die erste karthographische Fabrik der Sowjetunion, die russische geographische Gesellschaft und das geographische Institut zu besetzen[44].

Der Auftrag an den Sonderführer von Hehn, auch Kunstwerke abzutransportieren, stand in direktem Widerspruch zur Absprache Künsbergs mit dem Oberkommando des Heeres. Dieser Auftrag ging offensichtlich auf eine Weisung Ribbentrops an Künsberg am 9. und 12. Juli 1941 zurück. Darin hatte Ribbentrop gefordert, auch die Kunstschätze in Moskau und Leningrad einzubeziehen. Künsberg gab diese Anweisung an Hehn weiter, wies aber wiederholt darauf hin, daß er vom OKH die Weisung habe, sich bei seinen Beschlagnahmungen auf außenpolitisch relevantes Material

---

[41] Vgl. PA/AA, R 27554. Hehn war von Künsberg bereits am 9.7. 1941 für diesen Aufgabenbereich abgestellt worden. Er versorgte als ehemaliger Angestellter die Publikationsstelle Berlin-Dahlem laufend mit Informationen über das beschlagnahmte Material in der Sowjetunion. Vgl. Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), R 153/1127, Schreiben Hehns an Papritz vom 31.7. 1941. Zur Tätigkeit Hehns nach der Auflösung des Sonderkommandos vgl. Michael Burleigh, Germany turns eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988, S. 244, und Kißmehl, Kriegswichtige Zielobjekte, S. 149 ff.

[42] Vgl. PA/AA, R 27554, Kommandobefehl vom 14.7. 1941. Dort wurde unter Punkt 10 noch einmal ausdrücklich festgestellt: „Das Endziel der Einsatzgruppe ‚Hamburg' ist Leningrad."

[43] Vgl. ebenda, Bericht vom 25.7. 1941.

[44] Vgl. ebenda, Telegramm Nr. 9 vom 31.7. 1941, Künsberg an Sonderführer von Hehn. Diese Anweisung ging auf eine Anregung Wilfried Krallerts zurück. Vgl. ebenda, Telegramm Nr. 14 vom 30.7. 1941, Krallert (Kiew) an Künsberg.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu beschränken. Er führte weiter aus: „Zur Sicherstellung von Kunstwerken wird das Sonderkommando jedoch die Genehmigung vom OKH niemals erhalten, vielmehr ist die strenge Abgrenzung der Zuständigkeit des Kommandos gerade deshalb erfolgt, weil seinerzeit in Frankreich mit Hilfe des Sonderkommandos Kunstschätze sichergestellt wurden und dies ausdrücklich für die Zukunft verhindert werden sollte."[45] Ribbentrop nahm daraufhin seine Forderung zurück und wies Künsberg am 9. August 1941 an, sich auf die zugewiesenen Aufgaben, „wie sie auch vor dem russischen Feldzug in der bekannten Sitzung beim OKH festgestellt wurden," zu beschränken[46].

Auf dem Weg nach Reval durchsuchte das Sonderkommando auch Wilna, Libau, Mitau, Volmar, Narwa und Dorpat. In diesen Städten fand es aber hauptsächlich sowjetische Propagandaliteratur und Volkstumskarten. Am 28. August 1941 rückte es gemeinsam mit der 61. Infanteriedivision in Reval ein. Dort wurden Dokumente im Schloß der Stadt entdeckt, die aus dem estnischen Außenministerium stammten, unter anderem der russisch-estnische Flottenvertrag vom 11. Oktober 1939 mit allen Geheimklauseln und zahlreiche andere politische Akten der Jahre 1932 bis 1939[47]. Ebenso wurden der sowjetische Stab, das Topographische Institut, der Kriegshafen, die Funkstation auf der Halbinsel Kopli und das Statistische Amt durchsucht und zahlreiche Karten gefunden.

Insgesamt wurden von dem Einsatzkommando Stettin bzw. Hamburg in den baltischen Staaten etwa 15 000 Generalstabskarten, Landkarten, Katasterkarten, Seekarten und mehr als sechs LKW-Ladungen Akten abtransportiert[48]. Dieses Material wurde in die ehemalige deutsche Gesandtschaft von Riga gebracht, wo sich das Einsatzkommando einen vorübergehenden Stützpunkt eingerichtet hatte. Am 28. September 1941 erreichte das Einsatzkommando dann das Gebiet unmittelbar vor Leningrad. Dabei mußte es feststellen, daß alle Zarenschlösser vor Leningrad bereits ausgeräumt, zum Teil auch ausgebrannt waren. Trotzdem fand das Einsatzkommando im Alexanderschloß in Puschkin (Zarskoje Selo) noch die Privatbibliothek des letzten Zaren Nikolaus fast vollständig vor. Die Bibliothek umfaßte 10 000 Bände aus der Zeit des 18. bis 20. Jahrhunderts. Es handelte sich um eine der typischen Adelsbibliotheken mit deutscher, französischer, englischer und russischer Literatur, historischen und kunsthistorischen Werken sowie Reisebeschreibungen. Besonders interessant für das Einsatzkommando war auch die vollständige Sammlung russischer Gesetze und Verordnungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.

---

[45] Vgl. PA/AA, R 27556, Vermerk vom 30.7. 1941.

[46] Vgl. PA/AA, R 27579, Kunstgegenstände 1940–1941.

[47] Die Akten des estnischen Außenministeriums wurden 1942 der Archivkommission des AA übergeben. Vgl. Der Bundesbeauftragte Nr. 940, Proben der vom Sonderkommando-AA im Rußland-Einsatz sichergestellten Bestände. (Aus der Dokumentensammlung des Staatssicherheitsdienstes der DDR zum Kunstraub der Nationalsozialisten in der Sowjetunion, undatiert, vermutlich nach 1980 angelegt.)

[48] Einzelaufstellung der in den baltischen Staaten beschlagnahmten Akten. Vgl. PA/AA, R 27003 (Druckstück Nr. 26 von 1941).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch im Schloß Gadschina (Krasnogwardeisk) fand das Einsatzkommando Reste einer Bibliothek, die dort auf dem Fußboden aufgeschichtet worden war. Von den 30000 Bänden, die in ihren Schwerpunkten ähnlich wie die Bibliothek im Alexanderschloß war, entnahm das Einsatzkommando nur 16000 Bände. Im Schloß Pawlowsk (Sluzk) wurde, ebenfalls auf dem Boden aufgestapelt, eine Bibliothek mit ca. 11500 Bänden gefunden. Alle drei Bibliotheken, also insgesamt 37500 Bände, wurden nach Siwerskaja verladen, um dort gesichtet und für den Weitertransport nach Reval, dem damaligen Stützpunkt des Einsatzkommandos, verpackt zu werden[49].

Das Einsatzkommando Nürnberg

Das Einsatzkommando Nürnberg unter der Leitung von Dr. Bernhard Nitsch[50] wurde der Heeresgruppe Mitte zugeteilt mit dem Ziel, Moskau zu erreichen. Im Juli 1941 wurden dem Einsatzkommando noch Sonderführer Paulsen für die Beschlagnahmung geographischen Materials und der Sonderführer Schönborn für die Belange der Archivkommission zugeteilt. Das Einsatzkommando hielt sich überwiegend im weißrussischen Raum auf, wo es seine eigentliche Aufgabe, die Beschlagnahme außenpolitischer Akten, kaum erfüllen konnte. Dafür gelang es dem Einsatzkommando, in Kobryn das Kartenlager der 4. russischen Armee aufzuspüren. Am 3. Juli 1941 wurden drei Kisten mit ca. fünf Zentnern Kartenmaterial nach Berlin abtransportiert.

In Minsk waren von den Sowjets alle politischen Akten entweder abtransportiert oder verbrannt worden. Es konnte lediglich eine geheime Akte über die sowjetische Luftwaffe aus dem Stabsgebäude des Weißrussischen Militärbezirks geborgen und an die deutsche Luftwaffenführung weitergeleitet werden. Wenige Tage später erreichte ein Vorkommando des Einsatzkommandos Smolensk. Auch dort konnte kein Aktenmaterial gefunden werden, da die Sowjets einen Großteil nach Osten verlagert hatten. Für die Informationsabteilung des Auswärtigen Amts und den Geographischen Dienst wurden lediglich Zeitungen, die nach dem 22. Juni 1941 erschienen waren, sichergestellt, außerdem Karten, Maueranschläge, Wirtschaftsstatistiken[51].

Das Einsatzkommando Potsdam

Das Einsatzkommando Potsdam unter der Leitung von Valentin Patzak schloß sich schließlich der Heeresgruppe Süd an. Seine Aufgabe bestand darin, die politischen Akten in der Ukraine sicherzustellen[52]. Dazu gehörten als erstes Ziel die Akten des sowjetischen Gouverneurs in Lemberg. Man erhoffte sich von ihnen Aufschlüsse

[49] Vgl. PA/AA, R 27576, Bericht an Dörnberg vom 24.12. 1941. Vgl. auch die Aufstellung der russischen Beutebestände in Berlin, in: PA/AA, R 27558.

[50] Dr. Bernhard Nitsch, geb. 13.2. 1901, von Beruf Versicherungsdirektor.

[51] Zur Tätigkeit des Einsatzkommandos Nürnberg vgl. PA/AA, R 27555.

[52] Zur Plünderung von Kulturgut in der Ukraine vgl. Patricia Kennedy Grimsted, The Fate of Ukrainian Cultural Treasures during World War II: The Plunder of Archives, Libraries, and Museums under the Third Reich, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 53–80. Die Autorin erwähnt die Akten des Sonderkommandos im Politischen Archiv des AA, wertet sie aber nicht aus.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über die sowjetische Verwaltung im ehemaligen Polen[53]. Ebenfalls erhielt das Einsatzkommando den Auftrag, in Charkow nach den Akten der aus Kiew geflüchteten Regierung zu fahnden.

In Lemberg konnten indes wider Erwarten keine außenpolitischen Akten gefunden werden, da die Sowjets im September 1939 alle Konsulate geschlossen hatten. Doch wurden 12000 Flugschriften neben weiterem Propagandamaterial entdeckt, darunter die Reden Stalins, Lenins und Woroschilows. Als besonders wertvoll erwies sich die Bibliothek des Ossolineums, die vom Grafen Ossolinski 1827 gegründet und im Zuge der Sowjetisierung Lembergs neu strukturiert worden war. Im Zuge dieser Umstrukturierung wurde das Ossolineum der Sammelpunkt für die von den Sowjets in Ostpolen beschlagnahmten Privatbibliotheken, so daß sich dort Zehntausende von beschlagnahmten, aber nicht inventarisierten Büchern befanden[54].

Wenig später rückte das Einsatzkommando über Tarnopol nach Kiew vor. In Kiew wurde zweifellos die gewaltigste Menge an „Beutegut" in der gesamten Sowjetunion beschlagnahmt. Für den Geographischen Dienst wurden die geographischen, geologischen und karthographischen Forschungsinstitute der Universität und der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften geplündert, wo über drei Millionen Bände gesichtet wurden, von denen etwa 8000 Bände und 5000 Landkarten zum Abtransport ausgewählt wurden[55]. Des weiteren wurden medizinische Fachliteratur und Spezialliteratur zur Kautschukgewinnung gefunden. Auch in den staatlichen Gebäuden und beim NKWD wurde umfangreiches Kartenmaterial beschlagnahmt. In den militärischen Gebäuden konnten keine Akten, dafür aber wirtschaftsstatistisches Material gefunden werden.

Im Lenin-Museum und im Marx-Engels-Lenin-Institut befand sich umfangreiches politisches Propagandamaterial, das vom Sonderkommando ebenso durchsucht wurde wie die Staatlich-Ukrainische Bibliothek, die unter anderem die frühere Bibliothek des Metropoliten Flavián mit etwa 120000 Bänden enthielt[56]. Einige wertvolle Bücher, etwa ein kirchenslavisches Missale von 1639, Perikopen in kirchenslavischer Sprache (Venedig, 1519) und die älteste ukrainische Grammatik von Pawlowskij

---

[53] Vgl. PA/AA, R 27575, Telegramm vom 9.7. 1941.

[54] Vgl. Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin), R 21/10616, Bericht des Bibliotheksschutzes, Dr. Gustav Abb. Nach diesem Bericht ist die Bibliothek von zahlreichen deutschen Organisationen immer wieder geplündert worden. Zu dem Ossolineum gehörte ursprünglich auch ein Museum, dessen Objekte aber bereits von den Sowjets auf andere Museen verteilt worden waren.

[55] Die Bibliothek der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften zählte 3–4 Millionen Bände. Die wertvollen Inkunabeln und Handschriften waren von den Sowjets bereits nach Ufa verbracht worden, sollten aber Gerüchten zufolge in Dnepropetrowsk liegen geblieben sein. Die Bibliothek verteilte sich auf mehrere Auslagerungsorte, darunter die Wladimir-Kathedrale und die Sophien-Kathedrale.

[56] Einige Bände dieser Bibliothek Flavián sowie weitere Beutebestände wurden über das Sonderkommando Künsberg der Publikationsstelle Berlin-Dahlem übereignet. 1947 wurde die Bibliothek der Publikationsstelle in die USA verbracht und 1964 dem Herder-Institut in Marburg übergeben. Im März 1994 fand eine Restitution der Bücher an die Ukraine statt (ca. 200 Bände). Liste der „Beutebücher" im Herder-Institut liegt vor.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von 1816, wurden beschlagnahmt und nach Berlin verbracht, womit Künsberg wieder einmal seine Kompetenzen klar überschritten hatte[57]. In Kiew befand sich auch eine historische Waffensammlung mit über 5000 Teilen, die zum Teil vom höheren SS- und Polizeiführer beschlagnahmt wurde, während 360 Waffen vom Einsatzkommando abtransportiert wurden[58]. Eine Judaica-Sammlung mit etwa 60000 Bänden, Zeitungen usw. wurde im Podolkloster in Kiew am 6. November 1941 beschlagnahmt, aber nicht abtransportiert. Im Januar 1942 wurde sie vor Ort Vertretern des Ostministeriums übergeben. Die Beute war so gewaltig, daß sie bis zum 10. November 1941 auf 370 Kisten bzw. 50000 Bände anwuchs[59].

Am 17. Oktober 1941 erreichte ein kleines Suchkommando Odessa, wo es ebenfalls fündig wurde. Das Archiv des Fürsorgekomitees für das Rußlanddeutschtum, das Archiv der deutschen Kirche von Odessa, das deutsche Dorfarchiv und das Archiv der Ansiedlerkontore in Odessa, Bessarabien und Ekaterinoslav waren für die Abteilung Deutschland des Auswärtigen Amts von besonderem Interesse. Die Akten befanden sich im Kellerraum einer Kirche, die von den Rumänen besetzt und bewacht wurde. Das Einsatzkommando beschloß, die Akten gegen den Willen der Rumänen abzutransportieren, da Gerüchte aufkamen, daß die Rumänen diese Akten wegen der darin enthaltenen Eigentumsnachweise vernichten wollten. Während die rumänischen Soldaten am vorderen Eingang der Kirche Wache hielten, trugen die Mitarbeiter des Einsatzkommandos die Akten, immerhin 3500 Stück, durch ein Fenster auf der Rückseite der halb zerstörten Kirche hinaus und verbrachten sie zu ihrem Stützpunkt im deutschen Konsulat[60]. Am 9. November 1941 erreichte das Kommando Jalta auf der Krim, wo unter anderem im Taurischen Zentralmuseum der Krim Reste einer anthropologischen Fotosammlung über die Krimgoten gefunden wurden[61].

Der Beginn der sowjetischen Gegenoffensive am 5./6. Dezember 1941 brachte die deutsche Front in solche Bedrängnis, daß an eine Einnahme von Moskau und Leningrad vorläufig nicht mehr zu denken war. Künsberg zog daher das wissenschaftliche Personal seines Sonderkommandos zurück, das teilweise in seine alten Ressorts im Auswärtigen Amt zurückkehrte, teilweise mit der Sichtung des erbeuteten Materials in Berlin begann.

Mit dem Auslaufen der deutschen Offensive veränderte sich auch die Tätigkeit des Sonderkommandos Künsberg. Seine drei Einsatzkommandos wurden nur noch gezielt

---

[57] Vgl. Anm. 46.

[58] Vgl. PA/AA, R 27557, Aufstellung der nach Shitomir verschickten Waffen.

[59] Vgl. PA/AA, R 105182, Bericht von Dr. Hans-Peter Kosack über seine Arbeit in Kiew vom 10.11. 1941.

[60] Die Akten wurden im Dezember 1941 abtransportiert und 1942 der Sammlung Leibbrandt, Ministerium für die besetzten Ostgebiete, übergeben. Sie sind vermutlich bei einem Angriff auf Berlin am 19.5. 1944 verbrannt. Vgl. PA/AA, R 100454, Korrespondenz des AA, D VIII mit Slg. Leibbrandt, 1942.

[61] Vgl. BA-MA, RS 4/1500, „Gotische Typen bei den Krimtataren", Pagina 282974–282982. Die Sammlung war von Dr. W. Lorenz aufgebaut worden, der seit 1933 als verschollen galt.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an bestimmten Orten eingesetzt. Aus Mangel an außenpolitischen Akten wurde nun alles geplündert, was Aufschluß über die sowjetischen Wirtschaftsunternehmen geben konnte. Mit dieser „Beute" konnte Künsberg die zahlreichen Forschungsinstitute, die mit dem Sonderkommando in Kontakt standen, bedienen. Sein eigentlicher Auftraggeber, das Auswärtige Amt, war dagegen an diesem Material weniger interessiert. Es war Ausdruck dieser veränderten Situation, aber auch Folge der massiven Angriffe Rosenbergs, der am 14. Juli 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannt worden war, wenn Künsberg sich nun zunehmend gegen interne Vorwürfe verteidigen mußte. Mit der Ablösung der militärischen durch die zivile Verwaltung gewann Rosenberg an Einfluß in den besetzten sowjetischen Gebieten und sorgte dafür, daß das Sonderkommando Künsberg dort nur noch unter erschwerten Bedingungen arbeiten konnte. So wies er beispielsweise den Reichskommissar für die Ukraine, Erich Koch, am 11. Februar 1942 an, dem Sonderkommando Künsberg jegliche Tätigkeit in seinem Bereich zu verbieten. Rosenberg unterstrich bei dieser Gelegenheit, „dass für die Sicherstellung von Kulturgütern im Bereich der Zivilverwaltung einzig und allein mein Einsatzstab für die besetzten Gebiete zuständig ist, der seine Arbeit im engsten Einvernehmen mit den Dienststellen der Zivilverwaltung durchführt. ... Aktionen anderer Kommandos oder Dienststellen sind unter allen Umständen zu unterbinden und zu verbieten. Ich bitte, in diesem Zusammenhang dem Sonderkommando des Auswärtigen Amtes (Kühnsberg) [sic!] jegliche Tätigkeit im Bereiche der Zivilverwaltung zu verbieten. Ich teile diese Massnahme gleichzeitig dem Auswärtigen Amt mit."[62] Tatsächlich entwarf er am selben Tag einen Brief an das Auswärtige Amt, in dem er trotz seiner Verärgerung über die Beschlagnahmung der Judaica-Bibliothek in Kiew ein Gespräch über eine mögliche Kompetenzabgrenzung anbot. Bereits am 20. Februar 1942 fand ein Gespräch zwischen je zwei Vertretern des Sonderkommandos und des Einsatzstabes Rosenbergs statt. Dabei behauptete Rosenberg seine alleinige Zuständigkeit für alle beschlagnahmten kulturellen Werte und forderte die Judaica-Sammlung und die Zarenbibliothek aus Zarskoje Selo zurück. Das Sonderkommando gab in dieser Frage nach, und man einigte sich auf eine engere Zusammenarbeit. Tatsächlich hat das Sonderkommando 1942 keine nennenswerten Beschlagnahmungen innerhalb des Reichskommissariates Ukraine durchgeführt[63].

Im Frühjahr 1942 wurde das Sonderkommando als geschlossene Einheit der „Leibstandarte Adolf Hitler" zugeteilt. Das wissenschaftliche Personal des Sonderkommandos wurde auf Abruf gehalten für den Fall, daß doch noch Bewegung in das Frontgeschehen kommen würde. Dies geht etwa aus einem Einsatzbefehl des Kommandoamtes der Waffen-SS hervor, der am 31. Januar 1942 an das Sonderkommando erging:

„Antragsgemäß wird das Sonderkommando bis zur Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit im Rahmen des Feindnachrichtendienstes auf der Halbinsel Krim für

[62] Dieser Brief befindet sich im Zentralen Staatsarchiv Kiew, Fond 3206, Opis 5, Nr. 8. Für die freundliche Überlassung einer Kopie dieses Schreibens danke ich der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen.

[63] PA/AA, R 105 185, Pagina 221 841–221 843.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

folgende Aufgaben eingesetzt: Bekämpfung der Partisanen, Bewachung der Küste, Ausbildung der Tartaren. Die Beendigung dieses Einsatzes ist auf den Zeitpunkt festgesetzt, den der Herr Reichsminister des Auswärtigen für die Wiederaufnahme der politischen Tätigkeit des Sonderkommandos bestimmt."[64] Das militärische Personal erhielt jetzt den Auftrag, drei Selbstschutzkompanien aus 400 Krimtartaren zum Kampf gegen die Rote Armee auszubilden. Das wissenschaftliche Personal aber unterstand nach wie vor nur der Weisung des Reichsaußenministers, wie Künsberg noch im Juli 1942 mehrfach versicherte. Mit Wirkung vom 1. August 1942 wurde das Sonderkommando in „Bataillon der Waffen-SS z. b. V." umbenannt[65].

Die Reste des Sonderkommandos wurden freilich immer mehr zur Erbeutung von wirtschaftlich relevanten Akten eingesetzt. Bereits während der deutschen Sommeroffensive des Jahres 1942 wurde dies deutlich. Im August 1942 wurde ein „Vorkommando Kaukasus" eingesetzt, um die Städte Rostow, Taganrog, Krasnodar nach ausschließlich wirtschaftlichem Material zu durchsuchen. Dabei wurden 12 Kisten mit Akten aus der Zementfabrik, der Konservenfabrik, dem Landwirtschaftlichen Institut und dem Weinbau-Institut in Krasnodar beschlagnahmt. In Taganrog wurden mindestens 30 Kisten mit technischen Büchern und Zeitschriften erbeutet und nach Berlin geschickt. Ein weiteres Einsatzkommando „Wolga" unter der Leitung von Siebert erhielt am 3. August 1942 den Befehl, Stalingrad zu durchsuchen. Die Suche wurde sehr bald abgebrochen, da das zuständige AOK wegen der angespannten militärischen Lage den weiteren Zutritt zum Frontgebiet verbot.

Das ehemalige Kommando Hamburg wurde im Oktober/November in Nowgorod eingesetzt. Dort kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Wolfgang Mommsen, einem Mitarbeiter der Archivschutzkommission[66], da sich das Sonderkommando und der Archivschutz um die Bestände des Staatsarchivs in Nowgorod stritten. Mommsen hatte jedoch im Gegensatz zum Sonderkommando keinerlei Transportfahrzeuge zur Verfügung. Man einigte sich daher darauf, daß das Sonderkommando das gesamte Archiv samt der Fachbibliothek nach Berlin für den Archivschutz transportieren würde. Als Gegenleistung handelte das Sonderkommando dem Archivschutz die Bibliothek und einen kleinen Teil der Archivalien ab[67]. Insgesamt wurden vier Waggons für Mommsen beladen und am 31. Oktober 1942 nach Riga ab-

---

[64] PA/AA, R 27575.

[65] Vgl. PA/AA, R 27574, Schreiben vom 11.7. 1942. Vgl. auch Der Bundesbeauftragte, Nr. 942, Schreiben des SS-Führungshauptamtes vom 10.9. 1942.

[66] Die Archivschutzkommission stand unter der Leitung Ernst Zipfels, dem Generaldirektor des Preußischen Staatsarchivs und Direktor des Reichsarchivs. Er wurde am 22.5. 1940 zum „Kommissar für den Archivschutz" ernannt. Vgl. auch Hans Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Stuttgart 1988, Bd. 5/1, S. 314 ff.

[67] Vgl. BA Berlin, R 90/173, Bericht Mommsens an den Leiter der Archivschutzkommission, Dr. Zipfel, über die Angelegenheit in Nowgorod, mit einer offiziellen und einer inoffiziellen Fassung. Die Akte enthält auch die Listen der Akten, die dem Sonderkommando (von Hehn) bzw. der Archivschutzkommission überlassen wurden. Vgl. auch PA/AA, R 27557, Berichte aus der Sicht Hehns Ende Oktober/Anfang November 1942.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschickt. Zwei weitere Waggons schickte Hehn für das Sonderkommando nach Berlin. Diese enthielten 29 Kisten aus der Bibliothek und der Archivbücherei, 14 Kisten Bücher aus dem Haus der Roten Armee, zwei Kisten Bücher des Pädagogischen Institutes aus dem Antonienkloster und eine Kiste Bücher aus der Sophienkathedrale im Kreml, ferner Katasterkarten, statistisches Aktenmaterial, 8 Kisten Akten verschiedener Kulturämter sowie Wirtschaftsakten aus dem Staatsarchiv.

Im November und Dezember 1942 hielt sich Hehn noch einmal im Raum Leningrad auf, um dort eine Art Nachlese zu halten. In Peterhof, Puschkin, Sluzk, Znamenk und Poss. Lenina durchsuchte er wie im Jahr zuvor die Gebäude und fand etwa in Puschkin (Zarskoje Selo) noch fünf Kisten Bücher, darunter eine komplette Ausgabe der historischen Zeitschrift „Istoriceski Vestnik". In Poss. Lenina durchsuchte er in einer ehemaligen Kirche eine größere Bücherei, die aus Lehrbüchern für die Feuerwehr und militärischem Schrifttum bestand. Obwohl die Bücher der Feuerwehr zurückgelassen wurden, ergab das immer noch über 5 LKW-Ladungen Bücher, die nach Siwerskaja überführt wurden. Gestört wurde das Sonderkommando Künsberg bei seiner „Tätigkeit" durch eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass vom 17. November 1942. Diese Meldung sorgte für erhebliche Unruhe im Auswärtigen Amt und veranschaulicht, daß man dort sehr wohl wußte, daß dieses Sonderkommando außerhalb der Legalität operierte. Angeblich war ein Mitarbeiter des Sonderkommandos von der Roten Armee gefangengenommen worden und hatte alle Plünderungen gestanden. Tatsächlich ließ die Tass-Meldung auf eine gute Quelle schließen, da Auftrag und Unterstellungsverhältnis zutreffend beschrieben wurden. Jedoch wurden dem Sonderkommando in dieser Meldung zahlreiche Plünderungen anderer Einheiten und Personen zur Last gelegt. Es wurde ihm unterstellt, es habe zahlreiche Kunstgegenstände, darunter die Dielen und Teppiche aus dem Schloß Zarskoje Selo, abtransportiert. Für diese Plünderungen waren sie aber nachweislich nicht verantwortlich[68]. Der Zwischenfall hatte zur Folge, daß Künsberg sämtliche Hinweise auf die Zugehörigkeit zum Auswärtigen Amt entfernen ließ, sogar – wie Künsberg am 1. Dezember 1942 festlegte – nicht nur aus dem Schrift- und Telegrammverkehr, sondern auch aus den Stiefeln[69].

Dem Sonderkommando Künsberg war es 1941 stets gelungen, zusammen mit den Spitzenverbänden die größeren Städte in den baltischen Staaten, der Ukraine und Weißrußland zu erreichen und dort als eine der ersten „Beuteorganisationen" alles zu beschlagnahmen, was für die politische Kriegführung wichtig schien. Dabei gelang es dem Sonderkommando, mehrere Monate vor den Einsatzgruppen Rosenbergs vor Ort zu sein, um die Beute möglichst schnell nach Berlin zu schaffen. Mit dem Scheitern des deutschen Angriffs auf Moskau und Leningrad war ab 1942 auch der

[68] Vgl. BA-MA, RS 4/57, Berichte verschiedener Mitarbeiter des Sonderkommandos zum Wahrheitsgehalt der Tass-Meldung. Leider wurde diese Tass-Meldung von mehreren Autoren zum Thema Kunstraub unkritisch und ohne Angabe der Quelle übernommen. Vgl. vor allem Nicholas, Der Raub der Europa, S. 255 f.

[69] BA-MA, RS 4/57, Bataillonsbefehl Nr. 3/1943.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erfolg des Unternehmens Künsberg in Frage gestellt. Das Jahr 1942 ist daher gekennzeichnet von Machtkämpfen innerhalb des Auswärtigen Amts, wo immer mehr Stimmen die Auflösung des Kommandos forderten. Zugleich gewann Rosenberg in den besetzten Ostgebieten durch den Aufbau der Reichkommissariate Ostland und Ukraine zunehmend an Einfluß, den er bereits im Januar 1942 gegen alle Konkurrenten, insbesondere aber gegen das Sonderkommando einsetzte. Damit war die Tätigkeit des Sonderkommandos 1942 auf das Operationsgebiet und das rückwärtige Heeresgebiet beschränkt. Zugleich gelang es Rosenberg, mit Weisung des OKH vom 25. Oktober 1941 seine Zuständigkeit für die Beschlagnahme jüdischen, kirchlichen und freimaurerischen Materials auch im Operationsgebiet zu behaupten[70]. Die Zivilverwaltung hatte sich gegenüber dem Konzept der „schnellen Beute" durchgesetzt.

Um die Bedeutung einer solchen Organisation beurteilen zu können, sollte man allerdings nicht allein untersuchen, welche Materialien abtransportiert werden konnten, sondern wie diese Materialien verteilt und ausgewertet wurden.

Die erbeuteten Materialien aus der Sowjetunion wurden von Winter 1941/42 bis Frühjahr 1943 in Berlin, Hardenbergstr. 29a, gesammelt, gesichtet und weiterverteilt. Ein kleiner Teil wurde dort in einer Art Ausstellung arrangiert, die allerdings nur ausgewählten hochrangigen Funktionären zugänglich war. 1942 wurde ein achtbändiger Katalog der noch verfügbaren Akten und Bücher angefertigt und zur Auswahl vorgelegt.

In enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und besonders mit dem Sonderkommando standen ab 1942 die zahlreichen Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften, beispielsweise die Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft unter der Leitung von Wilfried Krallert oder die Publikationsstelle Berlin-Dahlem, in der zahlreiche Archivare tätig waren. Diese Forschungsgemeinschaften wurden vom Sonderkommando Künsberg und dem Geographischen Dienst häufig bedacht[71].

Im Auswärtigen Amt wurden nicht nur bestimmte Referate wie die Presseabteilung und die Informationsabteilung mit politischem Material versorgt, sondern auch einzelne Angestellte, die sich für ihren persönlichen Bedarf Bücher aus der „Beute" aussuchen durften. So entnahm der ehemalige deutsche Botschafter in Moskau, Friedrich Werner Graf von der Schulenburg, etwa hundert Bücher aus der Bibliothek in der Hardenbergstraße, die ursprünglich aus dem Schloß Pawlowsk stammten. Es handelte sich um überwiegend französischsprachige Literatur des 18./19. Jahrhunderts. Künsberg gab die Anweisung an seinen Arbeitsstab, noch einen russischen Brustharnisch dazuzulegen[72].

Im Laufe des Jahres 1942 wurden die sowjetischen Buchbestände aus dem Lager in der Hardenbergstraße an verschiedene Stellen abgegeben. Insgesamt hatte das Sonderkommando bis zum Ende des Jahres 1942 etwa 250000 beschlagnahmte Objekte

[70] Weisung des OKH über den Einsatz von Sonderkommandos zum Raub von Kulturgütern in den okkupierten sowjetischen Gebieten vom 25.10. 1941, abgedruckt in: Norbert Müller (Hrsg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR 1941–1944, Berlin (Ost) 1980, S. 187f.

[71] Einzelaufstellung der Überweisungen an die Publikationsstelle befinden sich im BAK, R 153/1167 und 1209.

[72] Vgl. PA/AA, R 27558. Die Provenienz des Brustharnisches ist nicht bekannt. Vermutlich stammt er aus dem Lawra-Museum in Kiew.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereits weiterverteilt. Davon wurden ca. 145000 Karten und geographische Bücher dem Geographischen Dienst des AA übergeben[73]. Die komplette Bibliothek des Alexander-Schlosses mit 10000 Bänden sowie die Bibikov-Bibliothek und die Judaica-Bibliothek aus Kiew mit insgesamt 65000 Bänden waren dem Ministerium für die besetzten Ostgebiete, also Reichsleiter Rosenberg, übergeben worden, ebenso die Volksdeutschen Archive aus Odessa und Simferopol mit 12000 Bänden.

Da Ribbentrop aufgrund mangelnder Erfolge die Auflösung des Sonderkommandos Künsberg zum 1. August 1942 forderte, stellte sich die Frage, wie die noch verbliebene Bibliothek mit 52900 Bänden sinnvoll zu verteilen war[74]. Am 29. Oktober 1942 legte der Gesandte von Dörnberg dem Reichsaußenminister einen Katalog dieser Bibliothek vor, der mit Vorschlägen für die weitere Verteilung versehen war. Dörnberg regte an, die kompletten Bibliotheken aus den Schlössern Pawlowsk und Gadschina mit insgesamt 37500 Bänden sowie 550 Stiche und Zeichnungen verschiedener Provenienz an das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete abzugeben. Etwa 7400 Bände Wirtschaftsliteratur wurden für den Vierjahresplan und den Reichsforschungsrat vorgesehen. Weitere 7000 Bücher, Plakate, Filme und Schallplatten sowie eine Sammlung der in der Sowjetunion verbotenen Bücher sollten Generalkonsul Wüster für eine Ausstellung des Auswärtigen Amts über die „Neuordnung Europas" übergeben werden. Die historischen Waffen und Fahnen, die in Kiew beschlagnahmt worden waren, sollten zwischen dem Chef der Heeresmuseen und dem Reichsführer SS aufgeteilt werden[75]. Etwa 2000 Bände waren für die verschiedenen Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften vorgesehen, die mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung standen. Insgesamt war also über die Hälfte des restlichen Beutematerials für das sogenannte Ostministerium vorgesehen. Dies war aber Ribbentrop nicht genug. Er ordnete vielmehr an, das gesamte Material dem Ostministerium zu übergeben. Eine Ausnahme gestattete er lediglich bei der Wirtschaftsbibliothek, die er dem Beauftragten für die Durchführung des Vierjahresplans überlassen wollte. Generalkonsul Wüster durfte sich 2000 in der Sowjetunion verbotene Werke und 250 Propaganda-Plakate auswählen. Somit erhielt auf Anweisung des Reichsaußenministers der Reichsleiter Rosenberg ca. 44400 Werke aus diesem Restbestand, das sind über 85 %. Von den insgesamt ca. 300000 Objekten, die das Sonderkommando Künsberg vom Juni 1941 bis Oktober 1942 in der Sowjetuni-

[73] Der Geographische Dienst in Berlin wurde 1943/44 mehrfach von Bomben getroffen, wobei vermutlich der größte Teil des Archivs verlorenging. Die wertvollsten Beutebestände, darunter 10000 historische Karten, Atlanten und geographische Bücher, die aus der Universitätsbibliothek in Kiew und Charkow stammten, wurden im August 1943 in einem Schloß in Grabow, Oststernberg (Brandenburg), ausgelagert. Das Gebiet wurde zunächst von der Roten Armee besetzt und gehörte nach 1945 zu Polen. Das weitere Schicksal dieser Karten ist nicht bekannt. Vgl. BAK, B 323/29–32, Deklaration Nr. 2051, und PA/AA, R 105204.

[74] Tatsächlich bestand das Sonderkommando weiter, ging aber von der Zuständigkeit des AA in die Zuständigkeit des SS-Führungshauptamts über. Die genauen Umstände dieser Übertragung konnten anhand der vorhandenen Akten nicht geklärt werden. Der Aufgabenbereich blieb derselbe. Vgl. PA/AA, R 27574.

[75] Dieser Bestand, der ursprünglich aus 360 Waffen bestanden hatte, war mittlerweile auf 141 Stück zusammengeschmolzen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

on einschließlich der ehemaligen baltischen Staaten beschlagnahmt hat, sind fast die Hälfte verschiedenen Stellen des Reichsleiters Rosenberg übergeben worden[76].

Der größte Teil dieser Beute wurde der sogenannten „Ostbücherei" Rosenbergs in Berlin zugewiesen[77], die Literatur zur Erforschung des Bolschewismus und Marxismus in Osteuropa sammelte. Dazu gehörte vor allem das sowjetische Propagandamaterial. Die Ostbücherei befand sich ab September 1942 in Berlin und wurde im September 1943 nach Ratibor in Oberschlesien verbracht. Dort fanden die russischen Truppen bei Kriegsende dieses Lager fast unversehrt vor und konnten es in die Heimat zurückführen[78].

Ende Juli 1943 wurde vom SS-Führungshauptamt die Auflösung des Bataillons zum 1. September 1943 angeordnet[79]. Künsberg gelang es, in dieser kurzen Frist die militärische Übergabe zu vollziehen. Für die Auflösung der politischen Akten bat er jedoch um eine weitere Frist bis Oktober. Da die sogenannte „russische Bibliothek" bereits Ende 1942 aufgelöst worden war, mußte nur noch ein kleinerer Teil der Beuteakten an verschiedene Stellen abgegeben werden. Der letzte wichtige Bestand an Beuteakten stammte aus Nowgorod. Es handelte sich um 11 Kisten Katasterakten und 174 Akten aus dem Staatsarchiv in Nowgorod, die für die Archivschutzkommission nach Berlin transportiert worden waren. Sie wurden Ende August 1943 der Archivschutzkommission in Prag übergeben[80]. Etwa 100 Kisten und 7,5 Tonnen Bücher an geographischem, volkskundlichem und karthographischem Material sowie die sogenannte Wirtschaftsbibliothek mit 100 Kisten Buchmaterial gingen an das Reichssicherheitshauptamt, Amt VI (Wirtschaftsforschung)[81].

---

[76] Zur Auflösung der Bibliothek vgl. PA/AA, R 27558. Nicht enthalten sind in dieser Aufstellung die Beschlagnahmungen in Nowgorod und im Gebiet vor Leningrad, die nach der Auflösung der Bibliothek beschlagnahmt wurden. Bisher ist bei der Erforschung der Plünderungen Rosenbergs nicht berücksichtigt worden, daß der ERR in der Sowjetunion nicht alles selbst beschlagnahmt hat, sondern auch die Bestände anderer Organisationen übernommen hatte.

[77] Vgl. Bundesamt für äußere Restitutionen in der Oberfinanzdirektion Frankfurt, Akte I (K), Bd. III, Pagina 402ff. Nach dem Arbeitsbericht des ERR wurde in der Zeit vom 1.7.–30.9. 1943 u.a. die „Sammlung Künsberg (zaristische, bolschewistische und ukrainische Bestände)" verlagert. Der explizite Hinweis auf zaristische Sammlungen legt den Schluß nahe, daß auch die Bibliotheken, die das Sonderkommando Künsberg in den Zarenschlössern „sicherstellte", der Ostbücherei übergeben wurden, obwohl zaristische Bibliotheken eigentlich nicht zum Sammelgebiet dieser Bibliothek gehörten.

[78] Die Judaica und Hebraica aus Osteuropa wurden vermutlich dem „Institut zur Erforschung der Judenfrage" in Frankfurt übergeben. Ein Teil der Sammlung dieses Institutes wurde dort bei Luftangriffen vernichtet, der größere Teil jedoch nach Hungen bei Gießen ausgelagert. Dort übernahm die amerikanische Besatzungsmacht die Bestände und brachte sie in das Offenbach Archival Depot bei Frankfurt, das ein spezielles Zwischenlager für Archivgut, Bibliotheken und jüdische Kulturgüter war. Die genauen Vorgänge sind leider nicht belegt.

[79] Befehl des SS-FHA-Kdo. W-SS Tgb. Nr. II/5526/43 geh. vom 29.7. 1943, in: BA-MA, RS 4/56.

[80] Vgl. den Einsatz in Nowgorod 1942, S. 550.

[81] Die Liste der übergebenen Werke befindet sich in BA-MA, RS 4/56. Sie wurden dem Wannsee-Institut übergeben und mit diesem Anfang 1944 nach St. Lambrecht/ Steiermark verlagert, wo sie von der Britischen Besatzungsmacht aufgegriffen wurden. Der weitere Verbleib ist unbekannt.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch das Hygiene-Institut der Waffen-SS erhielt drei Kisten medizinischen Schrifttums[82].

Die Akten des Sonderkommandos Künsberg aus den Jahren 1941 bis 1943, in denen es der Waffen-SS angehörte, wurden der Kriegsgeschichtlichen Forschungsabteilung der Waffen-SS in Oranienburg übergeben. Es handelte sich dabei um Akten sämtlicher Einsätze in der Sowjetunion, Personalakten sowie die Akten der lokalen Dienststellen in Kiew, Wien, Beneschau und Taganrog[83].

Das Auswärtige Amt erhielt weitere Akten des Sonderkommandos Künsberg, vor allem die Korrespondenzen mit dem Auswärtigen Amt, am 21. September 1943. Alle damals übergebenen Akten befinden sich heute wieder im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn.

Die Beschreibung der Tätigkeit des Sonderkommandos Künsberg konnte nur einen kleinen Ausschnitt des gesamten nationalsozialistischen Kunstraubes in der Sowjetunion und den baltischen Staaten zeigen. Da diese Einheit des Auswärtigen Amts kaum bekannt ist, lag es nahe, auch kurz auf die Vorgeschichte einzugehen. Erst anhand seiner Entstehungsgeschichte läßt sich das komplizierte Unterstellungsverhältnis beim Angriff auf die Sowjetunion begreifen.

Da die Akten fast vollständig überliefert sind, war es möglich, genaue Angaben über die Personalstärke und die Menge des geplünderten Materials zu machen. Vergleicht man die Personalstärke des Sonderkommandos mit anderen Plünderungsorganisationen in der Sowjetunion, so kann man feststellen, daß das Sonderkommando zusammen mit dem Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg zu den beiden größten Einheiten in der Sowjetunion gehörte[84]. Dies bedeutet nicht, daß es auch die größte Menge an Beutematerial beschlagnahmt hat. Da zuverlässige Zahlen über die Menge des geplünderten Materials der anderen Organisationen noch nicht vorliegen, muß ein Vergleich weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

Das Sonderkommando ging bei seinen Beschlagnahmungen in der Sowjetunion sehr selektiv vor. Keinesfalls hat das Sonderkommando alles beschlagnahmt, was am Wege lag. Kunstsammlungen wurden von ihm nicht angetastet, mit Ausnahme jener Waffen-Sammlung aus Kiew. Die Meldung der Einsatzkommandos, daß man in einer Stadt kein Material gefunden habe, bedeutete also nicht, daß diese Stadt vollständig

---

82 Die drei Kisten gingen an Dr. Bauer, der für das Sonderkommando Künsberg in der Sowjetunion als Arzt und als Fachmann für medizinisches Beutematerial tätig gewesen war.

83 Von dort lagerte das Reichssicherheitshauptamt 1944 die Akten in das Schloß Sasmuk (Kreis Kolin, Tschechien) aus. Dort wurde es in „Kriegsarchiv der Waffen-SS" umbenannt. Nach Kriegsende wurden die Akten gefunden und dem Historischen Institut der tschechoslowakischen Armee in Prag zur Aufbewahrung übergeben. Ein großer Teil wurde 1957 der DDR offiziell übergeben, darunter 6 Tonnen Archivalien der SS und der Militärgerichte. Anhand der im Militärarchiv Freiburg in Kopie vorhandenen Findbücher konnte ermittelt werden, daß sich heute nur noch vier Akten des Sonderkommandos Künsberg aus der Zeit vom 10.10. 1941–12.11. 1942 in Prag befinden.

84 Der Archivschutz bestand aus höchstens 10 Personen. Vgl. dazu Torsten Musial, Staatsarchive im Dritten Reich. Zur Geschichte des staatlichen Archivwesens in Deutschland 1933–1945, Potsdam 1996, S. 161–167.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geräumt war. Sie bedeutete vielmehr, daß kein Material für das Auswärtige Amt gefunden werden konnte.

Künsberg hatte sein Sonderkommando 1941 umstrukturiert, um möglichst schnell die beiden Großstädte Leningrad und Moskau mit seinen politischen Zentren zu erreichen. Mit dem Scheitern der Blitzkriegstrategie gegen Ende des Jahres scheiterte auch Künsbergs Konzept, das sich auf Schnelligkeit, Beweglichkeit und eigene Logistik konzentriert hatte. Da die beiden Städte nie erreicht werden konnten, verlagerte Künsberg 1942 den Schwerpunkt seiner Beschlagnahmungen von den außenpolitischen Akten zu den Wirtschaftsakten. Damit entfernte sich Künsberg von den eigentlichen Verwertungsinteressen des Auswärtigen Amtes. Der Mangel an militärischem und politischem Erfolg führte letztendlich zur Auflösung des Sonderkommandos.

Beispielhaft konnten die Auseinandersetzungen zwischen Rosenberg und dem Sonderkommando von 1940–1942 geschildert werden. Dabei stellte sich überraschend heraus, daß Rosenberg sich sowohl in Frankreich als auch in der Sowjetunion gegenüber dem Auswärtigen Amt behaupten konnte und – neben dem Geographischen Dienst des Auswärtigen Amts – der eigentliche Nutznießer der Beschlagnahmungen Künsbergs war. Sicherlich ließen sich auch die Beziehungen, Kompetenzstreitigkeiten und kurzfristigen Allianzen des Sonderkommandos mit anderen Einheiten näher untersuchen. Doch dies würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GILAD MARGALIT

DIE DEUTSCHE ZIGEUNERPOLITIK NACH 1945

Der vorliegende Aufsatz untersucht das Verhalten der Instanzen, die für die Gestaltung der Zigeunerpolitik in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands (1945–1949), insbesondere in der amerikanischen, und in der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren verantwortlich waren, und skizziert die Grundlinien und Tendenzen dieser Politik.

Der Untergang des Dritten Reiches im Mai 1945 hatte den kollektiven Internierungen der Sinti und Roma, den Zwangssterilisationen unzähliger Menschen und dem Massenmord ein Ende gesetzt. Die Durchführung einer Zigeunerpolitik im Schatten von Auschwitz stellte die staatlichen Behörden vor eine moralische und politische Herausforderung, die in der Geschichte der Beziehungen zwischen Staat und Zigeunern in Deutschland ohne Präzedenz war.

1. Sinti und Roma in den Westzonen Deutschlands

Obwohl eine offizielle Statistik über die Sinti- und Romabevölkerung in Deutschland für das Jahr 1945 und die nachfolgenden Jahre nicht vorliegt, ist klar, daß die Ermordung der Sinti und Roma unter dem NS-Regime zu einem erheblichen Rückgang dieser Bevölkerungsgruppe in West-Deutschland geführt hatte. Von 18 330 Zigeunern, die im Mai 1940 in den Grenzen des Altreiches gelebt hatten[1], waren nach einer von Karl Heinz Sippel angestellten Schätzung „weniger als 5000 Menschen zurückgeblieben"[2], von denen zirka 3000 nicht in einem Konzentra-

[1] Hermann Arnold, Die NS-Zigeunerverfolgung: ihre Ausdeutung und Ausbeutung. Fakten, Mythos, Agitation, Kommerz, Aschaffenburg 1989, S. 32. Dem vorliegenden Beitrag liegt ein Kapitel der unter Betreuung von Prof. Dr. Moshe Zimmermann, Hebräische Universität Jerusalem, und Prof. Dr. Dan Diner, Universität Essen und Tel Aviv, verfaßten Dissertationsarbeit des Autors in überarbeiteter Form zugrunde. Dem Richard-Koebner-Zentrum für Deutsche Geschichte der Hebräischen Universität Jerusalem sei herzlich für die Unterstützung bei Übertragung ins Deutsche gedankt.

[2] How the Gipsies were persecuted, in: The Wiener Library Bulletin IV, Mai–Juli 1950. Zitiert wird dort aus einem Artikel, der in der „Neuen Zeitung" vom 15.3. 1950 erschienen sein soll. In der genannten Ausgabe sowie in anderen Ausgaben des Monats konnte der ursprüngliche Text nicht gefunden werden. Ebenso blieben alle Bemühungen erfolglos, die Identität des genannten Karl Heinz Sippel zu bestimmen. – Offizielle statistische Angaben über die Entwicklung der Zigeunerbevölkerung in Deutschland nach 1945 liegen nicht vor. Daher ist nicht zu beurteilen, inwieweit die genannten Zahlen die Wirklichkeit wiedergeben. Nach Angaben des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit lebten Ende der siebziger Jahre zwischen 10000 und 30000 Zigeuner in der Bundesrepublik Deutschland. Vgl. Andreas Hundsalz, Stand der Forschung über Zi-

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tionslager inhaftiert waren. Wahrscheinlich setzt diese Schätzung die Zahl der Zigeuner jedoch zu niedrig an.

Nach ihrer Befreiung begannen Zigeuner auf der Suche nach ihren Familien und Verwandten in die Dörfer und Städte zurückzukehren, aus denen sie ausgewiesen worden waren[3]. Weil die Wohnwagen, in denen die Sinti bis Ende der dreißiger Jahre mehrheitlich gewohnt hatten, von der Polizei beschlagnahmt, verbrannt oder verkauft worden waren[4], mußten die zurückkehrenden Menschen nach anderen Unterkünften suchen. Die meisten schlossen sich den wenigen Verwandten an, die in den während der NS-Zeit in einigen deutschen Städten errichteten Wohnlagern zurückgeblieben waren, oder fanden provisorische Lösungen des Unterkunftsproblems. Andere erwarben neue Wohnwagen und kehrten zu ihrer traditionellen Lebensweise und der „Landfahrerei" zurück[5], so daß Zigeuner schließlich verstreut in kleinen Gruppen in allen Teilen Deutschlands lebten[6].

Zigeuner tauchten nach Kriegsende nicht gleichzeitig in allen deutschen Ländern auf. Nach Hamburg kehrten sie bereits im Mai 1945 zurück. Nach Hessen, Bremen, Württemberg und Baden kamen sie erst zu einem späteren Zeitpunkt – irgendwann zwischen der Kapitulation und dem Sommer 1946. Doch die Rückkehr der Zigeuner weckte in allen Ländern einheitlich negative Reaktionen der Bevölkerung und der verschiedenen Behörden.

Die Verfolgung unter den Nationalsozialisten hatte die sozioökonomische Situation der Zigeuner in Deutschland, die auch vor der Machtübernahme Hitlers in Not und Elend gelebt hatten, noch erheblich verschlechtert. Das NS-Regime hatte den wenigen Besitz der Zigeuner (in erster Linie Gold und Schmuck) eingezogen. Für die Zigeuner war es nach dem Krieg meist schwer, Beweise vorzulegen, um diesen Besitz zurückzuerhalten[7]. Die Überlebenden der Konzentrationslager waren an Leib und Seele verletzt und teilweise nicht in der Lage, zu arbeiten und ihre Familien zu ernähren. Die Prozesse der Modernisierung hatten Einkommensmöglichkeiten aus den traditionellen Erwerbstätigkeiten der Zigeuner schon in der Weimarer Republik erheblich reduziert, Umschulungsmöglichkeiten waren stets begrenzt, da viele

---

geuner und Landfahrer, Stuttgart/Berlin 1978, S. 29. Schätzungen der Zigeunerorganisationen aus den achtziger Jahren gehen von einer Zahl zwischen 40000 und 60000 aus. Vgl. Romani Rose, Bürgerrechte für Sinti und Roma. Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987, S. 9.

[3] Interview mit Harald Heller, Frankfurt, 27.6. 1992; Interview mit Berta Weiss, Hannover, 18.8. 1992; Interview mit Karl Wagner, Oldenburg, 26.8. 1992.

[4] Karola Fings/Frank Sparing, „Z. Zt. Zigeunerlager". Die Verfolgung der Düsseldorfer Sinti und Roma im Nationalsozialismus, Köln 1992, S. 34.

[5] Fings/Sparing, S. 81 ff.

[6] Nur im Stadtstaat Hamburg nahm die Kriminalpolizei bereits einige Monate nach Kriegsende eine Schätzung der im Stadtgebiet lebenden Zigeunerbevölkerung vor. Danach hatten ca. 500 Zigeuner das Dritte Reich in Hamburg überlebt, wobei die Überlebenden aus den Konzentrationslagern wohl nicht erfaßt wurden. Vgl. Rudko Kawczynski, „Hamburg soll ‚zigeunerfrei' werden", in: Angelika Ebbinghaus u. a. (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik im Dritten Reich, Hamburg 1984, S. 50.

[7] Interview mit Karl Wagner, Oldenburg, 26.8. 1992.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zigeuner Analphabeten waren. Daher blieben die Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe in der Regel auch nach dem Krieg bei ihren traditionellen Erwerbstätigkeiten: Einige waren im Pferdehandel tätig, doch mehrheitlich erwarben sie ihren Lebensunterhalt durch Hausieren mit Teppichen, Textilien und Kurzwaren, eine Tätigkeit, an der auch die Frauen Anteil hatten. Durch die geringen Einkünfte konnten sich die kinderreichen Familien jedoch nur mühsam ernähren, so daß viele Familien auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen waren. Der Maler Otto Pankok, ein Freund der Sinti aus Düsseldorf, schrieb 1950: „Es ist sonnenklar, daß bei Menschen, die sich in Not befinden, kriminelle Vergehen, Betteln, Mundraub etc. sich eher ereignen als in den Kreisen gutbezahlter Beamter und wohlhabender Bürger."[8]

Tatsächlich, so geht aus Berichten einiger am Rande der Hansestadt Hamburg gelegener Polizeireviere vom Mai 1945 hervor, beschuldigte die Bevölkerung die Zigeuner des Diebstahls, da sie ohne Erlaubnis Viehfutter von den Feldern für ihre Pferde entwendeten, stählen und unter Gewaltandrohung Obst und Gemüse einforderten[9]. Ähnliche Berichte existieren für den Zeitraum zwischen der Kapitulation im Mai 1945 und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1949 auch für andere Städte in allen Teilen Deutschlands. Sie wurden insgesamt zur Bearbeitung an die zuständigen Innenministerien weitergeleitet.

In Bremen beispielsweise beschwerten sich Bürger, die in der Nachbarschaft der Zigeunerwohnwagen lebten, die Zigeuner würden ihre Bedürfnisse in der gesamten Umgebung verrichten und ihren Abfall über das Gebiet verstreuen, so daß ihre Anwesenheit eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheit darstelle[10].

Schon vor dem Dritten Reich waren Zigeuner in die Kategorie der Asozialen eingeordnet worden. Seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde diese Stigmatisierung zunehmend von der Presse und der populären Literatur verbreitet[11]. Für das NS-Regime war Asozialität bekanntlich eine kriminelle Kategorie[12].

---

[8] Otto Pankok, Zigeuner sind auch Menschen, in: Zeitung ohne Namen, Nr. 6, 23.3. 1950, S. 10.

[9] Staatsarchiv Hamburg (künftig: STA Hamburg), Polizeibehörde II 446, Bl. 4., Senator Alfred Höhlein an den Kommandeur der Schutzpolizei vom 2.8. 1945.

[10] Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig: Nieders. HSTA), Nds. C 100, Acc. 60/55, Nr. 1103, Der Inspekteur der Ordnungspolizei für die Provinz Hannover und die Länder Braunschweig und Oldenburg an den Herrn Oberpräsidenten der Provinz Hannover vom 17.10. 1945; Hessisches Innenministerium (künftig: Hess MInn), 22e30, Der Polizeipräsident an den Minister des Innern vom 15.8. 1946; Hauptstaatsarchiv Stuttgart (künftig: HSTA Stuttgart), EA 2/303, Bue 332/1, Landespolizei Württemberg an den Innenminister vom 11.6. 1947, Bl. 5; Der Senator für Inneres und Sport, Bremen, P. I. a, Nr. 281, Chef der Polizei an den Senator für innere Verwaltung vom 19.4. 1948.

[11] Vgl. z. B. Georg Nawrocki, Cintis in Hamburg. Großstadt Zigeuner ohne Romantik, in: Hamburger Tageblatt, 18.–20.8. 1937; Zigeuner, in: Der Große Brockhaus, Leipzig 1935, Bd. 20, S. 630: „Im ‚Finden', d.h. Stehlen, sind sie äußerst geschickt, ehrlicher ernähren sie sich durch Bettel, Hausierhandel und Wahrsagen."

[12] Wolfgang Ayass, „Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin". Die Aktion „Arbeitsscheu Reich" 1938, in: Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6: Feinderklärung und Prävention. Kriminologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik, Berlin 1988, S. 43–74.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das bittere Schicksal der Zigeuner im Dritten Reich, das nach 1945 in seinem vollen Ausmaße bekannt wurde, weckte unter der deutschen Bevölkerung weder Anteilnahme noch Sympathie mit dem Verfolgten. Otto Pankok beschrieb mit folgenden Worten die Haltung der deutschen Gesellschaft zu den Zigeunern nach dem Untergang des Dritten Reiches: „Hitler versank, der Rassenhaß ist geblieben. Wer das nicht glaubt, dem empfehle ich, einmal mit einem Zigeuner durch die Stadt zu spazieren."[13]

Anfang der fünfziger Jahre erreichten den Magistrat der Stadt Frankfurt a. M. Bürgerbeschwerden gegen Zigeuner, in denen die Stadtbehörden aufgefordert wurden, die Zigeuner, die man in den Eingaben als Plage bezeichnete, aus dem Gebiet der Stadt zu entfernen[14]. Nur schwer kann man sich vorstellen, daß sich die Urheber dieser Forderungen davon hätten hemmen lassen, daß das NS-Regime ähnlichen Forderungen, die von Bürgern Anfang der dreißiger Jahre in Petitionen vorgebracht worden waren, später entsprochen hatte[15]. Von dem mörderischen Charakter der nationalsozialistischen „Lösung" für das „Zigeunerproblem" werden diese Bürger in den fünfziger Jahren sich jedoch distanziert haben.

Die Vertreibung der Zigeuner aus Städten und Dörfern während des Dritten Reiches ließ unter der Bevölkerung auch nach der Kapitulation die Erwartungen den Behörden gegenüber entstehen, man würde den Eingaben der Bürger nachkommen und die Zigeuner ausweisen. Im hessischen Marburg wurden Zigeuner auch tatsächlich mit Genehmigung der amerikanischen Militärregierung ausgewiesen[16].

2. *Die Nachkriegsbehörden und die „Bekämpfung des Zigeunerunwesens"*

Die Haltung der zuständigen Beamten bei der Polizei und in den Lokal- und Innenbehörden, die sich mit den Forderungen der deutschen Bevölkerung und den Zigeunern auseinandersetzen mußten, war keineswegs so entschlossen und energisch, wie die Bevölkerung es erwartete und wie sie bis zur Kapitulation von dieser Beamtenschaft auch tatsächlich an den Tag gelegt worden war. Die Definition der Zigeuner als aus rassischen Gründen unter dem NS-Regime verfolgte Personen – ähnlich wie Juden – erweckte innerhalb der Beamtenschaft Unsicherheit, ob ein Vorgehen gegen Zigeuner vom Gesetz gedeckt sei. Außerdem befürchtete man, die Militärregierungen

[13] Pankok, Zigeuner sind auch Menschen, S. 10.

[14] Protest gegen „Asoziale", in: Abendpost, 1.7. 1951; Stadtarchiv Frankfurt a. M. (künftig: StA Frankfurt), Stadtkanzlei, Az. 2203, Bd. 2, Die Bekämpfung der Zigeunerplage 1950–1954; Dr. Otto Friecke, Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt vom 17. 8. 1951.

[15] StA Frankfurt, Stadtkanzlei, Az. 2203, Bd. 1, Die Bekämpfung der Zigeunerplage; Bürgerausschuß e. V. an den Magistrat der Stadt Frankfurt vom 19. 9. 1930; Anwohner des Zigeunerlagers in Ginnheim an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt vom 14. 7. 1933; Die NSDAP Gau Hessen-Nassau, Ortsgruppe Obermain, Kreis Groß-Frankfurt, an die Kreisleitung der NSDAP vom 19. 3. 1936.

[16] Hess. MInn, 22 e 30, Abt. III b an Abt. III Öffentliche Sicherheit vom 10. 11. 1947.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

würden den behördlichen Schritten gegen Zigeuner eine politische Bedeutung beilegen und eventuell mit Sanktionen reagieren. Darüber hinaus herrschte jedoch auch Unklarheit im Hinblick auf die gesetzliche Basis eines Vorgehens gegen Zigeuner.

Es scheint, daß die Regierungsbehörden zum ersten Mal in der Geschichte der Zigeuner in Deutschland zögerten, Zigeuner aus den jeweiligen Ortsbereichen auszuweisen, eine Maßnahme, die in der Vergangenheit im allgemeinen ohne erkennbare Skrupel ergriffen worden war. In einem Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel an den hessischen Innenminister vom November 1946 beklagte der Verfasser, die Behörden und zuständigen Polizeibeamten würden die Zigeuner nur mit Vorsicht behandeln, da die Zigeuner aus rassischen Gründen im nationalsozialistischen Staat verfolgt worden seien und nahezu ohne Ausnahme Verfolgtenausweise besäßen[17]. Der Präsident des Landesbezirkes Baden wies in einem Brief an das Innenministerium in Stuttgart aus dem Jahre 1947 darauf hin, daß diese Ausweise etlichen Zigeunern als „Freibriefe für dunkle Geschäfte" dienten, so daß man ihrer nur unter Schwierigkeiten habhaft werden könne[18].

Der Bürgermeister von Laufen am Kocher versuchte im Januar 1946 die Familie Reinhardt aus seinem Stadtbereich auszuweisen. Einige der Familienangehörigen waren aus dem Konzentrationslager Belsen befreit worden und hatten gebeten, sich in Laufen niederlassen zu dürfen. Der Bürgermeister verweigerte daraufhin einigen Mitgliedern der Familie die ihnen zustehenden Lebensmittelkarten. In einem Brief an die Landesbehörde teilte er mit, die Reaktion der Zigeuner sei so heftig gewesen, daß er seine Entscheidung habe zurücknehmen und ihnen die Lebensmittelkarten habe aushändigen müssen[19].

Die Reaktion der Familie Reinhardt läßt darauf schließen, daß es nach 1945 nicht nur im Verhalten der deutschen Behörden Zigeunern gegenüber zu einer Wende gekommen war, sondern daß auch das Verhalten der Zigeuner den deutschen Behörden und der deutschen Bevölkerung gegenüber Veränderungen erfahren hatte. Anscheinend hatten sie sich von der Furcht vor den deutschen Behörden befreien können, bestanden nun auf ihren Rechten und forderten von den deutschen Ämtern als gleichberechtigte Bürger behandelt zu werden.

Ende Juni 1945 berichtete ein Beamter des Polizeireviers 101 der südlichen Randbezirke Hamburgs an das Polizeipräsidium der Hansestadt, die Zigeuner forderten als ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager eine Revision der offiziellen Haltung und wollten sich sogar polizeilich anmelden. Der Beamte schrieb, vor 1933 habe die Polizei die Zigeuner stets nur für kurze Zeit „geduldet" und sie dann in den Nachbarbezirk ausgewiesen. Aus seinen Ausführungen ergibt sich, daß er davon ausging, nach der Niederlage dürfe nicht mehr nach den alten Grundsätzen verfahren

[17] Ebenda, Der Regierungspräsident in Kassel an den Herrn Minister des Innern vom 7.11. 1946.

[18] HSTA Stuttgart, EA 2/303, Bue 332/1, Bl. 7, Der Präsident des Landesbezirkes Baden, Abt. innere Verwaltung, Karlsruhe, vom 22.7. 1947.

[19] Ebenda, Bl. 2, Der Bürgermeister der Gemeinde Laufen a.K. an den Herrn Landrat in Backnang vom 6.1. 1946.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werden. Daher verlangte er vom Polizeipräsidenten Weisungen darüber, ob etwas gegen den weiteren Aufenthalt der Zigeuner an ihren Wohnplätzen zu unternehmen sei[20]. Die Zigeuner waren an einer polizeilichen Anmeldung interessiert, weil die behördliche Registrierung die Voraussetzung für Soforthilfen für vom Nationalsozialismus Verfolgte war. Aus den behördlichen Dokumenten der Länder Hessen und Niedersachsen ergibt sich, daß die Zigeuner nicht nur vorbrachten, sie zählten zu der Gruppe der NS-Verfolgten, sondern auch zu den „Vereinten Nationen" oder den „befreundeten Nationen", zu den Alliierten mithin, die den Nationalsozialismus bekämpft hatten[21]. Nach der Politik der Alliierten unterstanden Bürger der Vereinten Nationen prinzipiell nicht der deutschen Polizei- und Justizgewalt, sondern der polizeilichen und juristischen Autorität der Militärregierung[22]. Die Zigeuner wollten durch ihre Argumentation das Recht der deutschen Polizei, gegen sie vorzugehen, in Frage stellen. Die Behörden in Niedersachsen richteten eine entsprechende Anfrage an die britische Militärregierung in Lüneburg, die Anfang November 1945 festlegte, Zigeuner hätten nicht als Angehörige der Vereinten Nationen zu gelten, womit der deutschen Polizei freigestellt war, etwas gegen sie zu unternehmen[23]. Auch das Kommando der Gendarmerie in Hessen stieß 1946 auf ähnliche Argumente von seiten der Zigeuner und wandte sich aus Furcht, gegen die Anweisungen der Militärbehörden zu handeln, an den Polizeipräsidenten, um eine rasche Entscheidung im Hinblick auf die Frage nach dem Status der Zigeuner zu erwirken. Die Anfrage wurde der Abteilung für öffentliche Sicherheit im hessischen Innenministerium vorgelegt und von dort mit einer beigefügten Interpretation an die amerikanische Militärregierung in Hessen zur Entscheidung weitergeleitet[24]. Die amerikanische Militärregierung verzögerte die Bearbeitung, obwohl die Abteilung für öffentliche Sicherheit im November nochmals dringend nachfragte[25]. In der Justizabteilung der Militärregierung wurde eine Antwort entworfen, jedoch niemals abgeschickt. In diesem Entwurf hieß es, Zigeuner würden international nicht als selbständige Nation anerkannt. Daher sei ihre nationale Zugehörigkeit nach den Bestimmungen festzulegen, die gemeinhin zur Festlegung der Nationalität gälten[26].

Nach einem von Generalmajor Clarence L. Adcock, dem Chef der für die Umsetzung der Besatzungspolitik zuständigen G5-Abteilung der amerikanischen Streit-

[20] STA Hamburg, Polizeibehörde II 446, Bl. 2, 101. Polizeirevier-Bericht vom 30. 6. 1945.

[21] Hess. MInn, 22 e 30, Kommando der Gendarmerie an den Chef der Polizei des Staates Groß-Hessen vom 9. 7. 1946; Nieders. HSTA Hannover, Nds. C 100, Acc. 60/55, Nr. 1103, Der Regierungspräsident Lüneburg an den Herrn Oberpräsidenten Hannover vom 15. 11. 1945.

[22] Nieders. HSTA Hannover, Nds. C 100, Acc. 60/55, Nr. 1103, Kopie eines Schreibens der britischen Militärregierung, das der deutschen Lokalbehörde im November 1945 vorlag.

[23] Ebenda.

[24] Hess. MInn, 22 e 30, Zinnkann an das Office of Military Government vom 20. 9. 1946.

[25] Ebenda, Brief vom 22. 11. 1946.

[26] The National Archives (künftig: NA Washington), RG 260, OMGUS OMG Hessen, Legal Division, Legislation Branch, General Correspondence Selected Pages on Gypsies (künftig: Leg. Div. Branch), 17/211-2 Folder 4, Box 923, 7/57/34/7.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kräfte, Mitte November 1945 verfaßten Rundschreiben über Repatriierungsfragen war die Nationalität der DPs entsprechend ihrer Staatsangehörigkeit festzulegen[27]. Gemäß dieser Auffassung schrieb Ernst Anspach von der für die deutschen Gerichte zuständigen Abteilung bei der Militärregierung in Hessen an Herrn Ellenbogen von der Legal Division Mitte März 1947, er sei überzeugt, Zigeuner unterständen der Jurisdiktion der deutschen Gerichte, wenn sie national (d.h. in Hinblick auf ihre Staatsangehörigkeit) zu den feindlichen Kriegsnationen gehörten, also Deutsche, Österreicher usw. seien. Sie unterstünden dagegen nicht der deutschen Gerichtsgewalt, wenn sie Angehörige der „Vereinten Nationen" oder ohne Staatsangehörigkeit seien[28].

Erst im März 1947 antwortete die amerikanische Militärregierung in Hessen auf eine entsprechende Anfrage der Abteilung für öffentliche Sicherheit des hessischen Innenministeriums. Demnach sollte gegen Zigeuner, die das Gesetz übertreten hatten oder einer Gesetzesübertretung verdächtigt waren, nach deutschen Gesetzen und Anweisungen vorgegangen werden. Sollte der betroffene Zigeuner mittels eines entsprechenden Dokuments oder im Rahmen der Untersuchung nachweisen, daß er als politisch oder rassisch Verfolgter einzustufen sei, müsse er ohne Verzögerung an die nächste Vertretung der Militärregierung oder das nächste Militärpolizeibüro überwiesen werden[29]. Die Antwort der amerikanischen Militärregierung wurde in einem Rundschreiben der Abteilung für öffentliche Sicherheit an den Regierungspräsidenten und die zuständigen Polizeibehörden im März 1947 verschickt. In dem Schreiben findet sich kein Bezug auf die Bestimmung der nationalen Zugehörigkeit der Zigeuner, obwohl der Sachzusammenhang von Anspach erörtert und auch in einem Gespräch mit dem Vertreter des hessischen Justizministeriums angesprochen worden war[30].

Die juristische Basis für ein Vorgehen der Kriminalpolizei und anderer öffentlicher Behörden, die die Bewegungsfreiheit der Zigeuner während des Dritten Reiches kontrolliert und eingeschränkt hatten, waren im wesentlichen die Runderlasse gewesen, die Heinrich Himmler als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei herausgegeben hatte. Der ausführlichste Runderlaß Himmlers zur „Bekämpfung der Zigeunerplage" stammte vom 8. Dezember 1938. Darin wurde die Beziehung des nationalsozialistischen Staates zu den Zigeunern entsprechend der nationalsozialistischen Rassenideologie definiert.

In Bremen war bereits am 10. August 1933 ein Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor umherziehenden Zigeunern und Arbeitsscheuen erlassen worden[31], das al-

---

[27] Staatsarchiv München (künftig: STA München), RA 77636, Determination and Reporting of Nationalities vom 16.11. 1945.

[28] NA Washington, RG 260, OMGUS OMG Hessen, Leg. Div. Branch, 17/211-2 Folder 4, Box 923, 7/57/34/7.

[29] Hess. MInn, 22e30, Rundschreiben vom 3.3. 1947.

[30] Hess. Ministerium der Justiz, A.Z. 4726, Bd. I Zigeunerwesen, Bl. 1, Notiz über das Gespräch mit Anspach vom 20.3. 1947.

[31] Gesetzblatt der freien Hansestadt Bremen, Nr. 6, S. 288 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lerdings 1939 aufgehoben und durch Himmlers Runderlaß zur „Bekämpfung der Zigeunerplage" vom 8. Dezember 1938 ersetzt worden war[32].

Obwohl die alliierten Militärregierungen die Zigeuner als rassisch Verfolgte anerkannten[33], zeigten sie keinerlei Interesse an ihnen und an der Zigeunerpolitik, die die deutschen Behörden in den ersten Jahren der Besatzung zu entwickeln begannen. In der Zeit von 1945 bis 1949 wurde von alliierter Seite kein Versuch unternommen, die besondere Problematik der Zigeuner zu behandeln oder ein umfassendes Programm zu ihrer Rehabilitation und Integration in die deutsche Gesellschaft aufzustellen. Die Aufhebung der Zigeunergesetzgebung des Dritten Reiches – im wesentlichen also von Himmlers Runderlassen – ergibt sich zwar aus dem zweiten Artikel des Gesetzes Nr. 1, das der Alliierte Kontrollrat zur Aufhebung des nationalsozialistischen Rechts erlassen hatte: der Artikel hob alle Gesetze, Befehle und Anordnungen, die auf rassistischen Grundsätzen beruhten, auf[34]. Die Alliierten verliehen dieser Aufhebung jedoch keinen ausdrücklich deklaratorischen Charakter, der die Position der Öffentlichkeit und der deutschen Behörden hätte klären und alle diesbezüglich eventuell vorhandenen Zweifel hätte beseitigen können. Nicht für alle Polizeibeamten war es ohne weiteres einsichtig, daß Himmlers Erlasse zur „Bekämpfung der Zigeunerplage" auf rassistischen Prinzipien beruhten. So wandte sich im Oktober 1945 der Kommandeur der Ordnungspolizei der Provinz Hannover an den Provinzpräsidenten mit der Bitte um allgemeine Richtlinien für den Kampf gegen das „Zigeunerunwesen". Als gesetzliche Grundlage für die Maßnahmen gegen Zigeuner schlug er das von Himmler herausgegebene Rundschreiben des Innenministeriums vom 8. Dezember 1938 vor, betonte jedoch gleichzeitig, man solle sich nur nach den grundsätzlichen Punkten des Rundschreibens richten und die rassistischen Elemente und Anweisungen ignorieren: „Die Unterscheidung von Zigeuner und Zigeunermischling ist von geringerer Bedeutung; wer nach Zigeunerart lebt und die asozialen Eigenschaften von Zigeunern zeigt, muß ohne Rücksicht auf seine Rassenzugehörigkeit als Zigeuner behandelt werden, zumal eine unterschiedliche Behandlung nach der Rassenzugehörigkeit nicht mehr zulässig ist."[35] Der Kommandeur der Ordnungspolizei von Hannover forderte die Beibehaltung einer Zentralstelle zur „Bekämpfung des Zigeunerunwesens" und wies darauf hin, daß die Kriminalpolizei bereits ihre Vorschläge an die Militärregierung weitergeleitet habe.

---

[32] Staatsarchiv Bremen (künftig: STA Bremen), P. 1 a Nr. 1146, Der Polizeipräsident in Bremen an den Senator für Justiz und Verfassung, Herrn Dr. Spitta, vom 17. 6. 1946.

[33] Siehe die Dokumente der amerikanischen Militärregierung in: NA Washington, RG 260, OMGUS OMG Hessen, Leg. Div. Branch, 17/211-2 Folder 4, Box 923. Die Position der alliierten Militärregierungen sollte von den meisten führenden Beamten der Wiedergutmachungsbehörden der Bundesrepublik in den frühen fünfziger Jahren nicht akzeptiert werden. Vgl. Gilad Margalit, Das Verhältnis der deutschen Nachkriegsgesellschaft gegenüber Sinti und Roma und ihrer Verfolgung im Dritten Reich (Hebr.), Diss., Jerusalem 1995, S. 164ff.

[34] Gesetz Nr. 1, Military Government Gazette Germany U.S. Area of Control, OMGUS 1949, S. 3f.

[35] Nieders. HSTA Hannover, Nds. C 100, Acc. 60/55, Nr. 1103 vom 17. 10. 1945.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Direktion der Kriminalpolizei in Hannover äußerte sich in einem Schreiben an den Provinzpräsidenten dahingehend, daß Maßnahmen gegen Zigeuner nicht aus rassischen Gründen zu ergreifen seien, sondern aufgrund der Erfahrung, daß die Verbrechensrate unter dieser Bevölkerungsgruppe besonders hoch sei[36]. Die Direktion schlug die Gründung eines Nachrichtendienstes innerhalb der Kriminalpolizei vor, der mittels einer Kartei Nachforschungen über die Zigeunerbevölkerung durchführen und spezielle Ausweise ausstellen sollte. Man müsse den Zuzug weiterer Zigeuner in die Region Hannover verhindern und Zigeuner am Ort an ihre früheren Wohnorte ausweisen. Umherziehende Zigeuner seien gesondert zu registrieren und dem polizeilichen Nachrichtendienst zu melden. Alle Anträge von Zigeunern auf Ausweise und Dokumente sollten nur durch diesen polizeilichen Nachrichtendienst bearbeitet werden[37]. Doch diese Reaktion aus Hannover war eine Ausnahme. In den meisten deutschen Ländern herrschte innerhalb der Behörden die Ansicht, man könne sich nicht mehr auf Himmlers Runderlaß stützen[38].

Weil die Mitarbeiter der Polizei- und Innenbehörden tatsächlich davon überzeugt waren, daß Zigeuner eine Plage darstellten, suchten sie für Maßnahmen gegen Zigeuner nach einer Gesetzesgrundlage, die nicht mit dem nationalsozialistischen Rassismus verbunden war und Himmlers Runderlaß ersetzen sollte. Die von den Behörden getragenen Versuche, eine auf der Gesetzgebung der vornationalsozialistischen Zeit, ja teilweise sogar auf Erlassen aus der Zeit des Wilhelminischen Kaiserreiches beruhende Zigeunerpolitik zu formulieren, stellten bereits das Ende der „Stunde Null" dar. Derartige Versuche weisen darauf hin, daß innerhalb der Beamtenschaft und des politischen Systems Trauma und erstes Zögern allmählich überwunden wurden und man zunehmend bereit war, die Zigeunerpolitik der Weimarer Republik wieder aufzunehmen. Der für die Zigeunerfrage verantwortliche Beamte bei der Kriminalpolizei in Hamburg, Jehring, war auch während des Dritten Reiches für die Zigeuner zuständig gewesen. Er schrieb im Juli 1945, mit der Aufhebung der Rassengesetze sei auch die Auflagenerteilung durch die Kriminalpolizei obsolet. Daher schlug Jehring vor, die Maßnahmen gegen Zigeuner auf eine Reihe von Erlassen zu stützen, die in dieser Angelegenheit vom preußischen Innenministerium am 17. Februar 1906 und am 6. Juni 1936 erlassen worden waren. Der zweite Erlaß datierte zwar ebenfalls aus der NS-Zeit, trug jedoch keinen eindeutig rassistischen Charakter. Ziel der neuen Zigeunerpolitik sollte nach einem von Jehring im September 1945 herausgegebenen Memorandum die Beseitigung der „Zigeunerplage" und die Unterweisung der Zigeuner in einer „ordentlichen Lebensführung" sein[39]. In dieser Formulierung kommt die aufgeklärte Idee einer „Verbesserung der Zigeuner" zum Ausdruck. Dieses Prinzip aus der Feder des Beamten, der während des Dritten Reiches für die Zigeunerbe-

[36] Ebenda, Kriminaldirektion Hannover vom 6. 12. 1945.

[37] Ebenda.

[38] HSTA Stuttgart, EA 2/303, Bue 332/1, Erlaß an den Herrn Präsidenten des Landesbezirks Baden vom 22. 1. 1948.

[39] STA Hamburg, Polizeibehörde II 446, Bl. 3 vom 12. 7. 1945, u. Bl. 19 vom 25. 9. 1945.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

handlung in Hamburg verantwortlich war, bezeichnet eine Wende in der „Zigeunerpolitik" in Deutschland nach 1945.

Eine ähnliche Lösung wurde auch in Württemberg-Baden geprüft. Dort untersuchte man, ob der Erlaß des württembergischen Innenministeriums „betreffend der Maßregeln gegen die Zigeuner" vom 20. September 1921 Anwendung finden könnte[40]. Die deutschen Behörden strebten damit praktisch eine Wiederaufnahme der traditionellen Politik zur „Bekämpfung der Zigeunerplage" an, die der seit 1938 betriebenen Rassenpolitik der Nationalsozialisten gegen Zigeuner vorangegangen war. Die traditionelle Politik basierte auf der Unterscheidung zwischen „inländischen" und „ausländischen Zigeunern". Ausländische Zigeuner waren automatisch aus dem Reich ausgewiesen worden. Inländische Zigeuner hingegen durften sich innerhalb des Reichsgebietes aufhalten, standen jedoch unter strenger polizeilicher Aufsicht, da sie als kriminelle Elemente galten. Ihre Bewegungsfreiheit war durch polizeiliche Maßnahmen, in einigen Ländern sogar durch besondere Gesetzgebungen, eingeschränkt worden[41].

In einem Schreiben an das hessische Innenministerium aus dem Jahre 1946 zweifelte der Beamte des Polizeipräsidiums Berger an, ob die Bestimmung des preußischen Innenministeriums vom 17. Februar 1906 als gesetzliche Basis für die Maßnahmen gegen Zigeuner gelten könne. Seiner Auffassung nach gab es nach der Aufhebung der Rassengesetze durch die alliierten Militärregierungen praktisch keine gesetzliche Grundlage für polizeiliche Maßnahmen gegen Zigeuner. Berger forderte daher das hessische Innenministerium auf, die Zigeunerfrage prinzipiell neu zu regeln[42].

In Hessen und Bayern jedoch waren eigentlich keine neuen Gesetze zur Regelung der „Zigeunerfrage" erforderlich, denn in beiden Ländern waren noch Weimarer Gesetze zur „Bekämpfung der Zigeunerplage" in Kraft, die nach der Kapitulation von den Alliierten nicht aufgehoben worden waren und daher weiter angewandt werden konnten, auch wenn diese Anwendung in Hessen nach dem Mai 1945 äußerst eingeschränkt blieb. Berichte über Ausweisungen von Zigeunern unter Berufung auf diese Gesetze existieren nur aus einigen hessischen Gemeinden. In einigen Fällen war die Ausweisung sogar mit Genehmigung der amerikanischen Militärregierung erfolgt (OMGUS)[43]. Die bayerischen Behörden beriefen sich ebenfalls auf ein Gesetz gegen Zigeuner aus der Weimarer Zeit, bis dies von der Militärregierung 1947 untersagt wurde. Im Rahmen einer Routineuntersuchung, die im selben Jahr von der für Haftanstalten zuständigen Abteilung des OMGUS auch im Arbeitshaus Rebdorf durchgeführt wurde, sollten auf Anweisung von General Muller aus der Spitze der bayerischen Militärregierung auch die Anstaltsinsassen überprüft werden, die ohne Ge-

[40] HSTA Stuttgart, EA 2/303, Bue 332/1, Bl. 7 ff., Der Präsident des Landesbezirks Baden, Abt. Innere Verwaltung, an das Innenministerium in Stuttgart vom 22. 7. 1947.

[41] Vgl. Rainer Hehmann, Die „Bekämpfung des Zigeunerunwesens" im Wilhelminischen Deutschland und in der Weimarer Republik 1871–1933, Frankfurt a. M. 1987, S. 243 ff.

[42] Hess. MInn, 22 e 30, Der Polizeipräsident vom 15. 8. 1946.

[43] Ebenda, Abt. III b an Abteilung III, Öffentliche Sicherheit, vom 10. 11. 1947.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richtsverfahren arrestiert worden waren. Im Verlauf der Untersuchung ergab sich, daß in der Anstalt elf Personen einsaßen, darunter acht Zigeuner, die von Oberbürgermeistern und Landräten aufgrund des Gesetzes zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen aus dem Jahre 1926 in das Arbeitshaus geschickt worden waren. Die männlichen und weiblichen Häftlinge hielten sich zwischen neun Monaten und zwei Jahren in der Anstalt auf. Das Gesetz allerdings gestattete die Überweisung von Personen ins Arbeitshaus, die aufgrund moralischer Verfehlungen der öffentlichen Wohlfahrt oder einer anderen Person zur Last fielen[44]. Der Vorsitzende der für die Haftanstalten zuständigen Abteilung empfahl der Rechtsabteilung des OMGUS die Aufhebung dieses Gesetzes[45]. Im Gegensatz zu dem Eindruck, den politische Kreise in Bayern später erwecken wollten, wurde das Gesetz nicht aufgrund seines diskriminierenden Charakters gegenüber Zigeunern aufgehoben, sondern weil es die Durchführung gerichtlicher Maßnahmen durch Institutionen der Exekutive billigte. Dies bezog sich auch auf Deutsche (insbesondere auf „arbeitsscheue" Personen), nicht nur auf Zigeuner. In einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten, in dem der Militärgouverneur von Bayern, Van Wagoner, die Anweisung erteilte, das Gesetz sofort aufzuheben und die aufgrund dieses Gesetzes Verurteilten freizusetzen, wurde betont, daß ein Gesetz, das eine Verurteilung und Bestrafung von Personen durch Institutionen der Exekutive, unter Ausschluß der Judikative, zulasse, in den Bereich der Judikative übergreife. Dies sei nicht mit der Politik der Militärregierung und dem Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Judikative zu vereinbaren. Van Wagoner setzte in seinem Schreiben fest, daß die Regelung den Minimalanforderungen an ein Gesetz nicht entspreche und zu den Grundrechten und der Unverletzlichkeit der Person, die in der dritten Erklärung des Kontrollrates garantiert würden, im Widerspruch stehe[46]. Es muß betont werden, daß das so aufgehobene Gesetz 19 Artikel enthielt, von denen nur einer (Artikel 9) sich auf die Verurteilung von Gesetzesübertretern durch die Exekutive bezog. Alle anderen Artikel schränkten das Recht auf freie Bewegung der Zigeuner und Landfahrer in Bayern in der einen oder anderen Form ein. Im Jahre 1946 schloß das OMGUS schließlich alle Arbeitshäuser in seinem Autoritätsbereich und hob die gesetzliche Basis für deren Existenz auf[47]. Der bayerische Ministerpräsident Ehard veröffentlichte die Anordnung zur Aufhebung des Gesetzes über Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheue im bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt und meldete dem

[44] Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen, GVBl. Nr. 17, vom 22.7. 1926, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: Bay. HStA), OMGBY 17/175–3/19, Murray Van Wagoner, Land Director, to The Minister President of Bavaria vom 28.11. 1947.

[45] Bay. HSTA, OMGUS, Legal Div. Box 9, Folder 1345, OMGUS Legal Div. Berlin, Whitney R. Harris to Director OMGBY, 25.3. 1948; Bay HSTA, OMGBY 17/175 – 3/27, John J. Raymond, Prisons Brunch, to Mr. Leg. Advice and Legislation Branch vom 10.11. 1947.

[46] Ebenda, OMGBY 17/175 – 3/19, Murray Van Wagoner to the Minister President of Bavaria vom 28.11. 1947.

[47] Gesetz Nr. 14 von OMGUS, GVBl. 1949, S. 78.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

OMGUS die Freilassung aller Häftlinge[48]. Die bayerischen Behörden akzeptierten also ohne Widerspruch die Anweisungen des OMGUS. In anderen Besatzungszonen dagegen blieben die Arbeitshäuser weiterhin bestehen.

Das OMGUS verlangte demnach nicht nur eine Säuberung der deutschen Gesetzbücher von nationalsozialistischen Relikten, sondern auch die Aufhebung aller Gesetze, die den Prinzipien der amerikanischen Demokratie widersprachen. Da die Einweisung von als asozial definierten Personen in Arbeitshäuser ein tragender Faktor der deutschen Sozial- und Wohlfahrtspolitik war, traten die Vertreter des OMGUS für eine Reform und Demokratisierung dieses Systems ein, in deren Verlauf Gesetze, die eine Verletzung der Grundfreiheiten des Menschen darstellten, aufzuheben seien, auch wenn es sich nicht ausdrücklich um nationalsozialistische Gesetze handelte.

Abgesehen von der Aufhebung des Gesetzes gegen Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheue intervenierte das OMGUS nicht prinzipiell gegen die Zigeunerpolitik und erhob gegen die pauschale Einordnung der Zigeuner in die Kategorie der Kriminellen keine Einwände. Im Rahmen der Neuorganisierung der bayerischen Polizei bestätigte das OMGUS sogar das Fortbestehen der für Zigeunerfragen zuständigen Abteilung, die auch Informationen über Zigeuner sammelte. Zigeuner wurden als Ziel polizeilicher Maßnahmen in einem an das OMGUS gerichteten Schreiben über die Struktur der kriminalpolizeilichen Untersuchungsabteilung in München neben Asozialen, Bettlern und Landstreichern genannt[49]. Mit der Errichtung des dem Innenministerium unterstellten Landeserkennungsamtes Bayern im Mai 1946 wurde hier auch die Nachrichtenstelle über Zigeuner untergebracht[50]. Diese Stelle arbeitete im Rahmen der Polizeidirektion München seit 1899. Während der Weimarer Republik hatte sie als zentrale Erfassungsstelle zur polizeilichen Verfolgung der Zigeuner gedient und war von allen Ländern genutzt worden. Auch hatten sich alle Länder an der Finanzierung dieser Abteilung beteiligt[51]. 1936 war die Aufsicht über die Abteilung dem Zentralamt für Zigeunerfragen im RKPA in Berlin unterstellt worden. Die Abteilung bestand dann nach 1945 bei der Münchener Polizei bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1954 fort[52]. Durch sein Verhalten legitimierte das OMGUS diese strukturelle Basis einer diskriminierenden Zigeunerpolitik aus der Zeit vor dem Dritten Reich, zu der die strenge Kontrolle der Zigeuner sowie die Sammlung und Speicherung von Informationen über Zigeuner gehörte. Die ursprünglich knapp als „Zigeunerpolizei" bezeichnete Abteilung wurde zwischen 1947 und 1951 angesichts

[48] Bay. GVBl. Nr. 19/1947, S. 247; Bay HSTA, OMGBY 17/175 – 3/19, Dr. Ehard an OMGBY Legal Div. Legislation Branch vom 1.3. 1948.

[49] STA München, Pol. Dir. München 11219, Organisation der Kriminaluntersuchungsabteilung ab 14.10. 1947.

[50] Bay. HSTA, MInn 86363, Vorschlag zur Ergänzung des bestehenden Erlaßes über die Errichtung des Landeserkennungsamtes Bayern, ohne Datum, S. 6.

[51] STA Bremen, 4, 13/1-P. 1. a. Nr. 10, Bekämpfung des Zigeunerwesens 1886–1941, Bayer. Staatsministerium des Innern vom 18.3. 1933.

[52] Verhandlungen des Bayerischen Landtags, IX. Wahlperiode 1978/82, Stenographischer Bericht 9/66 vom 17.7. 1980, S. 4160.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der schwindenden Legitimation der ethnischen Diskriminierung von Zigeunern in „Nachrichtensammel- und Auskunftsstelle über Landfahrer" umbenannt. Trotz der begrifflichen Veränderungen hielt die Nachrichtensammelstelle auch weiterhin ihr Interesse an Zigeunern aufrecht, die seßhaft geworden waren und somit eigentlich nicht mehr in ihren Zuständigkeitsbereich fielen[53]. Die Leitung der Auskunftsstelle übernahm Ende der vierziger oder Anfang der fünfziger Jahre Josef Eichberger, der während des Dritten Reiches maßgeblich am Transport von Zigeunern in Konzentrationslager mitgewirkt hatte[54]. Einige der „Zigeunerspezialisten", die sich während des Dritten Reiches in das Thema eingearbeitet hatten, waren auch nach 1945 in diesem Bereich tätig[55]. Auch wenn die im Bereich der Zigeunerpolitik eigentlich Verantwortlichen keine nationalsozialistische Vergangenheit hatten, so waren sie doch stark von den nationalsozialistischen Rassentheorien über Zigeuner beeinflußt, wie sich eindeutig aus zahlreichen Veröffentlichungen in den fünfziger Jahren ergibt[56]. Diese „Experten" sahen in jedem Zigeuner einen potentiellen Verbrecher. Sie hatten Einsicht in die Akten, die während der NS-Zeit über Zigeuner angelegt worden waren, benutzten diese Akten bei ihren Nachforschungen und sammelten sogar neue Informationen über Zigeuner ohne kriminelle Vergangenheit.

Die Beschäftigten der Nachrichtensammelstelle waren sich nicht des wahren Grundes für die Aufhebung des Gesetzes von 1926 durch die Militärregierung bewußt. Man war überzeugt, sie hinge mit der Zigeunerverfolgung im Dritten Reich zusammen. Auch in Polizeizeitschriften, in denen man die Notwendigkeit der Gesetzgebung begründen wollte, wurde diese irrtümliche Erklärung für die Aufhebung des Gesetzes verbreitet, die somit in politische Kreise und die Beamtenschaft vordringen konnte[57].

Nach der Aufhebung in Bayern prüfte die amerikanische Militärregierung nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit, ob in anderen deutschen Ländern ähnliche Gesetze bestanden. So entging ihr das Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens aus dem Jahre 1929 in Hessen. Dieses Gesetz bestand aus einschlägigen Artikeln, die aus dem bayerischen Gesetz von 1926 übernommen worden waren. 1947 wandte sich die Abteilung für öffentliche Sicherheit im hessischen Innenministerium an die Justizabteilung (VI) des Ministeriums und bat zu prüfen, ob das Gesetz in Hessen

[53] Bay. Staatsanwaltschaft München I, Herr Koch, Bayerisches Hilfswerk, an das Zentralamt für Krim. Identifizierung u. Polizeistatistik, Abt. Zigeunerpolizei, z. Hd. Herrn Uschold vom 14.6. 1950, in: Bay HSTA, MInn 86363, Der Leiter des Zentralamtes für Krim. Identifizierung u. Polizeistatistik des Landes Bayern vom 19.11. 1951.

[54] Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (künftig: HSTA Düsseldorf), Rep. 231, Nr. 1535, Bl. 158 f.; Nr. 1536, Bl. 214 ff.; Nr. 1537, Bl. 564 ff.

[55] Vgl. Rose, Bürgerrechte, S. 31 f.

[56] Vgl. Wolfgang Feuerhelm, Die fortgesetzte „Bekämpfung des Landfahrerunwesens". Zur Struktur polizeilichen Umgangs mit Sinti und Roma, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 71 (1988), S. 301 ff.; Joachim S. Hohmann, Zigeuner und Zigeunerwissenschaft. Ein Beitrag zur Grundlagenforschung und Dokumentation des Völkermords im Dritten Reich, Marburg 1980, S. 90–96.

[57] Vgl. Franz Meixner, Die nicht seßhaften Menschen, in: Die neue Polizei, Nr. 3 (1948).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weiterhin in Kraft sei. Sollte es bereits außer Kraft sein, bat man um den Neuentwurf einer dem Zigeunergesetz entsprechenden Gesetzesvorlage[58]. Die Antwort der Justizabteilung vom Oktober 1947 weist auf eine neue Überlegung hin, die inzwischen die „Zigeunerpolitik" in Deutschland nach 1945 mitbestimmte: „Da dem Staat heute eine Wiedergutmachungspflicht gegenüber den Zigeunern als einer rassisch verfolgten Personengruppe obliegt, habe ich mich zunächst mit dem Herrn Minister für politische Befreiung, Abteilung Wiedergutmachung, in Verbindung gesetzt und um Vorschläge ersucht, auf welche Weise dieser Gesichtspunkt der Wiedergutmachung am geeignetsten mit den Interessen der öffentlichen Sicherheit (verbunden werden) könnte."[59]

Die Gesetzgebung gegen die „Zigeunerplage", ein Bereich, der von der deutschen Beamtenschaft, den Institutionen und Behörden stets ausschließlich unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit betrachtet worden war, wurde nach 1945 zum ersten Mal durch Erwägungen beeinflußt, die die Interessen der Zigeuner berücksichtigten. Die Institutionen, die derartige Erwägungen in den Jahren der alliierten Herrschaft in Deutschland anstellten, waren, wie man in Bayern sehen konnte, die Militärregierungen, aber auch Institutionen, die auf Anordnung der Militärregierungen eingerichtet worden waren, wie etwa das Ministerium für politische Befreiung in Hessen. Die Vertreter dieser Institutionen rekrutierten sich vielfach nicht aus der traditionellen deutschen Beamtenschaft und waren den Verfolgten des NS-Regimes verpflichtet. Hier wurden viele Personen beschäftigt, die Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hatten, darunter nicht wenige Juden, wie Dr. Kurt Epstein, der die Abteilung für Wiedergutmachung des Ministeriums für politische Befreiung in Hessen leitete.

Im Kontext der Zigeunergesetzgebung verfaßte Epstein ein Schreiben an das Innenministerium, in dem er die Schuld für die zunehmenden Beschwerden der Öffentlichkeit über Zigeuner in erster Linie den lokalen Autoritäten zuwies. Nach seinen Ausführungen vermieden es die Behörden durchgängig, den Zigeunern bei der Seßhaftwerdung zu helfen oder ihnen menschenwürdige, für die Familien geeignete Unterkünfte zuzuweisen. Daher, so Epstein, würden die Behörden die Zigeuner praktisch dazu zwingen, ihren Lebensunterhalt auf der Straße zu suchen. Epstein erklärte, er sei sich dessen bewußt, daß man nicht alle Zigeuner seßhaft machen könne, denn „das Nomadisieren steckt nun einmal dieser Rasse im Blute". Doch habe die Erfahrung gezeigt, daß ein bedeutender Teil der Zigeuner nach allem, was sie erlitten hätten, festen Wohnsitz und festes Einkommen anstrebten. Würde man diesem Personenkreis bei der Seßhaftwerdung helfen, so Epstein, verbliebe nur eine kleine Minderheit, die man auch ohne eine Sondergesetzgebung in vernünftige Bahnen lenken könne. In diesem Punkte lehnte Epstein die Anwendung des Gesetzes aus der Weimarer Zeit ab und delegitimierte somit den Versuch der Abteilung für öffentliche Sicherheit und anderer Körperschaften in Hessen, dem Gesetz erneut Gültigkeit zu

[58] Hess. MInn, 22 e 30, Abteilung III, Öffentliche Sicherheit, an Abteilung VI vom 16.5. 1947.
[59] Ebenda, Abteilung VI an Abteilung III, Öffentliche Sicherheit, vom 3.10. 1947.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verleihen. Epstein war der Ansicht, daß die Aktivierung dieses oder eines ähnlichen Gesetzes mit einer Wiederaufnahme der rassistischen Gesetzgebung gleichzusetzen sei. Ebensowenig sollten die verfolgten Zigeuner erneut einer Sondergesetzgebung unterstellt werden[60]. In einer Studie der Abteilung für öffentliche Sicherheit vom März 1956 über die Diskussion des Gesetzes zur Bekämpfung des „Zigeunerunwesens" von 1929 nach 1945 hieß es ausdrücklich, die Position des Ministers für politische Befreiung habe eine derartige Sondergesetzgebung verhindert[61]. Der Minister empfahl, das Wohnungsbauministerium solle alles in seinen Kräften Stehende unternehmen, um den Zigeunern angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen[62].

Die von Epstein und dem Ministerium für politische Befreiung vertretene Position fügte der Diskussion um die Zigeunerfrage in Hessen soziale Aspekte bei, wie sie die Polizei- und Innenbehörden in Hessen und ganz West-Deutschland nach 1945 nicht gekannt hatten. Polizei- und Innenbehörden hielten die Zigeunerfrage allein für ein Problem der öffentlichen Sicherheit und ignorierten vollständig die sozialen Komponenten. Praktisch jedoch führte die Intervention des Ministeriums für politische Befreiung nicht zu einem umfassenden Programmentwurf zur Ansiedlung der Zigeuner und der Erziehung und beruflichen Ausbildung der jungen Generation.

Die Intention, das Weimarer Gesetz von 1929 zu reaktivieren, wurde zunächst zu den Akten gelegt, obwohl die Abteilung für öffentliche Sicherheit und die Polizei an einer Wiederaufnahme des Gesetzes reges Interesse zeigten[63]. Behörden und Beamtenschaft in Hessen und Bayern folgten zwar dem von der Militärregierung und dem Ministerium für politische Befreiung eingeschlagenen Kurs im Hinblick auf die Zigeuner, doch gab es hier Beamte, die mit der Aufhebung der Gesetzgebung gegen Zigeuner nicht einverstanden waren und auf einen geeigneten Zeitpunkt warteten, das alte Gesetz wieder einzuführen. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 wurden die Versuche der Abteilung für öffentliche Sicherheit im hessischen Innenministerium, das Weimarer Gesetz als maßgeblich und geltend darzustellen, wieder aufgenommen. Die Abteilung für öffentliche Sicherheit übernahm die juristische Interpretation der hessischen Polizeischule in Bad Homburg, nach der das Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerwesens von 1929 noch in Kraft sei, da die Gesetzesvorschriften nicht auf die Zigeuner als Rasse, sondern als Landfahrer zielten und daher der hessischen Verfassung nicht widersprächen[64]. Das Innenministerium legte die Frage dem hessischen Justizministerium zur Prüfung vor, das das vom Innenministerium prinzipiell akzeptierte Gutachten ablehnte. Das Justizministerium vertrat die Meinung, das Gesetz verletze das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz, denn es unterscheide Zigeuner aufgrund ihrer Herkunft von

[60] Ebenda, Dr. Epstein, Minister für politische Befreiung, vom 25.9. 1947.

[61] Ebenda, Betr. Initiativantrag der CDU vom 5.3. 1956.

[62] Ebenda, Der Minister für politische Befreiung an Abteilung III, Öffentliche Sicherheit, vom 21.4. 1948.

[63] Ebenda, Polizei Regierungspräsident Darmstadt an Abteilung III, Öffentliche Sicherheit, vom 21.4. 1948.

[64] Ebenda, Aktenvermerk vom 18.5. 1949.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den übrigen Bürgern. Daher stehe es im Widerspruch zum Grundgesetz[65]. Die Entscheidung des Justizministeriums verhinderte für einige Jahre weitere Versuche, in Hessen das Zigeunergesetz von 1929 wieder in Kraft zu setzen.

Obwohl es nicht zu einer neuen Gesetzgebung kam, versuchten Vertreter des Ausschusses für staats- und verwaltungsrechtliche Fragen des Länderrates der amerikanischen Besatzungszone im Dezember 1948 ein anderes wichtiges Element der Zigeunerpolitik aus der Zeit vor der nationalsozialistischen Rassenpolitik wieder einzuführen: die besondere polizeiliche Kontrolle der Zigeuner durch die Standesämter. Der Ausschuß beschloß einstimmig, Sonderbestimmungen gegen eine bestimmte Gruppe aus rassischen Gründen dürften selbstverständlich nicht fortbestehen. Dennoch sollten Personen, die aufgrund ihres asozialen Status eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellten, einer besonderen Kontrolle unterstellt werden. Der Ausschuß bestätigte die Gültigkeit des Paragraphen 157 der Dienstanweisungen für Standesbeamte. Hiernach hatte das Standesamt über alle registrierten Geburten, Heiraten und Todesfälle von Landfahrern ohne festen Wohnsitz dem lokalen Polizeirevier unverzüglich Meldung zu erstatten. Der Ausschuß lenkte darüber hinaus die Aufmerksamkeit der Ländervertreter darauf, daß bei der Münchener Polizeidirektion die Nachrichtensammel- und Auskunftsstelle über Personen ohne festen Wohnsitz tätig sei, die die Länder auffordere, ihr kriminalpolizeiliche Informationen über derartige Personen zukommen zu lassen[66].

Dieser Aufruf an die Länder zur Nutzung der Nachrichtensammelstelle war Teil der Versuche der deutschen Beamtenschaft, die Strukturen der Weimarer „Zigeunerpolitik" zu reaktivieren. Im Juli 1949 entstand eine Diskussion über die Ausstellung von Kennkarten für Zigeuner. In diesem Zusammenhang bevollmächtigte der Ausschuß das Koordinierungsbüro beim bayerischen Innenministerium, anzufragen, ob dort eine zentrale Erfassungsstelle für Landfahrer arbeite, welche Aufgaben sie erfülle und für welches Territorium sie zuständig sei[67]. Die restaurativen Absichten wurden während der Zeit der Militärregierung eingeschränkt. In einem Schreiben der Planungsbehörde für Registrierung und Bestandsaufnahme der Bevölkerung in Hamburg vom 23. Juni 1949 an den Regierungspräsidenten von Hamburg zur Frage der Personalausweise für in Wohnwagen lebende Personen hieß es, nach einem Bericht der Kriminalpolizei der britischen Besatzungszone könne keine zentrale Registrierung des „fahrenden Volks" wie in der Vergangenheit durchgeführt werden, da die Militärregierung dazu nicht bereit sei[68]. Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde diese Beschränkung aufgehoben. Auf einer Konferenz im September

[65] Hess JM, 4726, Bd. 1, Herr Canter, Der Minister der Justiz, an den Minister des Innern vom 15. 2. 1950.

[66] HSTA Stuttgart, EA 2/303, Bue 332/1, Bl. 49, Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Koordinierungsbüro der Länder, Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für staats- und verwaltungsrechtliche Fragen am 14./15. 12. 1948.

[67] Ebenda, Bl. 52, Protokoll über die 14. Sitzung des Ausschusses für staats- und verwaltungsrechtliche Fragen am 5./6. 7. 1949.

[68] Planungsbehörde für Registrierung und Bestandsaufnahme der Bevölkerung an den Regierungspräsidenten vom 23. 6. 1949 (im Besitz des Verf.).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1949 standen sogleich die Gründung einer Bundeszentrale zur Bekämpfung der kriminellen Landfahrerei sowie die Gründung eines Nachrichtendienstes und einer zentralen Registrierungsstelle auf der Tagesordnung. Darüber hinaus wurde beschlossen, gesetzliche Schritte gegen die Landfahrerplage zu prüfen[69]. In der Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien der Bundesländer brachten die Innenminister ihre Absichten zur Erstellung einer Landfahrerkartei zum Ausdruck, die für die gesamte Bundesrepublik angelegt werden sollte. Die Entscheidung blieb zunächst jedoch offen. Ebenso wurde die Möglichkeit erwogen, die Ausgabe der Personaldokumente bei einer Stelle zu konzentrieren[70]. Trotz der vehementen Versuche der Arbeitsgemeinschaft und der Kooperation aller Reviere der Kriminalpolizei in der Bundesrepublik konnte die zentrale Erfassungsstelle der Polizeidirektion in München ihre Bedeutung aus den Tagen der Weimarer Republik und der Anfangszeit des Dritten Reiches nicht mehr zurückgewinnen. Im Laufe der Jahre wurden aber Informationsstellen nach dem Münchener Muster bei den Kriminalpolizeidirektionen anderer Bundesländer wie Hamburg und Nordrhein-Westfalen errichtet[71].

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die amerikanische Militärregierung ebenso wie die übrigen Alliierten sich nicht für die Frage der Zigeunerpolitik der deutschen Behörden interessierte und, abgesehen von vereinzelten Schritten, die in der allgemeine Politik einer Entnazifizierung der deutschen Gesetzgebung wurzelten, nicht intervenierte. Im Rahmen dieser Entnazifizierung der Gesetzgebung wurden auch Gesetze aufgehoben, die nicht aus nationalsozialistischer Zeit stammten, jedoch den demokratischen Anschauungen offensichtlich widersprachen. Polizei und die Abteilungen für öffentliche Sicherheit bei den Innenbehörden wollten praktisch die Zigeunerpolitik aus den Tagen der Weimarer Republik mit politischen Einschränkungen, die sich aus der allgemeinen Politik der Alliierten ergaben, wieder in Kraft setzen.

In Frankreich begann man dagegen bereits im Jahre 1949 eine umfassende Sozialpolitik den Zigeunern gegenüber zu entwickeln. Diese Politik verstand die Aspekte der öffentlichen Sicherheit des Zigeunerproblems, darunter auch die kriminellen Aktivitäten in dieser Bevölkerungsgruppe, nicht als Ausdruck eines inhärent bösen Charakters der Zigeuner, sondern als Symptom sozialer und gesellschaftlicher Not. Die französischen Behörden waren wohl überzeugt, eine sinnvolle Lösung des Problems müsse an den Wurzeln, nicht nur an den Symptomen ansetzen[72].

Demgegenüber war die in Deutschland vertretene Position durch Feindseligkeit und durch Ausklammerung des sozialen Kontextes des Problems geprägt. Die Zigeu-

---

69 HSTA Stuttgart, EA 2/303, Bue 332/1, Bl. 53, Vorbemerkung vom 27.9. 1949.

70 HSTA Stuttgart, EA 2/303, Bue 332/1, Arbeitsgemeinschaft der Innenminister der Länder, Stuttgart, Protokoll über die 16. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft am 27./28. 10. 1949.

71 HSTA Düsseldorf, NW 59/106, LKA Nordrhein-Westfalen an alle Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen vom 6. 4. 1962; STA Hamburg, Polizeibehörde II 439.

72 Mark Münzel, Zigeunerpolitik in Frankreich: Skizze ihrer Geschichte und ihrer Gedanken, in: Reimer Gronemeyer (Hrsg.), Eigensinn und Hilfe. Zigeuner in den heutigen Leistungsgesellschaften, Gießen 1983, S. 234 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nerfrage wurde allein unter dem Aspekt der öffentlichen Sicherheit betrachtet, während man die moralisch-humane Pflicht einer Wiedergutmachung ignorierte, die die deutsche Gesellschaft gegenüber dieser im Dritten Reich verfolgten Minderheit gehabt hätte. Angesichts dessen blieb auch die außergewöhnliche Haltung des Ministeriums für politische Befreiung in Hessen ohne praktischen Erfolg.

3. Die Zigeunerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – Zwischen Tradition und Veränderung

Die deutsche Bevölkerung sah auch nach der Gründung der Bundesrepublik in den landfahrenden und den in Elendsquartieren am Rande der Ortschaften lebenden Zigeunern eine Plage. Beschwerden der Bevölkerung und der Behörden erreichten auch die politische Ebene und verlangten nach einer Lösung des Problems. Angesichts der nationalsozialistischen Verbrechen und der Umerziehungsprogramme, die die Alliierten im besetzten Deutschland durchgeführt hatten, war allerdings die Legitimität zentraler Elemente der traditionellen Zigeunerpolitik in Frage gestellt worden. Innerhalb der Behörden und unter der staatlichen Beamtenschaft entwickelte sich eine demokratische Tendenz, die es in Deutschland in der Vergangenheit, selbst in der Weimarer Republik, nicht gegeben hatte.

Die Förderer dieser Tendenz waren entschlossen, eine Fortführung der traditionellen, eindeutig diskriminierenden Zigeunerpolitik auch aus der Zeit vor 1933 zu verhindern. Trotzdem hielten selbst viele Vertreter dieser neuen Richtung an der Anschauung fest, die Zigeuner stellten ein Ärgernis dar. Sie hielten es für ihre Pflicht, die alteingesessene Bevölkerung und deren Besitz vor Zigeunern zu schützen.

Diese Position brachte vor allem Hermann von Mangoldt (CDU), der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen im Parlamentarischen Rat, im Januar 1949 zum Ausdruck[73]. Gegen die Vorschläge, die Bewegungsfreiheit der von Wilhelm Heile (DP) und Friederike Nadig (SPD) als asoziale Personen dargestellten Zigeuner gesetzlich einzuschränken, vertrat von Mangoldt die Ansicht, niemand dürfe aufgrund seiner Rasse oder infolge seines Wandertriebes diskriminiert werden. Von Mangoldt widersetzte sich einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Zigeuner und der Übertragung weitgehender Verfügungsgewalten an den Gesetzgeber, um eine Rückkehr, so seine Worte, in die nationalsozialistische Zeit zu verhindern. Er empfahl, bestimmte Dinge sich ohne Gesetzgebung frei entwickeln zu lassen[74]. Von Mangoldt argumentierte, durch die der Polizei zur Verfügung stehenden Gesetze könnten Diebstähle durchaus unterbunden werden. Er war überzeugt, man könne Zigeunern Bewegungsfreiheit zugestehen und sie gleichzeitig dazu verpflichten, sich einen festen Wohnsitz zu suchen.

Die Mehrheit der Länderparlamente übernahm von Mangoldts Position, der unnötige gesetzliche Initiativen in dieser Frage fürchtete. Eine Ausnahme bildete der bay-

[73] Hess MInn, 22e30, Auszug aus dem Protokoll über die 36. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen des Parlamentarischen Rats vom 27.1. 1949.

[74] Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erische Landtag, der ein Gesetz über Zigeuner verabschiedete, das die traditionelle diskriminierende „Zigeunerpolitik" wiederaufnahm. Doch selbst in Bayern versuchte man, den gegen Zigeuner gerichteten Charakter des Gesetzes semantisch zu tarnen, damit es nicht als Ausdruck rassistischer Diskriminierung angesehen werden konnte, sondern als Antwort auf ein gesellschaftlich abweichendes Verhalten, d.h. die Landfahrerei, erschien.

4. Die bayerische Landfahrerordnung

Der in Bayern letztlich erfolgreich unternommene Versuch der Reaktivierung einer diskriminierenden Gesetzgebung gegen Zigeuner war ein Element der systematischen Versuche, welche die Regierung und die großen Parteien CSU und SPD in Bayern unternahmen, um gewisse amerikanische Neuerungen im Strafrecht zu beseitigen. Dies fand seinen Ausdruck in der Zurückweisung des angelsächsischen Demokratieverständnisses durch die bayerischen Politiker, die die weitreichenden Machtbefugnisse des Staates gegenüber als asozial eingestuften Personen und Gesetzesübertretern bewahren bzw. diese Machtbefugnisse nicht durch verfassungsrechtliche Grundprinzipien zum Schutze der individuellen Freiheit einschränken wollten. Die fundamentale demokratische Pflicht, die individuelle Freiheit aller Bürger des Staates, einschließlich der genannten Personenkategorien, zu garantieren, hatte demnach vor dem als gewichtiger geltenden Wert des Schutzes der öffentlichen Sicherheit zurückzutreten.

So reichten 1951 drei Mitglieder der CSU im Gesetz- und Verfassungsausschuß des Landtags einen Entwurf zur gesetzlichen Regelung der Behandlung des „sogenannten fahrenden Volkes", also von Personen ohne festen Wohnsitz, ein[75]. Dieser Gesetzentwurf wurde im Juni 1951 im Landtag erörtert. Dieser forderte die bayerische Regierung auf, die Bearbeitung des Gesetzes über das „Zigeunerunwesen" beschleunigt voranzutreiben und ein Gesetz zur Regelung des Status der Zigeuner zu erlassen, um insbesondere die Kosten der von Staat und Gemeinden für Zigeuner aufgewendeten Sozialhilfe zu reduzieren[76]. Praktisch forderten die Landtagsabgeordneten damit die gesetzliche Aufhebung der Sozialhilfe für bedürftige Zigeuner.

Die bayerische Staatskanzlei leitete den Beschluß des Landtags zur Bearbeitung an das Innenministerium weiter. Dabei wurde dieser mit einem früheren Beschluß des Landtags vom September 1950 über die Wiederaufnahme der Einweisungen krimineller Elemente in Arbeitshäuser verknüpft[77]. Im Innenministerium erarbeitete man dann einen Enwurf für ein Landfahrer- und Arbeitsscheuengesetz, das auf dem Ge-

---

[75] Verhandlungen des Bayerischen Landtags, 2. Legislaturperiode, I. Tagung, 1949–1950, München 1951, Bd. I, Beilage 683.

[76] Ebenda, Beilage 986; BayHSTA, Staatskanzlei GuV 911, Gesetz zur Bekämpfung des Landfahrer- und Arbeitsscheuenunwesens (Landfahrerordnung vom 22.12. 1953). Eingabe des Landtags an die Regierung vom 21.6. 1951.

[77] BayHSTA, StK-GuV 911, Nr. 12806, vom 5.7. 1951.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setz von 1926 zur Bekämpfung der landfahrenden Zigeuner und Arbeitsscheuen basierte. Die auffallendste Veränderung, die in diesem Entwurf gegenüber dem Original von 1926 begegnete, war die Tilgung der ausdrücklichen Bezugnahme auf Zigeuner. In der vom Innenministerium ausgearbeiteten Begründung des Gesetzes hieß es, daß in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz[78], das jegliche Diskriminierung aufgrund von Herkunft oder Rasse verbietet, der Begriff „Rassezigeuner" aufgegeben worden sei. Das Gesetz beziehe sich fortan „nur auf den als Begriff rassisch indifferenten Landfahrer, der allerdings in Einzelfall auch Zigeuner sein kann"[79]. Im Gesetzestext von 1926 ist der Begriff „Rassezigeuner" jedoch überhaupt nicht zu finden. Dagegen heißt es in den Anordnungen des bayerischen Innenministeriums zur Gesetzesanwendung: „Die Rassenkunde gibt darüber Aufschluß, wer als Zigeuner anzusehen ist."[80]

Auch die Definition des Begriffes der Landfahrer in der Erläuterung des Innenministeriums griff letztlich auf eine rassische und nicht eine ethnische Beschreibung des Zigeunertums zurück. Diese Definition war es, die dem zentralen Begriff des Gesetzes den Schandfleck des nationalsozialistischen Rassismus anheftete. Daher erkannte man im Innenministerium die Notwendigkeit, die als rassistisch verstandene Formulierung zu tilgen, um das Gesetz akzeptabel zu machen. Über diese semantische Veränderung hinaus hielten die Beamten jedoch wesentliche Veränderungen in Gesetzestext und -inhalt nicht für erforderlich. Die assoziative Verknüpfung von Zigeunern, die fortan Landfahrer genannt wurden, und Arbeitsscheuen in einem einzigen Gesetz resultierte nicht nur aus der verbreiteten Etikettierung von Personen beider Kategorien als asoziale Elemente, die auch der Gesetzgebung von 1926 zugrundelag, sondern auch aus einem Grundzug der politischen Kultur, die sich nach 1945 in Deutschland entwickelt hatte, einer Kultur, die rassische Diskriminierungen anprangerte oder auch mit einem Tabu belegte. Dieses Tabu spiegelte aber keine grundlegenden Werteveränderungen wider, sondern brachte im wesentlichen Verhaltensmuster zum Ausdruck, die sich die deutsche Gesellschaft nach 1945 selbst auferlegt hatte. Der Vorsitzende des Landtagsausschusses für sozialpolitische Fragen, Stöhr, berichtete vor dem Ausschuß über ein Gespräch, das er mit dem bayerischen Innenminister, dem SPD-Mitglied Wilhelm Hoegner, in der Angelegenheit geführt hatte. In diesem Gespräch sei ihm deutlich geworden, daß die Regierung auf den Entwurf eines Gesetzes, das sich ausschließlich auf Landfahrer bezog, aus Furcht verzichtet habe, das Gesetz könne den Eindruck erwecken, sich nur auf eine bestimmte Rasse zu beziehen[81]. In typischer Weise war es nicht die Diskriminierung der Zigeuner als solche, die Hoegner irritiert hatte, sondern ihre Diskriminierung aus rassistischen Gründen, die als eine nationalsozialistische Diskriminierung aufgefaßt wurde. Hoegner war überzeugt, die Verbindung zweier Kategorien werde diesen Eindruck im

[78] BGB GG, Art. 3, Gleichheit vor dem Gesetz, Abs. 3, S. 1.
[79] BayHSTA, StK-GuV 911, Begründung, S. 3.
[80] GVBl. für den Freistaat Bayern, Nr. 17, 22. 7. 1926, S. 361.
[81] Bayerischer Landtagsausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten, 26. Sitzung, 2. 10. 1952, S. 8.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinblick auf die Maßnahmen gegen Zigeuner verwischen. Alle Mitglieder des Landtags waren sich also des diskriminierenden Charakters des Gesetzes bewußt, sahen darin jedoch mehrheitlich kein wesentliches Problem. Der Antrag des Landtags zur Reduzierung der staatlichen Sozialhilfe für Zigeuner fand dagegen in der Gesetzesvorlage keinen Widerhall, da er eindeutig im Widerspruch zur Verfassung stand[82]. Die Formulierung des Gesetzentwurfs rief Kritik seitens des bayerischen Justizministeriums hervor. In einem Gutachten des Justizministeriums schrieb Dr. Koch, ein leitender Beamter, der Gesetzentwurf stütze sich übermäßig auf das bayerische Gesetz zur Bekämpfung der Zigeuner, Landfahrer und Arbeitsscheuen von 1926 und nehme in seinen wesentlichen Anordnungen keinerlei Bezug auf die Veränderungen, die in der Gesetzesauffassung seit 1945 bezüglich der Vorbedingungen für einen Eingriff des Staates in den Privatbereich eingetreten seien[83]. Dr. Koch wies darauf hin, daß eine vorbeugende Arrestierung in Arbeitshäusern aus rein polizeilichen Gründen dem Grundsatz der Freiheit von aller Zwangsarbeit widerspreche, wie er im Grundgesetz verankert sei (GG Art. 12)[84]. In seinem umfassenden Gutachten ging Dr. Koch jedoch kein einziges Mal darauf ein, daß sich das Gesetz weiterhin in erster Linie auf eine bestimmte ethnische Gruppe bezog, sie gegenüber anderen Bürgern diskriminierte und daher gegen das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz verstieß, die durch das Grundgesetz (GG Art. 3) auch Zigeunern garantiert ist[85]. Von den Mitarbeitern der Justizbehörden in Bayern, die vom Justizministerium um ein Gutachten zu dem Gesetzentwurf gebeten wurden, nahm nur Dr. Konrad, der Präsident des Bayerischen Obersten Landesgerichts, auf die Frage der Diskriminierung der Zigeuner durch dieses Gesetz Bezug. Konrad betonte, die persönlichen Kennzeichen, die zum Begriff des Landfahrers führten, gehörten einzig und allein einer bestimmten Rasse an (Zigeuner). Daher verstoße der Gesetzentwurf gegen das Grundgesetz. Der Präsident des Obersten Landesgerichts betonte darüber hinaus, daß das Gesetz von 1926 unter dem Begriff „Landfahrer" eine Person verstand, die nach Art der Zigeuner umherziehe: „Wenn der Entwurf die ‚Zigeunerart' damit umschreibt, daß er den eingewurzelten Hang zum Umherziehen und die eingewurzelte Abneigung gegen eine Seßhaftmachung maßgebend sein läßt, so will er augenscheinlich nur die Bezeichnung der Rasse der Zigeuner durch die Angabe ihrer Merkmale ersetzen."[86]

Das bayerische Justizministerium richtete schließlich eine Anfrage an das Bundesjustizministerium in Bonn, das sich der Position der bayerischen Justiz anschloß und die Gesetzesinterpretation des Innenministeriums kritisierte[87]. Das Innenministerium unter Leitung Hoegners beharrte weiter auf seiner Position und meinte, die vorbeugende Einweisung von Landfahrern und Arbeitsscheuen, die auf Kosten der Öffent-

[82] Vgl. Siegfried Müller, Fahrendes Volk nicht mehr vogelfrei, in: Die Neue Zeitung, 19.5. 1953.

[83] BayHSTA, StK-GuV 911, Brief Koch, Bayerisches Justizministerium, an das Innenministerium vom 18.3. 1952.

[84] Ebenda, S. 6.

[85] BGB GG, Art. 3, Gleichheit vor dem Gesetz, Abs. 3, S. 1.

[86] Bayerisches Justizministerium München (künftig: Bayer. JM), Az 4726, Bd. I, vom 6.5. 1952.

[87] Ebenda, Schreiben des Bundesjustizministeriums in Bonn vom 1.8. 1952.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichkeit lebten und sich der Arbeit entzögen, entspreche der Entfernung von Geisteskranken aus der Öffentlichkeit und stelle eine eindeutige Maßnahme zum Schutz der öffentlichen Sicherheit dar, ein Thema, das in den alleinigen Zuständigkeitsbereich Bayerns falle. Das Ministerium wies das Argument zurück, es handele sich um eine Bestrafung aufgrund des Strafgesetzes und demnach um eine Angelegenheit, die im Zuständigkeitsbereich der Bundesbehörden liege[88]. Nach der Streichung der umstrittenen Elemente in dem Gesetzentwurf und der Ersetzung des Begriffes „Verwahranstalt" durch den Begriff „Arbeitshaus" wurde der Gesetzentwurf im Juli 1952 im Landtag[89] vorgelegt. Der vom Innenministerium erarbeitete Gesetzentwurf gelangte im September 1952 vor den Ausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten. Er erregte die Kritik der Ausschußmitglieder, weil entgegen der Intention des Landtags, der nur an einem Gesetz gegen Zigeuner interessiert war, in dem von der Regierung vorgelegten Gesetz Landfahrer und Arbeitsscheue miteinander verknüpft wurden[90]. Der Ausschuß wies den Gesetzentwurf zurück, da er in der „Verbindung von Landfahrern und Zigeunern in einem Gesetz eine Schädigung des guten Rufs der ordentlichen Landfahrer" zu erkennen glaubte[91]. Er forderte die Regierung auf, zwei getrennte Gesetzentwürfe zu erarbeiten – eine Landfahrerverordnung und ein Gesetz zur Regelung der Arbeitsscheuenfrage[92]. In der Folgezeit bereitete das Innenministerium einen neuen Entwurf vor, der nur auf den Artikeln über Landfahrer des zurückgewiesenen Gesetzes basierte. Gestrichen wurde der Artikel, der die Arrestierung von Landfahrern ohne feste Arbeit regelte. Dieser Artikel war inzwischen auch vom Innenministerium[93] als nicht verfassungskonform erkannt worden. Das neue Gesetz wurde als „Landfahrerordnung" bezeichnet.

Im Mai 1953 wurde die Landfahrerordnung dem Landtag vorgelegt und im Oktober 1953 mit Stimmenmehrheit verabschiedet[94]. Die Landfahrerordnung konzentrierte sich bewußt und ausdrücklich darauf, die Lebensweise der Landfahrer zu erschweren. Die Verordnung schränkte einen Teil der Grundrechte ein, die den landfahrenden Zigeunern ebenso wie anderen bayerischen Staatsbürgern zustanden. Soziale Aspekte des Problems der Landfahrerei kamen in dem Gesetz nicht zum Ausdruck, auch wenn Behörden und staatliche Beamtenschaft deren Existenz nicht bestritten. Es basierte auf der in der Regierung und im Landtag verbreiteten Anschauung, Zi-

[88] Ebenda, Schreiben Hoegner an das bayerische Justizministerium vom 4.9. 1952; BayHSTA, StK-GuV 911, Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten vom 30.4. 1952.

[89] Ebenda, „Vormerkung für den Ministerrat" vom 12.5. 1952, Verhandlungen des Bayerischen Landtags, II. Tagung 1951/52, Bd. III, München 1952, Beil. 2979.

[90] Bayerischer Landtagssausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten, 25. Sitzung vom 22.9. 1952, S. 1 ff., in: Archiv des Bayerischen Landtags München.

[91] Ebenda, S. 24.

[92] Verhandlungen des Bayerischen Landtags, III. Tagung 1952/53, Bd. IV, 127. Sitzung vom 10.2. 1953, München 1953, S. 743, Bericht Dr. Lipperts über die Entscheidung des Ausschusses vor der Landtagsversammlung.

[93] BayHSTA, StK-GuV 912, Schreiben Hoegner an den bayerischen Ministerpräsidenten vom 29.4.1953.

[94] Landfahrerordnung vom 22.12. 1953, Bayer. GVBl. Nr. 27/1953, S. 197.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geuner seien ein in gesellschaftlicher Hinsicht fragwürdiges Element, das in erster Linie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellte.

Infolge der Ermordung der Zigeuner und Juden im nationalsozialistischen Deutschland war es nach 1945 eine verbreitete Haltung, jede Diskriminierung mit dem rassistischen Morden der Nationalsozialisten zu assoziieren, auch wenn diese keinen rassistischen Charakter trug. Andererseits stieß eine Diskriminierung, die nicht offensichtlich mit einer rassischen oder ethnischen Gruppe in einer Form verknüpft war, welche man mit dem nationalsozialistischen Rassismus in Verbindung bringen konnte, nicht unbedingt auf Widerstand. So wurde der anscheinend rassistische Begriff „Zigeuner" gegen den angeblich unbelasteten Begriff „Landfahrer" ausgetauscht, um das Problem mangelnder Legitimität zu lösen und der Fortsetzung der Diskriminierung unter anderem Deckmantel neue Legitimität zu verleihen.

Unter denjenigen, die das Gesetz unterstützten, bestanden tiefe Meinungsunterschiede hinsichtlich der Zielsetzungen dieser Gesetzgebung: Karl Weishäupl (SPD), der eine aufgeklärte Position vertrat, sah in der Gesetzgebung ein Mittel, das letztlich zur Seßhaftmachung der Zigeuner nach dem Muster ihrer Ansiedlung im Reich der Habsburger unter Maria Theresia führen konnte. Er war überzeugt, die Seßhaftmachung der Zigeuner könne die Probleme lösen, die der Gesellschaft durch die Zigeuner verursacht würden[95]. Andere Landtagsabgeordnete vertraten demgegenüber eine traditionellere Haltung, nach der Zigeuner eher eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit als ein gesellschaftliches Problem darstellten. Sie sahen in der Verordnung in erster Linie ein Mittel zum Schutz der deutschen Bevölkerung[96].

5. Die nationalsozialistische Vergangenheit als Ursache der Ablehnung eines Zigeunergesetzes

Noch vor der Verabschiedung des Landfahrergesetzes in Bayern wurde die Kontrolle und Aufsicht über Zigeuner infolge einer Anweisung des Innenministeriums insgesamt verschärft. Die im Rahmen des Landeskriminalamtes München arbeitende Zentralstelle für Landfahrerbekämpfung erkannte, daß infolge der Kontrollen in Bayern die „Landfahrer" in die benachbarten Länder Hessen und Baden-Württemberg auswichen[97]. Da man auf polizeilicher Seite fürchtete, nach dem Inkrafttreten der Landfahrerverordnung könne sich der Zuzug „unerwünschter Elemente" nach Hessen noch verstärken, gab die Abteilung für öffentliche Sicherheit im hessischen Innenministerium schon im Mai 1953 entsprechende Rundschreiben an die Lokalbehörden heraus und bat um Informationen über die Bewegung der Landfahrer in Hessen, über Zahlen, Staatsbürgerschaften, Beschäftigungen, Verwicklungen in kriminelle

[95] Bayerischer Landtagsausschuß für sozialpolitische Angelegenheiten, 25. Sitzung vom 22. 9. 1952, S. 15 f., in: Archiv des Bayerischen Landtags München.

[96] Ebenda, S. 27.

[97] Hess. MInn, 22 e 30, Der Minister des Inneren, Abt. III, an die Regierungspräsidenten vom 7. 5. 1953.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Handlungen, Versuche der Seßhaftmachung und Erziehungsprogramme für Landfahrerkinder[98].

Im Oktober 1953 wies das hessische Landeskriminalamt (LKA) das Bundeskriminalamt auf die Situation hin[99]. Letzteres informierte im März 1954 die Landeskriminalämter der einzelnen Länder über das Inkrafttreten der neuen Landfahrerordnung in Bayern. Außerdem betonte es die Notwendigkeit einer Koordination zwischen den Ländern und wies auf die Möglichkeit hin, daß die Landfahrer auf andere Länder ausweichen könnten, in denen eine derartige Gesetzgebung nicht existierte[100]. Angesichts dieser Sachlage stellte sich die Frage einer Übernahme des bayerischen Gesetzes nicht nur in Hessen und Baden-Württemberg, die zunächst direkt für die Aufnahme von Zigeunern aus Bayern in Betracht kamen, sondern auch in Hamburg. Die Hamburger Polizei befürwortete ebenso wie die Kriminalpolizeipräsidenten der meisten Bundesländer eine Übernahme der bayerischen Regelung. Sie begründete ihre Position damit, daß die Erfahrung gezeigt habe, daß ein bedeutender Teil dieser Bevölkerungsgruppe an kriminellen Taten, insbesondere an Betrügereien und Diebstählen, beteiligt sei[101]. Das hessische Innenministerium wandte sich an die Minister und Senatoren für Inneres der übrigen Bundesländer, um zu klären, ob weitere Länder daran interessiert seien, das bayerische Landfahrergesetz zu übernehmen[102]. Man fürchtete wohl, allein eine ähnliche Position wie Bayern einzunehmen, denn ein derartiges Vorgehen gegen Zigeuner war durch die NS-Vergangenheit fraglich geworden. Die Innenministerien und Senatoren für Inneres zeigten eine weniger enthusiastische Haltung als die Behörden der Kriminalpolizei: Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen meinten, es bestünde keine Notwendigkeit für eine entsprechende Gesetzgebung; Hessen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz prüften die Möglichkeit einer Übernahme auch für ihre Länder[103]. 1954 wurde die Angelegenheit auf verschiedenen Bundesebenen behandelt, im April zunächst auf einer Sitzung der Polizeipräsidenten der Bundesländer. Der Vertreter des Bundeskriminalamtes, Dr. Ochs, meinte, das Problem der Landfahrer sei nur auf Bundesebene zu lösen. Er empfahl daher den Polizeipräsidenten, die Ministerien ihrer Länder darauf hinzuweisen, daß die Gesetzgebungsprozesse der einzelnen Länder im wesentlichen in ganz Deutschland einheitlich verlaufen sollten[104]. Der Deutsche Städtetag schloß sich, wenn auch aus anderen Gründen, der Position der Polizeipräsidenten an. Das Problem einer „Zigeunerplage" war Anfang 1954 infolge des Inkrafttretens des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes auch auf die Tages-

[98] Ebenda, Abt. III an die hessischen Regierungspräsidenten vom 7.5. 1953.

[99] Ebenda, Hess. LKA, Landeserkennungsdienst, an das BKA vom 2.10. 1953.

[100] STA Hamburg, Polizeibehörde II 447, Bl. 28, BKA an den Leiter des LKA Hamburg vom 1.3. 1954.

[101] HSTA Stuttgart, EA 2/303, Bue 332/1, Landeskriminalamt Baden-Württemberg an das Innenministerium Baden-Württemberg vom 12.1. 1954; STA Hamburg, Polizeibehörde II 447, Bl. 30, vom 4.3. 1954.

[102] Hess MInn, 22 e 30, vom 6.2. 1954.

[103] Anworten der Innenministerien der genannten Länder in: Hess. MInn, 22 e 30.

[104] STA Hamburg, Polizeibehörde II 447, BKA vom 14.4. 1954.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ordnung des Deutschen Städtetages geraten. Das Gesetz sollte Flüchtlingen, die aufgrund des Verlustes ihrer Wohnungen und Häuser während und nach dem Krieg in provisorischen Unterkünften wohnten, beim Hausbau helfen. Weil viele Zigeuner in diese Kategorie fielen, sah sich das Präsidium des Städtetages hier insbesondere mit dem Problem der Weigerung der Bevölkerung konfrontiert, an Zigeuner Wohnungen zu vermieten und ihnen den Zuzug in die Wohnviertel zu gestatten. Die Lösung des Wohnungsproblems der Zigeuner war infolgedessen nahezu unmöglich geworden. Die Alternative, Zigeuner in Hütten oder alten Eisenbahnwaggons unterzubringen, war hingegen mit schweren wirtschaftlichen Belastungen für die Städte verbunden. Auf der Sitzung des Städtetags wurde die Notwendigkeit betont, das Wohnungsproblem der Zigeuner auf Bundesebene zu lösen, und zwar durch Seßhaftmachung der Zigeuner oder durch Gründung von Zigeunersiedlungen, in denen Zigeuner nach dem aufgeklärten Modell Friedrichs des Großen in der Landwirtschaft unterwiesen werden könnten. Das Präsidium des Städtetages beschloß, die Angelegenheit an den Sozialausschuß des Deutschen Städtetages zu übergeben. Der Ausschuß sollte feststellen, ob es sich nur um ein soziales Problem oder in erster Linie um ein Ordnungsproblem handelte[105]. Im Februar kam der Sozialausschuß zu der Ansicht, die Zigeunerfrage sei im wesentlich nicht ein Problem der öffentlichen Wohlfahrt und Sozialfürsorge, sondern ein Problem von Gesetz und Ordnung[106]. Die mangelnde Bereitschaft, die wirtschaftliche Last zur Lösung des Wohnungs- und Beschäftigungsproblems der Zigeuner zu tragen, dürfte zu dieser Entscheidung geführt haben. Im Klartext bedeutete diese Position eine bewußte Vernachlässigung der Zigeuner und ihre Umsiedlung aus den Armutsvierteln am Rande der Städte in soziale Notzentren. Es zeigte sich auch eindeutig, daß den Interessen der Heimatvertriebenen aus dem Osten Vorrang vor den Interessen der Zigeuner mit deutscher Staatsbürgerschaft eingeräumt wurde.

Infolge dieser Entscheidung wurde die Bearbeitung der Zigeunerfrage im Juni 1954 von der Wohlfahrtsabteilung an die Sicherheitsabteilung des deutschen Städtetages überwiesen, die mit dem Bundeskriminalamt in Verbindung stand[107]. Hier empfahl man im Juli desselben Jahres den Landesverbänden des Deutschen Städtetages zu prüfen, ob die Einführung einer Regelung nach bayerischem Vorbild auch in anderen Ländern angebracht sei[108].

Im Juli 1954 gab das Bundeskriminalamt Anweisungen zur Bekämpfung der „Zigeunerplage" heraus, durch die die Kontrolle über die Bewegung der Landfahrer und insbesondere der Zigeuner verschärft werden sollte[109]. Hessen und Baden-Württemberg, die doch eigentlich als Nachbarländer unmittelbar von den Auswirkungen

---

105 Landesarchiv Berlin, Rep. 142/9, Nr. 0/713-14 Zigeuner, 57. Sitzung des Präsidiums am 30. 1. 1954 in Düsseldorf, Abt. 4, an Abt. 0, Betr. Zigeunerunwesen vom 25. 2. 1954.

106 Ebenda, Nr. 4/00 – 00 – 26, Protokoll des Sozialausschusses vom 24. 2. 1954.

107 Ebenda, Nr. 0/713–14, Dr. Dellbrügge, Abt. 4, an Abt. 0 vom 22. 6. 1954.

108 Ebenda, Dr. Grafe an die Landesverbände des Deutschen Städtetages vom 24. 7. 1954.

109 STA Hamburg, Polizeibehörde II 447, Bl. 36, BKA: „Richtlinien für die Bekämpfung des Landfahrerunwesens" vom 24. 7. 1954.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der bayerischen Gesetzgebung betroffen waren, zögerten mit der Übernahme des Gesetzes. Der leitende Ministerialrat im hessischen Innenministerium, Keil, war der Ansicht, die bayerische Landfahrerordnung widerspreche dem im Grundgesetz garantierten Recht auf Bewegungsfreiheit. Er empfahl, das Thema zur Überprüfung an die Rechtskommission des Arbeitskreises für Fragen der öffentlichen Sicherheit weiterzuleiten. Die Kommission trat erst im September 1955 zusammen und gelangte zu keiner Entscheidung. Der Vertreter des Bundeskriminalamtes, Dr. Pioch, erklärte, daß die Bundesbehörden (d.h. das Bundesinnenministerium) kein Interesse an einer besonderen Gesetzgebung in diesem Bereich hätten[110].

Trotz der Befürwortung einer Übernahme des bayerischen Gesetzes durch die Polizeibehörden und den Deutschen Städtetag blieb Bayern das einzige Bundesland, in dem das Zigeunerproblem gesetzlich geregelt wurde. Auch in Bayern wurde die Antizigeunergesetzgebung dann 1970 aufgehoben, als klar wurde, daß seit 1966 keine Landfahrerbescheinigungen gemäß der Landfahrerverordnung mehr ausgestellt worden waren. Inzwischen hatten nämlich alle Zigeuner in Bayern eine feste Wohnanschrift und fielen damit nicht mehr unter die Verordnung[111].

In den Bundesländern, die die Übernahme des bayerischen Gesetzes erwogen hatten, hatten nur die verantwortlichen Vertreter in Hessen dies ausdrücklich mit dem Argument abgelehnt, das Gesetz sei im Hinblick auf eine von den Nazis verfolgte Gruppe politisch nicht legitim und widerspreche dem Grundgesetz. Auf den vom CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Ernst Holtzmann im Jahre 1956 eingebrachten Gesetzesvorschlag, auch in Hessen die bayerische Landfahrerordnung einzuführen, antwortete von Regierungsseite Innenminister Schneider. Er eröffnete seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß der Gesetzesvorschlag der CDU-Fraktion ein sensibles Thema berühre, das mit äußerster Umsicht zu bearbeiten sei, damit nicht der Eindruck entstehe, das geplante Gesetz enthalte eine rassistische Diskriminierung. Anschließend berichtete er über die Position seines Ministeriums zur Frage einer gesetzlichen Regelung des Zigeunerproblems aus dem Jahre 1947. Schneider kritisierte das Gesetz dahingehend, daß es sich angesichts der inzwischen erfolgten Modernisierung der Lebensweise der Zigeuner zu stark auf das Gesetz aus dem Jahre 1929 stütze. Schneider empfahl, das Gesetz zur Prüfung und Beratung auf Bundesebene vorzulegen und nur dann zu verabschieden, wenn auch weitere Bundesländer sich zu einem ähnlichen Gesetz entschließen könnten[112].

In der abschließenden Diskussion wurde auch die Verfolgung der Zigeuner im Dritten Reich als ein Grund für die Ablehnung des Gesetzes genannt. Zuerst war dieses Thema von dem SPD-Abgeordneten Gustav Krämer angesprochen worden, der den Widerstand seiner Fraktion gegen den Gesetzesvorschlag begründete. Krä-

---

110 Hess MInn, 22 e 30, Protokoll der Rechtskommission des Arbeitskreises II vom 26./27.9.1955.

111 Bay HSTA, StK-GuV 912, Vorschläge zur Verwaltungsvereinfachung aus dem Bereich des Landfahrerrechts vom 28.7.1969.

112 Drucksachen des hessischen Landtags, III. Wahlperiode, Abteilung III, Stenographische Berichte über die Plenarsitzungen, 23. Sitzung 7.3.1956, Bd. 2, Wiesbaden 1956, S. 887 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mer meinte, jeder würde sich noch an die Opfer erinnern und das Leid vor Augen haben, das den Zigeunern zugefügt worden sei. Daher müsse der Landtag doppelte Vorsicht walten lassen[113]. Auch Innenminister Schneider eröffnete seine Rede mit den Worten, der Gesetzesvorschlag werde nicht nur aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Problematik abgelehnt, sondern auch aufgrund der psychologisch-politischen Erwägungen, die von Krämer vorgetragen worden seien[114]. Schneider sprach sich entschieden dagegen aus, ein Gesetz zu verabschieden, das in die Nähe der Rassengesetze oder eines der anderen diskriminierenden Gesetze des Dritten Reiches gerückt werden könne, und erhielt dafür Beifall aus den Reihen der SPD-Fraktion. Das Gesetz, so Schneider, beziehe sich auf einen Kreis von Menschen, die von den diskriminierenden Gesetzen des Dritten Reiches betroffen waren, und auch wenn keine größere Ähnlichkeit zwischen dem Gesetzesvorschlag und den NS-Gesetzen bestehe, wecke die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes schlechte Erinnerungen und biete Raum für „ungewollte Ausdeutungen". Schneider schloß mit den Worten, diese Gründe seien ausreichend, um das Gesetz zur Landfahrerordnung zurückzuweisen. Dennoch ging er nochmals auf weitere verfassungsrechtliche Probleme dieses Gesetzesvorschlages ein[115].

Trotz der eindeutigen Stellungnahme des Innenministers erklärte Ministerialrat Keil vom hessischen Innenministerium in einem Schreiben an lokale Behördenleiter in Hessen, die Polizei werde, auch wenn es aus verfassungsrechtlichen und rechtspolitischen Gründen zu keiner Landfahrerverordnung komme, weiterhin mit Hilfe der allgemeinen Gesetze kontrollieren, daß diese Bevölkerungsgruppe sich an Recht und Ordnung halte[116]. Zu diesem Zweck veröffentlichte das Präsidium der Kriminalpolizei in Hessen im Juni 1957 ein für die Polizeireviere bestimmtes „Merkblatt zur Bekämpfung des Landfahrerunwesens". Hier wurden alle existierenden rechtlichen Mittel für ein polizeiliches Vorgehen gegen Landfahrer zusammengefaßt. Das Merkblatt basierte auf einem Dokument, das 1956 in Niedersachsen herausgegeben worden war[117]. Diese Vermeidung einer offenen gesetzlichen Diskriminierung bei gleichzeitigen diskriminierenden Maßnahmen in der Praxis charakterisierte die Politik Zigeunern gegenüber in der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahren.

Diskriminierende Maßnahmen wurden sowohl von den Innenministerien der Länder als auch von den Landeskriminalämtern ergriffen. Eine der Maßnahmen, die die Innenministerien gegen Romafamilien und auch gegen Sinti in Nordrhein-Westfalen, insbesondere in Köln, in die Wege leiteten, war die Aberkennung der deutschen

[113] Ebenda, 39. Sitzung vom 6.2. 1957, Bd. 3, Wiesbaden 1957, S. 1430.

[114] Ebenda, S. 1432.

[115] Ebenda, S. 1432f.

[116] Hess. MInn, 22e30, Keil an die Regierungspräsidenten vom 13.9. 1957; Keil an die Arbeitsgemeinschaft der Innenministerien vom 9.12. 1954.

[117] Merkblatt betr. Bekämpfung der kriminellen Landfahrer im Lande Hessen, Sonderbeilage zum Landeskriminalblatt Hessen Nr. 597 vom 27.6. 1957; Merkblatt für die Bekämpfung des Landfahrerunwesens in Niedersachsen, in: Hess. MInn, 22e30.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Staatsbürgerschaft. Diese Maßnahme stützte sich auf einen Artikel des Paßgesetzes, der es dem Staat ermöglicht, Reisepässe einzuziehen, falls der Paßbesitzer auf behördliche Aufforderung hin kein Dokument vorlegen kann, das ausdrücklich bestätigt, daß er nach Abschnitt 1 des Artikels 116 des Grundgesetzes Deutscher ist. Hierin wird festgelegt, daß als Deutscher gilt, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder deutscher (im Sinne der Nationalität) Flüchtling oder Vertriebener oder Ehepartner oder Nachkomme einer derartigen Person ist, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches vom Dezember 1937 lebte[118]. Zigeuner taten sich in der Regel schwer, einen derartigen Nachweis vorzulegen[119]. Anzunehmen ist, daß überhaupt nicht wenige deutsche Staatsbürger Schwierigkeiten hatten, diese Informationen zu erbringen. Das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen trug im Januar 1954 den Regierungspräsidenten und der Verwaltung der Landkreise auf, die Staatsangehörigkeit der Zigeuner zu überprüfen. Dr. Mittelstädt, der die Anordnung unterzeichnet hatte, schrieb, einige vereinzelte Fälle hätten Zweifel an der Festsetzung der Staatsangehörigkeit für Zigeuner entstehen lassen. Er gab einen Überblick über die seit 1842 bestehenden Möglichkeiten und Bedingungen zur Erlangung der Staatsangehörigkeit Preußens oder des Deutschen Reiches (mittels Erwerb oder Einbürgerung) erforderlich gewesen waren. Mittelstädt meinte, man könne nicht davon ausgehen, daß die Zigeuner die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt hätten, zu denen in Preußen im 19. Jahrhundert der permanente zehnjährige Aufenthalt an einem Ort gehört hatte. Pauschal und unbegründet vertrat Mittelstädt also die Ansicht, kein Zigeuner habe diese Voraussetzungen erfüllt, weshalb er die „sorgfältige" Prüfung der Zigeuner anordnete, die Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit erhoben. Darunter fielen für ihn auch Zigeuner, die im Besitz eines deutschen Passes waren. Der Paßbesitz gelte nicht als Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit, da bekanntlich nach dem Zweiten Weltkrieg die Staatsangehörigkeit nicht geprüft und die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit insbesondere an die Überlebenden der Konzentrationslager (zu denen ein bedeutender Teil der Zigeuner gehörte) außerordentlich großzügig gehandhabt worden sei. Mittelstädt ging davon aus, daß ein Nachweis über die Staatsangehörigkeit nur durch einen detaillierten Eintrag des Datums der Amtshandlung und der Aktennummer in der Spalte des Melderegisters erbracht werden könne[120].

Die Behörden der Bundesrepublik Deutschland stützten sich bei der Aberkennung der Staatsangehörigkeit der deutschen Romafamilien auf die Befunde der Rassenhygienischen Forschungsstelle Dr. Robert Ritters und der nationalsozialistischen Behörden aus den frühen vierziger Jahren. Nach einer Untersuchung Ritters hatten sich die Romafamilien, die in den Jahren 1878–1880 aus Ungarn nach Deutschland

[118] Hermann v. Mangoldt, Das Bonner Grundgesetz, Berlin/Frankfurt a. M. 1953, S. 609f.

[119] Thomas Klebe, Staatsangehörigkeit – unbekannt, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge 54 (1974), S. 61ff.; Sieghart Ott, Die unwillkommenen Deutschen, in: Tilman Zülch (Hrsg.), In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt. Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa, Hamburg 1979, S. 227–240.

[120] Hess. MInn, 22 e 30, Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen vom 13. 1. 1954.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gekommen waren, eigenständig deutsche Namen wie Strauß oder Weiß zugelegt und illegal die preussische Staatsbürgerschaft erworben, die ihnen daher im Dritten Reich aberkannt worden war. Fortan wurden sie als Personen ohne Staatsangehörigkeit definiert. Nach Kriegsende hatten sie die deutsche Staatsangehörigkeit wiedererlangt. Anfang der fünfziger Jahre wurde diese Neuzuerkennung jedoch infolge der von der Polizei vermittelten Informationen aus der Nazizeit wieder rückgängig gemacht[121]. Rechtsanwalt Jochum berichtet, er habe erfolgreich die Rückerstattung der Staatsbürgerschaft an zehn bis fünfzehn Sintifamilien durchsetzen können. Dabei habe er auf die vom Paßgesetz geforderten Nachweise zurückgegriffen, und zwar auf die von Ritter und seinen Mitarbeitern während des Dritten Reiches über die deutschen Zigeuner angelegten Stammbäume, mit deren Hilfe sich die Geschichte bestimmter Sippen der Sinti bis ins 18. Jahrhundert zurückverfolgen ließen[122]; diese Unterlagen befanden sich in den fünfziger und sechziger Jahren in den Händen des Arztes Dr. Hermann Arnold im pfälzischen Landau, der sich der Zigeunerfrage und der Rassenhygiene, oder wie es nach 1945 hieß, der Sozialhygiene verschrieben hatte[123]. Jochum war sich bewußt, daß die Zigeuner zu jener Zeit gegen die behördliche Aberkennung der Staatsangehörigkeit vor dem Verwaltungsgericht keinen Einspruch eingelegt hatten. Hätten sie dies getan, so hätte im Falle einer negativen Entscheidung dieser Instanz die Möglichkeit bestanden, beim Bundesverfassungsgericht Klage einzureichen. Mangelndes Verständnis und fehlendes Bewußtsein der Zigeuner für die ihnen zu Gebote stehenden juristischen Möglichkeiten hatten dazu geführt, daß gegen den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit nichts unternommen worden war. Weil sich in der Bundesrepublik Deutschland das Staatsangehörigkeitsprinzip nicht nach dem *ius solis* richtet, verloren jedoch nicht nur die Paßbesitzer, sondern auch ihre in Deutschland geborenen Kinder ihre Staatsangehörigkeit. Um diese wiederzuerlangen, waren sie gezwungen, wie erst seit kurzem in der Bundesrepublik lebende Immigranten einen Einbürgerungsantrag zu stellen[124]. Die Einbürgerung ist allerdings an verschiedene Bedingungen geknüpft, die von vielen Zigeunern, denen es an Schulbildung und Berufsausbildung mangelt und die bisweilen auch eine kriminelle Vergangenheit aufzuweisen haben, nur schwer erfüllt werden können. Um deutscher Staatsbürger zu werden, ist die mündliche und schriftliche Kenntnis der deutschen Sprache, die Unbescholtenheit und die wirtschaftliche Selbständigkeit nachzuweisen[125]. Diese Anforderungen ließen neben anderen Anzeichen der Diskriminierung unter Zigeunern das nicht unbegründete Gefühl entstehen, der deutsche Staat sei ihnen nicht wohl gesonnen[126].

---

121 HSTA Düsseldorf, Rep. 231, Nr. 1535, Bl. 101 f.; Interview mit Harald Heller, Frankfurt, 27.6. 1992.

122 Bundesarchiv Koblenz, 73/14005, Antrag Dr. Ritter an die DFG vom 16.6. 1937.

123 Interview mit Rechtsanwalt Paul Jochum, Köln, 27.10. 1992; Schlüssig Deutsche. Eine Sinti-Familie kämpft um Anerkennung und Pässe, in: Die Zeit, 28.11. 1986.

124 Interview mit Rechtsanwalt Paul Jochum, Köln, 27.10. 1992.

125 Ebenda.

126 Interview mit Karl Wagner, Oldenburg, 26.8. 1992.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch die Kriminalpolizei diskriminierte die Zigeuner gegenüber anderen Bürgern. Im Polizeidienst der Bundesrepublik Deutschland waren nicht wenige Beamte beschäftigt, die bereits im Dritten Reich für die „Behandlung" der Zigeuner verantwortlich gewesen waren und die an ihren rassistischen Anschauungen über Zigeuner festhielten. Auch wenn sie nicht für die Gestaltung der Zigeunerpolitik verantwortlich waren und sie ihre Anschauungen über Zigeuner nur begrenzt umsetzen konnten, so verliehen sie doch der Zigeunerpolitik nach 1945 eine aus der nationalsozialistischen Vergangenheit herüberreichende Kontinuität. So begrenzt diese Kontinuität auch blieb, sie verhinderte, daß die Wunden der nationalsozialistischen Verfolgung unter Sinti und Roma vernarbten. In vielen Fällen kam es letztlich nur zu einer Verschiebung im semantischen Bereich. So wie Ende der vierziger Jahre die Polizei den rassisch oder ethnisch assoziierten Begriff „Zigeuner" durch den Begriff „Landfahrer" ersetzte, wurde dieser Begriff wiederum im Polizeijargon Anfang der achtziger Jahre durch die Bezeichnung „HWAO" (häufig wechselnder Aufenthaltsort) ersetzt[127]. Die Polizeibehörden bewahrten und benutzten aber weiterhin Akten, die im Dritten Reich angelegt wurden, und sammelten Informationen über Zigeuner, nicht aufgrund konkreter Verdachtsmomente, sondern aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit, als ob es sich bei Zigeunern stets um potentielle Gesetzesübertreter handelt.

Offene Diskriminierungen und Verletzungen des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz kamen nach 1945 weniger in einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit als in ungesetzlichen, jedoch auf behördlicher Ebene oft gedeckten Übergriffen der Polizei gegen Zigeuner zum Ausdruck. Es scheint, daß die Sorge der Behörden über die Zigeunerkriminalität seit Anfang der sechziger Jahre abgenommen hat, als zum ersten Mal nach 1945 zuverlässige statistische Angaben über die Quote der Landfahrer an der Gesamtkriminalitätsrate in der Bundesrepublik vorgelegt wurden. Die Daten weisen einen relativ geringen Anteil aus. Der Innenminister von Baden-Württemberg sprach diese Tendenz mit Blick auf sein Bundesland schon 1957 an. Der Anteil der 1197 kriminellen Landfahrer an allen kriminellen Taten in der Bundesrepublik betrug im Jahre 1959 nur 0,09 Prozent[128]. Er war damit niedriger als die Beteiligung von Ausländern an der Gesamtverbrechensrate in der Bundesrepublik. Diese Information wird zweifellos zur Beendigung der Versuche beigetragen haben, Sondergesetze gegen Zigeuner in der Bundesrepublik zu erlassen.

Ferner ist festzustellen, daß das politische Gespür im Hinblick auf die Zigeuner nach 1945 nicht nur zu einer Delegitimierung der nationalsozialistischen rassistischen Gesetze und Anordnungen gegen Zigeuner geführt hat, sondern zum ersten Male in der deutschen Geschichte auch zu einer Delegitimierung aller offensichtlichen diskriminierenden Gesetze gegen Zigeuner. Daher hatte der Versuch, an die Zigeunergesetzgebung aus der Weimarer Zeit anzuknüpfen, in der Bundesrepublik Deutschland

[127] Wolfgang Feuerhelm, Polizei und „Zigeuner". Strategien, Handlungsmuster und Alltagstheorien im polizeilichen Umgang mit Sinti und Roma, Stuttgart 1987, S. 139–151.

[128] STA Hamburg, Polizeibehörde II 449, Bl. 7, aus dem Kurzprotokoll über die 28. Arbeitstagung der Leiter der Landeskriminalämter mit dem Bundeskriminalamt am 28./29. 3. 1960.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur begrenzten Erfolg. Abgesehen von Bayern wollte man in allen Bundesländern die Einführung von Sondergesetzen zur Behandlung der Probleme vermeiden, die zwischen Staat und landfahrender Zigeunerbevölkerung entstanden. Man ging bevorzugt mit vorhandenen gesetzlichen Mitteln und unter formaler Beachtung der auch für Zigeuner im Grundgesetz verankerten Rechte vor.

Die Positionen zur Zigeunerfrage in den fünfziger Jahren hatten, wie hier gezeigt werden konnte, wenig mit einer bestimmten Parteizugehörigkeit zu tun. Zwar traten Mitglieder der CSU in Bayern und der CDU in Hessen für eine diskriminierende Gesetzgebung ein, die die Bürgerrechte der Zigeuner einschränken sollte. Doch war es ein Vertreter der CDU im Parlamentarischen Rat, Hermann von Mangoldt, der sich einer derartigen Gesetzgebung widersetzte. Auch innerhalb der SPD gab es keine Einstimmigkeit. Die SPD-Abgeordnete im Parlamentarischen Rat, Nadig, und auch die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag, namentlich Wilhelm Hoegner, unterstützten eine diskriminierende Gesetzgebung, während die SPD-Fraktion im hessischen Landtag 1956 gegen derartige Regelungen war.

Innerhalb der staatlichen Verwaltung waren es wohl vor allem die Vertreter der Polizeibehörden und Abteilungen für öffentliche Sicherheit der Innenministerien, die tendenziell eine gesetzliche Regelung der Beziehung zwischen Staat und Zigeunern unterstützten, die die Grundrechte der Zigeuner einschränken sollte. Demgegenüber waren die Beamten in den Justizministerien der Länder und des Bundesjustizministeriums gegen eine derartige Gesetzgebung, da man hier zu der Überzeugung gelangt war, die Grundrechte der Zigeuner dürften nicht eingeschränkt werden. Daher ist die Politik gegenüber Sinti und Roma zwischen 1945 und 1949 und danach in der Bundesrepublik Deutschland nicht anhand einer Zuordnung zu politischen Lagern zu charakterisieren, sondern durch verschiedene, einander oft widersprechende Tendenzen, die nebeneinander bestanden: einerseits handelte es sich um eine kontinuierliche Fortsetzung der traditionellen Ansätze, die bis zur Einführung der nationalsozialistischen Zigeunerpolitik im Jahre 1936 dominant gewesen waren, nach 1945 jedoch durch die Positionen der Militärregierungen oder durch das Grundgesetz beschränkt wurden; andererseits wurde eine Reformtendenz bemerkbar, die von den alliierten Besatzungsmächten, jedoch auch von Repräsentanten der deutschen Beamtenschaft, insbesondere in den Justizministerien, und politischen Repräsentanten getragen wurde.

Die Vertreter des ersten Ansatzes setzten sich für eine Wiederaufnahme der deutschen Zigeunerpolitik ein, die während der Weimarer Republik und der Frühphase des Dritten Reiches bis 1936 betrieben und dann vom nationalsozialistischen Regime zugunsten einer rassistischen Politik aufgegeben worden war. Diese Politik der Weimarer Zeit galt als legitim, da sie nicht rassistisch begründet war. Innerhalb dieses traditionellen Ansatzes der Zigeunerpolitik konnte man zwei grundsätzliche, einander eigentlich widersprechende Positionen finden: die aufgeklärte Position, die Zigeuner durch Seßhaftmachung „bessern" und zu einem „produktiven" Element innerhalb der Gesellschaft machen wollte, stand neben einer feindseligen Haltung, die für eine Vertreibung der Minderheit eintrat und eine Einschränkung der Bewe-

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gungsfreiheit umherziehender Zigeuner forderte, falls dies nicht erreicht werden konnte.

Auch der reformistische Ansatz war nicht homogen. Mehrheitlich distanzierten sich die Vertreter dieser Richtung von einer Wiederaufnahme der Antizigeunergesetzgebung, und zwar in der Regel aufgrund der politischen Assoziationen, die dieses Thema infolge der NS-Verfolgung weckte, weniger aus prinzipiellen Gründen. Nur vereinzelt widersetzte man sich derartigen Gesetzen, weil man das „Zigeunerproblem" als soziales Problem erkannt hatte, das eine umfassende soziale Lösung und nicht nur Einschränkung und Bestrafung erforderte. In beiden Fällen lehnte man jedoch prinzipiell auch eine diskriminierende Gesetzgebung gegen Zigeuner ab, die nicht auf rassistischem Hintergrund erfolgte. Man war überzeugt, die Beziehungen zwischen Staat und nicht-seßhaften Zigeunern müßten in einer Weise revidiert werden, die die Grundrechte dieser Bevölkerungsgruppe nicht antastete. Einige Vertreter dieser Tendenz, wie etwa für Hessen gezeigt werden konnte, distanzierten sich jedoch trotz alledem nicht von den Maßnahmen, die gegen Sinti und Roma ergriffen wurden. Diese widersprüchlichen und komplexen Tendenzen führten zu einer Politik, die die Gleichheit der Sinti und Roma als deutsche Staatsbürger vor dem Gesetz postulierte, diese jedoch praktisch wegen ihrer Herkunft diskriminierte.

Aus dem Hebräischen übersetzt von Matthias Schmidt

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ROLF STEININGER

GROSSBRITANNIEN UND DER VIETNAMKRIEG 1964/65

Im Januar 1944 schrieb der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt an seinen Außenminister Cordell Hull über Indochina: „Frankreich hat dieses Land – 30 Millionen Menschen – fast 100 Jahre in seinem Besitz gehabt, und dem Volk geht es schlechter als zu Beginn. [...] Frankreich hat es 100 Jahre gemolken. Das Volk Indochinas verdient etwas Besseres als dies."[1]

In amerikanischen Propagandabroschüren, die während des Zweiten Weltkrieges die vietnamesische Bevölkerung zum Widerstand gegen die Japaner aufforderten, wurden den Vietnamesen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung in Aussicht gestellt. Nach dem Sieg der USA über Japan und dem Beginn des Kalten Krieges war davon keine Rede mehr. Es ging nur um die „Eindämmung" des Kommunismus, und unter diesem Vorzeichen akzeptierten auch die USA Frankreichs Intentionen zur Restauration seiner Kolonialherrschaft in Indochina. Es half Ho Chi Minh, dem Führer der vietnamesischen Kommunisten, wenig, daß er bei der Ausrufung der Demokratischen Republik Vietnam am 2. September 1945 in diese „Unabhängigkeitserklärung" sogar wörtliche Zitate aus der amerikanischen „Declaration of Independence" übernommen hatte. Sein Versuch, sich mit der französischen Regierung zu arrangieren, mußte unter diesen Umständen scheitern. So begann Ende 1946 der französische Indochina-Krieg.

Für die USA war dies zunächst nur ein „schmutziger" Kolonialkrieg. Ihr Hauptaugenmerk lag in diesen Jahren auf Europa. Das änderte sich, als im Frühjahr 1949 der Sieg Mao Tse Tungs in China abzusehen war. Der politische Planungsstab des State Department schrieb im Mai 1949 – in Erwartung der Flucht Chiang Kai-sheks nach Taiwan: „Der Sieg der Kommunisten in China ist eine schwere politische Niederlage für uns. Falls auch Südostasien vom Kommunismus überrollt wird, dann wird das für uns ein größeres politisches Desaster sein mit Auswirkungen in der ganzen Welt."[2]

Mit dem Verlust Chinas im Oktober 1949 und dem Beginn des Korea-Krieges im Juni 1950 schienen sich diese Befürchtungen zu bestätigen. Indochina sollte jetzt um jeden Preis verteidigt werden, und entsprechend verstärkte die Truman-Admini-

[1] U.S Congress, Committee on Armed Services (Hrsg.), United States – Vietnam Relations, Bd. 7, Washington 1971, S. 30; siehe auch: Gareth Porter (Hrsg.), Vietnam – A History in Documents, New York 1979, S. 6.

[2] PPS/51, 19. 5. 1949 in: The State Department Planning Papers, 1947–1949, Bd. 3, New York 1983, S. 39.

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stration ihre Unterstützung für Frankreich. Aus dem schmutzigen Kolonialkrieg der Franzosen wurde ein „Kreuzzug gegen den Kommunismus", Bestandteil der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Die von Truman eingeleitete Politik wurde von seinem Nachfolger Eisenhower nahtlos fortgesetzt. 1953/54 zahlten die USA rund 75 Prozent der französischen Kriegskosten.

Im Frühjahr 1954 verschlechterte sich die militärische Lage der Franzosen in Indochina zusehends; die Festung Dien Bien Phu stand vor dem Fall. In dieser Situation bat Frankreich die USA um militärisches Eingreifen. Die Eisenhower-Administration war dazu nur unter der Bedingung bereit, daß dies im Rahmen einer „United Action" geschah, d.h. wenn auch Großbritannien seine Unterstützung zusagte. Die britische Regierung lehnte jedoch nach zwei „emergency"-Sitzungen am 25. April 1954 ab. Die Stimmung in London faßte Premierminister Churchill am 28. April 1954 folgendermaßen zusammen: „Es ist nicht ratsam, Truppen einzusetzen, um die Lage im Dschungel in die Hand zu bekommen. Außerdem begreife ich nicht, warum wir für Frankreich in Indochina kämpfen sollen, wenn wir selber Indien aufgegeben haben. Ich hätte mit dem größten Vergnügen für England um Indien gekämpft. Malaya kann, denke ich, auch gehalten werden, wenn Indochina verloren geht."[3]

Ein Ergebnis der anschließenden Genfer Indochina-Konferenz war die Teilung Vietnams entlang des 17. Breitengrades – allerdings mit der Maßgabe, daß im Jahre 1956 gesamtvietnamesische Wahlen stattfinden sollten. Diese Wahlen wurden nie durchgeführt. Der neue Mann in Südvietnam hieß Ngo Dinh Diem, der im amerikanischen Exil gelebt hatte und nun von Washington als „starker Mann" aufgebaut wurde. Er schien die einzige Alternative zu Ho Chi Minh zu sein, der Südvietnam vor dem Kommunismus schützen konnte – mit massiver finanzieller und wirtschaftlicher Hilfe der USA. Die militärische Unterstützung beschränkte sich zunächst auf „Militärberater"; Ende 1960 befanden sich rund 800 davon in Südvietnam. Auch für Kennedy, der Eisenhower folgte, war Südvietnam der Eckstein der freien Welt in Südostasien. Das Land wurde weiter massiv unterstützt. Bis zu seinem Tod weigerte sich Kennedy allerdings, Kampftruppen in Vietnam einzusetzen; dagegen wurde bis Ende 1963 die Zahl der Militärberater und Unterstützungstruppen auf 16 000 erhöht[4].

---

[3] Lord Moran, Churchill. Der Kampf ums Überleben 1940–1965, München/Zürich 1967, S. 585. Zum Gesamtkomplex vgl. den ausgezeichneten Sammelband von Lawrence S. Kaplan/Denise Artaud/Mark R. Rubin (Hrsg.), Dien Bien Phu and the Crisis of Franco-American Relations, 1954–1955, Wilmington 1990. Darin untersucht Geoffrey Warner die britische Position: „Britain and the Crisis over Dien Bien Phu, April 1954: The Failure of United Action, S. 55–77. Das Wortprotokoll über die erwähnten Sondersitzungen in: Public Record Office, London (künftig: PRO), CAB 129/68. Am 11. Juni informierte Außenminister Anthony Eden das Kabinett über Einzelheiten der Beratungen mit den Amerikanern und Franzosen. Der elf Seiten umfassende geheime Bericht, den Warner nicht erwähnt, in: Ebenda, CAB 129/68. Über die Schlacht von Dien Bien Phu aus nordvietnamesischer Sicht vgl. die autobiographische Darstellung von Vo Nguyen Giap, Dien Bien Phu, Hanoi 1994.

[4] Vgl. hierzu George C. Herring, America's Longest War. The United States and Vietnam 1950–1975, New York [3]1996, S. 43–107, mit umfangreichen Literaturangaben. Siehe auch Marilyn B. Young, The Vietnam Wars 1945–1990, New York 1991.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch für Kennedys Nachfolger Lyndon B. Johnson war Südvietnam das erste Glied einer langen Dominokette. Würde dieser Dominostein fallen, so würden auch die restlichen Staaten Südostasiens kommunistisch werden. Die Verbündeten der USA sahen das ähnlich und unterstützten diese Politik – mit Ausnahme Frankreichs. De Gaulle war von Anfang an davon überzeugt, daß eine Lösung des Konflikts nur in einer Neutralisierung ganz Indochinas liegen könne.

Großbritanniens konservative Regierung stand uneingeschränkt auf seiten Washingtons, während die oppositionelle Labour Party das amerikanische Engagement in Vietnam kritisierte. Sie engagierte sich in Protestaktionen und forderte beständig „Frieden in Vietnam". Das war so lange relativ unproblematisch, wie Labour nicht regierte. Als Oppositionsführer hatte Harold Wilson noch im Sommer 1964 zwei Unterhausdebatten über den Vietnamkrieg initiiert. Nach den Wahlen im Oktober 1964 wurde er dann Premierminister.

Die Labour Party hatte die Wahlen knapp gewonnen; im Unterhaus konnte sich die neue Regierung nur auf eine Drei-Stimmen-Mehrheit stützen. Innenpolitisches Dauerthema war damals zwar die sich stetig verschlechternde wirtschaftliche Lage des Landes, außenpolitisch ging es mehrfach um die „Rebellion" von Ian Smith in Rhodesien. Im Mittelpunkt stand allerdings ein ganz anderes Thema, bei dem innen- und außenpolitische Aspekte zusammenliefen, nämlich der Vietnamkrieg. In den Wahlkreisen und innerhalb der Parteilinken waren die Erwartungen groß, daß die Regierung bei diesem Thema aktiv werden würde. Allein ein Blick auf die Sitzungen des Kabinetts macht deutlich, wie sehr dieses Thema die britische Regierung beschäftigte: In den 72 Sitzungen des Jahres 1965 stand es 26 mal auf der Tagesordnung, zweimal als Punkt 1, 20 mal als Punkt 2, dreimal als Punkt 3.

Wilson erklärte denn auch „Vietnam" sofort zur „Chefsache". Fast alle diesbezüglichen Telegramme liefen über seinen Schreibtisch. Er gab Anordnung, über sämtliche Entwicklungen sofort informiert zu werden, egal, wo er sich aufhielt, in 10 Downing Street oder in Chequers; fast sämtliche Initiativen zu Verhandlungen gingen von ihm aus. Sein Ziel war es, die verfeindeten Seiten an den Verhandlungstisch zu bringen, um den Krieg zu beenden. Großbritannien war immer noch – gemeinsam mit der Sowjetunion – Vorsitzender der Genfer Indochinakonferenz von 1954, eine Funktion, die Wilson aktiv nutzen wollte.

Das Jahr 1965 ist das entscheidendste in der Geschichte des Vietnamkrieges: Mit dem Beginn der Luftangriffe gegen Nordvietnam und dem Einsatz von amerikanischen Kampftruppen im Süden beschritt die Johnson-Administration jenen Weg, der in die Katastrophe führte. Im folgenden wird die Entwicklung bis Ende 1965 aus britischer Sicht untersucht[5]. Grundlage sind die 1996 freigegebenen britischen

[5] Die Literatur über die amerikanische Sicht der Dinge, um die es hier auch, aber nicht primär geht, ist beinahe schon unüberschaubar geworden; siehe dazu Gary R. Hess, The Unending Debate: Historians and the Vietnam War, in: Diplomatic History 18 (1994), S. 239–264. Als Einführung hervorragend die knappe Studie von Michael H. Hunt, Lyndon Johnson's War. America's Cold War Crusade in Vietnam, 1945–1968, New York 1996. Vgl. auch George C. Herring, LBJ and

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Akten. Diese machen 1. die Intensität der britischen Friedensbemühungen deutlich, die bislang nicht bekannt waren. Sie zeigen 2. den erstaunlich pragmatischen Ansatz der Briten. Für sie waren die Amerikaner schon Ende 1964 in einer „hoffnungslosen" Situation; der Krieg konnte aus ihrer Sicht nicht gewonnen werden, also war es besser, ihn zu beenden, bevor alles noch schlimmer werden würde. Die Akten zeigen 3. eine amerikanische Administration, die davon überzeugt war, diesen Krieg gewinnen zu können – und dies den Briten in einer ziemlich arroganten Weise klarmachte. Die Dokumente belegen 4. die immer wieder erklärte Verhandlungsbereitschaft Washingtons – auf der Grundlage der eigenen Bedingungen. In ihnen spiegeln sich 5. die Aktivitäten der „anderen Seite", Hanois und Pekings, die ebenfalls siegessicher waren und nur auf der Grundlage ihrer Bedingungen verhandeln wollten, und 6. die Politik der sowjetischen Regierung, deren Intentionen nur schwer einzuschätzen waren; Moskau war wohl für Verhandlungen, konnte sich aber gegenüber Peking nicht durchsetzen.

Vietnam. A Different Kind of War, Austin 1994, und ders., The Secret Diplomacy of the Vietnam War: the „Negotiating Volumes" of the Pentagon Papers, Austin 1983. Zu Johnson jetzt das umfangreiche Werk von Lloyd C. Gardner, Pay Any Price. Lyndon Johnson and the Wars for Vietnam, Chicago 1995, das Großbritannien aber nur am Rande erwähnt; zur Sowjetunion vgl. Ilya V. Gaiduk, The Soviet Union and the Vietnam War, Chicago 1996, und ders., The Vietnam War and Soviet American Relations, 1964–1973: New Russian Evidence, in: Cold War International History Project Bulletin, Issues 6–7, The Cold War in Asia, Washington 1995/1996, S. 232, 250–257; zu China Qiang Zhai, Beijing and the Vietnam Conflict, 1964–1965: New Chinese Evidence, (mit sieben Dokumenten), in: Ebenda, S. 233–250. Ergänzend jetzt auch Department of State (Hrsg.), Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1964–1968, Bd. II: Vietnam, January–June 1965, und Bd. III: July 1965–December 1965, Washington 1996. Am 14.2. 1997 wurden von der Lyndon B. Johnson Presidential Library in Austin/Texas Tonbänder freigegeben, die einen anderen als den allseits bekannten Johnson zeigen, aber auch das Dilemma, in dem er sich sah. In einem vertraulichen Gespräch mit seinem politischen Mentor und engen Freund, Senator Richard Russell von Georgia, am 27.5. 1964 – etwa ein Jahr, bevor er den massiven US-Militäreinsatz in Vietnam befahl – zeigte er sich mehr als besorgt über den Krieg in Vietnam. Er bezeichnete ihn als „the biggest damn mess I ever saw"; „I don't think it's worth fighting for and I don't think we can get out." Er litt geradezu unter dem Gedanken, amerikanische Soldaten nach Vietnam zu schicken: „What the hell we're going to get out of this doing it? It just makes the chills run up my back." Kurz nach diesem Gespräch äußerte er sich ähnlich gegenüber seinem nationalen Sicherheitsberater McGeorge Bundy: „The more that I stayed awake last night thinking of this ... it just worries the hell out of me. It's damned easy to get in war. But it's going to be awful hard to ever extricate yourself if you do get in." Und weiter: „What the hell is Vietnam worth to me? What the hell is Laos worth to me? What is it worth for this country?" (Soldaten nach Vietnam zu schicken.) Am Ende kämpften mehr als 500000 US-Soldaten in Vietnam, von denen 58000 starben. Vietnam zerstörte auch Johnsons eigentliches Ziel, nämlich die „Great Society" in den USA zu verwirklichen. In allen größeren US-Zeitungen war der Inhalt der Tonbänder am 15.2. 1997 ein großes Thema (z.B. in der Times-Picayune, New Orleans: „Anguished LB: Vietnam not worth fighting for"); im politischen Magazin Nightline der US-Fernsehstation ABC wurden die Bänder am 21.2. 1997 abgespielt mit dem Kommentar: „1964 wollte Präsident Johnson keinen Krieg in Vietnam." Warum alles anders kam, hatte der Leiter der Johnson Bibliothek, Harry Middleton, bei der Freigabe der Bänder so erklärt: „No president can be seen as vacillating. He had to be seen as prudent, but also as a strong anticommunist."

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1. Was tun mit Vietnam?

Für den 9. und 10. Dezember 1964 waren Gespräche zwischen Harold Wilson und der neuen US-Administration in Washington angesetzt. Aus Wilsons Sicht sollte Vietnam dabei ein zentrales Thema sein. Vor seiner Reise in die amerikanische Hauptstadt wollte er allerdings in Erfahrung bringen, welche Politik Johnson nach seiner Wahl verfolgen würde, wie die Lage in Vietnam eingeschätzt wurde und welche Perspektiven es gab. Von sämtlichen diplomatischen Posten – in erster Linie allerdings aus Washington und Saigon – wurden deshalb vom Foreign Office Lageberichte angefordert. In britischen Geheimdienstkreisen ging man schon im September 1964 davon aus, daß Johnson die Wahl am 3. November gewinnen und dann eine Grundsatzentscheidung treffen würde – entweder für eine Ausweitung des Krieges oder aber, gestärkt durch das Mandat der Wähler, den, wie es hieß, „realistischen, staatsmännischen" Versuch einer Lösung auf dem Verhandlungswege, was man in London hoffte. Beide Optionen hingen von der „direkten und klaren" Beantwortung der im Foreign Office gestellten Frage ab: „Kann der Krieg in Südvietnam gewonnen werden?" In CIA-Kreisen war genau diese Frage Ende August mit „Nein" beantwortet worden; man erwartete lediglich einen langen Kampf, der unentschieden ausgehen würde. Auf britischer Seite hoffte man, daß dies auch die insgeheim gehegte Meinung an der Spitze der Administration sei; wenn das so war, war es nur eine Frage der Zeit, bis die Amerikaner den Verhandlungsweg beschreiten würden. Das konnte allerdings, so wurde auch festgestellt, noch ziemlich lange dauern, da Washington nicht bereit war, den Krieg verloren zu geben, selbst wenn es sich eingestehen würde, daß er nicht gewonnen werden konnte[6].

Am 27. Oktober machte Außenminister Dean Rusk seinem britischen Kollegen Patrick Gordon Walker klar, daß die USA nicht an einen Rückzug aus Südostasien dachten („there could be no American withdrawal"), sondern ihr Engagement möglicherweise verstärken würden[7]. Drei Tage später lag Walker ein Lagebericht des britischen Botschafters in Saigon, Sir Gordon Etherington-Smith, vor, in dem dieser die Art und Weise, wie die Amerikaner Hilfe leisteten, scharf kritisierte; sie sei unkoordiniert, ohne klares Ziel, teilweise sinnlos. Von 1955 bis 1960 hätten die USA 1,3 Mrd. Dollar „Entwicklungshilfe" zur Verfügung gestellt; die Bevölkerung habe davon allerdings nur ein Prozent erhalten, dagegen seien „grandiose" Projekte verwirklicht worden, etwa eine vierspurige Autobahn zwischen Saigon und Bien Hoa, obwohl die Dörfer in der Nähe dieser Autobahn mit dem Auto gar nicht erreichbar waren.

Trotz dieser Kritik sah Etherington-Smith die Lage in Südvietnam nicht als hoffnungslos an. Um eine Wende zum Besseren zu erreichen, hielt er allerdings eine

[6] Top Secret, U.K. eyes only. A.J.P. Crick (UK-Botschaft Washington) an J.C.A. Roper (Joint Intelligence Committee, Cabinet Office, London), 1.9. 1964, in: PRO, FO 371/175 502/J.I.C.4.

[7] „Secret. Record of Conversation between the Secretary of State and Mr. Dean Rusk at the State Department on Tuesday, October 27, at 11 a.m.", in: PRO, PREM 13/692.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grundlegende Verbesserung der amerikanischen Hilfe für dringend notwendig[8]. Diese Analyse stieß beim stellvertretenden Leiter der Südostasienabteilung im Foreign Office, J.E. Cable, auf scharfe Kritik. Seiner Meinung nach war der Botschafter weder auf das grundlegende Dilemma in Vietnam eingegangen, ob amerikanische Hilfe ausreiche, den Vietcong zu besiegen, noch hatte er sich mit den Konsequenzen der Entscheidung auseinandergesetzt, die die Amerikaner treffen würden, nämlich entweder den Krieg auf Nordvietnam auszuweiten oder zu versuchen, ihn auf dem Verhandlungsweg zu beenden. Was der Botschafter vorschlage, sei jedenfalls nicht das „Allheilmittel" für Vietnam, sondern nur „ein Mittel". Am Ende würden die Amerikaner möglicherweise nicht durch eigenes Unvermögen oder durch den Vietcong besiegt werden, „sondern schlicht und einfach durch die besondere vietnamesische Art asiatischen Denkens und asiatischer Verhaltensweise"[9]. Walkers Kommentar war bezeichnend. „Diese Ansichten deprimieren mich [. . .]. Wir müssen alles tun, um ihnen [den Amerikanern] zu helfen."[10]

Etherington-Smith wurde entsprechend informiert und auch davon unterrichtet, daß man sich in London auf den Moment vorbereite, an dem die Amerikaner bereit seien, über Vietnam zu reden. Außerdem wurde klargemacht, daß mit einem Sieg der vietnamesischen Kommunisten eher früher als später zu rechnen sei, dies allerdings die britischen Interessen nur am Rande berühre[11]. Etherington-Smith protestierte massiv. Seiner Meinung nach bestand nach wie vor eine Chance, die Dinge in Südvietnam in den Griff zu bekommen, und was die direkten britischen Interessen in Vietnam betraf, so stimmte er zu, daß diese eher gering seien, „indirekt sind sie aber wichtig im Zusammenhang mit dem Überleben Südvietnams als Teil der freien Welt". Dabei wies er insbesondere auf die gravierenden Konsequenzen hin, die der Verlust Südvietnams für die britischen Interessen in Südostasien, namentlich in Malaysia, und die Verteidigung Australasiens haben werde[12].

P.G. Peck, der Leiter der Südostasienabteilung im Foreign Office, antwortete wenige Tage später. Er betonte, daß man im Foreign Office zwar auch hoffe, daß die Lage in Vietnam stabilisiert werden könne, dies aber für „höchst unwahrscheinlich" („most unlikely") halte. Was die britischen Interessen anging, machte er einige grundsätzliche Anmerkungen. Demnach war man in der Südostasienabteilung des Foreign Office schon immer davon ausgegangen, daß man sich langfristig nur auf jene Länder stützen könne, die ein gewisses Maß an innerer Stabilität aufzuweisen hatten, und zwar Malaysia, die Philippinen und Thailand: „In den übrigen Ländern Südostasiens ist der Verfall schon zu weit fortgeschritten als daß man, wenn man realistisch ist, auf mehr als einen fragwürdigen, pro-kommunistischen Neutralismus

[8] Secret and Guard. G. Etherington-Smith (Saigon) an E.H. Peck (FO), 21.10. 1964, in: PRO, FO 371/175502/DV 103145/202.

[9] Aufzeichnung J.E. Cable (FO), 28.10. 1964, in: Ebenda.

[10] Handschriftliche Notiz P.G. Walker, 30.10. 1964, in: Ebenda.

[11] E.H. Peck (FO) an G. Etherington-Smith, 2.11. 1964, in: Ebenda.

[12] Top Secret and Guard. G. Etherington-Smith an E.H. Peck, 5.11. 1964, in: PRO, FO 371/175503/DV 103145/218.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hoffen kann oder bestenfalls auf eine Schadensbegrenzungspolitik des Westens, bei der es darum geht, Zeit zu gewinnen." Eine westliche Militärallianz konnte in seinen Augen einen Sicherheitsgürtel um ein Land legen, um einen äußeren Feind abzuhalten; einem Feind, der bereits im Land stand, war damit nicht beizukommen.

Anschließend warf Peck einen Blick zurück auf das Jahr 1954, als der Westen nach der Genfer Indochinakonferenz eine Verteidigungslinie aufgebaut habe, die politisch nicht zu halten gewesen sei. Er räumte ein, daß man in London damals allzu pessimistisch gewesen sei und Südvietnam nur eine Lebensdauer von fünf Jahren vorausgesagt habe; mit Hilfe der Amerikaner seien es nun zehn Jahre geworden, was ohne Zweifel ein Gewinn sei. Wenn man noch ein paar Jahre gewinnen könne, „würden wir uns freuen. Sollte dies aber unmöglich sein und die Westmächte sich auf ihre Hauptverteidigungslinie, die Grenze Thailands, zurückziehen müssen, dann glaube ich nicht, daß das notwendigerweise zu katastrophalen Folgen für den Westen führen muß, vorausgesetzt das Ansehen der Amerikaner nimmt keinen Schaden und Laos und Kambodscha können als neutrales Glacis erhalten bleiben."

Um diese beiden Voraussetzungen zu gewährleisten, halte man Gespräche mit den Amerikanern für absolut notwendig. Es sei vollkommen klar, daß die Amerikaner nur ungern über eine mögliche Niederlage in Südvietnam nachdächten, „aber was wir fürchten ist, daß sie dies davon abhält, entsprechende Rückzugspläne für den Ernstfall zu machen. Wenn ein Desaster bevorsteht, gerät man immer leicht in die Versuchung, den Befehl zu erteilen, keinen Schritt zurückzuweichen; ein solcher Befehl – so sinnvoll er ist, um die Moral aufrechtzuerhalten, solange die Schlacht noch gewonnen werden kann – kann die Folgen einer Niederlage allerdings sehr vergrößern."[13]

Etherington-Smith widersprach heftig. Er befürwortete jetzt sogar den Einsatz amerikanischer Kampftruppen und warnte vor einer Politik, die von einer Niederlage in Vietnam ausging: „Niemand kann absolut sicher sein, was die Zukunft bringt – am allerwenigsten in Vietnam!" Gleichzeitig gestand er allerdings ein, daß alles getan werden müsse, um die Amerikaner auf das Schlimmste vorzubereiten[14], und reichte Pecks Schreiben weiter an den Chef der British Advisory Mission in Saigon (BRIAM), Bob Thompson. Dieser war der wohl erfahrenste britische Experte für Südostasien. In den fünfziger Jahren war er in Malaysia tätig gewesen und hatte dort, wie es im Foreign Office jetzt hieß, seine „einzigartigen Erfahrungen" bei der Niederschlagung des Aufstands eingebracht (nach der Unabhängigkeit des Landes wurde er dort Permanent Secretary for Defence im Verteidigungsministerium, 1961 übernahm er die Leitung von BRIAM, im Frühjahr 1965 ging er in Pension). Sein Wort zählte etwas in London, und er gab jetzt einen klaren Rat, indem er die drei Optionen, um die es in jenen Wochen ging, analysierte. Da war „Option A": Weitermachen wie bisher und versuchen, den Krieg zu gewinnen oder schlimmstenfalls für eine unbestimmte Zeit durchzuhalten. Auf die „reale" Frage, ob dies möglich sei, gab

[13] Secret and Guard. E. H. Peck an G. Etherington-Smith, 12. 11. 1964, in: Ebenda.

[14] Secret and Guard. G. Etherington-Smith an E. H. Peck, 18. 11. 1964, in: Ebenda, DV 103145/211.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Thompson die „objektive" Antwort: „Nein". Vietnamesen und Amerikaner hätten es schon 1962 und 1963 nicht geschafft; jetzt, da die Lage noch bedeutend schlechter sei, würden sie es erst recht nicht schaffen. „Option A", so Thompson, „ist keine realistische Option".

„Option B" bestand in der Bombardierung Nordvietnams: die Zufluchtsorte des Vietcong zerstören, den Ho Chi Minh-Pfad unpassierbar machen oder Hanoi die Lektion zu erteilen, daß sich „Verbrechen nicht auszahlen", wie es der amerikanische Botschafter in Saigon, Maxwell Taylor, gegenüber Thompson formuliert hatte. Thompson nannte diese Option „die Anwendung des Gesetzes brutaler Gewalt", mit der die Frage verbunden war, ob damit das Ziel erreicht werden könne. Die Antwort Thompsons war wieder ein klares Nein. Unabhängig von der Frage, wie die Sowjetunion und China reagieren würden (nach Meinung Thompsons würden sie nur laut protestieren und ansonsten alles tun, um nicht direkt in den Konflikt verwickelt zu werden), sah er folgende Entwicklung für Südvietnam voraus: eine wachsende Tendenz in der einheimischen Armee, die Sache den Amerikanern zu überlassen; vom Vietcong inspirierte anti-amerikanische Reaktionen („The Vietnamese might be callous about killing each other but there is no evidence that they like outsiders doing it for them"); verstärkte Vietcong-Aktivitäten und verstärkter Nachschub aus Nordvietnam, der durch Luftangriffe nicht zu unterbrechen wäre. Die Regierung in Saigon werde die Verschärfung des Krieges, die von zivilen Unruhen und Terrorakten in den Städten begleitet sein könne, nicht durchstehen angesichts der kritischen Lage rund um Saigon und angesichts der Tatsache, daß keinerlei Landverbindungswege mehr zwischen Zentralvietnam und Saigon bestünden.

Was wären die Folgen für Nordvietnam und die USA, fragte Thompson weiter. Selbst wenn die Amerikaner Nordvietnam „in Schutt und Asche" legen würden – wie Taylor es gegenüber Thompson ausgedrückt hatte –, wäre die dortige Bevölkerung nach Meinung Thompsons bereit, dies als Preis für den Sieg zu akzeptieren; die physischen Zerstörungen wären nach einigen Jahren beseitigt, besonders wenn die sozialistischen Länder helfen würden. Unter diesen Umständen sah Thompson keine Möglichkeit, die Nordvietnamesen auf diese Weise an den Verhandlungstisch zu zwingen. „Warum sollten sie?", fragte er. „Die Kommunisten werden den Punkt erreichen, an dem Amerika in Südvietnam verloren hat und Asien – in den Augen der Welt – wie ein tollwütiger Hund verläßt." In der Weltmeinung stünde Amerika dann isoliert da, was in den USA zu einem Rückzug in die „Festung-Amerika"-Politik führen werde. „Die Anwendung nackter Gewalt ist nicht erfolgreich", so Thompson, und die Option B sei daher „the bad-loser option".

Blieb Option C: Abzug aus Vietnam und damit Verlust des Landes. Natürlich blieben auch Thompson die schwerwiegenden Konsequenzen nicht verborgen, die sich daraus ergaben. Aber: „Wenn man verloren hat, muß man einige dieser Konsequenzen akzeptieren und versuchen, sie zu mildern und die Dinge nicht noch schlimmer zu machen, was bei Option B der Fall ist." Von daher gab es für ihn nur eine Alternative: Jetzt mit der nationalen Befreiungsfront verhandeln – über einen amerikanischen Rückzug mit Zustimmung Hanois. Für die Befreiungsfront wäre dies in jedem

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fall besser als eine Fortdauer des Kampfes, an dessen Ende das Land schwer zerstört wäre.

Thompson beendete seine Analyse mit einer weitsichtigen Überlegung. Er erwartete, daß Vietnam am Ende vereinigt und kommunistisch sein würde, wies aber darauf hin – „und nur wenige Leute sind sich darüber im klaren" –, daß dieses Land nicht blindlings Peking folgen werde, da es immer eine starke Feindschaft gegenüber China gegeben habe. Außerdem unterschieden sich die Südvietnamesen in vielfacher Hinsicht so sehr von den Nordvietnamesen, daß die Kommunisten eine Zeitlang brauchen würden, um den Süden zu integrieren. „Am Ende aber", so Thompson, „nach 10 bis 15 Jahren, wird das ein Staat sein, der viel mehr Jugoslawien als etwa Ostdeutschland ähnelt, und in dem der Westen alle Chancen der Welt hat, Einfluß auszuüben, kulturell durch die Franzosen und wirtschaftlich durch die Amerikaner." Falls die Amerikaner diese Lektion lernen würden, hätten sie ein besseres Instrumentarium, um mit ähnlichen Problemen in anderen Teilen der Welt umzugehen. Für die Südvietnamesen seien Verhandlungen mit der Befreiungsfront sicher eine bittere Pille (mit Hanoi und den Amerikanern im Hintergrund und China „out"), aber „Option C", so Thompson, „ist die Option für den guten Verlierer"[15]. Für Botschafter Etherington-Smith war dies eine „klare, wenn auch deprimierende" Analyse, der er nur hinzufügte, daß man wohl noch etwas Zeit habe, um eine Entscheidung für oder gegen Verhandlungen zu treffen[16].

Das Foreign Office machte sich Thompsons Rat zu eigen, als es die Taktik festlegte, die es in den Gesprächen mit der Johnson-Administration befolgen wollte. Dabei galt es aber, sehr vorsichtig zu sein. Man wollte nicht, daß die Amerikaner einen aus britischer Sicht „gefährlichen und falschen Weg" einschlugen. Noch weniger aber wollte man das Odium auf sich nehmen, „daß wir sie dazu überredet hätten, die Sache zu beenden", hieß es am 27. November 1964 in einer Anweisung an die britische Botschaft in Washington. Verhandlungen seien allerdings „unvermeidlich"; man müsse sich daher jetzt darauf vorbereiten und nicht durch einen plötzlichen Zusammenbruch Südvietnams dazu gezwungen werden. Dabei ging es den Briten weniger um die Zukunft Südvietnams selbst, sondern darum, wie das Prestige und der Einfluß des Westens in den übrigen Ländern Südostasiens erhalten bleiben konnte. Anders als 1954 (Dien Bien Phu), als Außenminister Anthony Eden John Foster Dulles zunächst britische Unterstützung für ein gemeinsames Vorgehen signalisiert und ihn anschließend öffentlich desavouiert habe, müsse man den Amerikanern jetzt von Anfang an klarmachen, wo Großbritannien stehe, falls Washington sich für eine offensive Politik gegenüber Nordvietnam und China entscheiden sollte[17].

---

[15] Top Secret and Guard. R. G. K. Thompson (Saigon) an E. H. Peck, 25. 11. 1964, in: Ebenda, DV 103145/217.

[16] Top Secret and Guard. G. Etherington-Smith an E. H. Peck, 26. 11. 1964, in: Ebenda, DV 103145/221.

[17] Secret and Guard. E. H. Peck an M. N. F. Stewart (UK-Botschaft, Washington), 27. 11. 1964, mit zwei Memoranden: „Anglo-U. S. Talks on South-East Asia, December 1964. 1. Western Co-operation on Indo-China, 2. Summary of points to be made orally to U. S. officials.", in: Ebenda, DV 103145/215. Interessant ist, wie Edens Rolle hier beschrieben wird. Eden hatte dies 1954 jedenfalls anders gesehen und von einem „Mißverständnis" gesprochen; siehe Anm. 3.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 30. November war der amerikanische Unterstaatssekretär George Ball – begleitet von Botschafter David Bruce – im Foreign Office. Ball hatte als Botschaftssekretär in Paris Anfang der fünfziger Jahre das Elend der französischen Indochinapolitik hautnah miterlebt und war der einzige hochrangige amerikanische Diplomat, der Johnson vor einem weiteren Engagement in Vietnam warnte. Außenminister Walker konnte er jetzt nur mitteilen, daß er „keine wirkliche Lösung" für Vietnam sah. Die USA wollten aber den Druck auf den Feind verstärken; mit einer baldigen Entscheidung für eine großangelegte Aktion gegen Nordvietnam sei aber nicht zu rechnen[18].

Zwei Tage später flog Peck nach Washington, um herauszufinden, was die Amerikaner genau vorhatten. Am 3. Dezember 1964 traf er mit Johnsons Sicherheitsberater, McGeorge Bundy, zusammen, der ihm die Entscheidung Johnsons mitteilte. Dreißig Tage lang sollten demnach Luftangriffe gegen nordvietnamesische Verbindungswege in Laos geflogen werden; bei „dramatischen Aktionen des Vietcong" seien Vergeltungsschläge zwischen dem 17. und 19. Breitengrad – „aber wahrscheinlich nicht weiter nördlich" – vorgesehen.

Peck sicherte britische diplomatische Unterstützung zu, deutete aber an, daß der Punkt erreicht werden könne – „insbesondere, falls es zu irgendwelchen dramatischen Aktionen kommt" –, an dem Großbritannien angesichts wachsenden internationalen Drucks seine Rolle als Co-Vorsitzender der Indochina-Konferenz wahrnehmen müsse, um Verhandlungen einzuleiten. Bundy akzeptierte das und unterstrich noch einmal den eher moderaten Charakter der amerikanischen Entscheidung, die mit Blick auf die prekäre Situation in Saigon und um internationale Rückwirkungen so weit wie möglich zu vermeiden getroffen worden sei.

Peck hatte Schlimmeres erwartet. Er sprach von einer „begrenzten und kontrollierten Offensivaktion" und empfahl Walker, die Amerikaner im Treffen mit Johnson zu unterstützen, zumal Bundy auch zu verstehen gegeben hatte, daß Washington die Reaktion der Kommunisten genau beobachten werde und bereit sei, über Gespräche nachzudenken, falls die Reaktionen entsprechend seien. Solche Gespräche müßten freilich mit Rücksicht auf die Moral in Südvietnam unter „großer Geheimhaltung" geführt werden und könnten auch noch nicht im Rahmen der Genfer Indochina-Konferenz stattfinden[19].

In London berieten Harold Wilson und Patrick Gordon Walker die neue Lage, die nach Pecks Sondierungen anscheinend entstanden war. Wilson meinte dabei, daß die amerikanischen Luftangriffe nur so etwas sein könnten wie eine „Yalu River Operation" (wo während des Koreakrieges im Herbst 1950 amerikanische Flugzeuge den Grenzfluß zu China nicht überfliegen und auch keine Brücken etc. zerstören durften)[20].

---

[18] Secret. G. Walker (FO) an UK-Botschafter Lord Harlech (Washington), 4.12. 1964, in: Ebenda, DV 103145/220.

[19] Immediate. Top Secret. E. H. Peck (Washington) an FO, Tel. Nr. 3986 und 3987, 3.12. 1964, in: PRO, PREM 13/692.

[20] Top Secret. Aufzeichnung T. H. Caulcott über Gespräch Wilson-Walker, 4.12. 1964, in: Ebenda. Zum Krieg in Korea vgl. Rolf Steininger, Entscheidung am 38. Breitengrad. Die USA und der Korea-Krieg, in: Amerikastudien 26 (1981), S. 40–76.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angesichts dieser neuen Lage spielte dann das Thema Vietnam in den Gesprächen zwischen Johnson und Wilson nicht mehr die zentrale Rolle, wie es die Briten ursprünglich vorgehabt hatten. Die vorbereiteten Papiere, in denen angesichts der prekären Verhältnisse in Südvietnam („die gegenwärtige Regierung ist die fünfte innerhalb von zwölf Monaten") mit Nachdruck für den Beginn von Verhandlungen plädiert worden war („die einzige Alternative zu einer amerikanischen Offensive gegen den Norden – wie begrenzt auch immer – sind Verhandlungen"), wurden gar nicht mehr an die Amerikaner weitergereicht. Am 9. Dezember 1964 erläuterte Johnson den Briten die bereits bekannten Schritte, Wilson sicherte diplomatische Unterstützung zu und bat lediglich, über neue Entscheidungen vorab informiert zu werden, was Johnson zusagte. Wie erwartet, drängte Johnson auf eine „begrenzte militärische Präsenz" der Briten in Südvietnam. Wilson verwies demgegenüber auf das militärische Engagement seines Landes in Malaysia, wo 50 000 britische Soldaten die Regierung im Kampf gegen indonesische Guerillas unterstützten. Nach London berichtete er, man habe „keine neuen Verpflichtungen mit Blick auf Südvietnam übernommen"[21].

Wenige Tage später fand der nächste Militärputsch in Saigon statt. Die sog. „Jungtürken" im Offiziercorps unter der Führung von Ky (Luftwaffenchef), Thieu (IV. Corps) und Thi (I. Corps) lösten in der Nacht vom 19. auf den 20. Dezember 1964 den Nationalrat auf und ersetzten ihn durch einen Armeerat mit General Khan an der Spitze. Premierminister Huong ließen sie im Amt, um den Anschein einer zivilen Regierung aufrechtzuerhalten. Der amerikanische Botschafter in Saigon, General Maxwell Taylor, war außer sich, als er davon erfuhr. Er hatte die Offiziere noch am 8. Dezember nachdrücklich vor einer solchen Aktion gewarnt und mit einer Einstellung der amerikanischen Hilfe gedroht. Am 20. Dezember zitierte er die Offiziere zu sich und machte ihnen klar: „We Americans were tired of coups. [. . .] Now you have made a real mess. We cannot carry you forever if you do things like this."[22] Khan gab sich daraufhin kämpferisch und griff Taylor anschließend sogar öffentlich an. Als dieser dem Chef des Armeerats „nahelegte", zurückzutreten und das Land zu verlassen, antwortete Khan, er könne auch Taylor ausweisen.

---

[21] Immediate. Secret. H. Wilson (Washington) an G. Walker (FO), 9. 12. 1969, in: PRO, PREM 13/692, und Bericht im Kabinett am 11. 12. 1964, in: PRO, CAB 128/39. Das Gespräch fand am 9. Dezember statt. In der amerikanischen Aufzeichnung wird der 8. Dezember genannt. Vgl. FRUS, 1964–1968, Bd. I: Vietnam 1964, Washington 1992, S. 985 f. Wie kritisch Wilsons Politik im Unterhaus verfolgt wurde, macht die Tatsache deutlich, daß über die Frage eines britischen Militärengagements gleich an drei Tagen (am 15., 17. und 22. 12.) im Unterhaus gesprochen und Wilson direkt aufgefordert wurde, Stellung zu Presseberichten zu nehmen, in denen von militärischer Unterstützung die Rede gewesen sei. Wilson konnte guten Gewissens antworten, daß solche Zusicherungen nicht gegeben worden seien. Hansard, 15. 12. 1964, und Secret. Aufzeichnung FO, in: PRO, PREM 13/692 f.

[22] Zit. nach Stanley Karnow, Vietnam. A History, New York 1983, S. 383. Weitere Berichte über diese Sitzung bei Maxwell D. Taylor, Swords and Plowshares: A Memoir, New York 1972, S. 330 f., Nguyen Cao Ky, Twenty Years and Twenty Days, New York 1976, S. 53 ff., U. Alexis Johnson, The Right Hand of Power, Englewood Cliffs/NJ 1984, S. 418 f. Die Telegramme der Botschaft an das State Department in: FRUS, 1964–1968, Bd. I, S. 1014–1028.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die US-südvietnamesischen Beziehungen näherten sich in diesem „dark December"[23] einem Tiefpunkt, als der Vietcong Heiligabend eine amerikanische Offiziersunterkunft bombardierte; zwei Amerikaner wurden getötet, 38 verwundet. In Saigon und Washington war jetzt die Rede von Vergeltung, d. h. von Luftangriffen gegen Ziele in Nordvietnam[24].

Dies war kein günstiger Zeitpunkt, um mit den USA über einen Rückzug aus Südvietnam zu sprechen. Harold Wilson hatte solches dennoch im Sinn, als er am 29. Dezember 1964 mit Patrick Gordon Walker konferierte. Der Außenminister war nicht begeistert. Er hielt einen solchen Schritt für verfrüht; außerdem befürchtete er, daß die Amerikaner es den Briten übelnehmen würden, wenn sie jetzt Druck ausübten, nachdem sie drei Wochen zuvor ihre diplomatische Unterstützung zugesagt hatten. Wie auch immer die Entscheidung der US-Regierung ausfalle, es werde für Johnson eine ungeheuer schwierige und innenpolitisch heikle Entscheidung sein – und, so Walker noch am selben Tag zu Wilson, „wir sollten den Amerikanern nicht die Gelegenheit geben, uns zu Sündenböcken zu stempeln". Er hätte es lieber, wenn die US-Regierung die Initiative ergriffe. „Falls sie unsere Hilfe wollen, bin ich sicher, daß sie nicht zögern werden, uns danach zu fragen." Er wollte aber noch die Meinung von Botschafter Lord Harlech in Washington einholen. In dem entsprechenden Telegramm vom selben Tag bezeichnete er es als größtes Risiko der gegenwärtigen Politik Washingtons, daß die Amerikaner eine Entscheidung für Verhandlungen zu lange hinauszögern würden, bis sie sich in eine Lage hineinmanövriert hätten, aus der sie sich zwar zurückziehen wollten, dies aber ohne größeren Prestigeverlust nicht mehr könnten[25].

Lord Harlech antwortete am nächsten Tag (30. Dezember 1964). Von einem Rückzug, hob er hervor, spreche in Washington niemand. Deshalb befürchtete er, daß ein entsprechender Vorschlag Londons das britisch-amerikanische Verhältnis auf Dauer aufs schwerste belasten würde. Die Amerikaner würden dies den Briten äußerst übelnehmen („it would give great and probably lasting offence for us"). Am nächsten Tag erläuterte er die amerikanische Position: Die USA würden noch „sehr lange" in Vietnam bleiben, auch wenn sich die militärische Lage verschlechtern sollte. Die „Falken" würden Johnson in einem solchen Fall erneut drängen, massiver gegen Nordvietnam vorzugehen. An Rückzug denke jedenfalls keiner, und auch von einer Konferenz halte niemand etwas[26].

2. Johnson erteilt Wilson eine Lektion

Damit war das Thema „Vietnamkonferenz" erledigt, bis es Anfang Februar 1965 zu einer dramatischen Entwicklung kam. Im Laufe des Januar verschlechterte sich die innenpolitische Lage in Südvietnam zusehends. Die Buddhisten weigerten sich, an

[23] So Phillip B. Davidson, Vietnam at War. The History: 1946–1975, New York/Oxford 1988, S. 324.

[24] Ebenda.

[25] Secret. Aufzeichnung P. Gordon Walker für H. Wilson, 29. 12. 1964, in: PRO, FO 371/175503/DV 103149/234, u. PREM 13/692, sowie Secret. P. G. Walker an U. K.-Botschaft Washington, 29. 12. 1964, in: PREM 13/692.

[26] Immediate. Secret. Lord Harlech an FO, 30. 12. 1964 u. 1. 1. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der von den Militärs kontrollierten Regierung teilzunehmen, und organisierten statt dessen Demonstrationen, Hungerstreiks und erneut Selbstverbrennungen – dies mit zunehmend antiamerikanischen Untertönen: Taylors Rücktritt wurde gefordert. Ende Januar stürmten 5000 Studenten die Bibliothek des US-Informationsdienstes in Hué. Am 27. Januar wurde Premierminister Huong gestürzt und flüchtete in die britische Botschaft, wo ihm Asyl gewährt wurde. Die Amerikaner befürchteten, daß die neue Regierung in Saigon zu Gesprächen mit Hanoi bereit sein könnte. Der Vietcong vernichtete zwei südvietnamesische Eliteeinheiten, gleichzeitig gab es Berichte, daß erstmals reguläre Einheiten der nordvietnamesischen Armee nach Südvietnam eingedrungen seien. Es sah so aus, als ob ein kommunistischer Großangriff bevorstünde, dem die südvietnamesische Armee nicht standhalten konnte. „Wenn wir jetzt nichts unternehmen", so warnte Taylor, „dann akzeptieren wir eine Niederlage in ziemlich naher Zukunft." Und sein Stellvertreter Johnson machte gegenüber den Briten am 16. Januar klar, daß es jetzt Zeit sei, Nordvietnam („Big Brother in the North") eine Lektion zu erteilen[27].

Die Pläne dafür lagen in der Schublade; man wartete nur noch auf den richtigen Moment. Die Anfang Dezember 1964 von Johnson beschlossenen Luftangriffe gegen Ziele in Nordvietnam waren noch nicht durchgeführt worden, weil es, so Bundy am 1. Januar 1965 zu Botschafter Lord Harlech, „noch nicht die richtige Provokation gegeben hat"[28]. Anfang Februar gab es sie. Bundy befand sich zu dieser Zeit, vom 4. bis 7. Februar, in Vietnam. Als seine Reise angekündigt worden war, wurde dies im Foreign Office mit dem Satz kommentiert: „Die Stunde der Wahrheit rückt näher."[29]

Harold Wilson wollte dabei nicht untätig bleiben. In der Kabinettssitzung am 28. Januar 1965 ging es erneut um eine mögliche britische Friedensinitiative. Die Minister waren sich einig, daß die Zeit dafür zwar noch nicht gekommen sei, aber „informell" sollte bei der US-Regierung vorgefühlt werden, ob Washington Großbritanniens Dienste als Co-Vorsitzender der Indochinakonferenz in Anspruch nehmen wolle[30].

Vier Tage später wurde in Moskau bekanntgegeben, daß der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrates, Alexej Kossygin, am 7. und 8. Februar Hanoi besuchen werde. Im Foreign Office stellte man sich die Frage, ob dies möglicherweise der „Auftakt einer ‚Friedensoffensive'" Nordvietnams sei. Auch der neue britische Außenminister Michael Stewart (Walker hatte bei einer Nachwahl im Januar seinen Unterhaussitz verloren) hielt dies am 5. Februar im Kabinett für möglich[31].

Wilson wollte jetzt nach Washington reisen, um Hilfestellung zu leisten, zumal auch im Foreign Office festgestellt wurde, daß die amerikanische Öffentlichkeit sich mehr und mehr bewußt werde, daß die USA in Vietnam „in einem circulus vi-

[27] Secret. Minutes of Colonel B. Napier (brit. Naval and Military Attaché in Saigon), 16. 1. 1965, in: PRO, FO 371/180558/DV 1051/162. Über die Entwicklung im Januar detailliert FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 1–116.

[28] Immediate. Secret. Lord Harlech an FO, 1. 1. 1965, in: PRO, PREM 13/692.

[29] Aufzeichnung v. 4. 2. 1965 für H. Wilson, in: Ebenda.

[30] PRO, CAB 128/39.

[31] Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ciosus gefangen sind". Gleichzeitig wurde aber davor gewarnt, daß die Amerikaner einen britischen Ratschlag, den Rückzug anzutreten, wohl nicht willkommen heißen würden, da sie schon zu viel an Menschen, Material und Prestige in Vietnam verloren hätten. Man müsse vorsichtig sein, denn, würden die USA in Vietnam scheitern, würden sie nach Schuldigen suchen, und da könnte es leicht geschehen, „daß wir zum Hauptsündenbock gestempelt werden"[32].

Mitten in diese Überlegungen platzte die Nachricht, daß der Vietcong am letzten Tag von Bundys Aufenthalt in Südvietnam – während Kossygin in Hanoi war – schwere Angriffe gegen eine amerikanische Kaserne in Pleiku und Hubschrauberstützpunkte in Tuy Hoa und Soc Trang gestartet hatte; neun US-Soldaten waren getötet, 108 verwundet, fünf Hubschrauber zerstört worden[33]. Präsident Johnson reagierte sofort. Die Operation „Flammender Pfeil" („Flaming Dart") begann noch am selben Tag: Vergeltungsschläge der US-Luftwaffe gegen Ziele in Nordvietnam[34].

Das Unterhaus in London war in Aufruhr. Wilson mußte am 8. Februar 1965 zu den Luftangriffen Stellung nehmen – und konnte nichts sagen. Die Botschaft in Washington wurde angewiesen herauszufinden, ob die amerikanische Regierung jetzt einen Konferenzvorschlag akzeptieren würde und wie sie sich das Ende des Konfliktes vorstelle[35]. Da kam am 10. Februar der nächste Schlag des Vietcong: In Qui Nhon wurden 23 amerikanische Soldaten getötet und mehr als 20 verwundet. Johnson befahl umgehend eine Verstärkung der Luftangriffe: Die Operation „Rolling Thunder" lief an[36].

Am Abend dieses 10. Februar, es war Mittwoch, genau um 23.30 Uhr, besprachen Michael Stewart und Harold Wilson die Lage. Man war sich einig, daß man sich in der ähnlichen Lage befand wie Premierminister Clement Attlee Anfang Dezember 1950 (als man in London den Einsatz von Atombomben in Korea befürchtete und Attlee sofort zu Konsultationen mit Präsident Truman nach Washington geflogen war)[37]. Wilson wollte jetzt ebenfalls sofort nach Washington fliegen, um mit Johnson zu konferieren. Um 1.00 Uhr telefonierte er – einem Ratschlag von Permanent Under Secretary of State, Harold Caccia, folgend – zunächst mit Lord Harlech in Washington. Harlech rief daraufhin Bundy an, der Wilsons Vorhaben spontan ablehnte, aber zusagte, Johnson zu informieren.

Johnsons Reaktion war vollkommen negativ. Bundy sollte Harlech klarmachen („direct insistence"), was der Präsident von einem solchen Besuch hielt, nämlich nichts („untimely and unhelpful"). Harlech sagte dies Wilson, der aber auf seinem Vorhaben bestand. Bundy verwies Harlech dann auf die Möglichkeit, daß Wilson später am Tag mit Johnson am Telefon über die Sache sprechen könne. Wilson ließ

[32] Secret and Guard. Briefing paper betr. „Prime Minister's Visit to Washington, February 9, 1965, Viet-Nam.", 2.2. 1965, in: PRO, FO 371/180539/DV 103145/20.

[33] Vgl. „Despatch No. 12: Visit of Mr. McGeorge Bundy to Vietnam" v. G. Etherington-Smith, 10.2. 1965, in: Ebenda, DV 103145/24.

[34] Zur Entscheidung in Washington vgl. FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 155–172.

[35] Priority. FO an UK-Botschaft Washington, 9.2. 1965, in: PRO, PREM 13/692.

[36] Vgl. FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 214–226.

[37] Vgl. PRO, PREM 13/692.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht locker, er wollte sofort mit Johnson sprechen, da er seinem Kabinett am Mittag etwas sagen müsse. Schließlich konnte Bundy mitteilen, Johnson sei bereit, mit Wilson sofort zu konferieren. Es gab dann noch technische Probleme, so daß die Verbindung erst um 3.15 Uhr hergestellt war.

Das Telefonat wurde in London wörtlich aufgezeichnet und bis auf eine kurze Passage 1996 freigegeben. Es ist eines jener seltenen Dokumente, in dem sich die ganze Überheblichkeit eines amerikanischen Präsidenten wiederfindet. Es läßt sich in einem Satz wiedergeben: Wilson wurde von Johnson wie ein Schuljunge abgekanzelt.

Johnson: „Ich denke, wir sollten nicht zu aufgeregt sein . . ."

Wilson: „Meine Kollegen wollen, daß ich noch heute rüberfliege."

Johnson: „Das wäre ein schwerer Fehler. Ich würde dann wohl jede Woche zu Ihnen rüberfliegen und Ihnen über die Schulter schauen und Ratschläge erteilen. Ich würde mich nicht aufregen. Bleiben Sie ruhig."

Wilson: „Ich würde vorschlagen, ich komme statt am Donnerstag oder Freitag am . . ."

Johnson: „Ich meine, Herr Premierminister, ein Besuch wegen dieser Sache würde völlig falsch verstanden, und ich glaube auch nicht, daß irgend etwas dabei herauskäme. Wenn jeder bei jeder kritischen Sache über den Atlantik fliegt, dann bin ich nächste Woche bei Ihnen, wenn Sukarno irgend etwas unternimmt, um Ihnen Ratschläge zu erteilen."

Wilson: „Ich will nur mit Ihnen reden."

Johnson: „Es gibt Telefon. [. . .]
Ich habe schon so manche Krise gemeistert. Persönliche Treffen würden die Dinge nur dramatisieren und schlimmer machen. [. . .]
Ich werde Ihnen nicht sagen, wie Sie die Sache Malaysia regeln und Sie sagen mir nicht, was ich in Vietnam machen soll. [. . .]"

Wilson: „Was soll ich im Unterhaus sagen?"

Johnson: „Sie sind es gewesen, der angerufen hat."

Wilson: „Ich muß etwas sagen können."

Johnson: „Sie brauchen ja nicht zu sagen, daß das Gespräch mitten in der Nacht stattgefunden hat."

Wilson: „Ernsthaft. Wie sieht es mit einer Konferenz aus?"

Johnson: „Wenn die [Kommunisten] mitten in der Nacht angreifen und meine Männer töten, dann gibt es eine prompte, angemessene und entsprechende Antwort. Das würde ich auch von Ihnen erwarten, und da würde ich Sie dann hundertprozentig unterstützen."[38]

[38] „Secret. Note for the Record, South Vietnam", 11.2. 1965, und „Top Secret. Record of a Telephone Conversation between the Prime Minister and President Johnson on Thursday, February 11 at 3.15 a.m.", in: Ebenda. Eine Aufzeichnung Bundys vom 15.2. 1965 in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 229–232. Noch Wochen später sprach Bundy gegenüber Johnson von jenem „outrageous phone call", mit dem sich Wilson selbst schwer geschadet habe (Memo Bundy an Johnson 22.3. 1965, ebenda, S. 468) und von jenem „ill-advised plan" für einen „fancy trip" Wilsons, ebenda, S. 717.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am Nachmittag informierte Wilson das Kabinett über dieses Telefonat. Die Mitteilung war allerdings nur kurz: Die Zeit sei noch nicht gekommen, daß die US-Regierung die guten Dienste der britischen Regierung als Co-Vorsitzenden der Indochina-Konferenz in Anspruch nehmen wolle[39]. Am 16. Februar war Botschafter David Bruce bei Wilson und teilte ihm mit, daß seine Regierung nun so schnell wie möglich eine Konferenz anberaumt haben wolle[40]. Am nächsten Tag wurde Bruce wieder vorstellig; er habe neue Instruktionen erhalten: Die USA würden ihre Luftangriffe und ihre Angriffe von See aus gegen Nordvietnam „wann immer und wo immer fortsetzen". Wilson konnte nur resigniert feststellen, daß dies eine weitere militärische Eskalation sei, „ohne Vorschlag für eine politische Lösung; eine Pille ohne Zuckerguß"[41].

Von nun an war die britische Position klar: Die Briten wollten die Amerikaner zwar in der Öffentlichkeit unterstützen, „im privaten Kreis aber versuchen, mit ihnen über das Problem realistisch zu reden"[42]. Eine solche Politik barg allerdings die Gefahr in sich, daß man Russen und Chinesen, wie Lord Walston vom Foreign Office es formulierte, geradezu einlud, die britische Regierung als „willenlosen Lakaien der Amerikaner" zu bezeichnen, die ohne Zustimmung ihres „dollar masters" nicht handeln könne[43].

3. Eine Initiative in Moskau

Großbritannien führte zusammen mit der Sowjetunion den Vorsitz der Indochinakonferenz von 1954. Lag darin vielleicht eine Chance, zu Verhandlungen zu kommen? Konnte man die Sowjets zu einer gemeinsamen Initiative bewegen? Ein Vertreter des sowjetischen Außenministeriums, Sergei G. Lapin, wies gegenüber Botschafter Sir H. Trevelyan am 16. Februar 1965 auf die gemeinsame Verantwortung der bei-

---

In seinen Erinnerungen berichtet Wilson nur kurz von diesem Gespräch; vgl. Harold Wilson, The Labour Government, 1964–1970, London 1971, S. 79f.

[39] Sitzung am 11.2. 1965, in: PRO, CAB 128/39.

[40] „Top Secret. Record of a Conversation between the Prime Minister and the United States Ambassador, Mr. David Bruce, at No. 10 Downing Street at 10.00 a.m. on Tuesday, February 16, 1965", in: PRO, PREM 13/692.

[41] „Top Secret. Record of a Conversation between the Prime Minister and the United States Ambassador, Mr. David Bruce, at No. 10 Downing Street at 10.30 a.m. on Wednesday, February 17", in: Ebenda, u. „Emergency. Top Secret". FO an UK-Botschaft Washington, 17.2. 1965, in: PRO, FO 371/180539/DV 103145/36. Fast zur gleichen Stunde fand im Weißen Haus eine Sitzung statt, in der der ehemalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower (im Protokoll „General Eisenhower") Ratschläge für die weitere Kriegführung gab. Er sprach sich dezidiert gegen Verhandlungen aus einer Position der Schwäche aus und erwähnte in dem Zusammenhang Harold Wilson, der mit diesen Dingen keine Erfahrung habe: „We, however, have learned that Munichs win nothing; therefore, his answer to the British would be ‚Not now boys'." In: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 302.

[42] „Secret. Seeking a Solution in Viet-Nam." Memorandum J. E. Cable mit zustimmender Begleitnote von E. H. Peck und Anmerkung H. Caccias: „I agree with this conclusion." In: PRO, FO 371/180580/DV 1075/17.

[43] Secret. Aufzeichnung für M. Stewart, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Länder hin[44]. Michael Stewart griff diese Meldung sofort auf und informierte umgehend das Kabinett, warnte allerdings gleichzeitig, daß man erst wissen müsse, unter welchen Bedingungen die USA zu Verhandlungen bereit seien, bevor man eine entsprechende Initiative ergreifen könne[45].

Instruktionen für eine solche Initiative waren bereits nach Washington gegangen, als Lord Harlech Außenminister Rusk über das Gespräch in Moskau informierte und dann genau diese Fragen stellte. Rusk reagierte ausweichend: Würden die USA öffentlich ihre Bedingungen nennen, würde man an Bewegungsfreiheit einbüßen; wahrscheinlich würde es sogar möglichen Gesprächen schaden[46]. Wenige Stunden später rief Rusk Lord Harlech an und verwies ihn auf eine Rede von Johnson vom selben Nachmittag und insbesondere auf eine Ergänzung, die Johnson gemacht und die er bei seinem ersten Meinungsaustausch mit Lord Harlech nicht gekannt hatte[47]. Demnach verteidigten die USA in Vietnam die Freiheit eines tapferen Volkes, wollten das Land aber weder beherrschen noch erobern, und an eine Ausweitung des Krieges sei nicht gedacht[48].

Was Rusk gesagt hatte, war für Michael Stewart dann doch „enttäuschend", wie H. Caccia Botschafter Bruce mitteilte, und auch Johnsons Stellungnahme eher unbefriedigend. Die Worte des Präsidenten bezweifle kein ernsthafter Beobachter, „aber notwendig ist irgendein Hinweis der Amerikaner, daß sie auch noch etwas anderes tun, als mit militärischer Gewalt zu reagieren. Kurz: unter welchen Umständen sie bereit sind zu verhandeln."[49] Lord Harlech sprach noch am selben Abend mit Rusk, der jetzt betonte, daß für die USA „die Zeit noch nicht reif sei" für Verhandlungen. Mit Blick auf die Sowjets hielt er es allerdings für nützlich, sie dazu zu bewegen, ihre Funktion als Co-Vorsitzende der Indochinakonferenz wahrzunehmen und interessierte Regierungen um ihre Meinung zu befragen[50].

Michael Stewart war für diese Antwort „äußerst dankbar". Er telegraphierte den für Moskau bestimmten Text einer Note an Washington und bat um Rusks Zustimmung[51]. Rusk schlug eine kleine Änderung vor – statt „Vietnam" wollte er „das im Indochina-Abkommen von 1954 betroffene Gebiet" –, die Stewart sofort akzeptierte. Noch am selben Tag erhielt Trevelyan in Moskau Anweisung, die entsprechende Note im sowjetischen Außenministerium zu überreichen. Darin hieß es, die zwei Vorsitzenden der Indochina-Konferenz seien über die gefährliche Lage in Vietnam

---

[44] Immediate. H. Trevelyan (Moskau) an FO, Tel. Nr. 325, 16.2. 1965, in: PRO, PREM 13/692.

[45] Sitzung am 18.2. 1965, in: PRO, CAB 128/39.

[46] Immediate. Secret. Lord Harlech an FO, 18.2. 1965, in: PRO, PREM 13/692. Das amerikanische Protokoll in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 313 ff.

[47] Priority. Lord Harlech an FO, 17.2. 1965, in: PRO, PREM 13/692.

[48] Ebenda.

[49] Emergency. Top Secret. Personal M. Stewart an UK-Botschaft Washington, 18.2. 1965, in: Ebenda.

[50] Immediate. Secret. Lord Harlech an FO, 18.2. 1965, in: PRO, FO 371/180580/DV 1075/16. Zu den amerikanischen Überlegungen vgl. FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 316–320.

[51] Emergency. M. G. Stewart an Lord Harlech, 19.2. 1965, in: PRO, FO 371/180580/DV 1075/16.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

äußerst besorgt und bäten die Teilnehmerstaaten der Genfer Konferenz und der Internationalen Kontroll- und Überwachungskommission um Vorschläge, wie eine friedliche Lösung des Konfliktes erreicht werden könne. Von einer Konferenz war noch keine Rede, worauf Lapin im sowjetischen Außenministerium denn auch sofort hinwies. Mit Nachdruck machte er immer wieder klar, daß von dieser Initiative nichts an die Öffentlichkeit dringen dürfe. Würde London eine Verlautbarung herausgeben, werde Moskau gezwungen, das Gleiche zu tun. Trevelyan empfahl London daraufhin höchste Geheimhaltung („complete blackout"); sollte diese nicht gewahrt werden, „ist unsere Initiative sofort tot und jede Chance vertan, mit den Sowjets irgend etwas bezüglich Vietnam zu erreichen"[52].

Auch das State Department sollte entsprechend informiert werden. Trevelyan war geradezu entsetzt, als ihm sein amerikanischer Kollege am selben Tag mitteilte, daß erneut ein nordvietnamesisches Schiff mit Waffen an Bord in südvietnamesischem Gewässer aufgebracht worden sei und dieser Zwischenfall nach Meinung Washingtons einen weiteren Vergeltungsschlag der amerikanischen Luftwaffe rechtfertige. Beide waren sich einig, daß ein solcher Angriff in diesem Moment weitreichende Folgen haben würde, vor allem für die Einschätzung der amerikanischen Haltung durch die Sowjets und damit für deren eigene Politik. Dies werde einer möglichen sowjetischen Kooperationsbereitschaft ein Ende setzen und von den Sowjets als Beweis dafür angesehen werden, daß die USA gar nicht an einer friedlichen Lösung interessiert seien[53].

In einem persönlichen Telegramm, das am 21. Februar um 1.40 Uhr abgeschickt wurde, wies Stewart Lord Harlech an, alles zu tun, um die Amerikaner von dem geplanten Vergeltungsschlag abzuhalten[54]. Nach zwei Stunden konnte der britische Botschafter mitteilen, daß Rusk am Telefon eine Verschiebung angedeutet hatte. Etwas später war Lord Harlech im State Department. Rusk bestätigte, was er am Telefon gesagt hatte[55]; der Angriff werde allerdings nur um einen oder zwei Tage verschoben. Sollte der Präsident anders entscheiden, würden die Briten vorher informiert. Lord Harlech wies fast verzweifelt darauf hin, daß ein solcher Luftangriff „verhängnisvoll" für die britische Initiative in Moskau sein würde. Rusk hörte sich das an und stellte dann klar, daß man von den USA nicht etwas erwarten könne, was „in Wirklichkeit auf eine einseitige Feuerpause hinausläuft"[56].

Die Briten mußten diesen Standpunkt akzeptieren, und so wurde Lord Trevelyan angewiesen, bei den Sowjets auf eine schnelle Antwort zu drängen; das sei „essential". Man könne von der US-Regierung nicht erwarten, daß sie Aktionen zurückstelle,

---

52 Emergency. Secret. Sir H. Trevelyan an FO, Tel. Nr. 359 u. 360, 20.2. 1965, in: Ebenda.

53 Emergency. Top Secret. Personal. Sir H. Trevelyan an FO, 20.2. 1965, in: Ebenda.

54 Emergency. Top Secret. M. Stewart an Lord Harlech, 21.2. 1965, in: Ebenda.

55 Emergency. Top Secret. Personal. Lord Harlech an M. Stewart, 3.39 Uhr, 21.2. 1965, in: Ebenda.

56 Immediate. Top Secret. Personal. Lord Harlech an M. Stewart, 21.2. 1965, in: Ebenda. Kopie an Sir H. Trevelyan. Das amerikanische Protokoll dieser Sitzung in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 343 ff.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

während der Vietcong freie Hand habe[57]. Am 22. Februar 1965 sprach Trevelyan mit Lapin und teilte ihm mit, daß Stewart zwei Tage später im Unterhaus einige Andeutungen über die britische Initiative machen wolle; Lapin reagierte gelassen und meinte nur, die Position seiner Regierung dazu habe er schon am 20. klargemacht[58]. Wieder zwei Tage später informierte Ball Lord Harlech darüber, daß der Vergeltungsschlag gegen Ziele zwischen dem 17. und 18. Breitengrad nunmehr am 25. Februar durchgeführt werde. Als Lord Harlech die britischen Bedenken wiederholte, erwiderte Ball, man hoffe, daß bis dahin die sowjetische Antwort vorliege; falls die Note länger auf sich warten lasse, würde man eine einseitige Feuerpause für diese Zeit nicht akzeptieren[59].

Die Antwort ließ tatsächlich auf sich warten. „Die Russen brauchen Zeit, um Hanoi und Peking zu konsultieren", lautete die Analyse im Foreign Office. Unter diesen Umständen sah sich M. Stewart nicht länger in der Lage, bei den Amerikanern weiter auf eine Verschiebung des Vergeltungsschlages zu drängen; aus optischen Gründen sollte es jedoch eine gezielte Gegenaktion auf eine Provokation des Vietcong sein[60]. Dem Kabinett teilte er am 25. Februar mit, daß die sowjetische Regierung noch nicht geantwortet habe; sollte diese Antwort nicht bald kommen, werde man möglicherweise die Öffentlichkeit über die Initiative informieren müssen[61]. Am selben Tag wurde Botschafter Trevelyan vom stellvertretenden Außenminister Kuznetsow nur mitgeteilt, daß man die Sache „äußerst genau" prüfe, aber noch keinen Termin für eine Antwort geben könne[62].

Wegen schlechten Wetters wurde der amerikanische Luftangriff zunächst auf den 27. und dann auf den 28. Februar verschoben. Er fand aber auch an diesem Tag nicht statt, sondern wurde für den 3. März festgelegt, „nicht nur wegen des Wetters", wie Rusk gegenüber Lord Harlech am 28. ohne weitere Erläuterung meinte, sondern auch wegen der am 1. März in Moskau beginnenden Konferenz der kommunistischen Parteien[63]. Möglicherweise gab es aber noch einen Grund: Am 27. Februar hielt Kossygin nach seiner Rückkehr aus Hanoi und Pyong Yang eine vielbeachtete Fernsehansprache. Er teilte den Sowjetbürgern erstmals mit, daß in Vietnam „ein echter Krieg" im Gange sei, ein Krieg „ausländischer Interventionisten" gegen das vietnamesische Volk. Er sprach von „amerikanischen militaristischen Kreisen", vermied allerdings sorgfältig, wie Trevelyan notierte, die amerikanische Regierung zu erwähnen. Er drohte ihr auch nicht, sondern kündigte nur „notwendige Hilfe" für Nordvietnam an und prophezeite, daß die amerikanische Politik zu einem „totalen Fehlschlag" führen werde. Er sprach sich auch nicht für eine Konferenz aus, sondern forderte die strikte Einhaltung der Genfer Vereinbarungen von 1954.

---

[57] Emergency. Secret. FO an Sir H. Trevelyan, 22.2. 1965, in: PRO, PREM 13/692.
[58] Emergency. Confidential. Sir H. Trevelyan an FO, 22.2. 1965, in: Ebenda.
[59] Emergency. Top Secret. Lord Harlech an FO, 24.2. 1965, in: Ebenda.
[60] Emergency. Top Secret. M. Stewart an UK-Botschaft Washington, 25.2. 1965, in: Ebenda.
[61] Sitzung am 25.2. 1965, in: PRO, CAB 128/39.
[62] Immediate. Secret. Sir H. Trevelyan an FO, 25.2. 1965, in: PRO, PREM 13/692.
[63] Immediate. Top Secret. Lord Harlech an FO, Tel. 473, 26.2. 1965 u. Tel. Nr. 486, 28.2. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Die Nordvietnamesen", so Trevelyan in einer Analyse dieser Rede, „wollen offensichtlich keine Konferenz. Sie fürchten wohl, daß sie dann weniger als den totalen Sieg bekommen, den sie fast schon in Reichweite sehen. Mit drei Viertel des Gebietes in Südvietnam und zwei Drittel der Bevölkerung dort ‚befreit' bleibt nur noch, die Amerikaner wegzubekommen – ohne größere Eskalation." Die Sowjets „gehen offensichtlich davon aus, daß die Lage für die Amerikaner in Vietnam erst noch schlechter werden muß, bevor sie erkennen, daß ein Rückzug unvermeidlich ist". Das damit verbundene Risiko würden sie wohl akzeptieren; die zu erwartende Verschlechterung des sowjetisch-amerikanischen Verhältnisses halte man in Moskau für erträglich und für vorübergehend. In der Zwischenzeit würde man die Weltmeinung gegen die Politik der US-Regierung mobilisieren. Auf diese Weise würde die KPdSU im chinesisch-sowjetischen Konflikt „die Nase vorn haben"[64].

Nach Ansicht von Michael Stewart lag Trevelyan mit dieser Analyse genau richtig („bang on"), wie er es in einem Memorandum für Wilson formulierte. Für die USA gab es in Vietnam nichts zu gewinnen. Stewart wies auf eine CIA-Lagebesprechung in London hin, an der er teilgenommen hatte und in der die nordvietnamesische Verwicklung in Südvietnam aufgezeigt worden war. Das Ergebnis der Besprechung entsprach wohl nicht den Erwartungen der CIA-Leute, denn, so Stewart, „es wurde ziemlich überzeugend demonstriert, daß sich die Amerikaner in Südvietnam in einer hoffnungslosen Lage befinden". Für Stewart war klar: „Tatsache ist, daß die Amerikaner nicht gewinnen können, aber auch keinen Weg sehen, da rauszukommen, ohne ihr Ansehen in der Welt und die Stellung des Präsidenten zu Hause zu beschädigen." Sie bewegten sich zwar langsam in die richtige Richtung, „aber noch sind sie nicht so weit".

Die beste Taktik für die Briten war nach Meinung Stewarts, sich auf das State Departement zu konzentrieren, wo man über Wege aus dem Dilemma diskutieren könne, ohne daß das Weiße Haus gleich eingestehen müsse, daß es ein Dilemma gebe und daß man darüber rede. Man wolle nicht drängen, da es nicht im britischen Interesse läge, wenn Johnson innenpolitisch geschwächt werde, weil er außenpolitisch eine Niederlage erlitten habe; er werde dann zu keiner vernünftigen Außenpolitik mehr bereit sein, „und er hat immerhin noch fast acht Jahre vor sich". Wilson stimmte dieser Aussage voll zu: „Yes, I very much agree", notierte er am Rand[65].

Inzwischen kamen aus Paris Nachrichten, daß der sowjetische Botschafter Winogradow Präsident de Gaulle aufgesucht und ein Memorandum hinterlassen hatte, in dem ein gemeinsames sowjetisch-französisches Vorgehen in der Vietnamfrage vorgeschlagen wurde. Auf die Frage von Außenminister Couve de Murville, ob das Memorandum von Hanoi und Peking mitgetragen werde, hatte Winogradow ausweichend geantwortet. „Wenn Gespräche", so Couve de Murville, dann „ohne Vorbedingungen". „Es sieht so aus", so berichtete der britische Botschafter in Paris Sir

[64] Sir H. Trevelyan an FO, Tel. Nr. 418, 27.2. 1965, u. Tel. Nr. 426, 28.2. 1965, in: PRO, FO 371/180581/DV 1075/38, u. PREM 13/693.

[65] Vietnam. Aufzeichnung M. Stewart für „Prime Minister", 1.3. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

P. Reilly nach London, „als ob die Franzosen unseren Vorschlag übernommen haben". Möglicherweise sehe de Gaulle eine Gelegenheit, sich wieder ins Spiel zu bringen, „besonders jetzt, da die Amerikaner der Tatsache ins Auge sehen müssen – was de Gaulle schon vor 18 Monaten gesagt hat –, daß sie keinen militärischen Sieg erringen können"[66].

Die Amerikaner sahen das offensichtlich anders. Am 2. März 1965 begann die Operation „Rolling Thunder" – massive Luftangriffe gegen Nordvietnam. 104 Flugzeuge griffen den Ort Xom Bang, 19 Maschinen den Ort Quang Khé an: „Exzessive Anwendung von Gewalt – aber wenn die Militärs erst einmal bomben dürfen, übertreiben sie es leicht", wie selbst ein amerikanischer Diplomat gegenüber E. H. Peck eingestand[67]. In Washington war man der Meinung, daß man – wann immer man wollte – mit Verhandlungen beginnen könne, dafür aber zur Zeit keine Notwendigkeit bestünde. Lediglich die Briten drängten auf Verhandlungen. Und hier war es die Taktik von Dean Rusk, ihnen gerade so weit entgegenzukommen, daß sie an der Seite der USA blieben („keep the British just happy enough to hold them aboard")[68].

Am 8. März folgte der nächste entscheidende Schritt der Amerikaner: Erstmals seit dem Koreakrieg betraten amerikanische Kampftruppen wieder asiatischen Boden. In DaNang gingen zwei Bataillone Marines, 3500 Mann, in voller Kampfausrüstung mit Panzern, Granatwerfen und wehenden Fahnen an Land, wo sie von hübschen Vietnamesinnen mit Blumen empfangen wurden. Was so schön aussah, war in Wirklichkeit der Anfang der Katastrophe. Hanoi sprach von einer „offenen Kriegserklärung"[69]. Wilson sah es fast ähnlich: „Dies heißt eine neue Qualität des amerikanischen Engagements und steht in keinem Verhältnis zu den Provokationen Nordvietnams", notierte er am 11. März. Man habe den USA im Dezember 1964 zwar bedingungslose diplomatische Unterstützung zugesagt, aber nicht für diese Art von Krieg[70]. Eine Politik, die auf die „totale Kapitulation der Kommunisten" abziele, so das Foreign Office, werde man nicht unterstützen; man wolle Verhandlungen[71].

Im Unterhaus kündigte sich eine Rebellion an. In sechs Anfragen wurde die Regierung aufgefordert, am 9. und 10. März Stellung zu nehmen. Um diesen Angriff abzuwehren, wollte Wilson jetzt die britische Initiative in Moskau bekanntgeben. Unmittelbar vor der Debatte traf ein persönliches Telegramm von Dean Rusk ein. Er bat dringend darum, auf keinen Fall eine Verbindung zwischen den Initiativen in London und Paris herzustellen, damit nicht der Eindruck entstehe, als ob die beiden Re-

[66] Sir P. Reilly (Paris) an FO, 2.3., 3.3., 4.3., 5.3. 1965; Sir H. Trevelyan an FO, 2.3. 1965; FO an UK-Botschaft Paris, 5.3. 1965, in: Ebenda.

[67] „Top Secret. Viet-Nam." Aufzeichnung E. H. Peck, 4.3. 1965, in: PRO, FO 371/180539/DV 103145/37.

[68] Bundy in einem Memorandum an Johnson, 6.3. 1965, in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 404.

[69] „Confidential. Cabinet, Thursday, 11 March 1965, Vietnam". Aufzeichnung South East Asia Department, 10.3. 1965, in: PRO, FO 371/180557/DV 1051/57.

[70] Secret. Aufzeichnung J. O. Wright, 11.3. 1965, in: PRO, PREM 13/693.

[71] „Confidential. Talking Points on Viet-Nam". Aufzeichnung FO v. 14.3. 1965, in: PRO, FO 371/180557/DV 1051/57.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gierungen gemeinsam mit den Russen eine Lösung des Konfliktes suchten – nach dem Motto „Rette sich wer kann". Nordvietnam sei der Aggressor, die USA würden nur helfen, diese Aggression zurückzuweisen. Wenn Michael Stewart ein innenpolitisches Problem habe, „dann sage ich ihm, wir haben auch eines, nur, unseres reicht bis nach Südostasien". Wilson solle dann lieber nicht den – geplanten – Besuch Stewarts in Washington ankündigen; das sähe dann nämlich so aus, als ob „irgend etwas Vages und Alarmierendes" geschehe. Die Verbündeten im Pazifik und die Kommunisten in Hanoi und Peking würden das so interpretieren, „als ob wir davonlaufen würden"[72].

Am 11. März lag in London immer noch keine Antwort Moskaus vor. Im Foreign Office ging man nun davon aus, daß die Sowjets Hanoi und Peking konsultiert und eine negative Antwort erhalten hatten und nicht wußten, was sie tun sollten. Von daher erwartete man auch nicht mehr viel von dem für den 16. bis 18. März angesagten Besuch Gromykos in London[73]. Am 12. März warnte Wilson Botschafter Bruce vor den Konsequenzen der neuen amerikanischen Politik. Es bestehe die „große Gefahr", daß die USA ihre „moralische Autorität" sehr schnell verlieren und „moralisch isoliert" würden. Wenn die Dinge so weiterliefen, könne dies zur „größten Krise" zwischen den USA und Großbritannien seit Suez führen[74].

Am 15. März, einen Tag vor der Abreise Gromykos nach London, übergaben die Sowjets ihre Antwort. „Es ist etwas ganz anderes, als was wir uns vorgestellt hatten", kommentierte der stellvertretende britische Botschafter die Note. Die Sowjets forderten das Ende der „amerikanischen Aggression", den Rückzug der USA aus Vietnam und die strikte Einhaltung des Genfer Indochina-Abkommens. Angesichts dieser Position schien der Besuch Gromykos sinnlos zu sein[75].

Lord Harlech zeigte William Bundy die Telegramme aus Moskau. Bundy hielt sie zwar auch nicht für „besonders vielversprechend", er glaubte aber immerhin, daß Gromyko bei seinem Besuch in London doch noch etwas mehr zu sagen habe[76], was freilich nicht der Fall war. Seine Haltung im Gespräch mit Stewart am 16. März war „völlig negativ". Auf die wiederholte Frage Stewarts, ob die sowjetische Antwort impliziere, daß die sowjetische Regierung „unter gar keinen Umständen" eine Konferenz wolle, antwortete Gromyko nicht. Mehr war nicht aus ihm herauszuholen. Stewart beließ es dabei: „Hauptsache, wir lassen den Kontakt mit Moskau nicht abreißen", notierte er für Wilson[77]. Im Kabinett betonte er, daß die sowjetische Regierung offen-

---

[72] Emergency. Secret. FO an UK-Botschaft Washington, 9.3. 1965, in: Ebenda. Über die Debatte im Unterhaus vgl. Hansard, 1965, S. 236–241. Für Wilsons Stellungnahme war Rusk „öffentlich dankbar". Lord Harlech an FO, 9.3. 1965, in: PRO, PREM 13/693.

[73] Vgl. Anm. 59 und Confidential. Sir H. Trevelyan an FO, 11.3. 1965, in: PRO, PREM 11/693.

[74] „Top Secret. Record of a Conversation between the Prime Minister and the United States Ambassador, Mr. David Bruce, at 12.15 p.m. at 10 Downing Street, on Friday, March 12, 1965", in: Ebenda.

[75] Emergency. Secret. Brimelow (Moskau) an FO, Tel. No. 549, 550, 551, sämtlich 15.3. 1965, in: Ebenda.

[76] Priority. Secret. Lord Harlech an FO, 17.3. 1965, in: Ebenda.

[77] Immediate. FO an UK-Botschaft Washington, 16.3. 1965. „Confidential. Record of a Conversation between the Foreign Secretary and Mr. Gromyko, the Soviet Foreign Minister, at the Foreign

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtlich unter „starkem Druck" aus Peking und Hanoi stehe. Er wolle aber trotzdem versuchen, in Washington weiter nach einem Ausweg zu suchen. Das Kabinett war sich einig, daß es keinen „einfachen und klaren" Weg gebe, solange beide Seiten darauf bestünden, daß die jeweils andere Seite als erste die Aggression beenden müsse[78].

4. Außenminister Stewart in Washington und New York (21.–24.3. 1965)

In den Strategiepapieren für die Reise Stewarts wurde es am 19. März als entscheidend bezeichnet, in Washington eine Antwort auf die „grundlegende" Frage zu erhalten, ob die USA Nordvietnam „zu Verhandlungen oder zur Kapitulation" zwingen wollten[79]. Die gleiche Frage hatte H. Caccia bereits einen Tag zuvor dem amerikanischen Botschafter in London gestellt. Bruce, der am nächsten Tag zur Berichterstattung nach Washington flog, hatte keine Antwort geben können, aber empfohlen, diese Dinge ohne irgendwelche Zurückhaltung („extremely plainly") bei Rusk und Johnson anzusprechen. Der Präsident nehme eine offene Sprache nicht übel; sie müsse „so offen sein, daß auch ein Texaner versteht, daß es wirklich um grundlegende Dinge geht"[80].

Stewart befand sich schon auf dem Flug nach Washington, als in London drei Meldungen einliefen, die zu einer scharfen Reaktion Wilsons und fast zu einem Aufstand im Unterhaus führten:

1. Bei einem Angriff der US-Luftwaffe in Nordvietnam war eine Schule getroffen worden; 45 Kinder waren dabei ums Leben gekommen.

2. US-Botschafter Taylor, dem sein britischer Kollege einmal fehlendes „Fingerspitzengefühl"[81] attestiert hatte, hatte in Saigon erklärt, für die Ausweitung des Krieges gebe es „keinerlei Beschränkungen"; die USA würden möglicherweise sogar Bodentruppen einsetzen.

3. Neben Napalm hatten die Amerikaner erstmals Gas in Nordvietnam eingesetzt, wobei allerdings unklar war, um welche Art von Gas es sich gehandelt hatte. (Es war eine Art von Tränengas, wie sich später herausstellte.)

Am Nachmittag des 23. März wurde dies alles im Unterhaus in bitteren Worten angesprochen und die Regierung aufgefordert, die bedingungslose Unterstützung der USA aufzukündigen, und Wilson konnte nicht mehr tun, als auf die unmittelbar bevorstehenden Gespräche Stewarts in Washington zu verweisen[82]. Eine Gruppe von Abgeordneten, unter ihnen Michael Foot und Philip Noel-Baker, hatten Stewart

Office at 3 p.m. on 16 March, 1965" und am 18.3. 1965, 5 p.m. sowie Aufzeichnung Stewart „Gromyko Meeting" für H. Wilson, 19.3. 1965, in: Ebenda.

[78] Sitzung am 18.3. 1965, in: PRO, CAB 128/39.

[79] „Secret. Secretary of State's Visit to Washington and New York, 21–24 March. Viet-Nam." FO-Memorandum, Brief No. 12, 19.3. 1965, in: PRO, FO 371/180584/DV 1075/105.

[80] Confidential. Aufzeichnung H. Caccia, 18.3. 1965. Stewart notierte: „Yes, indeed." In: PRO, FO 371/180540/DV 103145/70.

[81] So im Original in einer Aufzeichnung von Etherington-Smith am 24.12. 1964, in: PRO, PREM 13/692.

[82] Hansard 1965, S. 324–328.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am Tage zuvor noch eine Resolution hinterhergeschickt, in der sie den Einsatz von Napalm und Gas und die Äußerungen Taylors verurteilten und die Regierung aufforderten, sich von diesen Aktionen und Ansichten zu distanzieren, um so in dem Konflikt besser vermitteln zu können. In einem Begleitschreiben an Wilson bezeichneten sie die gegenwärtige Situation als „abscheulich" („appalling"); die Ideen und Ideale der Labour Party stünden auf dem Spiel; eine Fortsetzung der britischen Politik könne langfristig katastrophale Folgen für die Partei und kurzfristig für die Regierung haben. Die Abgeordneten appellierten an Wilson, die Dinge endlich offen auszusprechen („speak out"). „Wir sind sicher, daß Du das, was wir in unserem Telegramm verurteilen, nicht billigen kannst."[83]

Eine Stunde vor Beginn der Gespräche zwischen Stewart und Rusk – und eine Stunde vor Beginn der Unterhausdebatte – hatte Wilson zwei „Emergency"-Telegramme an Stewart geschickt, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Angesichts der drei erwähnten Meldungen werde es für ihn immer schwerer, Anschuldigungen zurückzuweisen, daß seine Regierung lediglich „the tail-end Charlie in an American bomber" sei. Mit dem Einsatz von Gas habe man den Kommunisten ein Propagandainstrument auf einem silbernen Tablett serviert, wie es „The Times" und „The Mail" formuliert hätten. Er, Stewart, könne diese Telegramme ruhig Rusk zeigen. Sollte Johnson auf die Idee kommen, amerikanische Unterstützung für das britische Pfund von britischer Unterstützung der amerikanischen Vietnampolitik abhängig zu machen, dann sei dies „höchst unglücklich" und werde grundlegende Auswirkungen auf das britisch-amerikanische Verhältnis haben[84].

Stewart war kampfbereit – und erhielt von seinem amerikanischen Kollegen eine unglaubliche Abfuhr. Rusk ahnte, was auf ihn zukommen würde, wollte ablenken und begann das Gespräch mit dem Satz, „jetzt nützliche diplomatische Schritte zu überlegen". Stewart unterbrach ihn sofort und sprach den Einsatz von „Giftgas" an. Rusks Antwort war wenig zufriedenstellend: Er könne nur das sagen, was seine Regierung wisse, nämlich nichts; für den Einsatz von chemischen Waffen habe es seines Wissens keine Genehmigung gegeben. Als Stewart darauf hinwies, daß Napalm und Gas zu „unangemessenem" Leid führen würden und nur von begrenztem militärischem Wert seien, machte Rusk unmißverständlich klar: „Ich muß mit Nachdruck den militärischen Wert von Napalmbomben betonen. Sie sind bei Angriffen auf Luftabwehranlagen eingesetzt worden. Die Briten haben sie ja auch eingesetzt." Und weiter: „Der Vietnamkrieg ist kein Sonntagsspaziergang. Es ist eine harte Sache. [„This Viet-Namese war was not a Sunday-school party. It was a rough business."] Ich verstehe die Gefühle jener Menschen, die unter den Auswirkungen von Napalm und Gas leiden, aber man muß ja wohl auch Mitgefühl mit jenen Menschen haben,

[83] Schreiben an Harold Wilson als M.P.; Kopien an UNO-Generalsekretär U Thant u. d. britischen UNO-Botschafter Lord Caradon, 22.3. 1965. Kopie in: PRO, PREM 13/693.

[84] Emergency. Confidential. Personal. H. Wilson an M. Stewart (Washington), Tel. Nr. 2328, 14.44 Uhr, 23.3. 1965, u. Emergency. Secret. Personal. H. Wilson an M. Stewart (Washington), Tel. Nr. 2329, 14.30 Uhr, 23.3. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die vom Vietcong gequält werden." Was eine Konferenz über Vietnam angehe, so gebe es offensichtlich viele „Geburtshelfer". Die USA hätten nichts dagegen, irgendwelche Möglichkeiten zu eruieren. Er sei glücklich, wenn Großbritannien weiter in der Rolle des Co-Vorsitzenden der Indochina-Konferenz agiere, „aber wir wollen nicht, daß Sie diese Rolle als Vermittler spielen". Immerhin sicherte er zu, daß die USA nicht mit Kampftruppen Nordvietnam angreifen und Großbritannien über die Entwicklung informieren würden[85].

Stewart mußte sich damit zufrieden geben, ließ sich aber nicht entmutigen und fragte Johnson, ob er sich im klaren darüber sei, wohin seine Politik führe; Stewart vergaß auch nicht darauf hinzuweisen, welche Erfahrungen Frankreich gemacht hatte. Johnson ging darauf nicht weiter ein und gab sich überzeugt, daß seine Politik angesichts der drei Alternativen, die er dann erläuterte, die richtige war:

1. Ausweitung der Angriffe auf Nordvietnam, wie von einigen Militärs gefordert – mit dem Risiko, daß die Chinesen eingreifen würden;
2. Aufgabe. Das könne niemand ernsthaft von den USA erwarten. Eine solche Politik würde zum Verlust ganz Südostasiens, möglicherweise auch Indiens führen.
3. Dasitzen und angesichts nordvietnamesischer Aggression nichts tun.

Damit bleibe ihm, Johnson, nur, das zu tun, was er tue und was „appropriate, fitting and measured" sei, mit der Betonung auf „measured". Beim Abschied meinte er dann noch, falls er es für nötig halte, werde auch Hanoi bombardiert[86]. Johnsons Auftritt war „great theatre", wie Botschafter Bruce in sein Tagebuch schrieb. Bruce war beeindruckt, der Präsident sei „power sublimated, like Niagara Falls", und Stewart habe 90 Minuten erlebt, die der britische Außenminister „wahrscheinlich nie mehr vergessen wird"[87].

Wollten die USA überhaupt verhandeln? Man dürfe das Wort „Verhandlungen" gar nicht erwähnen, so Rusk im privaten Gespräch zu Stewart. Die Nordvietnamesen würden das so interpretieren, als ob die USA nachgeben wollten, und außerdem mache es einen schlechten Eindruck bei den Südvietnamesen. UNO-Generalsekretär U Thant, den Stewart am Nachmittag des 23. März in New York traf, war überzeugt davon, daß die USA gar nicht verhandeln wollten – und war darüber zutiefst verbittert („very embittered"). Bemerkenswert ist, was U Thant berichtete: Er hatte im August 1964 – unmittelbar nach dem „Tonking-Zwischenfall" und den darauf folgenden ersten Luftangriffen der Amerikaner gegen Nordvietnam – durch Vermittlung der Sowjets

[85] Top Secret. Priority. Personal. M. Stewart (Washington) an H. Wilson, 23.3. 1965, und „Secret. Record of a Conversation between the Foreign Secretary and Mr. Dean Rusk, the United States Secretary of State, at the State Department, Washington, at 10.30 a.m. on 23 March, 1965." In: Ebenda. In einem Memo für Johnson meinte Bundy nach diesem Gespräch, Wilson gehe es mehr um sein eigenes politisches Überleben als um Solidarität mit den Amerikanern; von daher würde er wohl um jeden Preis versucht sein („mortally tempted"), Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik zu üben, um innenpolitisch zu punkten, in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 468.

[86] Emergency. Secret. Personal. M. Stewart (Washington) an H. Wilson, 23.3. 1965, in: PRO, PREM 13/693.

[87] FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 471 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

direkten Kontakt zu Ho Chi Minh geknüpft und ihn nach seiner Bereitschaft zu Gesprächen mit den USA gefragt. Im September hatten Ho Chi Minh und die beiden anderen führenden Nordvietnamesen, Pham Van Dong und General Giap, die Anfrage positiv beantwortet, was für U Thant nach den Luftangriffen besonders bemerkenswert gewesen war. Als Ort für solche Gespräche hatte U Thant Rangun organisiert; General Ne Win hatte eine entsprechende Zusicherung gegeben. Er hatte dann Adlai Stevenson, den amerikanischen UNO-Botschafter, informiert. Alles war vorbereitet für eine Konferenz. Einen Monat später war dann die Absage aus Washington gekommen. Eine weitere Initiative U Thants im Januar 1965 war ebenfalls gescheitert[88].

Der „Gaseinsatz", so Michael Stewart gegenüber Harold Wilson, „hat die US-Administration von Johnson abwärts doch ziemlich geschockt"[89] – offensichtlich mit einer Ausnahme: Robert McNamara. Stewart war noch in New York, als bekannt wurde, daß der Verteidigungsminister gegenüber Reportern erklärt hatte, die Amerikaner hätten das gleiche Gas benutzt, das die Briten in Zypern 1958 eingesetzt hätten, und im übrigen sei „Großbritannien führend in der Welt bei der Entwicklung solcher Reizgase" und exportiere es auch; und dann hatte er 19 Länder aufgezählt, in die exportiert worden sei. Die Briten waren empört und protestierten sofort, daß man sie auf diese Weise „mit Schmutz bewerfe", um von eigenen Schwierigkeiten abzulenken. William Bundy hatte die „undankbare" Aufgabe, McNamara zu verteidigen, was die Briten mit Bitterkeit zur Kenntnis nahmen[90].

Am 25. März berichtete Stewart im Kabinett über seine Gespräche. Am Ende waren sich die Minister einig, daß es jetzt doch eine Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Vietnamkonfliktes gebe. Woher sie diese Hoffnung nahmen, geht auch aus dem Protokoll nicht hervor. Man war jedenfalls zufrieden, daß die USA nichts gegen eine neue Initiative Großbritanniens – als Co-Vorsitzenden der Indochinakonferenz – hatten[91].

5. Eine neue Friedensinitiative

In Washington hatte Rusk im Gespräch mit Stewart ein Memorandum zur amerikanischen Vietnampolitik in Aussicht gestellt. In London wartete man nach Stewarts Rückkehr sehnlichst auf dieses Papier, denn für den 1. April war eine große Vietnamdebatte im Unterhaus angesetzt. In dieser Debatte wollte Stewart „etwas Positives"

[88] „Confidential. Record of a Conversation between the Foreign Secretary and U Thant, the Secretary-General of the United Nations, at the United Nations Headquarters, New York, at 6.15 p.m. on Tuesday, 23 March, 1965", in: Ebenda.

[89] Vgl. Anm. 85.

[90] Confidential. Stewart (UK-Botschaft Washington) an FO, Tel. No. 734 u. 735, 24.3. 1965, in: Ebenda. McGeorge Bundy hatte schon vorher in einem Memo für Johnson von dem „stupid fuss over gas" gesprochen, in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 469. Nach dem Gespräch mit Johnson hielt Stewart vor dem National Press Club eine Pressekonferenz. Der Bericht darüber in der „Washington Post" am 24. März empörte Johnson; er wollte sich zunächst bei Wilson massiv beschweren, entschied dann aber anders; Bruce war froh darüber, da er den geplanten Schritt für „unwürdig und unnötig" hielt, in: Ebenda, S. 481.

[91] Sitzung am 25.3. 1965, in: PRO, CAB 129/39.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mitteilen. Als die Amerikaner auf wiederholtes Drängen nicht reagierten, handelte er ohne Rücksprache mit ihnen und erwähnte eine britische „Konferenzinitiative". Anschließend wurde das gleiche Memorandum, das am 20. Februar in Moskau überreicht worden war[92], an die ehemaligen Mitglieder der Indochina-Konferenz und der Kontrollkommission verschickt[93]. „Dies ist das einzige, was uns noch bleibt", wie E. H. Peck kommentierte[94]. Diese Aktion wurde am 2. April öffentlich gemacht. Einen Tag vorher hatten 17 blockfreie Staaten an die Regierungen der fünf Großmächte sowie Nord- und Südvietnams appelliert, eine Lösung des Konfliktes auf dem Verhandlungswege zu suchen[95].

Am 2. April waren Wilson und Stewart zu politischen Gesprächen mit de Gaulle und Couve de Murville in Paris. Die französische Haltung zum Vietnamkonflikt war bekannt. Am Rande der NATO-Ministerratstagung im Dezember 1964 hatte der damalige britische Außenminister Gordon Walker gegenüber de Gaulle das Thema Südvietnam anschneiden wollen; de Gaulle hatte keinerlei Verständnis gezeigt: Dazu gebe es nichts zu sagen, und in Südvietnam gebe es nichts, wofür es sich zu kämpfen lohne. Gegenüber Rusk hatte Walker diese Haltung mit alten Reminiszenzen begründet; die Franzosen hätten noch immer nicht verwunden, daß die Amerikaner ihren erzwungenen Abzug aus Indochina zugelassen hatten, nur um anschließend deren Stellung zu übernehmen. Rusk hatte geantwortet, vielleicht hätten alle Fehler gemacht, als Frankreich in Indochina gekämpft habe[96].

Mit der Eskalation des Krieges hatte sich die französische Haltung noch versteift. Paris wollte, wie de Gaulle gegenüber Wilson betonte, mit der amerikanischen Politik nichts zu tun haben. Diesen Standpunkt habe die französische Regierung Moskau, Hanoi, Phnom Penh, Vientiane und Washington mitgeteilt. Die amerikanische Politik in Asien schade dem Westen; je mehr sich die USA in Asien engagierten, um so größer werde dieser Schaden. Für die USA gebe es nichts zu holen in Vietnam, außer vielen Toten. Das eigentliche Problem sei die Neutralisierung von Vietnam, Laos und Kambodscha, das sei die einzige praktische Lösung. Erst wenn die Weltmeinung geschlossen gegen die Amerikaner sei, könne man sie zu einer Änderung ihrer Politik zwingen. Sollte das nicht gelingen, werde der Krieg weitergehen und bringe Gefahr für alle.

Wilson erwähnte auch die britische Initiative. Die Schwierigkeit liege darin herauszufinden, was Hanoi und Peking *genau* wollten[97]. Sie forderten den Abzug der Ame-

---

[92] Siehe S. 605 f.

[93] „Confidential. Viet-Nam: Secretary of State's Speech in Foreign Affairs Debate, 1. April" FO-Aufzeichnung, 31. 3. 1965, in: PRO, FO 371/180584/DV 1075/90.

[94] Viet-Nam: Britische Initiative; Aufzeichnung E. H. Peck, 1. 4. 1965, in: Ebenda, DV 1075/100.

[95] Viet-Nam: Non Aligned Nations' Message, 1. 4. 1965. FO an verschiedene Auslandsvertretungen, 2. 4. 1965, in: Ebenda, DV 1075/97.

[96] „Confidential. Record of a Conversation between the Foreign Secretary and the Hon. Dean Rusk, the United States Secretary of State, at Dinner at the Quai d'Orsay, December 16, 1964", in: PRO, PREM 13/692.

[97] „Secret. Record of a Conversation between the Prime Minister and the President of France at the Elysee Palace at 11 a. m. on Friday, April 2, 1965", in: PRO, PREM 13/693.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rikaner, und die Amerikaner pochten auf das Ende der nordvietnamesischen Aggression, deshalb sei man in einer Sackgasse. Couve de Murville war noch direkter. Er verurteilte die Amerikaner in geradezu brutaler Art. Der Krieg in Vietnam sei ein Bürgerkrieg, und er frage sich, wie es dazu gekommen sei: wegen der Opposition der Kommunisten gegen das Diem-Regime oder wegen der Anwesenheit der Amerikaner im Land. Die Amerikaner könnten jedenfalls diesen Krieg nicht gewinnen; Kriege dieser Art würden so nicht erfolgreich beendet. Mit in Vietnam stationierten amerikanischen Truppen könne es keine Lösung geben. Die Anwesenheit solcher Truppen in Südostasien sei weder sinnvoll noch notwendig. Es gehe um China; es müsse verhindert werden, daß China in Südostasien Fuß fasse. Indochina müsse so weit wie möglich neutral und unabhängig werden. Aber das hätte man schon früher versuchen sollen. Die Vietnamesen seien Nationalisten, selbst wenn das Land kommunistisch würde, was wahrscheinlich sei, je länger der Krieg dauere, werde Vietnam unabhängig bleiben wollen.

Stewart wollte nicht über die Vergangenheit reden, die Gegenwart sei wichtiger – und auch da stimmte er mit Couve nicht überein: Ein Rückzug der Amerikaner sei eine Einladung an China, Südostasien anzugreifen. Man müsse zu Verhandlungen kommen. Die Amerikaner, so Couves Antwort, „wollen überhaupt keine Gespräche". Deswegen seien sie in einer Sackgasse und machten die andere Seite dafür verantwortlich. Die französische Regierung habe vor zwei Monaten einen Verhandlungsversuch gestartet, und zum Beweis dafür führte er eine interessante Episode an: Die sowjetische Regierung hatte in Paris gefragt, ob Frankreich sich an einer Konferenz beteiligen würde, unter der Bedingung, daß die USA ihre Luftangriffe einstellen würden. Die französische Regierung habe geantwortet, das sei für die USA unannehmbar, und eine Konferenz ohne Vorbedingungen vorgeschlagen. Der gesunde Menschenverstand sage einem, daß die Kommunisten verhandeln wollten. Dann betonte er noch einmal, daß die USA mit ihrer Politik scheitern würden. Stewart konnte nur darauf verweisen, daß Patrick Gordon Walker eine „fact-finding-tour" nach Südostasien unternehmen werde[98].

6. Über Kambodscha nach Vietnam?

Nach den eher ernüchternden Unterredungen in Paris sah man in London wenige Tage später eine neue Möglichkeit, zu Gesprächen über Vietnam zu kommen. Am 7. April 1965 hielt Johnson an der Johns Hopkins Universität in Baltimore eine vielbeachtete Rede, in der er die Ziele der amerikanischen Vietnampolitik definierte: Er bekräftigte die Entschlossenheit der USA, sich nicht aus Südvietnam zurückzuziehen, bekundete aber gleichzeitig die Bereitschaft zu „Gesprächen ohne Vorbedingungen". Außerdem versprach er, daß die USA eine Mrd. Dollar zur Entwicklung Süd-

[98] „Confidential. Record of a Meeting between the Foreign Secretary and Monsieur Couve de Murville, the French Foreign Minister, at the Quai d'Orsay at 11 a.m. on Friday, April 2, 1965", in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ostasiens zur Verfügung stellen würden[99]. Es war, wie Johnson einige Tage später gegenüber Wilson formulierte – der endlich in Washington war, aber als „unwelcome visitor"[100] –, sein „3-D"-Ansatz: Entschlossenheit, Gespräche, Entwicklung („determination, discussions and development"), ein Mittelkurs zwischen den „Falken" in Washington, die China angreifen wollten, und den „Tauben", die für einen Rückzug aus Vietnam plädierten[101]. Für das Foreign Office war es eine „staatsmännische und weitblickende" Rede[102]. Mit der Bereitschaft zu „Gesprächen ohne Vorbedingungen" gebe es, so Stewart am 8. April im Kabinett, jetzt ein „neues und hoffnungsvolles Element", den Konflikt friedlich zu lösen[103]. Er sah gleich mehrere Möglichkeiten, um die – wie man heute weiß – scheinbare Dynamik zu nützen: Großbritannien konnte eine Konferenz über Laos oder Kambodscha oder ganz Südostasien einberufen, den Versuch machen, einen Waffenstillstand in Vietnam zu erreichen, oder den Co-Vorsitz der Indochina-Konferenz aktivieren „and thus turn the tables on Mr. Gromyko". An einen sofortigen Erfolg glaubte er zwar nicht, aber zumindest könne man nach dieser Rede „in the propaganda field" die Initiative wieder übernehmen, bevor später vielleicht echte Fortschritte möglich seien[104].

Eine Konferenz über Kambodscha schien am vielversprechendsten zu sein. Am 15. März 1965 hatte die Regierung in Pnom Penh die Co-Vorsitzenden der Indochina-Konferenz, Großbritannien und die Sowjetunion, aufgefordert, eine Konferenz über die „Neutralität und territoriale Integrität" Kambodschas einzuberufen. Es gab Grenzprobleme mit Thailand, und im Osten des Landes verlief der Ho-Chi-Minh-Pfad. Prinz Sihanouk ahnte offensichtlich, was auf sein Land zukommen würde. Peking hatte einer solchen Konferenz am 17. März zugestimmt – wohl in der Annahme, daß die USA niemals einwilligen würden. Ein Jahr zuvor hatte Washington die Teilnahme an Konferenzen über Laos (polnischer Vorschlag) und über Kambodscha (britischer Vorschlag) schon einmal mit Nachdruck abgelehnt. Am 3. April hatten die Sowjets Prinz Sihanouks Vorschlag akzeptiert und den Briten einen Entwurf für eine Einladung für eine Neunmächtekonferenz (Teilnehmer wie 1954) überreicht. In „erkennbarem Gegensatz" zu früheren Noten waren die Formulierungen diesmal geradezu „auffällig moderat und sachlich" gewesen, wie im Foreign Office notiert worden war. Die Polen hatten vertraulich bestätigt, was man in London vermutete: Die Sowjets meinten es ernst und hatten die Hoffnung, daß eine solche Konferenz die Möglichkeit eröffnen werde, „auch über Vietnam zu reden". Die Polen hatten aber auch gewarnt, daß London nicht ewig mit einer Antwort warten könne:

---

[99] Zur Rede vgl. Gardner, Any Price, S. 194ff.

[100] FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 468.

[101] „Secret. Record of a meeting between the Prime Minister and President of the United States at the White House on Thursday, April 15, 1965", in: PRO, PREM 13/694.

[102] FO an verschiedene Auslandsvertretungen, 8. 4. 1965, in: PRO, FO 371/180584/DV 1075/105.

[103] PRO, CAB 128/39.

[104] „Confidential. Viet-Nam. President Johnson's Speech". Aufzeichnung E. H. Peck (FO) u. Secret. Emergency. Tel. No. 2873, FO an UK-Botschaft Washington, 8. 4. 1965, in: PRO, FO 371/180585/DV 1075/111.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Russen könnten ihre Meinung ändern oder von den Chinesen dazu gezwungen werden[105].

Aus Washington warnte der neue britische Botschafter, Sir Patrick Dean, am nächsten Tag allerdings davor, die US-Regierung mit einer „ganzen Palette" von Vorschlägen zu konfrontieren. Die Regierung wolle erst die allgemeine Reaktion auf die Rede abwarten, die Johnson am 7. April in Baltimore halten wollte. Es sei am besten, wenn Wilson bei seinem bevorstehenden Besuch in Washington die Dinge mit Johnson und Rusk bespreche[106]. Botschafter Trevelyan in Moskau hingegen sah „nur Vorteile" in der sowjetischen Initiative und empfahl, sie aufzugreifen und den Sowjets vorzuschlagen, gemeinsam „sofort" zu einer Kambodscha-Konferenz „zu einem möglichst frühen Zeitpunkt" einzuladen. Würden die Nordvietnamesen teilnehmen, könnte man über Vietnam reden, würden sie wegen der amerikanischen Bombenangriffe eine Teilnahme ablehnen, seien die Differenzen zwischen Hanoi und Moskau offengelegt. Besonders optimistisch war Trevelyan allerdings nicht: Die Sowjets würden ihre Teilnahme von einer Beendigung der Bombenangriffe abhängig machen, und diesem Druck würden die Amerikaner nicht nachgeben[107].

Wenig später lagen die Reaktionen auf Johnsons Rede vor. In der westlichen Welt waren sie ausnahmslos positiv, ähnlich auch bei einigen blockfreien Staaten (z. B. Ceylon und Indien). Die „Prawda" brachte nur eine Zusammenfassung der Rede, zitierte allerdings – was Trevelyan sofort registrierte – die Passage über „Gespräche ohne Vorbedingungen" wörtlich und forderte gleichzeitig die Einstellung der Bombenangriffe, während die Regierungen in Peking und Hanoi die Rede als eine einzige „große Lüge" bezeichneten. Gleichzeitig machten sie klar, daß Gordon Walker bei seiner Südostasien fact-finding-tour in beiden Ländern nicht willkommen sei[108].

Trotz dieser wirklich nicht ermutigenden Vorzeichen setzten die Briten jetzt alles auf diese Konferenz als „die vielversprechendste" Möglichkeit. Gespräche über Vietnam wurden jetzt sogar als „der eigentliche Zweck" dieser Konferenz bezeichnet. Es ging jetzt „nur" noch darum[109], die amerikanische Zusage zu bekommen, und zwar „so schnell wie möglich". Würde das zu lange dauern, könnten die Sowjets unter dem Druck der Chinesen ihren Vorschlag zurückziehen. „Falls das geschieht, wird damit die einzige Tür, die zur Zeit für Verhandlungen über Vietnam offensteht, zugeschlagen."[110]

In Washington war dann die Kambodscha-Konferenz ein zentrales Thema in den Gesprächen zwischen Wilson und Rusk. Wenn die Sowjets ihr Angebot mit Zustim-

---

105 „Secret. Prime Minister's Visit to Washington. Indo-China: Main Brief" (FO), 13.4. 1965, in: PRO, FO 371/180541/DV 103145/93.

106 Immediate. Secret. P. Dean (Washington) an FO, 9.4. 1965, in: PRO, PREM 13/694.

107 Immediate. Confidential. H. Trevelyan an FO, 9.4. 1965, in: PRO, FO 371/180585/DV 1075/111.

108 Trevelyan an FO, 9. u. 11.4. 1965; Garvey (Peking) an FO, 10., 11. u. 12.4. 1965, in: PRO, FO 371/180584/DV 1075/105.

109 Kabinettssitzung am 13.4. 1965, in: PRO, CAB 128/39.

110 „Secret. Prime Minister's Visit to Washington." Aufzeichnung J. E. Cable v. 13.4. 1965, in: PRO, FO 371/180541/DV 103145/93.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mung Pekings und Hanois gemacht hätten, dann sei das ganz gut, so Wilson, wenn nicht, sei es „vielleicht sogar noch besser"! Rusk reagierte ausweichend. Man müsse die Dinge genau vorbereiten; falls es zu einer großangelegten Konferenz komme und diese dann scheitere, sei das ein „einzigartiges Desaster". Die US-Regierung brauche etwas mehr Zeit – „vielleicht nicht mehr als 24 Stunden" –, um die Dinge intern abzuklären. Vielleicht könnte man mit Gesprächen auf Botschafterebene beginnen? Auch die Regierung in Thailand sei wichtig, es gehe ja schließlich um die Festlegung von Grenzen, was Prinz Sihanouk immer abgelehnt habe. Aber „grundsätzlich" sollte man am sowjetischen Angebot „dranbleiben", zumal die Dinge in Vietnam „in allernächster Zukunft noch härter" werden[111]. Johnson verwies in anschließenden Gesprächen nur auf mögliche Schwierigkeiten mit den Regierungen in Bangkok und Phnom Penh; die Sache solle mit Rusk geklärt werden[112].

Drei Tage später, am 18. April 1965, suchte der Chargé d'Affaires der amerikanischen Botschaft in London Stewart auf und teilte ihm mit, seine Regierung könne zur Zeit nur Gordon Walkers Sondierungsgesprächen in Bangkok, Phnom Penh und Saigon zustimmen; für eine endgültige Entscheidung über die Konferenzidee brauche man weitere zwei Wochen. Als Begründung nannte er den starken Widerstand der amerikanischen Botschafter in Bangkok (Martin) und Saigon (Taylor) gegen eine solche Konferenz und die Rücksichtnahme der US-Regierung auf die Thais und Südvietnamesen, bei denen man nicht den Eindruck erwecken wolle, daß man nachgebe.

Stewart nannte diese Mitteilung „beunruhigend" und verwies darauf, daß die Teilnahme an der Konferenz mit der öffentlich erklärten Politik der USA doch völlig im Einklang stehe. Eine Verweigerung könne so interpretiert werden, als ob der Westen gar nicht an einer befriedigenden Lösung interessiert sei. Wenn man das den Thais und den Vietnamesen überlasse, dann werde „the tail [. . .] be wagging the dog". Botschafter Dean wurde sofort informiert und angewiesen, sein Bestes zu tun, um eine schnelle Antwort der Amerikaner zu bekommen[113].

Dean versuchte dies am nächsten Tag. Rusk bestätigte ihm gegenüber zwar das, was er zu Wilson gesagt hatte, konnte aber keine verbindliche Antwort geben; er müsse erst die Entscheidungen von Honolulu abwarten, wo am 20. April McNamara, Taylor, General Westmoreland und die US-Stabschefs über das weitere Vorgehen in Vietnam berieten. Mit Blick auf die Thais und Südvietnamesen seien die Amerikaner in einer „sehr schwierigen" Lage; man könne sie nicht zur Annahme des Konferenzplanes zwingen. Dann schlug er vor, daß Gordon Walker in Bangkok die geplante

---

111 „Secret. Extract of a meeting at the White House at 2.30 p.m. on Thursday, April 15, 1965", in: PRO, PREM 13/694.

112 „Secret. Record of a meeting between the Prime Minister and President of the United States at the White House on Thursday, April 15, 1965", in: Ebenda. Über das Gespräch Wilson-Johnson gibt es in FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 557 nur eine „Editorial Note". Wilson berichtet in seinen Erinnerungen über den zweitägigen Aufenthalt in den USA; vgl. Wilson, The Labour Government, S. 94 ff.

113 Immediate. Stewart (FO) an UK-Botschaft Washington, 18.4. 1965, in: PRO, PREM 13/694.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konferenz konkret gar nicht erwähnen solle, vor allem nicht, daß es dabei eigentlich um Vietnam gehen solle; die Briten würden nur „eruieren"[114]. Das Foreign Office war davon „nicht beeindruckt" und informierte Stewart: „Das sind im Grunde eher Methoden, um eine Konferenz zu verhindern, nicht aber um sie zustandezubringen." Die Annahme des sowjetischen Angebots lege niemanden auf ein bestimmtes Datum für eine Konferenz fest[115].

Inzwischen hatte Gordon Walker am 19. April 1965 erste Gespräche in Vientiane geführt. Prinz Souvanna Phoúma und Außenminister Pheng Phongsavan hatten sich „mit Nachdruck" und „sofort" für die Konferenz ausgesprochen[116]. Am selben Tag warnte Botschafter Sir Arthur Rumbold aus Bangkok, daß die Thais zur Zeit aus drei Gründen gegen „jede Art von Verhandlungen" seien: 1. seien sie von Johnsons Angebot völlig überrascht worden und interpretierten es als „Zeichen amerikanischer Schwäche", 2. würden sie Sihanouk keinen Erfolg zubilligen, 3. gaben sie zu erkennen und würden es möglicherweise auch aussprechen, daß sie es grundsätzlich ablehnten, wenn Großmächte kleinere Länder für ihre Zwecke „manipulierten". Er bat dringend um Instruktionen für Gordon Walker, der am nächsten Tag in Bangkok erwartet wurde[117].

Die Instruktionen kamen prompt. In ihnen wurde auf den „grundlegenden" Konflikt mit den Amerikanern hingewiesen. Rusk wolle vor Beginn der Konferenz alles im Detail festlegen, so daß die Konferenz selbst nur eine „kurze und formelle" Angelegenheit sei, bei der entsprechende Dokumente unterzeichnet würden: „Das ist nicht, was wir wollen. Im Gegenteil, je länger die Kambodscha-Konferenz dauert, um so besser, weil es wahrscheinlich seine Zeit braucht, bevor die Kommunisten bereit sind, ernsthaft über Vietnam zu reden. Das Hauptziel der Konferenz wird es sein, so lange zu verhandeln, bis dieser Punkt erreicht ist." Wenn man sich jetzt nicht auf diese Konferenz einige, würden die Dinge durch den langsam stärker werdenden Widerstand der Chinesen und Russen gegen die fortdauernden amerikanischen Luftangriffe nur noch komplizierter. „Je länger wir warten, um so schwieriger wird es in der Tat, zu Verhandlungen zu kommen." Walker solle dies den Thais offen sagen, aber ihnen auch mitteilen, daß man auf die Wünsche der Thais in jeder Hinsicht Rücksicht nehmen werde[118].

Inzwischen lag auch das Ergebnis von Honolulu vor. Es war eine grundlegende Entscheidung. Die Amerikaner wollten ihr Engagement in Vietnam verstärken, zusätzlich 40000 Mann entsenden und die Luftangriffe in den nächsten sechs bis zwölf Monaten fortsetzen; bis Ende April wurden 3600 Einsätze geflogen[119]. Nach dieser Entscheidung war auch die amerikanische Regierung für die Konferenz; sie könnte,

---

[114] Immediate. Confidential. P. Dean an FO, 19.4. 1965, in: Ebenda.
[115] Emergency. Secret. FO an M. Stewart (Belgrad), 20.4. 1965, in: Ebenda.
[116] Immediate. Secret. G. Walker (Vientiane) an FO, Tel. Nr. 305 u. 306, 19.4. 1965, in: Ebenda.
[117] Immediate. Confidential. A. Rumbold (Bangkok) an FO, 19.4. 1965, in: Ebenda.
[118] Immediate. Secret. FO an UK-Botschaft Bangkok, 20.4. 1965, in: Ebenda.
[119] Vgl. Herring, Longest War, S. 132.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

so Rusk gegenüber Dean am 22. April, als eine Art Bremse („act as a broke") gegen eine weitere Eskalation dienen[120]. Auch die Regierungen in Bangkok und Saigon akzeptierten jetzt den Gedanken einer Konferenz. Allerdings lehnten die Südvietnamesen es „kategorisch" ab, sich mit Vertretern der Befreiungsfront an einen Tisch zu setzen[121].

Aber es war bereits zu spät. Was die Briten befürchtet hatten, trat ein: Die Chinesen spielten ihr Spiel, und Prinz Sihanouk spielte es – gezwungenermaßen? – mit. Am 23. April lehnte er jede Konferenz über Kambodscha nachdrücklich ab, die als „Vorwand" für Gespräche über Südvietnam oder Nordvietnam dienen solle. Während der britische Chargé d'Affaires, Fielding, zunächst noch meinte, das brauche man nicht zu wörtlich zu nehmen, Sihanouk habe nur „Dampf" abgelassen, da er sich benutzt fühle („he thinks we are using him as a pawn")[122], wurde am nächsten Tag klar, daß Sihanouk – „wie so oft in der Vergangenheit" – einen „dramatischen" taktischen Wechsel vollzogen hatte. Vor dem diplomatischen Korps nannte er die Voraussetzungen für die Konferenz: keine Teilnahme der Saigoner Regierung, klare Festschreibung der Neutralität und Grenzen Kambodschas. Sollten die USA nicht teilnehmen, habe er nichts dagegen: „Damit", so Fielding, „verlieren wir die Möglichkeit, die Konferenz zu verlängern, und damit auch die Möglichkeit, zu Gesprächen über Vietnam zu kommen."

Die Frage war, ob die Chinesen hinter diesem Kurswechsel steckten. Fielding spielte den „idiot boy" und fragte den chinesischen Botschafter, ob China noch bereit sei, an der Konferenz teilzunehmen, und ob es auch gegen die Teilnahme Saigons sei. Die zweite Frage beantwortete der Chinese mit einem „Grinsen" („declined with a grin to comment"); bei der ersten verwies er auf Sihanouk, der die Antwort gegeben habe. Der chinesische Botschafter, so Fielding, „schien insgesamt sehr zufrieden mit sich zu sein"[123].

Nachdem Fielding weiter „herumgefragt" hatte, stand für ihn am 25. April 1965 fest, daß „in erster Linie" die Chinesen für Sihanouks Kehrtwendung verantwortlich waren. Die Briten versuchten zu retten, was nicht mehr zu retten war. Fielding empfahl, sofort in Moskau und Phnom Penh aktiv zu werden, der Bitte der kambodschanischen Regierung vom 15. März zu entsprechen – mit der Zusage, daß es dabei aus-

---

[120] Immediate. P. Dean an FO, 23.4. 1965, in: PRO, PREM 13/694. In Washington war man jetzt grundsätzlich bereit zu verhandeln („get the war to the Conference table"); man wußte zwar nicht, ob Hanoi ebenfalls dazu bereit war, wollte Nordvietnam die entsprechende Entscheidung aber so leicht wie möglich machen, wenn auch das verstärkte amerikanische Engagement tatsächlich dazu dienen sollte, „to smash North Vietnam into submission". Memo Bundy für Johnson, 23.4. 1965, in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 604.

[121] Emergency. Secret. P. G. Walker (Saigon) an FO, 24.4. 1965 sowie 22 Seiten „Secret. Report by the Right Honorable Patrick Gordon Walker on his Fact-Finding Tour of South-East Asia as Special Representative of the Foreign Secretary, 14 April–4 May 1965", 7.5. 1965, in: PRO, PREM 13/694.

[122] Immediate. Fielding (Phnom Penh) an FO, Tel. No. 172 u. 173, 24.4. 1965, in: Ebenda.

[123] Emergency. Fielding (Bangkok) an FO, Tel. No. 174, 175, 176, 177, 24.4. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schließlich um die Neutralität und territoriale Integrität Kambodschas gehe – und den sowjetischen Vorschlag vom 3. April anzunehmen[124].

Beides geschah am 26. April. Stewart gab gleichzeitig eine entsprechende Erklärung im Unterhaus ab. Am 27. April fragte Trevelyan den Vertreter des sowjetischen Außenministeriums, Kuznetsow, nach einem Termin, an dem die beiden Regierungen *gemeinsame* Einladungen verschicken könnten. Kuznetsow wollte wissen, ob Trevelyan die Erklärung Sihanouks kenne. Dieser bejahte und ergänzte, Sihanouk ändere seine Meinung mehrfach in wenigen Tagen. Es stehe der Regierung in Phnom Penh frei, auf eine Einladung zu antworten[125].

Es sollte aber zu keiner Einladung kommen. „Die Chinesen", so der britische Botschafter Wilford am 1. Mai 1965 aus Peking, „bleiben genau so unnachgiebig und unwillig wie bisher, wenn es darum geht, auch nur über Verhandlungen nachzudenken. Die Revolutionsdoktrin des Vorsitzenden Mao steht auf dem Spiel; ein Abweichen davon kann es für sie nicht geben."[126]

Die Sowjets hatten als Vorbedingung für Gespräche die Einstellung der amerikanischen Luftangriffe gefordert. War dies der Hebel, um entweder doch noch zu Gesprächen zu kommen oder – falls nicht – die Kluft zwischen Moskau und Peking zu vergrößern? George Ball teilte Wilson jedenfalls am 5. Mai mit, die US-Regierung erwäge eine Unterbrechung der Angriffe (ab dem 12. Mai – „für einige Tage"), was Wilson „excellent" fand. Falls Hanoi nicht reagiere, seien die USA in einer „guten moralischen Position"[127].

Am 13. Mai bestätigte Rusk gegenüber Wilson, daß Washington entschieden und Kontakt mit Hanoi aufgenommen habe („had a line out to Hanoi")[128]. Mit dem Kontakt war das freilich so eine Sache. Der amerikanische Botschafter in Moskau, Foy Kohler, wollte die entsprechende Note dem nordvietnamesischen Botschafter persönlich übergeben – was aber nicht gelang. Die Botschaft teilte mit, es bestünden keine diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, und empfahl Kohler, die Note über die sowjetische Regierung zu übermitteln. Die Sowjets lehnten es aber ab, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Schließlich nahm ein Angestellter der nordvietnamesischen Botschaft die Note in Empfang[129], aber nach drei Stunden wurde sie wieder bei der amerikanischen Botschaft abgegeben. Der Brief war nicht geöffnet worden; für Rusk war dennoch klar, daß die Nordvietnamesen den Inhalt kannten, wie er Wilson am 14. Mai mitteilte. Um aber ganz sicher zu gehen, schaltete Rusk jetzt die Briten ein: Der britische Generalkonsul in Hanoi sollte die Note überreichen. Die Briten stimmten sofort zu. Aber auch

---

124 Emergency. Fielding (Phnom Penh) an FO, Tel. Nr. 180 u. 181, 25.4. 1965, in: Ebenda.

125 Priority. H. Trevelyan an FO, 27.4. 1965, in: Ebenda.

126 Wilford (Peking) an FO, 1.5. 1965, in: Ebenda.

127 „Secret. Extract from a Record of a Conversation between the Prime Minister and the US Under-Secretary of State, Mr. George Ball at 6.30 p.m. at No. 10, Downing Street, on Wednesday, May 5", in: PRO, FO 371/180541/DV 103145/115.

128 Top Secret. Note for the Record. Vietnam, 13.5. 1965, in: PRO, PREM 13/694.

129 Vgl. Bericht Bundy für Johnson, 13.5. 1965, in: FRUS, 1964–1968, Bd. II, S. 651.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dazu war es jetzt zu spät. Am 17. Mai baten die Amerikaner, nichts mehr zu unternehmen[130].

Am 18. Mai 1965 wurden die Bombenangriffe wieder aufgenommen – heftiger und näher an Hanoi als zuvor. „Uns hat nicht einmal jemand für die Pause gedankt", beschwerte sich Johnson im Weißen Haus, und McNamara ergänzte, die Kritiker in den eigenen Reihen sollten zur Kenntnis nehmen, daß „Hanoi uns ins Gesicht gespuckt hat"[131]. Offensichtlich war bestätigt worden, was Rusk in einer internen Sitzung des NATO-Ministerrates am 12. Mai so formuliert hatte: Die Absichten der Kommunisten seien so klar wie jene, die Hitler in „Mein Kampf" formuliert habe[132].

Es ist nicht bekannt, was sich in jenen Tagen zwischen Hanoi, Peking und Moskau abgespielt hat. Jedenfalls setzten sich die Chinesen durch. Am 13. Mai teilte Koùn Wick, Staatsminister im Außenamt in Phnom Penh, Botschafter Fielding mit, bei einer möglichen Kambodscha-Konferenz sei es Sache der Großmächte, vorher zu entscheiden, wer Südvietnam vertrete: die Regierung in Saigon, die Nationale Befreiungsfront oder keine von beiden. Es war dies zumindest der Versuch der Kambodschaner, so Fielding, öffentlich nicht als „hatchet-men" der Chinesen zu erscheinen[133]. Die Chinesen machten inzwischen klar, daß sie auch bei einem Bombenstopp nicht an den Verhandlungstisch kommen würden. „Damit sind sie weiter als die Russen gegangen und haben die Tür zugeschlagen, die die Russen versucht haben zu öffnen", kommentierte Wilson am 14. Mai in London. Die entstandene Lage bereitete ihm „größte Sorge". Briten und Sowjets als Co-Vorsitzende der Indochina-Konferenz, davon war er überzeugt, „werden der Verurteilung durch die Geschichte nicht entkommen, falls sie sich ihrer Verantwortung so einfach entledigen und zulassen, daß andere Regierungen sämtliche Möglichkeiten für eine Verhandlungslösung zerstören"[134].

Am 14. Mai 1965 trafen sich Stewart und Gromyko in Wien, um einen letzten Versuch zu unternehmen. Gromykos Stimmung war ausgesprochen schlecht. Als einziges Thema besprachen die beiden Vietnam. Aber es war hoffnungslos. Gromyko war „einzigartig negativ, selbst für seine Verhältnisse" („singularly negative, even by his own standards"), wie Stewart es gegenüber Wilson formulierte. Und resignierend ergänzte er: „Es sieht nicht so aus, als ob die Russen zur Zeit ernsthaft über irgend etwas reden wollen."[135]

---

130 „Top Secret. Extract from a Record of a Conversation between the Prime Minister and Mr. Dean Rusk at No. 10, Downing Street at 9.45 a.m. on Friday, May 14", in: PRO, FO 371/180541/DV 103149/118; Immediate. Top Secret. P. Dean (Washington) an FO, 14.5. 1965; Emergency. Top Secret. FO an UK-Generalkonsul Hanoi, 19.5. 1965; Immediate. Top Secret. P. Dean an FO, 16.5. 1965; Immediate. Top Secret. FO an UK-Botschaft Washington, 16.5. 1965; Emergency. Top Secret. FO an UK-Generalkonsul Hanoi, 17.5. 1965, in: PRO, PREM 13/695.

131 Vgl. Gardner, Any Price, S. 215f.

132 „Secret. Record of discussion on South-East Asia in restricted session of the N.A.T.O. Ministerial Council held at Lancaster House on 12 May, 1965", in: PRO, PREM 13/694.

133 Immediate. Fielding (Phnom Penh) an FO, 13.5. 1965, in: Ebenda.

134 Immediate. Secret. FO an UK-Botschaft in Moskau u. Stewart in Wien, 14.5. 1965, in: PRO, PREM 13/695.

135 „Confidential. Record of a Conversation between the Foreign Secretary and the Soviet Foreign

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7. Die Commonwealth-Mission

Am 1. Juni 1965 versuchte das Foreign Office, sich über die weitere Entwicklung in Vietnam klar zu werden. Man erwartete eine Intensivierung der Kämpfe, keine klaren Vorteile für beide Seiten, keine Interventionen der Chinesen, aber „höhere Verluste" für die Amerikaner, die Installierung sowjetischer Luftabwehrraketen, den Einsatz sowjetischer Flugzeuge (mit nordvietnamesischen Piloten) und eine noch geringere Bereitschaft zu verhandeln. „Je mehr Zeit vergeht, um so schwieriger wird die Lage." Das waren „düstere Aussichten", wie es hieß. Konnte man, nachdem die Kambodscha-Konferenz nicht zustandegekommen war und die Sowjets in Wien ihre negative Haltung offengelegt hatten, überhaupt noch etwas tun, um diese Entwicklung zu verhindern[136]? Man befürchtete die Eskalation zu einem „globalen oder regionalen" Konflikt, in den Großbritannien unweigerlich mithineingezogen würde. Logischerweise hatte man kein Interesse an einer Niederlage der USA, aber als deren wichtigster Verbündeter hatte man sehr wohl ein Interesse daran, „*wie* die USA ihren Krieg führen": Eventuelle Friedensinitiativen sollten daher einhergehen mit öffentlicher Unterstützung für die USA – und soweit wie möglich ohne Kritik an Einzelaktionen[137].

Die Dinge schienen um so drängender, als nach der schweren Niederlage der südvietnamesischen Armee in der Schlacht von Quang Ngai, in der mindestens 500 südvietnamesische Soldaten getötet worden waren, die Amerikaner in Saigon dem britischen Botschafter mitgeteilt hatten, daß nunmehr amerikanische Bodentruppen aktiv in die Kämpfe eingreifen würden. Johnson hatte diese weitreichende Entscheidung bereits am 6. April getroffen.

Unter diesem Aspekt muß die nächste britische Aktion gesehen werden, die von Wilson persönlich ausging. Im Kabinett äußerte er sich zwar sehr besorgt über die Lage, meinte aber, es sei „schon bald" eine weitere „hoffnungsvolle Initiative möglich"[138]. Wilson wollte das Commonwealth aktivieren. Am Nachmittag des 17. Juni 1965 würden 21 Staats- und Regierungschefs zur alljährlichen Commonwealth-Konferenz in London zusammentreffen. Gleich zu Beginn wollte Wilson versuchen, eine Entscheidung für eine Commonwealth-Mission herbeizuführen, und damit vor der Weltöffentlichkeit klarmachen, daß es „keine anglo-amerikanische Initiative ist". Unter seinem Vorsitz sollte diese Mission dann New York, Washington, Moskau, Saigon, Peking und Hanoi besuchen und die Voraussetzungen für eine Vietnam-Konferenz prüfen[139]. Bevor er die Staats- und Regierungschefs aber mit seinen

---

Minister, Mr. Cromyko, at the Imperial Hotel, Vienna, at 5.15 p.m. on 15 May, 1965", sowie Aufzeichnung Stewart für Wilson, 16.5. 1965, in: Ebenda.

136 „Secret. Viet-Nam." Aufzeichnung J.E. Cable, 1.6. 1965, in: PRO, FO 371/180586.

137 „Secret. Viet-Nam. Anglo-United States Relations", 9.6. 1965, in: PRO, PREM 13/695.

138 Sitzung am 15.6. 1965, in: PRO, CAB 128/39.

139 Emergency. Secret. FO an UK-Botschaft Washington, 15.6. 1965, u. Emergency. Top Secret and Personal. Commonwealth Relations Office (London) an UK-Botschaft Nairobi, 16.6. 1965, in: PRO, PREM 13/695.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorstellungen konfrontierte, wollte Wilson auf jeden Fall noch mit Johnson telefonieren. Das erübrigte sich dann, denn die US-Regierung stimmte dem Vorgehen zu („warm approval", „imaginative proposal"). Botschafter Bruce überbrachte Wilson die Nachricht am Abend des 16. Juni, konnte allerdings nicht zusagen, daß, wie von Wilson gewünscht, die Erklärung des britischen Premierministers mit einem Bombenstopp in Vietnam einhergehen werde[140].

Wilson war sich nicht ganz sicher, ob es im Commonwealth nicht Widerstand gegen seine Vorstellungen geben würde. Dreizehn Regierungschefs kamen aus afro-asiatischen Ländern, von denen einige offen antiamerikanisch eingestellt waren. Pakistans Präsident Ayub Khan hatte dies – unmittelbar, bevor Bruce in die Downing Street 10 gekommen war – Wilson unmißverständlich klargemacht: Die Amerikaner hätten die Nordvietnamesen in die Arme der Chinesen getrieben. Die „einzig mögliche" Lösung sei, „daß die USA aus Vietnam verschwinden" („clear out of Vietnam")[141].

Gegenüber Johnson gab sich Wilson dennoch zuversichtlich. Am Vormittag des 17. Juni telegraphierte er nach Washington: „We will now go into battle at this end – with good hopes of bringing off this coup." Er werde sofort anrufen, „sobald die Sache geklappt hat" („as soon as it is in the bag")[142]. Wenige Stunden später war alles klar. Mit Ausnahme Kenias und Tansanias unterstützten die Regierungschefs des Commonwealth Wilson, der um 18.00 Uhr seinen erfolgreichen „Coup" verkündete: Eine Commonwealth-Mission, bestehend aus ihm (als Vorsitzenden) und den Präsidenten von Nigeria, Trinidad und Tobago, würde eine neue Vietnaminitiative unternehmen.

Falls Wilson wirklich an einen Erfolg dieser Mission geglaubt hatte, wurde er schon bald enttäuscht. Das fing mit der Reaktion auf den Appell des Commonwealth an, während der Dauer der Mission die Waffen schweigen zu lassen. Die USA stimmten dem zwar zu, allerdings nur unter der Bedingung, „daß auch die andere Seite die Kampfhandlungen einstellt"[143]. Die andere Seite war dazu aber nicht bereit.

---

[140] „Top Secret. Note of a Meeting held at 10 Downing Street on Wednesday, June 16, at 7.00 p.m.", in: Ebenda. Die Instruktion von Bundy für Bruce in: FRUS, 1964–1968, Bd. III, S. 11 f. Am 3. Juni hatte Wilson in einer Botschaft an Johnson davor gewarnt, Öllager in Nordvietnam zu bombardieren, und für einen begrenzten Krieg in Vietnam plädiert – gleichzeitig aber die weitere britische Unterstützung für die amerikanische Vietnampolitik zugesagt. In einem Memorandum für Johnson hatte Bundy am gleichen Tag auf die Bedeutung dieser Unterstützung hingewiesen; für eine Labour Regierung sei dies schwieriger als für eine konservative Regierung, von daher international auch wertvoller. Botschafter Bruce sei positiv überrascht darüber, wie geschickt Wilson diese Politik betreibe. Der einzige Preis, den die USA für die britische Unterstützung bislang gezahlt habe, sei der, daß man die Briten immer informiert und ihnen damit das Gefühl gegeben habe, sie wüßten, was die USA machten. Er empfahl, dies auch in Zukunft so zu halten. Vgl. ebenda, Bd. II, S. 717.

[141] „Confidential. Note of a meeting at No. 10 Downing Street at 5.30 p.m. on Wednesday, June 16, 1965", in: PRO, PREM 13/695.

[142] Top Secret. Message to McGeorge Bundy delivered at 11.15 a.m., in: Ebenda.

[143] Emergency. Top Secret. FO an UK-Washington, 18.6. 1965. Emergency. Top Secret. P. Dean an FO, 19.6. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die ersten Reaktionen in Moskau, Peking und Hanoi waren negativ, auch wenn Wilson noch am 24. Juni 1965 im Kabinett meinte, das müsse nicht unbedingt „das letzte Wort" sein[144]. Bei den Chinesen war es das. Sie übergaben dem britischen Chargé d'Affaires in Peking am 25. Juni eine Note, in der sie die Briten der Komplizenschaft mit den Amerikanern bezichtigten. „Bei allen Aktionen steht die britische Regierung an der Seite der US-Aggressoren gegen das vietnamesische Volk."[145] „Das ist ein ‚Nein'. Und was für eines" [„This is ‚NO', with knobs on"], notierte Michael Stewart[146]. Die Botschaft in Moskau wurde sofort von diesem klaren Nein („flat negative formal answer") informiert.

Unter diesen Umständen waren auch die USA nicht mehr an dieser Mission interessiert. Wenn deren Vertreter nur die westlichen Hauptstädte besuchen könnten, so wurde dem Foreign Office mitgeteilt, „dann ist diese Mission sinnlos und wird in den USA nur großen Schaden anrichten". Gleichzeitig wurde gesagt, daß der nächste schwere Luftangriff der USA gegen Nordvietnam „unmittelbar bevorsteht"[147].

War die Mission also bereits gescheitert, bevor sie begonnen hatte? Für Wilson war die Tür immer „noch einen Spalt breit offen". Anlaß zu dieser Hoffnung war zum einen die „ausweichende" Antwort der Sowjets, die darauf verwiesen hatten, daß letztlich Hanoi entscheiden müsse[148], und dann die „merkwürdige" Reaktion der Regierung in Hanoi[149]. Der britische Generalkonsul in Hanoi, Miles Ponsonby, war nämlich am 29. Juni 1965 ins dortige Außenministerium gebeten worden, wo ihm zwei hochrangige Diplomaten eine Note überreichten, in der es hieß, Hanoi werde „angesichts der Formulierung" („given the term") der Commonwealth-Dokumente keine Antwort erteilen. Auf Ponsonbys Nachfrage wurde klargestellt, daß in diesen Dokumenten von „North Vietnamese authorities" gesprochen werde. Das sei „unangemessen", denn „die Welt weiß, daß es eine Regierung der Demokratischen Republik Vietnam gibt"[150]. Wenige Tage später sprachen zwei in London lebende Nordvietnamesen – „Journalisten, aber wir gehen davon aus, daß sie Agenten der Regierung sind" – Harold Davies, den Parlamentarischen Staatssekretär im Ministry of Pensions and National Insurance, an und luden ihn im Auftrag der nordvietnamesischen Regierung zu einer Reise nach Hanoi ein. Davies hatte in der Vergangenheit mehrfach Hanoi besucht und dabei auch Ho Chi Minh und andere Politiker kennengelernt. Als „Gast der nordvietnamesischen Regierung möge er diese Kontakte erneuern",

---

144 Sitzung am 24.6. 1965, in: PRO, CAB 128/39.

145 Emergency. Wilford (Peking) an FO, 25.6. 1965, in: PRO, PREM 13/691.

146 Ebenda.

147 US-Mitteilung an FO und Wilson, 27.6. 1965, in: Ebenda. In diesem Sinne hatte sich Johnson schon am 23.6. in einer Sitzung im Weißen Haus geäußert, in: FRUS, 1964–1968, Bd. III, S. 40.

148 H. Wilson am 1.7. 1965 im Kabinett, in: PRO, CAB 128/39.

149 H. Wilson an Eric Williams, 6.7. 1965, u. Immediate. Commonwealth Relations Office (London) an UK-Botschaft Akkra („Personal message from the Prime Minister to President Nkrumah"), 6.7. 1965, in: PRO, PREM 13/696.

150 Emergency. Ponsonby (Hanoi) an FO, 29.6. 1965, in: PRO, PREM 13/691.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hieß es. Ihm wurde völlige Bewegungsfreiheit zugestanden; auch ein Beamter des Foreign Office als Begleitung wurde akzeptiert[151].

Zuversichtlich konnte auch stimmen, daß fast gleichzeitig in Washington die „prompte und zustimmende" Antwort Kossygins auf eine amerikanische Anfrage eingegangen war: Er war bereit, Averill Harriman zu Gesprächen über Vietnam zu empfangen; „offiziell" besuchte Harriman das Moskauer Filmfestival[152]. Und der nordvietnamesische Botschafter in Moskau teilte seinem Kollegen aus Ghana mit – und der gab diese Information sofort an Trevelyan weiter –, daß Ho Chi Minh daran denke, eine Delegation unter Einschluß von Vertretern der Nationalen Befreiungsfront nach Ghana und Nigeria zu entsenden, um dort die Position Hanois zu erläutern[153].

In Warschau ließ ein Vertreter des polnischen Außenministeriums durchblicken, die Chancen für die Commonwealth-Mission könnten sich verbessern, wenn man auch mit Vertretern der Befreiungsfront sprechen würde; eventuell würde Hanoi auch nur einige Vertreter der Mission – ohne Wilson – empfangen. Für Wilson war daher klar: „Die Nordvietnamesen sind in einem Dilemma, da sie von den Chinesen und Russen widersprüchliche Ratschläge erhalten haben. [. . .] Sie wollen Zeit gewinnen." Klar war aber auch – und bereits entschieden –, daß die Mission nur geschlossen auftreten würde, denn, so Wilson: „Wenn sie nicht mit mir reden wollen, werden sie mit den Amerikanern erst recht nicht reden wollen."

Davies erhielt strikte Anweisungen für seine Gespräche in Hanoi. Er sollte den Nordvietnamesen zu verstehen geben, daß sie den Krieg nicht gewinnen könnten und daß der Empfang der Commonwealth-Mission ihnen „die beste Chance bietet, einen Großteil ihrer Ziele zu erreichen. [. . .] Das mindeste, was sie ihrem Volk und der Menschheit schulden, ist, die Möglichkeit für Gespräche zu eruieren."[154] In Hanoi sah man das offensichtlich anders; man wollte keine Commonwealth-Mission und damit keine Gespräche. Davies stieß überall auf ungeheure Siegeszuversicht. Er sprach zwar stundenlang mit Vertretern der Vaterlandsfront und mußte sich dabei Anklagen gegen den Westen anhören, einen Termin bei Ministerpräsident Pham Van Dong oder bei Ho Chi Minh erhielt er aber nicht. Für Generalkonsul Ponsonby war klar: „Die Nordvietnamesen sind Gefangene ihrer eigenen Propaganda und wollen jeden Schritt vermeiden, der den Chinesen mißfällt."[155] Trotzdem bat Wilson Davies, einige Tage länger zu bleiben, falls doch noch Gespräche zu erwarten seien[156]. Davies schrieb einen entsprechenden Brief an Pham Van Dong. Als nach zwei Tagen noch immer keine Antwort vorlag, war für ihn klar, daß weiteres Warten „völlige

---

151 „Secret. Proposed visit by Mr. Harold Davies, M.P. to Hanoi"; Aufzeichnung Stewart für Wilson, 1.7. 1965; „Secret. Note for the Record", 1.7. 1965; „Secret. Note for the Record", 2.7. 1965, in: PRO, PREM 13/696.

152 Priority. Secret. P. Dean an FO, 3.7. 1965, in: PRO, FO 371/180586/DV 1075/157.

153 Priority. H. Trevelyan an FO, 3.7. 1965, in: PRO, PREM 13/691.

154 „Talking Points for Use in Hanoi." Aufzeichnung FO, 5.7. 1965, in: PRO, PREM 13/696.

155 Immediate. Ponsonby an FO, 10.7. 1965, in: Ebenda.

156 Immediate. Secret. Wilson an Davies (Hanoi), 10.7. 1965, in: Ebenda.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeitverschwendung" sei. Er bat deshalb Wilson, mit dem nächsten Flugzeug abreisen zu dürfen, was er dann auch tat[157].

Die Davies-Reise war ein Fehlschlag. Im Foreign Office war man jetzt davon überzeugt, daß es sinnlos sei, auf einen Sinneswandel der Kommunisten zu hoffen, der zu Gesprächen führen würde. Von daher, so hieß es, „wird jede weitere britische Initiative wahrscheinlich mehr Schaden anrichten als Gutes tun"[158].

Von nun an gingen die Dinge ihren Gang. Am 2. Juli hatte Robert McNamara gegenüber Gordon Walker und Patrick Dean ein düsteres Bild von der militärischen Lage in Vietnam gezeichnet: Die Wahrheit sei, daß weder die Südvietnamesen noch die Amerikaner „am Gewinnen sind". Man könne zwar jederzeit mehr Truppen einsetzen, „aber ein begrenzter Krieg dieser Art ist nicht zu gewinnen". Eine Einsicht, der leider keine Taten folgten. Die Sowjets hätten seiner Meinung nach etwas tun sollen. McNamara schien in diesem Gespräch geradezu besessen zu sein von der Idee, daß die Russen, zu denen man jeden Kontakt verloren hatte, einer griechischen Tragödie zuschauten und nichts machen konnten[159]. Drei Wochen später unterrichtete Präsident Johnson Wilson von seiner Entscheidung, die amerikanischen Truppen in Südvietnam massiv zu verstärken, „by a number which may equal or exceed the 80 000 already there"[160]. Wilson telegraphierte zurück, daß er angesichts der beständigen Weigerung Nordvietnams zu verhandeln, keine Alternative zu dieser Politik sehe, um Hanoi die Sinnlosigkeit des Traumes von einem militärischen Sieg zu demonstrieren[161].

Die Amerikanisierung des Vietnamkrieges hatte begonnen. Johnson führte seine Nation in diesen Krieg. Jene sechs Monate vom Januar bis Juli 1965 waren zu Ende, die McNamara in seinen Erinnerungen als die „entscheidendsten" in der Geschichte der dreißigjährigen Intervention in Indochina bezeichnete, „eine Intervention, die am Ende Johnsons Präsidentschaft zerstörte und die Nation so spaltete wie nichts mehr seit dem Bürgerkrieg"[162]. Ende 1965 standen 181 000 amerikanische Soldaten in Vietnam[163]. Im Foreign Office resignierte man; Verhandlungen hielt man zumindest in der nahen Zukunft für aussichtslos: „Sie bringen absolut nichts." („The gloomy thought occurs that negotiations, at least in the near future, would achieve precisely nothing.")[164]

---

157 Emergency. Secret. Ponsonby an FO („for the Prime Minister"), 12.7. 1965, in: Ebenda.

158 „Secret. Viet-Nam and Negotiation." Aufzeichnung J.E. Cable (FO), 12.7. 1965, in: PRO, FO 371/180587/DV 1075/165.

159 Top Secret. P. Dean an FO, 2.7. 1965, in: PRO, PREM 13/695.

160 Immediate. Top Secret. („... message received ... over the private wire"), 26.7. 1965, in: PRO, PREM 13/697.

161 Immediate. Top Secret. FO an UK-Botschaft Washington, 30.7. 1965, in: Ebenda.

162 Robert S. McNamara, In Retrospective. The Tragedy and Lessons of Vietnam, New York 1995, S. 169.

163 Vgl. Herring, Longest War, S. 141 ff.

164 Aufzeichnung R.A. Longmire (FO), 24.11. 1965; als Reaktion auf ein großangelegtes Memorandum von J.E. Cable „Secret. The possibility of a negotiated solution of the conflict in Viet-Nam", 26.8. 1965, in: PRO, FO 371/180588/DV 1075/187.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

BERT HOPPE

VON SCHLEICHER ZU HITLER

Dokumente zum Konflikt zwischen dem Reichslandbund und der Regierung Schleicher in den letzten Wochen der Weimarer Republik

I.

Die Vertreter des Reichslandbundes konnten zufrieden sein, als sie am Abend des 11. Januar 1933 das Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße verließen. Bei einer Unterredung mit Reichspräsident Paul von Hindenburg, Reichskanzler Kurt von Schleicher sowie zwei Ministern der Regierung waren den Lobbyisten der Großagrarier weitreichende Zusagen in der Agrarpolitik gemacht worden. Doch obwohl es nun danach aussah, als hätten sich der Reichslandbund und die Regierung geeinigt, beherrschten in den nächsten Tagen scharfe Presseerklärungen beider Seiten die Zeitungen. Denn während die „Landbündler" noch mit dem Reichskanzler verhandelten, wurde eine rüde Entschließung dieses Interessenverbandes veröffentlicht, in der die Regierung wegen angeblicher „Ausplünderung der Landwirtschaft"[1] hart angegriffen wurde. Aus diesem Angriff erwuchs ein Konflikt zwischen der Regierung und den Großagrariern, der im Kampf um die Macht in diesen letzten Wochen der Weimarer Republik parteipolitisch instrumentalisiert wurde und so die politischen Lager in Deutschland zusätzlich polarisierte.

Die bisherigen Darstellungen dieses „Reichslandbundkonfliktes" konnten sich nur auf die offiziellen Stellungnahmen der Kontrahenten in der zeitgenössischen Presse und auf die Dokumente stützen, die in den „Akten der Reichskanzlei", Kabinett Schleicher, abgedruckt worden sind[2]. Mit den im Anschluß abgedruckten Protokollen des Bundesvorstandes des Reichslandbundes ist es nun möglich, die bisherige

[1] Entschließung des Reichslandbundes (RLB) vom 11. 1. 1933, in: Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett von Schleicher. 3. Dezember 1932–30. Januar 1933, bearb. von Anton Golecki, Boppard am Rhein 1986 (künftig: AdR, Kabinett Schleicher), Dokument Nr. 51, Besprechung des Reichskanzlers, des Reichsernährungsministers und des Reichswirtschaftsministers mit Vertretern des Reichs-Landbundes unter Vorsitz des Reichspräsidenten, 11. Januar 1933, 17.30 Uhr, S. 208–214, hier S. 214, Anm. 16.

[2] Wie Anm. 1. Die anderen Dokumente werden weiter unten zitiert.

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sicht auf diese Eskalation der Auseinandersetzung zwischen Reichslandbund und der Regierung um die Perspektive des Reichslandbundes zu ergänzen und Einblick in die inneren Entscheidungsprozesse des Verbandes zu gewinnen.

Der Konflikt zwischen Regierung und Reichslandbund war der Höhepunkt einer Entwicklung, die durch die wieder gestiegene Einflußnahme der Großagrarier auf die Regierungsgeschäfte verursacht wurde. Anstoß für dieses Drängen der „Ostelbier" in die Politik war die Agrardepression, die Ende der zwanziger Jahre die Existenz vieler Bauern und Großgrundbesitzer bedrohte[3]. Die Agrarlobbyisten konnten sich jedoch auf die Unterstützung des Reichspräsidenten Hindenburg verlassen, der davon überzeugt war, daß etwas für die teilweise hoffnungslos verschuldete ostdeutsche Landwirtschaft getan werden mußte[4]. Bereits knapp zwei Wochen vor der Einsetzung Brünings als Reichskanzler, der der erste „Kanzler von Hindenburgs Gnaden" wurde, hatte der Reichspräsident in seiner Osterbotschaft vom 18. März 1930 die Forderung nach einem „großen Osthilfe-Programm"[5] erhoben. Gleichzeitig verlangte er, daß die zu entschuldenden Betriebe in der Hand ihrer Besitzer bleiben sollten[6]. Obwohl die neue Regierung Brüning schon bald ein Osthilfe-Programm auflegte, wurden der Zentrumskanzler und seine Nachfolger mit dem Hinweis auf diese „Osterbotschaft" Hindenburgs immer wieder unter Druck gesetzt, noch mehr für die landwirtschaftlichen Betriebe zu tun[7]. Die Regierung Brüning versuchte, die kurzfristig abzulösenden Schulden der Landwirte durch langfristige, staatliche Kredite zu ersetzen und einen Vergleich mit den Gläubigern zu vermitteln. Nachdem dieser Versuch aber fehlgeschlagen war, setzte eine Pfändungswelle ein, auf welche die Regierung mit einem allgemeinen Sicherungsschutz reagierte. Als Ausgleich wurde verfügt, daß nicht sanierungsfähige Güter enteignet und mit Arbeitslosen aus der Stadt besiedelt werden sollten[8]. Dieses Vorhaben rief den erbitterten Protest der Großagrarier hervor, widersprach es doch der Forderung des Reichspräsidenten, die Betriebe in der Hand der alten Eigentümer zu belassen.

In diesem Streit um das Sicherungsverfahren und die Ost-Siedlung exponierte sich vor allem der Reichslandbund, der schon seit seiner Gründung extrem konservativ eingestellt war[9]. Durch diesen Extremismus isolierte sich der Reichslandbund jedoch

---

[3] Vgl. Dieter Gessner, Agrarverbände in der Weimarer Republik. Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf 1976, S. 83–96.

[4] Hindenburg war zudem seit 1927 selbst Besitzer eines Rittergutes in der Neumark.

[5] Zit. nach Gessner, Agrarverbände, S. 218.

[6] Vgl. Friedrich M. Fiederlein, Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher, Diss. Würzburg 1966, S. 46.

[7] Ein indirekter Hinweis auf die „Osterbotschaft" zuletzt in der Entschließung des RLB vom 11. 1. 1933, wo von den „wiederholten Aufträgen, die der Herr Reichspräsident erteilt hat", die Rede ist. Vgl. AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51, S. 214, Anm. 16.

[8] Zu den Osthilfe-Plänen und ihrer Durchführung vgl. Carl Landauer, Osthilfe, in: Der deutsche Volkswirt 17 (1933), S. 529–534.

[9] Einen brauchbaren – wenn auch tendenziösen – Überblick über die Geschichte des Reichslandbundes in der Weimarer Republik bietet Jochen Cerný, Reichslandbund 1921–1933, in: Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und ande-

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowohl im konservativen Lager, das mit der existierenden Form der Präsidialkabinette nicht unzufrieden war, als auch im Lager der Landwirte[10]. Wenig überraschend ist deshalb, daß bald die NSDAP steigenden Einfluß auf den Verband gewann: Die Nationalsozialisten waren ebenso radikal in ihren Ansichten und boten dem Reichslandbund zudem die in einer Industriegesellschaft nötige Massenbasis[11]. Vor allem aber profitierten sie von der Spaltung der Konservativen in der Frage der Regierungsbeteiligung: Der Konflikt zwischen „Gouvernementalisten" und Fundamentaloppositionellen[12] innerhalb der DNVP blieb nicht ohne Auswirkungen auf den Reichslandbund, der personell eng mit dieser Partei verzahnt war. Zeitversetzt begannen auch hier die Konflikte: Martin Schiele, geschäftsführender Präsident des Reichslandbundes und seit dem 29. März 1930 im Kabinett Brüning Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, verließ nach einer Attacke des DNVP-Vorsitzenden Hugenberg gegen die Regierung bei den Reichstagssitzungen am 12. und 14. April 1930 mit einigen Anhängern die Fraktion der Deutschnationalen. Nachdem die vom Bundesvorstand des Reichslandbundes unterstützte Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei[13] bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 aber nicht den erhofften Erfolg bei den bisherigen Wählern der DNVP gehabt hatte[14], trat Martin Schiele am 11. Oktober 1930 vom Amt des Präsidenten des Reichslandbundes zurück. Sein Versuch, den Reichslandbund von der DNVP abzunabeln, war gescheitert[15]. Neuer Geschäftsführender Präsident des Reichslandbundes wurde Ernst Graf von Kalckreuth. Er bewegte sich politisch mit Hugenberg auf einer Linie, der nach dem überraschenden Erfolg der NSDAP bei der Reichs-

---

rer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945. In zwei Bänden. Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1970, Bd. 2, S. 521–540.

[10] Bereits 1930 beschwerte sich der kleinbäuerliche „Wirtschaftsverband der bäuerlichen Veredelungsarbeit", es sei nicht Aufgabe der Agrarpolitik, „überschuldete und an veralteten Wirtschaftsformen festhaltende Großbetriebe immer weiter durchzuschleppen." Zit. nach Horst Gies, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 15 (1967), S. 341–376, hier S. 356.

[11] Vgl. Wolfang Zollitsch, Adel und adelige Machteliten in der Endphase der Weimarer Republik. Standespolitik und agrarische Interessen, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), Die deutsche Staatskrise, 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 239–256.

[12] Zu dem Gegensatz innerhalb der DNVP und des RLB vgl. Horst Gies, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Der Weg in den Reichsnährstand, in: Zeitgeschichte (Wien) 13 (1985/86), H. 4, S. 123–141; ders., NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen; Dieter Gessner, „Grüne Front" oder „Harzburger Front". Der Reichslandbund in der letzten Phase der Weimarer Republik zwischen wirtschaftlicher Interessenpolitik und nationalsozialistischem Revisionsanspruch, in: VfZ 29 (1981), S. 110–123; ders., Agrarverbände, S. 242–263, und Zollitsch, Adel und adelige Machteliten, S. 247–256.

[13] Vgl. die diesbezügliche Entschließung des Bundesvorstands des RLB, abgedruckt in: „Reichs-Landbund" Nr. 30 vom 26. 7. 1930.

[14] Die „Landvolkpartei" erreichte 3,2 % der abgegebenen Stimmen. Ergebnisse der Reichstagswahlen in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 52 (Berlin 1933), S. 539.

[15] Schon Anfang 1931 kehrte Schiele wieder zur DNVP zurück. Vgl. „Germania" vom 18. 2. 1931.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tagswahl vom 14. September 1930[16] auf eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten hinarbeitete. Als Vertreter des Reichslandbundes beteiligte sich Kalckreuth daher auch an dem Treffen der nationalistischen Opposition in Bad Harzburg im Oktober 1931[17].

Während der Reichslandbund eher durch die drohende politische Isolierung in die Arme der NSDAP trieb, suchten die Nationalsozialisten gezielt, den Reichslandbund mit Hilfe des von Richard Walther Darré aufgebauten „Agrarpolitischen Apparates" unter ihre Kontrolle zu bekommen[18]. Der ursprüngliche Unvereinbarkeitsbeschluß der Mitgliedschaft in NSDAP und Reichslandbund wurde im März 1931 von Hitler durch die Parole „Hinein in den Landbund!"[19] ersetzt. Bereits zum Jahreswechsel 1931/32 konnte es die NSDAP als Erfolg verbuchen, in der Führung des Reichslandbundes zwei Nationalsozialisten plaziert zu haben. Die Aufnahme des Nationalsozialisten Werner Willikens im Dezember 1931[20] in das Präsidium des Reichslandbundes wurde vom deutschnationalen Vorsitzenden des Pommerschen Landbundes schließlich sogar als ein Zeichen für die „geplante engere Verbindung [des Reichslandbundes] zur NSDAP"[21] begrüßt. Einen deutlichen Hinweis auf die Wandlung des Reichslandbundes gab der Reichslandbund-Präsident Graf Kalckreuth in einem vertraulichen Schreiben an den DNVP-Vorsitzenden Hugenberg am 11. Januar 1932. In diesem Brief lehnte er es ab, die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten zu unterstützten, solange dieser nicht „durch entschiedene Schritte eine Tren-

[16] Die NSDAP hatte es geschafft, sich von 2,6 % (12 Sitze) bei den Wahlen im Jahre 1928 auf 18,3 % (107 Sitze) zu steigern. Sie war damit nach der SPD (24,5 %, 143 Sitze) zweitstärkste Fraktion im Reichstag und mehr als doppelt so stark wie die DNVP (7,0 %, 41 Sitze), Angaben in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 52 (Berlin 1933), S. 539.

[17] Vgl. Gessner, Agrarverbände, S. 258, Anm. 145. Graf Kalckreuth war bei dem Treffen der „Harzburger Front" sogar einer der Hauptredner. Auszüge seiner Rede sind abgedruckt in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 72 (1931), S. 226. Vgl. auch Bericht in der „Grünen Wochenschau" vom 10. 11. 1931.

[18] Vgl. Gies, NSDAP und landwirtschaftliche Organisationen.

[19] „Badische Bauernzeitung", 22. 3. 1931, zit. nach: Gessner, Agrarverbände, S. 247.

[20] Das Protokoll der Bundesvorstandssitzung vom 18. 12. 1931, auf der Willikens zum vierten Präsidenten des RLB gewählt wurde, befindet sich im Bundesarchiv Berlin (künftig: BA Berlin), Reichslandbund-Generalia (künftig: 61 Re 1), Nr. 145, Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung des Bundesvorstandes und der Hauptgeschäftsführer des Reichslandbundes vom 18. 12. 1931, Bl. 1d–1i. Um die Wahl Willikens zu ermöglichen, mußte der Bundesvorstand auf seiner Sitzung vom 8. 12. 1931 zunächst die Satzung ändern; vgl. ebenda, Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung des Bundesvorstandes und der Hauptgeschäftsführer des Reichslandbundes vom 8. 12. 1931, Bl. 6–21.

[21] „Pommersche Landpost", 16. 1. 1932. Auch im Reichstag schlug sich die Strategie der NSDAP nieder: Während der Fraktion der DNVP 1929 noch 40 Mitglieder des Reichslandbundes angehört hatten, hatte sich diese Zahl 1932 auf 16 verringert. Die NSDAP hingegen konnte 1932 auf 19 „Landbündler" in den Reihen ihrer Reichstagsfraktion verweisen. (Diese Angaben und die weitere Verteilung von Reichslandbund-Mitgliedern auf die im Reichstag vertretenen Parteien sind zu finden im Organisationsbuch des Reichslandbundes [Jahrbuch des Reichslandbundes]. Bearbeitet und zusammengestellt von der Organisation des Reichslandbundes, [Berlin] Ausgabe 1929, S. 209 f., und Ausgabe 1932, S. 287 f.).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nung von der Linken und ein Bekenntnis zur nationalen Seite vollzogen" habe[22]. Zu dieser Wende kam es in den Augen des Reichslandbundes nicht: Bei den Reichspräsidentenwahlen im Frühjahr 1932 unterstützte der von den Großagrariern dominierte Verband den Kandidaten der NSDAP, Adolf Hitler.

II.

Nun könnte man meinen, zwischen der NSDAP und dem Reichslandbund habe somit ein stabiles Bündnis bestanden. Trotzdem ließen sich die Nationalsozialisten nicht davon abhalten, publizistische Angriffe gegen Großagrarier durchzuführen.

Der Fraktionsführer der NSDAP im Preußischen Landtag, Wilhelm Kube, beschwerte sich am 12. Oktober 1932 im „Völkischen Beobachter" in einem Leitartikel, daß einigen „deutsch-nationalen Großgrundbesitzern" Millionen „unter der Marke ‚Osthilfe' und ‚Umschuldungsverfahren'" gegeben werden, während „der Bauer darbt und hungert"[23]. Am 2. November 1932 stellte die NSDAP im Preußischen Landtag eine parlamentarische Anfrage an das preußische Staatsministerium, ob der Regierung bekannt sei, daß einige Osthilfe-Kommissare „ihre eigenen landwirtschaftlichen Betriebe oder solche nächster Anverwandter unter mißbräuchlicher Benutzung von öffentlichen Mitteln" umgeschuldet hätten. In diesem Zusammenhang und bei der Behandlung der Anfrage im Hauptausschuß des Preußischen Landtages am 12. und 13. Dezember 1932 wurden auch die Namen einiger deutschnationaler Gutsbesitzer genannt[24]. Selbst Hindenburg wurde im Zusammenhang mit der Vergabe von Osthilfe Bestechlichkeit vorgeworfen[25].

Auf diese Weise waren die „Ostelbier" erstmals aufgrund von Unregelmäßigkeiten beim Osthilfebezug öffentlich ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Auffällig dabei war, daß die Aggressionen vom äußersten rechten Rand kamen und sich erklärtermaßen gegen Großagrarier richteten, die Mitglieder der DNVP waren. Diese Attacken auf die DNVP und den Reichspräsidenten erscheinen insofern als Reaktion auf die Brüskierung Hitlers bei seinen Versuchen, im Herbst 1932 Nachfolger des gestürzten Reichskanzlers Franz von Papen zu werden. Die Angriffe der Nationalsozialisten

---

[22] Vertraulicher Brief Kalckreuth an Hugenberg vom 11.1. 1932, in: BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Bl. 1.

[23] „Völkischer Beobachter", 12.10. 1932.

[24] Anfrage der NSDAP vom 2.11. 1932, in: Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtages (Anlagen zu den Sitzungsberichten), 1. (einziger) Bd. 764 der Gesamtreihe, Berlin 1933, hier S. 510, Drucksache Nr. 1167, Große Anfrage Nr. 67 der NSDAP. Über die Sitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtages am 12./13. 12. 1932 vgl. auch „Vorwärts", 14. 12. 1932.

[25] In der von dem ehemaligen Hindenburg-Gefährten Ludendorff herausgegebenen Zeitschrift „Die Volkswarte" wurde die Schenkung des Gutes Neudeck an Hindenburg als ein Bestechungsversuch der Großagrarier gewertet, um mehr Osthilfe zu erhalten. Vgl. Die Volkswarte, Folge 47, 27.11. 1932; Folge 48, 4.12. 1932, Folge 49, 11.12. 1932. Zum gesamten Vorgang vgl. Wolfgang Weßling, Hindenburg, Neudeck und die deutsche Wirtschaft. Tatsachen und Zusammenhänge einer Affäre, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 64 (1977), S. 41–74.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lassen sich also auch als Gradmesser für die Beziehungen zur DNVP bzw. zum Reichspräsidenten werten. Denn interessanterweise hörten diese Attacken gegen Hindenburg und seine Umgebung auf, nachdem sich Hitler mit Franz von Papen, der immer noch das Vertrauen des Reichspräsidenten besaß, am 4. Januar 1933 in Köln getroffen hatte. Goebbels notierte nach diesem Treffen: „Arrangement mit uns vorbereitet. Entweder die Kanzlerschaft oder Ministerien der Macht. Wehr und Innen."[26] Angesichts dieses sich abzeichnenden „Arrangements" schien es der NSDAP ratsam, pfleglicher mit dem Reichspräsidenten und seiner Kamarilla umzugehen.

Im Reichslandbund hingegen bemühten sich die Funktionäre schon vor dem 4. Januar, die Spannungen zwischen DNVP und NSDAP auszugleichen. Nachdem Hitler, der Wunschkandidat des Reichslandbundes für das Amt des Regierungschefs, am 19. und 21. November 1932 zum wiederholten Male mit seinen Bemühungen gescheitert war, Reichskanzler zu werden, wurde es vom Reichslandbund als wichtigste politische Aufgabe gesehen, das eigene Beispiel auf die großen Rechtsparteien zu übertragen. Aus dem Protokoll der Bundesvorstandssitzung des Reichslandbundes am 29. November 1932 läßt sich die Strategie ablesen, die der Verband als Konsequenz der Ereignisse der vergangenen Tage in den nächsten Wochen verfolgen wollte (Dokument 1): So wie in den eigenen Reihen „der gemeinschaftliche Weg [. . .] gefunden und in gerader Linie innegehalten" worden sei, wollten die Agrarlobbyisten nun auch die „nationale Bewegung zu einer Einheit" bringen. Angesichts des unwilligen Hindenburg appellierte der politische Direktor des Reichslandbundes, Arno Kriegsheim, auf dieser Bundesvorstandssitzung, die gesamte nationale Bewegung solle den Beweis erbringen, „daß sie aus sich selbst heraus in der Lage" sei, „gemeinschaftliche Aktionen durchzuführen und aus der tatsächlichen inneren Verbundenheit heraus eine Führung herzustellen, die eine nachhaltig gemeinschaftliche Politik betreiben" könne[27]. Der Reichslandbund-Präsident Graf Kalckreuth hatte deshalb bereits ein Treffen Adolf Hitlers mit dem DNVP-Vorsitzenden Hugenberg initiiert, das am 23. November 1932 im Hause des Reichslandbundes zustande kam. „Leider", so mußte Kriegsheim auf der Bundesvorstandssitzung am 29. November feststellen, habe dieses Treffen aber erst stattgefunden, „nachdem die augenblickliche Entwicklung schon entschieden war", das heißt, nachdem sich Hitlers vorläufiges Scheitern auf dem Weg zur Macht abzeichnete. Trotzdem hoffte er, daß sich diese Besprechung „aber doch wertvoll als ein neuer Anfang"[28] erweisen werde. Die aktuellen Bemühungen des Reichspräsiden-

[26] Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Sämtliche Fragmente, Teil 1, hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und in Verbindung mit dem Bundesarchiv, Bd. 2: 1931–1936, München 1987, S. 331 f., 10. 1. 1933.

[27] BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Bericht des Direktors Kriegsheim über die politische Lage und die Entwicklung in den letzten Wochen, im Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung des Bundesvorstandes mit den Hauptgeschäftsführern am 29. 11. 1932, vom 7. 12. 1932, Bl. 199–209.

[28] Ebenda. Kriegsheim spielte hier auf die Ablehnung Hitlers durch Hindenburg am 21. 11. 1932 an, die allerdings erst am 24. 11. 1932 offen ausgesprochen und an die Presse gegeben wurde. Vgl. Heinrich A. Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München 1993, S. 544 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, eine Regierung ohne Hitler und Hugenberg zustande zu bringen, betrachtete er daher mit Gelassenheit: „Was jetzt aus den Kabinettsintrigen auch herauskommen mag, wird eine Übergangsregelung sein, gleichviel wer an der Spitze steht."[29] Obwohl Deutschnationale und Nationalsozialisten zu diesem Zeitpunkt noch nicht an einen gemeinsamen „neuen Anfang" zu glauben schienen[30], fühlte man sich im Reichslandbund demnach offenbar berufen, das Seinige zu tun, um den Antritt einer Regierung Hitler/Hugenberg nach Kräften zu beschleunigen: Während Schleicher in den Zeitungen noch mehr gerüchtehalber als nächster Reichskanzler gehandelt wurde[31], überlegte sich demnach der Reichslandbund, wie er am schnellsten zu stürzen sei.

III.

Kurt von Schleicher hatte schon im Februar 1931 in einem Brief an Heinrich Brüning die Ansicht geäußert, daß es kein Mittel gäbe, „die Landwirtschaft von heute auf morgen wieder wohlhabend und dadurch gemäßigt konservativ zu machen"[32]. Infolgedessen versuchte er wohl auch gar nicht, die von ihm geführte Regierung auf das Wohlwollen der Großagrarier zu stützen. Statt dessen bot er den Großagrariern bald genügend Angriffsfläche. Zum einen kokettierte der offiziell am 3. Dezember 1932 eingesetzte Reichskanzler damit, ein „sozialer General" zu sein[33], weil er hoffte, auf diese Weise eine breitere Unterstützung von den Gewerkschaften bis zum „realpolitischen" Flügel der NSDAP um Gregor Straßer zu erlangen[34]. Was in den Augen der Rittergutsbesitzer aber noch schwerer wog, war das Engagement Schleichers für die Siedlung im Osten Deutschlands. Diese betrachtete er in erster Linie von der Warte des Militärs aus: „Für die Landesverteidigung ist es eine Lebensfrage, daß an der Ostgrenze eine mit ihrem Boden verwurzelte Bevölkerung steht."[35] In seiner Regierungserklärung vom 15. Dezember bezeichnete der Reichskanzler dieses Projekt

[29] Wie Anm. 27.

[30] Zur Haltung der DNVP und insbesondere Hugenbergs vgl. Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Band III: Von Brüning zu Hitler. Der Wandel des politischen Systems in Deutschland 1930–1933, Berlin 1992, S. 1021–1026.

[31] Vgl. „Vorwärts", 29. 11. 1932.

[32] Brief Schleichers an Brüning vom 24. 2. 1931, in: Bundesarchiv-Militärarchiv, Nachlaß Schleicher, N 42/54, zit. nach: Hans Erich Volkmann, Deutsche Agrareliten auf Revisions- und Expansionskurs, in: Martin Broszat/Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 334–388, hier S. 346.

[33] So in seiner im Rundfunk übertragenen Regierungserklärung vom 15. 12. 1932, in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 25, S. 101–117, hier S. 109.

[34] Zu diesem sogenannten „Querfront"-Konzept vgl. Axel Schildt, Militärdiktatur auf Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1981.

[35] Rundfunkrede Schleichers am 26. 7., in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 73 (1932), S. 128–131, hier S. 131. Diesen Gedanken führte er in seiner Regierungserklärung vom 15. 12. 1932 nochmals aus. Vgl. AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 25, S. 104.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als eines seiner Hauptvorhaben und verknüpfte es zudem mit der Idee der Arbeitsbeschaffung[36]. Im Verbandsorgan des Reichslandbundes wurde Schleicher daraufhin gewarnt, daß er mit der „Massensiedlung" an Pläne anknüpfe, „die das Kabinett Brüning zum Scheitern brachten"[37]. Die Stimmung gegen Schleicher heizte sich noch weiter auf, als das Kabinett am 19. Dezember den Vollstreckungsschutz für nicht entschuldungsfähige Landwirtschaftsbetriebe aufhob. Der Reichslandbund empörte sich prompt über diese „unheilvolle und bolschewistische Absicht"[38]. Ein eilig von der Regierung am 21. Dezember beschlossener „Butterbeimischungszwang" für Margarine hatte nur zur Folge, daß Schleicher noch mehr Gegner erwuchsen: Diese Maßnahme sollte den Absatz der deutschen Milchwirtschaft steigern; sie hätte aber zu einer erheblichen Preissteigerung der Margarine, des „wichtigsten Volksnahrungsmittels"[39], geführt. Die Front der Ablehnung gegen diese Notverordnung reichte von den Unternehmerverbänden bis zu den Gewerkschaften.

Der Reichslandbund führte seine aggressive Strategie unterdessen ungerührt weiter. Der Pommersche Landbund, der angriffslustigste und mit seinen knapp 150 000 Mitgliedern zudem der einflußreichste Landesverband des Reichslandbundes[40], schickte Anfang Januar 1933 ein Telegramm an Hindenburg, in dem der Reichspräsident gebeten wurde, „das Landvolk gegen ein Versagen des Kabinetts" zu schützen und vorerst allgemeinen Vollstreckungsschutz anzuordnen. Bis dahin werde „das pommersche Landvolk seine Scholle und seine Arbeitsstelle mit den letzten Mitteln verteidigen"[41]. Da Schleicher es trotz dieser Attacken immer noch ablehnte, einige, wie es in liberalen Zeitungen hieß, „ausschweifende Forderungen"[42] des Reichslandbundes zu erfüllen, bereitete dieser am 11. Januar 1933 den entscheidenden Schlag gegen die Regierung vor. Anhand des Protokolls der Sitzung des Bundesvorstandes des Reichslandbundes an diesem Tag läßt sich der Verlauf dieser Aktion rekonstruieren (Dokument Nr. 2)[43]: Der geschäftsführende Präsident Graf Kalck-

---

[36] Wie Anm. 33, S. 104.

[37] „Reichslandbund" 12 (1932), Zit. nach: Fiederlein, Der deutsche Osten, S. 427. Zu den Widerständen der Großagrarier im Mai 1932 gegen die Siedlungsverordnung des Reichskommissars für die Osthilfe, Hans Schlange-Schöningen, vgl. die Briefe des Direktors der Ostpreußischen Landgesellschaft, Freiherr von Gayl, vom 24. 5. 1932 und des Grafen Kalckreuth vom 24. 5. 1932 an Hindenburg und die Antwortschreiben des Staatssekretärs Meissner vom 26. 5. 1932, in: Politik und Wirtschaft in der Krise 1930–1932. Quellen zur Ära Brüning. Eingeleitet von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst, Bd. 4/II, Düsseldorf 1980, S. 1486–1499; vgl. auch Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 538–551.

[38] So die dem RLB nahestehende „Preußische Zeitung" am 6. 1. 1933.

[39] So die Einschätzung der freien Gewerkschaften, zit. nach: Winkler, Weimar, S. 564.

[40] Zu den Mitgliederzahlen des Reichslandbundes vgl. Organisationsbuch des Reichs-Landbundes, Ausgaben 1928, 1929, 1932.

[41] Zit. nach: „Der Angriff", 4. 1. 1933; siehe auch BA Berlin, RLB-Pressearchiv, Bd. 8970, Bl. 114.

[42] Kommentar des liberalen „8-Uhr-Abendblatt", 6. 1. 1933.

[43] BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Bl. 245–253, Bericht über die gemeinschaftliche Bundesvorstandssitzung vom 11. 1. 1933, erstellt am 4. 2. 1933.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reuth berichtete über seine Besprechung mit Schleicher, die fünf Tage zuvor stattgefunden hatte. Nach dieser Aussprache hatte er anscheinend den Eindruck gewonnen, daß ein Ende der „Enttäuschungen" durch den Reichskanzler nicht mehr zu erwarten sei. Somit sah er die Stunde für eine scharfe Entschließung gekommen, deren schon vorliegenden Entwurf er daraufhin vortrug. Diesen Entwurf hatten offensichtlich nationalsozialistische Mitglieder der Reichslandbund-Führung eingebracht – stilistisch jedenfalls paßte sich die Entschließung bruchlos in die NS-Propaganda ein. So wurde darin zum Beispiel von den „allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten"[44] gesprochen.

In der anschließenden Aussprache über die Entschließung wurde noch einmal die Stoßrichtung dieses Angriffes genau abgestimmt. Denn seit der letzten Bundesvorstandssitzung am 29. November 1932 hatte sich die Einstellung zum Reichspräsidenten geändert. Während der Bundesvorstand damals entschlossen schien, eine Regierung Hitler/Hugenberg auch ohne die Zustimmung Hindenburgs vorzubereiten, waren sich seine Mitglieder am 11. Januar 1933 wieder bewußt, daß der Reichspräsident die entscheidende Person in diesem Spiel war. Eine Regierung ließ sich vielleicht durch Druck von außen stürzen, doch eine neue Regierung benötigte die Unterstützung Hindenburgs. Außerdem erkannte der Bundesvorstand des Reichslandbundes wohl, wie wichtig ein gutes Ansehen bei Hindenburg war, denn der direkte Zugang des Reichslandbundes zum Reichspräsidenten machte den wesentlichen Teil des politischen Einflusses des Großagrarier-Verbandes aus. Deshalb unterschied Präsident von Bethge in seiner Stellungnahme zur Entschließung deutlich zwischen dem „Versagen" der Regierung in der Agrarpolitik und dem „Willen der Spitze"[45], das heißt des Reichspräsidenten. Auch in der Entschließung selbst fand sich diese Unterscheidung, die den Reichspräsidenten von der Kritik des Reichslandbundes ausnahm und somit einer Verstimmung Hindenburgs vorbeugen sollte.

Im Anschluß an die Abstimmung über die Entschließung, die mit einigen unwesentlichen Änderungen angenommen wurde, machte der Vorsitzende des Ostpreußischen Landbundes, Kurt Strüvy, den Vorschlag, sofort zum Reichspräsidenten zu gehen und ihn direkt um die Verlängerung des Vollstreckungsschutzes zu bitten – nach Meinung Strüvys „eine Maßnahme, die kein Geld kostet und unbedingt erforderlich ist"[46].

Tatsächlich wurde die Delegation des Reichslandbundes wenig später von Hindenburg empfangen. Die bereits in den Akten der Reichskanzlei abgedruckten Protokolle der beiden Besprechungen – der ersten am Mittag folgte eine zweite Besprechung am frühen Abend, an der dann auch der Reichskanzler und die Minister für Ernährung und Wirtschaft teilnahmen – offenbaren den für den Reichslandbund er-

[44] Ebenda.

[45] Ebenda.

[46] So äußerte sich Strüvy in der zweiten Besprechung mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und den Reichsministern für Ernährung und Wirtschaft, die am Nachmittag des 11. 1. 1933 stattfand. Vgl. AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51, S. 210.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

freulichen Verlauf der Verhandlungen mit der Regierung[47]. Obwohl Hindenburg Schleicher und seine Minister gegen den Vorwurf in Schutz nahm, zu wenig für die Landwirtschaft getan zu haben[48], stellte er sich in der entscheidenden Frage doch wieder auf die Seite des Reichslandbundes: Er drängte den Kanzler, seine Vorbehalte gegen die Verlängerung des Vollstreckungsschutzes fallen zu lassen. Schleicher sagte daher schließlich zu, schon am nächsten Tag mit den zuständigen Ministern die „Frage des Vollstreckungsschutzes" zu besprechen, obwohl er in der Besprechung eindringlich vor „einer völligen Vereisung des Wirtschaftslebens durch einen generellen Vollstreckungsschutz"[49] gewarnt hatte. Dank des persönlichen Einsatzes des Reichspräsidenten hatte sich der Reichslandbund in der Sicherungsfrage wieder durchgesetzt.

Doch trotz Schleichers Einlenken beim Vollstreckungsschutz gab es immer noch Fragen, in denen der Reichskanzler hart blieb. Graf Kalckreuth konnte dem Bundesvorstand am Abend daher zwar berichten, daß sich Hindenburg „sehr warm" für einen besseren Vollstreckungsschutz eingesetzt habe, Schleicher jedoch habe sich nicht über die Höhe der Zölle für ausländische Agrarprodukte äußern wollen[50].

Zu diesem Zeitpunkt wurde dem Plenum des Bundesvorstandes ein Anruf aus dem Büro des Reichspräsidenten gemeldet – aus der Wilhelmstraße erkundigte sich Ministerialrat Heinrich Doehle, wann die scharfe Entschließung des Reichslandbundes an die Medien geleitet wurde[51]. Dies war sofort nach deren Annahme durch den Bundesvorstand geschehen, jedoch mit dem Sperrvermerk, den Text erst am Abend zu veröffentlichen[52]. Durch einen Bericht Doehles über die Ereignisse des 11. Januar 1933 ist nachvollziehbar, wie dieser Angriff des Reichslandbundes vom Reichspräsidenten und vom Reichskanzler aufgenommen wurde (Dokument 3)[53]. Aus ihm läßt sich insbesondere die Überraschung herauslesen, die das Bekanntwerden der Entschließung des Reichslandbundes im Regierungsviertel verursachte. Die Regierung erkannte nun, daß es dem Reichslandbund weder auf Kompromisse noch auf ein Mindestmaß an Zusammenarbeit ankam. Selbst Hindenburg, der den Vertretern des Reichslandbundes gegenüber sonst so nachsichtig aufgetreten war, bekundete laut Doehles Bericht „sein äußerstes Befremden" über die Formulierung und die Weise der Veröffentlichung der Entschließung. Die Beamten der Reichskanzlei und des Büros des Reichspräsidenten verfaßten noch am gleichen Abend unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Presseerklärung, in der die Vorwürfe des Reichslandbundes als demagogisch und „sachlich unbegründet" zurückgewiesen wurden und mit welcher

[47] Abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 50, Empfang des Präsidiums des Reichs-Landbundes durch den Reichspräsidenten. 11.1. 1933, 13 Uhr, S. 206 ff., und ebenda, Dokument Nr. 51, S. 208–214.

[48] Vgl. ebenda, S. 210.

[49] Ebenda, S. 211.

[50] Vgl. Dokument 2.

[51] Ebenda.

[52] Vgl. „Vossische Zeitung", 12.1. 1933.

[53] BA Berlin, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 333, Blatt 112 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Abbruch der Beziehungen zwischen Reichsregierung und Reichslandbund erklärt wurde. Besonderer Wert wurde auf die Feststellung gelegt, daß die Entschließung weder Schleicher noch Hindenburg zugeleitet worden war. „Wäre dies der Fall gewesen, so würde der Herr Reichspräsident von einem Empfang des Reichslandbundes abgesehen haben", hieß es in der Verlautbarung der Reichskanzlei[54], die vor ihrer Veröffentlichung am 12. Januar 1933 noch Hindenburg zur Genehmigung vorgelegt wurde.

Angesichts dieses Hinweises auf Hindenburg geriet das Präsidium des Reichslandbundes in Sorge, ob der Reichspräsident trotz aller Vorsichtsmaßnahmen doch verärgert sein könnte. Während das Präsidium in einer Gegenstellungnahme zum Abbruch der Beziehungen durch Schleicher die Beschuldigungen gegen die Reichsregierung aufrechterhielt[55], wurde am gleichen Tag ein devoter Brief an „den Herrn Reichspräsidenten" geschickt. In diesem Schreiben entschuldigte sich das Präsidium dafür, bei der Besprechung nicht „ausdrücklich" auf die Entschließung aufmerksam gemacht zu haben – dies sei „ohne Nebenabsicht" geschehen[56]. Das Präsidium drückte jedoch seine Freude über die Fortschritte in der Frage des Vollstreckungsschutzes aus. Die Sorgen des Reichslandbundes waren allerdings unbegründet: Trotz der Verstimmung des Reichspräsidenten über die „scharfe Fassung der Erklärung sowie über das Verhalten des Reichslandbundes" wurde der Reichslandbund in den folgenden Tagen vom Büro des Reichspräsidenten über den Verlauf der Verhandlungen über die Vollstreckungsschutz-Verordnung auf dem laufenden gehalten. Dies veranlaßte später den Reichslandbund-Direktor Kriegsheim zu der Prahlerei: „Die ganze Sacharbeit lief zwischen uns und dem Herrn Reichspräsidenten weiter"[57].

IV.

Die Reaktionen auf den „Reichslandbundkonflikt" ließen die Lagerbildung in der deutschen Gesellschaft wieder klar hervortreten. In der Öffentlichkeit wurde jedoch zunächst nur auf die Entschließung des Reichslandbundes eingegangen, denn die Notverordnung über die Verlängerung des Vollstreckungsschutzes machte die Regierung erst am 17. Januar bekannt.

Die nationalsozialistischen Blätter stellten sich naturgemäß hinter den Reichslandbund[58] – in der NSDAP war der Drang zu verspüren, sich an dem offensichtlich so

[54] Amtliche Verlautbarung des Reichskanzlers vom 11. 1. 1933, veröffentlicht am 12. 1. 1933, abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51, S. 214, Anm. 16.

[55] Vgl. ebenda.

[56] BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Durchschlag des Briefes des Präsidiums des RLB vom 12. 1. 1933 an Hindenburg, Bl. 231.

[57] Antwort des Reichspräsidenten an den RLB vom 17. 1. 1933, in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51, S. 215, Anm. 16; vgl. BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Durchschlag des Briefes von Graf Kalckreuth an Hindenburg vom 20. 1. 1933, Blatt 224–235; Zitat in: Ebenda, Bericht der gemeinschaftlichen Bundesvorstandssitzung am 14. 2. 1933.

[58] „Völkischer Beobachter", 13. 1. 1933. Vgl. auch den Artikel in der „Preußischen Zeitung" vom 12. 1. 1933 über den angeblichen Verlauf der Besprechung zwischen Reichskanzler und RLB am 11. 1. 1933.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wirkungsvollen Angriff der Parteigenossen im Reichslandbund zu beteiligen[59]. Die Attacke paßte der NS-Spitze „gut in den Kram", wie Goebbels später in sein Tagebuch notierte[60]. Wie hervorragend in dieser Situation die Kommunikation zwischen dem Reichslandbund und der NSDAP funktionierte, verdeutlicht zudem folgende Tatsache: Bereits am 13. Januar 1933 konnte der nationalsozialistische „Angriff" nach Mitteilung „aus gut unterrichteten Landbundkreisen" über den „sehr herzlich gehaltenen Brief" des Reichslandbund-Präsidenten an Hindenburg vom 12. Januar 1933 berichten. Veröffentlicht wurden dieser Brief und das Antwortschreiben aus dem Büro des Reichspräsidenten aber erst am 21. Januar 1933 in der „Grünen Wochenschau" – nachdem die neue Vollstreckungsschutz-Verordnung publik gemacht worden war.

Der deutschnationalen Seite kam der Konflikt der Großagrarier mit der Regierung hingegen ungelegen, weil sie befürchtete, daß sich die NSDAP so auf Kosten der DNVP profilieren konnte[61]: Die Nationalsozialisten wurden von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" belehrt, daß die NSDAP zwar aus einem neuen Wahlkampf als größte Partei hervorgehen dürfte, „aber was nützt ihr dieser Erfolg, wenn es ihr nicht gelingt, sich mit den bürgerlichen Gruppen der nationalen Bewegung zu einheitlichem Handeln zusammenzuschließen"[62]?

Die Linie der Nationalsozialisten war schließlich erfolgreich. Als sich bei den Landtagswahlen im Kleinstaat Lippe am 15. Januar 1933 eine Trendwende zugunsten der NSDAP abzuzeichnen schien, führte die DNVP-Spitze dies auf den Reichslandbund-Angriff zurück. Obwohl sich Hugenberg noch am 13. Januar mit dem Reichskanzler getroffen hatte, wandte er sich nach der Lippewahl aufgrund der Wahlergebnisse von Schleicher ab und traf sich am 17. Januar mit Hitler. Zwar konnten sich die beiden Parteiführer bei diesem Treffen nicht über alle Punkte einer Zusammenarbeit einigen, doch hatte sich Hugenberg nach Einschätzung seines Vertrauten Quaatz „ziemlich mit Hitler gefunden"[63]. Nur wenige Tage später folgte die Reichstagsfraktion der DNVP ihrem Vorsitzenden und verabschiedete eine Entschließung, in der sie dem Kabinett entschiedene Opposition ankündigte[64]. Diesen endgültigen Bruch

[59] Vgl. den offenen Brief von Walther R. Darré an den Reichskanzler vom 13. 1. 1933, abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 53, S. 218 ff.

[60] Fröhlich (Hrsg.), Goebbels-Tagebücher, Teil 1, Bd. 2, S. 338, 15. 1. 1933 (nur im Zusatz für die Buchfassung „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei").

[61] Vgl. „Germania", 13. 1. 1933, die diese Zwickmühle der Deutschnationalen erkannt hat.

[62] „Deutsche Allgemeine Zeitung", 13. 1. 1933, in: BA Berlin, RLB-Pressearchiv, Bd. 7942, Bl. 164. Zur Reaktion des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) vgl. dessen offenen Brief vom 12. 1. 1933, abgedruckt in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 74 (1933), S. 12 f. Zur Reaktion der kleinbäuerlichen Landwirtschaftsverbände vgl. den Kommentar der christlich-nationalen Zeitung „Der Landbote" vom 12. 1. 1933, in: BA Berlin, RLB-Pressearchiv, Bd. 7943, Bl. 8.

[63] Einschätzung des Hugenberg-Vertrauten und DNVP-Abgeordneten Quaatz in: Hermann Weiß/Paul Hoser (Hrsg.), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933, München 1989, S. 222 f.

[64] AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 64, Entschließung der Reichstagsfraktion der DNVP vom 21. Januar 1933, S. 282 f.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Deutschnationalen mit Schleicher und dessen daraus folgende Isolierung schrieben sich die Herren des Reichslandbundes als persönlichen Verdienst auf ihre Fahnen. Das Protokoll ihrer Bundesvorstandssitzung vom 14. Februar 1933 gibt die Zufriedenheit und beginnende Selbststilisierung der Großagrarier wieder, die an diesem Tage die Ereignisse seit dem 11. Januar rekapitulierten. Zwei Wochen nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten wähnten sich die Landbündler, die ihre innere Gleichschaltung längst vollzogen hatten, am Ziel ihrer Wünsche (Dokument 4)[65]: Ihr „Keulenschlag vom 11. Januar" sei, so sah es der politische Direktor Kriegsheim in seiner Bilanz der Aktivitäten der Verbandsmitglieder in den vergangenen Wochen, „zum Segen für die deutsche Politik geworden"[66].

Dokument 1

27.11. 1932: Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung des Bundesvorstandes und der Hauptgeschäftsführer des Reichslandbundes vom 7. Dezember 1932[1]

1.) Der Kampf des Reichs-Landbundes

Graf Kalckreuth[2] eröffnet die Sitzung und gibt das Wort Herrn Direktor Kriegsheim[3] zu Ausführungen über die politische Lage.

Kriegsheim berichtet über die politische Lage, insbesondere über die Entwicklung der letzten Wochen. Das ganze deutsche Führungsproblem beruht, von uns aus gese-

[65] BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung des Bundesvorstandes und der Hauptgeschäftsführer des Reichslandbundes vom 14.2. 1933, Bl. 258–266.

[66] Ebenda.

[1] BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Bl. 199–209. Vervielfältigtes Exemplar für den politischen Direktor des Reichslandbundes, Arno Kriegsheim, Datum: 7.12. 1932, Verfasser des Berichtes: Dr. Wenzel (Chef der Präsidialkanzlei des RLB), Dauer der Sitzung: 9.00–13.00 Uhr. Anwesend waren: a) die Präsidenten des RLB: Graf Kalckreuth, Bethge, Willikens, Lind; b) die Vertreter der Landbünde: Pötzsch, Schule (Anhalt), Freiherr von Thüngen, Brügel (Bayern), Jacobs, Heuer (Brandenburg), Gieseke, Blasius (Braunschweig), Wege, Heyne (Grenzmark), Justi, Sporkhorst (Kurhessen), Cordes, Biese (Hannover), Mannitz (Lübeck), Dr. Wendhausen (Mecklenburg-Schwerin), von Michael (Mecklenburg-Strelitz), Hepp (Nassau), Battermann, Müller (Oldenburg-Bremen), Strüvy (Ostpreußen), von Rohr-Demmin, von Oertzen (Pommern), Schickert (Rheinpfalz), Schmitz (Mittel- und Niederrhein), Pies (Oberrhein), Schladebach, Feldmann (Freistaat Sachsen), Freiherr von Münchhausen, von Goldacker, Burchardt (Provinz Sachsen), von Rohr-Manze, Höfler (Schlesien), Tönnsen (Schleswig-Holstein), Baum, Abicht, Mackeldey (Thüringen), Freiherr von Stauffenberg (Württemberg), Jünger (Westfalen), Schlimpert, Boeß, Palm (Reichslandjugendbund); c) die Direktoren: Kriegsheim, von Sybel, Boeß, Dr. Siburg, von Woedtke; d) als Schriftführer: Dr. Wenzel. Nicht erschienen waren die Vertreter der Landbünde von Baden, Hessen, Waldeck. Tagesordnung: 1. Die Lage, 2. Verschiedenes.

[2] Eberhard Graf von Kalckreuth (1881–1914), 1924–1928 neben Karl Hepp (*1889) Präsident des RLB, dann wieder nach dem Rücktritt von Martin Schiele (1870–1939) ab Oktober 1930 bis Mai 1933 Geschäftsführender Präsident des RLB.

[3] Arno Graf von Kriegsheim (*1880), Großgrundbesitzer, Major a.D., Mitglied der „Gesellschaft zum Studium des Faschismus" und des „Vorläufigen Reichswirtschaftsrates", politischer Direktor des RLB.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hen darauf: Gelingt es, die maßgebenden nationalen Führerpersönlichkeiten zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenzufassen? Das ist bisher daran gescheitert, daß man sich im Kreise dieser Führerpersönlichkeiten noch Illusionen hingab und daß es nicht gelang, die nationale Bewegung zu einer Einheit zu bringen. Es bedurfte einer Unzahl von Einwirkungen, um die Bedenken des Reichspräsidenten gegen den Führer der NSDAP zu verringern. Eine Reihe von Persönlichkeiten aus dem Kreise um den Reichspräsidenten, aus dem Kreise seiner amtlichen und sonst ihm nahestehenden Berater haben sich nicht entschließen können, dem Reichspräsidenten zu sagen, daß die Berufung von Hitler der einzige Weg sei, der zur Rettung der Nation in der gegenwärtigen Lage führen könne und daß Hitler als Chef des Präsidialkabinetts berufen werden müßte. Von namhaften Führern der Wirtschaft ist dem Reichspräsidenten eine entsprechende Denkschrift unterbreitet [worden], die auch die Unterschrift des Grafen Kalckreuth trägt[4]. Es ist schließlich gelungen, beim Reichspräsidenten die Bereitschaft zur Berufung Hitlers unter gewissen Bedingungen und Sicherungen[5] zu erreichen. Von außen gesehen, erschien das als eine starke Wendung des Reichspräsidenten zum Parlamentarismus. Von innen gesehen, war es die einzige Möglichkeit, Hitler den Weg freizumachen. Hitler kam nach Ablehnung des Hindenburg-Vorschlages zu seinem besonderen Vorschlage[6] aus dem Grundgedanken heraus, eine Situation zu schaffen, daß bei Neuwahlen Hindenburg und Hitler gegen das Parlament zusammengehen mußten, also gerade die ausschließliche Verbindung zwischen Nationalsozialismus und Staatsführung herbeizuführen, die Hindenburg und seine Berater unter allen Umständen vermeiden wollten. An dieser beiderseitigen Einstellung mußte die Berufung Hitlers scheitern. Wir haben damit eine Wiederholung des 13. August erlebt[7], dar-

---

[4] Damit ist die Eingabe gemeint, die Hindenburg am 19.11. 1932 übergeben wurde. Diese Eingabe wurde von Mitgliedern des sogenannten „Keppler-Kreises" unterstützt, der versuchte, eine Verbindung zwischen den Spitzen der Industrie und der NSDAP aufzubauen. Die Eingabe ist abgedruckt u.a. in: Eberhard Czichon, Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967, S. 69ff.; zur Bewertung der Eingabe vgl. Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981, S. 137ff.

[5] Hindenburg erklärte sich während einer Besprechung mit Hitler am 19.11. 1932 bereit, ihn mit der Bildung einer Regierung zu beauftragen, falls Hitler Koalitionspartner für eine Regierung fände. Außerdem behielt Hindenburg sich die Ernennung des Ressorts Inneres und Äußeres vor. Diese Bedingung des Reichspräsidenten widersprach jedoch der Weimarer Reichsverfassung, nach welcher der Reichspräsident die Minister auf Vorschlag des Reichskanzlers ernennt. Vgl. Winkler, Weimar, S. 540–545.

[6] Hitler forderte von Hindenburg die Vollmachten des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung, d.h. die Führung eines Präsidialkabinetts. Siehe dazu das Protokoll der Unterredung Hitlers mit Hindenburg am 21.11. 1932, abgedruckt in: Akten der Reichskanzlei, Das Kabinett von Papen, 1.Juni–3.Dezember 1932, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1989 (künftig: AdR, Kabinett Papen), Bd. 2, Dokument Nr. 224, Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten mit dem Führer der NSDAP Hitler am 21.11. 1932. 10.30 Uhr, S. 988–992; Briefwechsel zwischen Hitler und dem Staatssekretär Meissner vom Reichspräsidialamt zur Frage „Präsidial- oder Mehrheitskabinett", vollständig abgedruckt in: Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich 1918 bis heute, Berlin 1932, S. 383–394.

[7] Am 13.8. 1932 scheiterte Hitler mit seinem Versuch, von Hindenburg mit der Bildung einer Regierung beauftragt zu werden. Statt dessen erschien am Abend des gleichen Tages ein amtliches Kom-

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

an ändert nichts, daß die Vorgänge sich diesmal in friedlicheren Formen abgewickelt haben.

Dieser Zustand ist nur zu überwinden, wenn die gesamte nationale Bewegung den Beweis erbringt, daß sie aus sich selbst heraus in der Lage ist, gemeinschaftliche Aktionen durchzuführen und aus der tatsächlichen inneren Verbundenheit heraus eine Führung herzustellen, die nachhaltig gemeinschaftliche Politik treiben kann. Von den ganzen hinter uns liegenden Auseinandersetzungen sind wir – der Reichs-Landbund – am wenigsten berührt, weil in unseren Reihen der gemeinschaftliche Weg bei gewissen Unterschieden in den einzelnen Landesteilen doch gefunden und in gerader Linie innegehalten ist. Es ist deshalb konsequent, wenn von uns aus weiterhin dahin gewirkt wird, daß innerhalb der nationalen Bewegung nicht im asiatischen Sinne eine despotische Herrschaft sich auftut, bei der eine Gruppe eine andere unterdrückt, sondern daß im germanischen Sinne eine Einigung, ein Bund entsteht, der die ganze nationale Bewegung in Gleichberechtigung umfaßt. Wir werden nicht müde werden, auf dieses Ziel hinzuarbeiten, denn deutsche Nationalwirtschaft ist nur möglich bei einem Siege des deutschen Nationalismus; deutsche Agrarpolitik und deutscher Nationalismus sind wie siamesische Zwillinge auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden.

Durch die Bemühungen des Grafen Kalckreuth hat am vorigen Mittwoch eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Hugenberg[8] in unserem Hause stattgefunden[9]; leider war dies erst möglich, nachdem die augenblickliche politische Entwicklung schon entschieden war, hoffentlich aber doch wertvoll als ein neuer Anfang.

Die ganze bisherige Entwicklung seit erfolgversprechenden Anfängen von 1929/30 ist ein Mißerfolg der nationalen Bewegung, die es nicht fertiggebracht hat, sich einen brauchbaren politischen Kampfkörper zu gestalten und eine einige Führung herauszustellen. Was jetzt aus den Kabinettsintrigen auch herauskommen mag, wird eine Übergangsregelung sein, gleichviel wer an der Spitze steht. Dieser Übergangszustand bedeutet für uns eine Pause, die wir benutzen müssen, um das unverrückbare Ziel: Führung und Rettung Deutschlands durch die nationale Bewegung zu erreichen.

---

muniqué über das Gespräch zwischen Hitler und Hindenburg, das die schroffe Ablehnung Hitlers durch den Reichspräsidenten publik machte und den Führer der NSDAP somit vor der Öffentlichkeit blamierte. Aufzeichnung der Besprechung vom 13.8. 1932 in: AdR, Kabinett Papen, Bd. 1, Dokument Nr. 101, Aufzeichnung des Staatssekretärs Meissner über eine Besprechung des Reichspräsidenten mit Adolf Hitler am 13. August 1932. 16.15 Uhr, S. 391 f.; Aufzeichnungen Hitlers über dieses Treffen in: Ebenda, Dokument Nr. 102, Adolf Hitler an den Reichswehrminister, Staatssekretär Meissner und Staatssekretär Planck, 13. August 1932, S. 393–396; zur Bewertung der Geschehnisse vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte, Stuttgart 1962, S. 262–265. Auch nach der Unterredung am 21.11. 1932 ließ Hindenburg seine schriftliche Absage vom 24.11. 1932 an Hitler, die den Briefwechsel zwischen Meissner und Hitler abschloß, an die Presse weiterleiten. Darin hieß es u. a., er, Hindenburg, glaube es „vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei die präsidialen Vollmachten zu geben, die immer erneut ihre Ausschließlichkeit betont hat, und die gegen ihn persönlich wie auch gegenüber den von ihm für nötig erachteten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen verneinend eingestellt war." Zit. nach: Winkler, Weimar, S. 545.

[8] Alfred Hugenberg (1865–1951), 1919–1933 MdR (DNVP), seit 1928 Vorsitzender der DNVP, Januar–Juni 1933 Reichsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Wirtschaft.

[9] 23.11. 1932.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kriegsheim verliest darauf folgenden Entwurf einer Entschließung:

„Die deutsche Landwirtschaft fordert, daß die kommende Reichsregierung Staatsautorität und einheitlichen Führungswillen verkörpert. Nur eine Reichsregierung, die von einmütigem Willen getragen, schnelle, durchgreifende Entschlüsse auf den vordringlichen Gebieten der Nahrungsfreiheit und der Arbeitsbeschaffung herbeiführt, wird den gebotenen Staatsnotwendigkeiten gerecht.

Erhaltung und Rettung des deutschen Nährstandes sind aufs Engste verknüpft mit Wiederherstellung und Steigerung deutscher Arbeits- und Kaufkraft auf binnenwirtschaftlicher Grundlage. Die sachlich zu beschreitenden Wege und Möglichkeiten zur Entwicklung des Gleichgewichtes von Stadt und Land durch Gesundung der Landwirtschaft insbesondere der Veredelungswirtschaft sind hinreichend bekannt. Ohne entscheidende Wendung der deutschen Wirtschaftspolitik durch Schutz und Förderung sämtlicher Teile der heimischen Agrarproduktion bleiben alle noch so ausgeklügelten Arbeitsschaffungsmaßnahmen Flickwerk und Volkstäuschung. Nur auf der Grundlage einer blühenden Landwirtschaft kann der deutsche Arbeitsmarkt nachhaltig gesunden.

Der Reichs-Landbund wird seine Haltung zu jeder Reichsregierung von der Durchführung dieser großen, national-wirtschaftlichen Aufgabe abhängig machen."

Graf Kalckreuth stellt fest, daß die Entschließung mit starker Mehrheit angenommen ist.

Nach Annahme der Entschließung eröffnet Graf Kalckreuth die Aussprache. In dieser gibt v. Rohr-Demmin[10] die Anregung, Brücken zu schlagen zu denjenigen Kräften in der Industrie, die innerlich bereit sind, sich zur Nationalwirtschaft zu bekennen.

Graf Kalckreuth hält diese Anregung für wertvoll. Es sei trotz verschiedenster Versuche bisher nicht gelungen, die im Grunde national-wirtschaftlich eingestellten Gruppen der Industrie zu einer Zusammenarbeit zu bekommen. Er regt an, daß eine solche Zusammenarbeit gerade von den östlichen Landbünden her eingeleitet werde, weil die östliche Industrie stärker ihre Verbundenheit mit der Landwirtschaft empfinden müsse als die übrigen industriellen Kreise.

Hierzu machen auch noch die Herren Kriegsheim und Lind[11] Ausführungen. [. . .][12]

---

[10] Hans-Joachim von Rohr-Demmin (1888–1971), Gutsbesitzer, Agrarfachmann, bis 1932 MdL in Preußen (DNVP), seit 1925 Vorsitzender des Pommerschen Landbundes, Februar–September 1933 Staatssekretär im Reichsernährungsministerium.

[11] Heinrich Lind (* 1878), 1920–1932 MdR (DNVP, 1930 Übertritt zur Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei), Vorsitzender des Kurhessischen Landbundes, 1930–1933 einer der drei (seit 1931 vier) Präsidenten des Reichslandbundes.

[12] Es folgt eine Diskussion über die Ideen des Reichswirtschaftsministers Warmbold zu einer Senkung der Arbeitslosenzahlen durch Exportsteigerung, und der zweite Tagesordnungspunkt: Verschiedenes (Bericht über eine Broschüre, die dem RLB vorwirft, uneffektiv zu arbeiten).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

2. Februar 1933: Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung des Bundesvorstandes mit den Hauptgeschäftsführern des Reichslandbundes vom 11. Januar 1933[13]

Graf Kalckreuth eröffnet die Sitzung 9.15 Uhr und begrüßt als neue Mitglieder Herrn Abicht[14], Vertreter des Thüringer Landbundes und Herrn Behr[15] als Vertreter des Braunschweigischen Landbundes. Er nimmt die Gelegenheit wahr, um den ausgeschiedenen Vertretern, Herrn Minister Baum[16] und Herrn Oberamtmann Nehrkorn[17], den aufrichtigen Dank für ihre Mitarbeit auszusprechen.

1.) Die Lage.
Graf Kalckreuth berichtet über die Gesamtlage, über die Besprechung des Präsidiums bei dem Reichskanzler von Schleicher am 6. Januar[18] und kommt zu dem Ergebnis, daß ange-

[13] BA Berlin, 61 Re 1, Nr. 146, Bl. 245–253. Vervielfältigtes Exemplar für Arno Kriegsheim, Datum: 11. 1. 1933, Verfasser des Berichtes: Dr. Wenzel, Dauer der Sitzung: 9.00–13.00 Uhr, 14.10–15.20 Uhr, 19.00–21.00 Uhr. Anwesend waren: a) die Präsidenten Graf Kalckreuth, Bethge, Lind, Willikens; b) die Vertreter der Landbünde: Schule (Anhalt), Freiherr von Thüngen (Bayern), Jacobs, Heuer (Brandenburg), Behr, Blasius (Braunschweig), Wege, Heyne (Grenzmark), Cordes, Biese (Hannover), Justi, Sporkhorst (Kurhessen), Paulsen (Lippe), Mannitz (Lübeck), Strauch, Lorenz (Mecklenburg-Schwerin), von Michael (Mecklenburg-Strelitz), Hepp (Nassau), von Machui (Oberschlesien), Strüvy (Ostpreußen), von Rohr-Demmin, von Oertzen (Pommern), Schmitz-Winnenthal (Mittel- und Niederrhein), Schladebach (Freistaat Sachsen), Freiherr von Münchhausen, von Goldacker, Burckard (Provinz Sachsen), von Rohr-Manze, Höfler (Schlesien), Tönnsen (Schleswig-Holstein), Abicht, Mackeldey (Thüringen), Haag (Württemberg), Beckmann, Jünger (Westfalen), Schlimpert, Boeß (Reichslandjugendbund), Graf Keyserlingk (Reichsverband der forst- und landwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände); c) die Direktoren: Kriegsheim, von Sybel, von Woedtke, Boeß, Dr. Siburg; d) als Schriftführer: Dr. Wenzel. Nicht erschienen waren die Vertreter der Landbünde von Baden, Hessen, Oldenburg-Bremen, Rheinpfalz, Oberrhein, Waldeck. Tagesordnung: 1. Die Lage, 2. Verschiedenes.

[14] Albert Abicht (* 1893), 1932–1933 MdR (DNVP), seit dem 16. 12. 1932 Vorsitzender des Thüringischen Landbundes.

[15] Max Behr (* 1879), NS-Funktionär, 1919 als Offizier verabschiedet, 1927–1929 Leiter der Landwirtschaftskammer Ostpreußen, Vorsitzender des Braunschweigischen Landbundes, seit Januar 1934 Stabsführer im Kyffhäuserbund.

[16] Erwin Baum (* 1868), Landwirt, 1920–1933 MdL Thüringen, 1928–1930 Vorsitzender der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei, 1930–1932 thüringischer Ministerpräsident, ab 1931 auch Innenminister von Thüringen. Seit Gründung des „Bundes der Landwirte" 1893 in führender Stellung tätig, zuletzt im Thüringischen Landbund.

[17] Albert Nehrkorn, Vorsitzender des Braunschweigischen Landbundes.

[18] Vgl. „Der Präsident und der Geschäftsführende Direktor des Reichs-Landbundes an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vom 6. Januar 1933", in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 47, S. 194 ff. In diesem Brief beschweren sich von Kalckreuth und von Sybel u. a. darüber, daß „keine Aussicht zu bestehen [scheint], daß die Regierung trotz vorhandener objektiver Möglichkeiten Maßnahmen trifft, die eine sofort wirksame und fühlbare Besserung der Lage der Landwirtschaft herbeiführen und die Landwirtschaft instandsetzen, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen." Eine Durchschrift dieses Briefes wurde Schleicher vom RLB „höflichst bezugnehmend auf unsere heutige Aussprache" zugeschickt (ebenda, S. 194, Anm. 1).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichts der schweren Enttäuschungen, die wir erlitten haben, jetzt eine scharfe Entschließung erforderlich ist; besonders auf handelspolitischem Gebiete ist die Entscheidungsstunde da, weil der holländische, schwedische und jugoslawische Handelsvertrag vor der Neufassung stehen[19]. Auch auf dem Gebiet der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, insbesondere der Fettfrage ist eine längere Hinauszögerung der Entscheidung nicht mehr erträglich. Er verliest folgenden Entwurf einer Entschließung:

„Der Bundesvorstand des Reichs-Landbundes hat am 11. Januar 1933 zur Lage – wie folgt – beschlossen:

Die Verelendung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft, hat unter Duldung der derzeitigen Regierung ein selbst unter einer rein marxistischen Regierung nicht für möglich gehaltenes Ausmaß angenommen. Die Ausplünderung der Landwirtschaft durch die[20] allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten dauert an. Seitens der Reichsregierung hört die Landwirtschaft im wesentlichen nur Rundfunkreden[21] und inhaltlose Formulierungen, denen trotz längst vorhandener sachlicher Möglichkeiten entscheidende Taten nicht gefolgt sind.

Obwohl mit Ende des Jahres 1932 die Holland gegenüber bestehenden Zollbindungen abgelaufen sind[22], ist bis heute diese Erleichterung der zollpolitischen Lage nicht durch Inkraftsetzen von Zollerhöhungen, über deren Ausmaß eine auf nationale Wirtschaft eingestellte Reichsregierung nicht mehr in Zweifel sein kann, ausgenutzt worden.

---

[19] Der deutsch-jugoslawische Handelsvertrag vom 6.7. 1927, Reichsgesetzblatt (künftig: RGBl.) 1927 II, S. 1125, war von der Reichsregierung am 6.9. 1932 zum 6.3. 1933 gekündigt worden (RGBl. 1932 II, S. 195). Der deutsch-niederländische Zoll- und Kreditvertrag vom 26.11. 1925, der 1928 modifiziert wurde (RGBl. 1928 II, S. 631), sah für die Niederlande eine Reihe von Zollvergünstigungen vor, v. a. für landwirtschaftliche Produkte. Die Niederlande hatten sich im Gegenzug bereit erklärt, die Laufzeit des 1920 gewährten Rohstoffkredits um weitere sieben Jahre bis 1937 zu verlängern. Die Zollvergünstigungen liefen zum 31.12. 1932 aus, und die deutsche Reichsregierung erklärte, daß eine Reihe dieser Zollvergünstigungen nicht wieder gewährt würden. Vgl. AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 45, Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft an den Reichskanzler, 5. Januar 1933, S. 186–189, Anm. 11. Das am 31.12. 1932 ablaufende Zusatzabkommen zum deutsch-niederländischen Handelsvertrag sollte nach Empfehlung des Handelspolitischen Ausschusses der Reichsregierung vom 12.12. 1932 nicht verlängert werden. Vgl. ebenda, Dokument Nr. 20, Bericht des Handelspolitischen Ausschusses der Reichsregierung über die gegenwärtige Lage hinsichtlich der Kontingentierung der Einfuhr gewisser landwirtschaftlicher Erzeugnisse, 12. Dezember 1932, S. 70–76. Der deutsch-schwedische Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 14.5. 1926 (RGBl. 1926 II, S. 383–414) wurde am 5.7. 1932 durch ein deutsch-schwedisches Protokoll zum 15.2. 1933 gekündigt (RGBl. 1933, S. 238). Schweden wollte sich so gegen die deutsche Kontingentierungspraxis wehren, während die deutsche Reichsregierung bemüht war, bei der Neuverhandlung der Verträge eine Erleichterung der Zolltarife zu erreichen. Doch die am 15.11. 1932 in Stockholm begonnenen und vom 4. bis zum 14.1. 1933 in Berlin fortgesetzten Verhandlungen wurden schließlich ergebnislos abgebrochen. Vgl. ebenda, Dokument Nr. 62, Der Deutsche Industrie und Handelstag an den Reichskanzler, 20. Januar 1933, S. 274, Anm. 3.

[20] In Endfassung ersetzt durch: „zugunsten der".

[21] Anspielung auf die Regierungserklärung von Schleichers, die am 15.12. 1932 von allen deutschen Rundfunkanstalten übertragen wurde. Abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 25, Rundfunkrede des Reichskanzlers vom 15. Dezember 1932, S. 101–107.

[22] Wie Anm. 19 der Dokumente.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die daneben notwendigen Kontingentierungsmaßnahmen, zum Schutze gegen ausländische Überschwemmung sind auch von der jetzigen Reichsregierung nicht ergriffen worden. Eine Regierung, die den Willen zur Erhaltung deutschen Bauerntums hat, mußte wenigstens durch sofortige Erklärung eines vollständigen und generellen Zahlungsmoratoriums die Vertreibung der Bauern von Haus und Hof verhüten. Nichts dergleichen ist geschehen.

Durch das bisherige Versagen der Reichsregierung in den lebenswichtigen Fragen der Agrarpolitik werden auch die vom Herrn Reichskanzler aufgestellten Ziele der Arbeitsbeschaffung und Siedlung[23] zu reinen Illusionen. Die bisherige Betätigung der Reichsregierung wird daher auch den wiederholten Aufträgen, die der Reichspräsident erteilt hat, nicht gerecht.

Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes steht in äußerstem Verzweiflungskampfe um die nackte Existenz. Der deutsche Bauer kämpft um das Letzte!"[24]

An der Aussprache beteiligten sich die Herren Hepp[25], Graf Keyserlingk[26], Tönnsen[27], von Machui[28], von Rohr-Demmin, Schmitz-Winnenthal[29], Mannitz[30], Frh. v. Thüngen[31], Graf Kalckreuth (schlägt eine Abänderung des Wortes „Geldbeutelinteressen" vor), von Rohr-Manze[32].

Bethge[33] führt folgendes aus: Die Landwirtschaft hat bei ihrem schweren Kampfe zwei Aktivposten auf ihrer Seite. Der eine ist die Märzbotschaft des Herrn Reichspräsidenten im Jahre 1930[34]. Rettung des Ostens, Herbeiführung der Rentabilität der Landwirtschaft. Fast unverständlich ist es, daß alle drei Regierungs-Chefs: Brüning, von Papen, von Schleicher die klaren Willensmeinungen der Reichsspitze zwar verstanden haben und sie in großange-

---

23 Wie Anm. 21 der Dokumente, hier besonders S. 103 ff.

24 Dieser letzte Absatz wurde in der Endfassung ersetzt durch: „Die Notgemeinschaft des deutschen Landvolkes steht zum Äußersten bereit. Die Führung des Reichs-Landbundes fordert von jedem einzelnen den letzten Einsatz in dem dem gesamten Berufsstand aufgezwungenen Kampf um die nackte Existenz!"

25 Karl Hepp (* 1889), Domänenpächter, 1920–1933 MdR (DNVP, seit 1927 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), bis 1930 Präsident des Reichslandbundes.

26 Robert Franz Karl Graf von Keyserlingk (1866–1959), Verwaltungsbeamter und Gutsbesitzer, Mitglied des „Deutschen Herrenclubs", 2. Vorsitzender des Reichsverbandes der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen.

27 Max Tönnsen (* 1885), seit 1930 Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Land- und Bauernbundes.

28 Artur von Machui, Rittergutsbesitzer, Vorsitzender des Oberschlesischen Landbundes.

29 Schmitz-Winnenthal, Vorsitzender des Landbundes Mittel- und Niederrhein.

30 Mannitz, Vorsitzender des Lübecker Landbundes.

31 Dietz Freiherr von Thüngen (* 1894), 1930–1932 MdR (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei), Vorsitzender des Bayrischen Landbundes.

32 Karl Gustav Ernst von Rohr-Manze (1885–1946), preußischer Rittmeister und Landwirt, Vorsitzender des Schlesischen Landbundes.

33 Albert Bethge, seit 1891 Funktionär landwirtschaftlicher Organisationen (Deutscher Bauernbund, Bund der Landwirte), organisierte nach 1918 einen der ersten Kreislandbünde (Niederlausitzer Landbund), dann im Brandenburgischen Landbund, 1928 bis zu seinem Ausscheiden aus Altersgründen im März 1933 einer der Präsidenten des Reichslandbundes.

34 In seiner Osterbotschaft vom 18. 3. 1930 hatte Hindenburg die Forderung nach einem „großen Osthilfe-Programm" erhoben, das die verschuldeten Güter im Osten Deutschlands vor dem Bankrott retten sollte. Vgl. Gessner, Agrarverbände, S. 218, und Fiederlein, Der deutsche Osten, S. 46.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

legter Rede der Landwirtschaft bei Antritt ihrer Regierung sagten, daß ihr geholfen werden solle[35]. Es blieb aber immer nur bei Beruhigungspillen. Immer klarer zeigte sich, daß stets wieder die bekannten Kräfte am Werke sind, die den Willen der Spitze nicht zur Ausführung kommen lassen. Man bezeichnet sie draußen zu Recht als sogenannte autoritär sich dünkende Nebenregierungen. Daß diese Kräfte, die früher hinter bestimmten Parteien verschleiert waren, im ganzen Volke erkannt sind, zeigt der Ausfall der Wahlen[36]. Die Maske, hinter der man sich versteckte, die liberalistisch eingestellten Parteien, wurden zerrieben, und in nackter Wirklichkeit zeigen sich immer mehr die Drahtzieher. Die Maske ist herunter.

Die nationale Bewegung, die in Erscheinung trat, ist der große zweite Aktivposten. Das Volk hat gezeigt, daß es die Kräfte, die hinter den sogenannten Nebenregierungen stehen, erkannt hat und es nicht gewillt ist, sich weiter ausplündern zu lassen. Bedauerlich ist, daß Hugenberg und Hitler nicht in die Regierung gegangen sind. Ich bin fest überzeugt, daß das der Weg gewesen wäre, um jenen Nebenregierungen die Maske endgültig vom Gesicht zu reißen, ihre unheilvollen Wirkungen zu beseitigen und zu einer Gesundung zu kommen. Bei einer Regierung Hitler-Hugenberg hätten diese Kräfte ihr Haupt nicht wieder erheben können. Weil bisher nichts geholfen hat, haben sich Notgemeinschaften überall im Lande spontan gebildet, um ihren Besitz im Endkampfe mit allen Mitteln zu verteidigen[37]. Denn die Zwangsversteigerungen und die Vertreibung der Bauern von Haus und Hof können ja so nicht weitergehen. Die Bauern wollen und werden ihren alten Familienbesitz halten. Die Notgemeinschaften sind die Zellenbildungen zu einer gesunden Selbsthilfe von unten herauf. Wir können von der Spitze aus nicht befehlen, wie die Notgemeinschaften entstehen und vorgehen sollen. Das wird sich genau so entwickeln wie 1918/19, als gegen die Revolutionsflut die ersten nationalen Zellen, die Kreislandbünde, aus dem Lande heraus entstanden[38]. Wir müssen dafür sorgen, daß der kämpferische Geist

---

[35] Zu Schleicher vgl. Anm. 21 der Dokumente; zu Brüning vgl. Regierungserklärung des Kabinetts Brüning, abgedruckt in: Verhandlungen des Reichstages. Stenographische Berichte und Anlagen, Bd. 427, S. 4728 ff.; zu Papen vgl. Regierungserklärung vom 4. 6. 1932, abgedruckt in: AdR, Kabinett Papen, Bd. I, Dokument Nr. 7, S. 13 f. In dieser Regierungserklärung wird die Agrarpolitik allerdings gar nicht erwähnt, und das Kabinett beschäftigte sich mit diesem Thema anscheinend erst bei der Kabinettssitzung vom 13. 6. 1932 im Rahmen der Diskussion um die Neuregelung der deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen. Vgl. ebenda, Dokument Nr. 23, S. 72–75.

[36] Gemeint sind die vorgezogenen Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932. An diesem Tag erhielten in Prozent der abgegebenen Stimmen: DNVP 8,3 %; NSDAP 33,1 %; Wirtschaftspartei/Bayrischer Bauernbund 0,3 %; Deutsch-Hannoversche Partei 0,2 %; Landbund 0,3 %; Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei) 0,1 %; Deutsche Bauernpartei 0,4 %; Christlich-Sozialer Volksdienst 1,2 %; DVP 1,9 %; Zentrum 11,9 %; BVP 3,1 %; Deutsche Staatspartei (vor 1930 DDP) 1,0 %; SPD 20,4 %; KPD 16,9 %. Bei den Reichstagswahlen am 20. 5. 1928 – den letzten vor Regierungsantritt Brünings – hatte die DVP noch 8,7 % der abgegebenen Stimmen erhalten, das Zentrum 12,1 %, die DDP 4,9 % und die SPD 29,9 %. Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deusche Reich 52 (Berlin 1933), S. 539.

[37] Für die Existenz solcher „Notgemeinschaften" konnte ich keinen Beleg finden. Es ist möglich, daß sich Bethge dabei auf die Propaganda des eigenen Verbandes beruft, so z. B. die Telegramme, die der Pommersche Landbund an den Reichspräsidenten geschickt hat. In ihnen wurde angekündigt, daß „das pommersche Landvolk seine Scholle und seine Arbeitsstelle mit den letzten Mitteln verteidigt". Siehe Einleitung, Anm. 41.

[38] Die Kreislandbünde sind im November nicht so spontan entstanden, wie Bethge dies darstellt, sondern gehen zumindest teilweise auf das Engagement des Kriegsausschusses der deutschen

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht erlahmt, und durch unermüdliche Aufklärung über die unheilvollen Gegenkräfte diesen kämpferischen Geist der Notgemeinschaft immer neu stärken und beleben.

An der Aussprache beteiligen sich ferner die Herren Cordes[39], Strüvy[40], Graf Kalckreuth, Wege[41], Lind und von Michael[42].

Von Sybel[43] verliest darauf die Entschließung mit den geringen Änderungen, die die Aussprache ergeben hat.

Graf Kalckreuth schließt die Abstimmung. Er stellt zunächst fest, daß der Wunsch, ein spezielles Mißtrauensvotum in die Entschließung hineinzubringen, nur von einer starken[44] Minderheit unterstützt wird. Die Abstimmung über die Entschließung ergibt, daß die Entschließung mit einer größeren[45] Mehrheit angenommen wird in der in Anlage 2 wiedergegebenen Fassung (11.45 Uhr)[46]. – Die Entschließung soll sogleich der Presse übergeben werden.

Strüvy regt an, daß nach Annahme der Entschließung angesichts der Explosivstimmung im Lande, die sich aus der Aussprache ergeben hatte, das Präsidium des Reichs-Landbundes um einen sofortigen Empfang beim Reichspräsidenten nachsuchen solle.

Dr. Siburg[47] berichtet über die Verhältnisse in der Milchwirtschaft und insbesondere auf dem Fettmarkt.

Als die Aussprache über den Vortrag von Dr. Siburg begonnen hat, teilt gegen 13.00 Uhr Präsident Lind mit, daß der Reichspräsident die vier Präsidenten und Herrn Strüvy sofort empfangen wolle. Auf Beschluß des Bundesvorstandes wird auch Herr Tönnsen gebeten, sich diesem Besuche anzuschließen.

Landwirtschaft zurück. Dieser 1917 gegründete Dachverband verschiedener agrarischer Körperschaften rief bereits am 9.11. 1918 in einem Flugblatt dazu auf, „Orts- und Gemeindeausschüsse" zu gründen, die vor allem eine „tatkräftige Abwehr aller eigenmächtigen Eingriffe" in die landwirtschaftlichen Betriebe gewährleisten sollten. Das Flugblatt ist u.a. abgedruckt in: Korrespondenz des Bundes der Landwirte Nr. 47, 14.11. 1918, zit. nach: Jens Fleming, Die Bewaffnung des „Landvolkes". Ländliche Schutzwehren und agrarischer Konservatismus in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1979), H. 29, S. 7–36, hier S. 10. Zur weiteren Entwicklung vgl. ebenda und Heinrich Muth, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte im November 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: VfZ 21 (1973), S. 1–38.

[39] Cord Cordes (* 1882), Vorsitzender des Hannoverschen Landbundes.

[40] Kurt Strüvy, Mitglied der DNVP, Vorsitzender des Landwirtschaftsverbandes Ostpreußen, stellvertretender Vorsitzender des Ostpreußischen Landbundes.

[41] Kurt Wege (* 1881); Gutsbesitzer, 1924–1933 MdR (DNVP), Vorsitzender des Landbundes der Grenzmark.

[42] Von Michael, Vorsitzender des Landbundes Mecklenburg-Strelitz.

[43] Heinrich Ernst von Sybel (* 1885), seit 1922 Leiter der steuerpolitischen Abteilung des Reichslandbundes, seit 1926 wirtschaftspolitischer Direktor des Reichslandbundes, 1928–1945 MdR (1928–1931 Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei, 1931 Übertritt in die Fraktion der NSDAP).

[44] Dieses Wort ist auf dieser Kopie mit Bleistift durchgestrichen.

[45] Durch Streichungen abgeändert zu „mit großer".

[46] Abgedruckt u.a. in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51, Besprechung des Reichskanzlers, des Reichsernährungsministers und des Reichswirtschaftsministers mit Vertretern des Reichs-Landbundes unter Vorsitz des Reichspräsidenten. 11. Januar 1933, 17.30 Uhr, S. 214, Anm. 16.

[47] Dr. Siburg, wirtschaftspolitischer Direktor des RLB.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Bundesvorstandssitzung wird bis auf 13.45 Uhr unterbrochen. Während dieser Zeit findet der Besuch der Herren Graf Kalckreuth, Bethge, Lind, Willikens[48], Strüvy und Tönnsen bei dem Herrn Reichspräsidenten statt.

Fortsetzung der Bundesvorstandssitzung 14.10 Uhr nachmittags.

Graf Kalckreuth teilt mit, daß der Reichspräsident für die im Namen des Bundesvorstandes vorgetragenen Auffassungen und Forderungen persönlich großes Verständnis gezeigt hat und daß auf besondere Weisung Hindenburgs am gleichen Tage 17.30 Uhr nachmittags eine neue Besprechung der Landbundvertreter unter Hindenburgs Vorsitz mit den beteiligten Kabinettsmitgliedern (Reichskanzler von Schleicher, Reichsernährungsminister Frh. v. Braun[49], Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold[50]) angesetzt worden ist[51].

[. . .][52]

Fortsetzung der Sitzung wird auf 19.00 Uhr festgesetzt, da 17.30 Uhr erneuter Empfang beim Reichspräsidenten in Gegenwart des Reichskanzlers von Schleicher, des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Frh. v. Braun und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold stattfinden soll.

[. . .][53]

Fortsetzung der Bundesvorstandssitzung abends 19.00 Uhr im Beratungszimmer.

Graf Kalckreuth berichtet über den zweiten Besuch bei dem Herrn Reichspräsidenten[54]. Der Reichspräsident hat sich sehr warm dafür eingesetzt, daß sofort ein besserer Vollstreckungsschutz[55] eingeführt wird. Nicht ganz so positiv erscheint das Ergebnis der Besprechung in der Frage der Handelspolitik.

An der Aussprache beteiligten sich die Herren Lind, von Rohr-Demmin, Dr. Siburg, Graf Kalckreuth, Bethge, v. Sybel, Strüvy, Kriegsheim.

---

[48] Werner Willikens (1893–1961), Landwirt, seit 1925 Mitglied der NSDAP, 1928–1945 MdR, Dezember 1931–Juli 1933 einer der Präsidenten des Reichslandbundes, seit Juli 1933 Staatssekretär im Preußischen Landwirtschaftsministerium.

[49] Magnus Freiherr von Braun (1878–1972), Rittergutsbesitzer, Mitglied der DNVP, Juni 1932–Januar 1933 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Reichskommissar für die Osthilfe.

[50] Prof. Hermann Warmbold (1876–1976), Wirtschaftswissenschaftler, zunächst Minister im Preußischen Landwirtschaftsministerium, Oktober 1931–April 1932, Mai 1932–Oktober 1932 und Dezember 1932–Januar 1933 Reichsminister für Wirtschaft.

[51] Protokoll der Besprechung beim Reichspräsidenten abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 50, Empfang des Präsidiums des Reichs-Landbundes durch den Reichspräsidenten. 11. Januar 1933, 13 Uhr, S. 206 ff.

[52] Es folgten die Aussprache über den Vortrag von Dr. Siburg und der Punkt 2 der Tagesordnung (Verschiedenes).

[53] Die Vertreter der Osthilfelandbünde begeben sich zu einer Besprechung über die Durchführung der Osthilfe mit Ministerialdirektor Reichart.

[54] Protokoll dieser Besprechung abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51, S. 208–214.

[55] Mit „Vollstreckungsschutz" ist die Sicherungs-Verordnung vom 17. 11. 1931 (RGBl. 1931 II, S. 675) gemeint, die rigorose Angriffe von Gläubigern in laufende Entschuldungsverfahren verschuldeter, aber noch sanierungsfähiger Landwirtschaftsbetriebe abwehren sollte. Nicht entschuldbare Betriebe sollten hingegen für die Ansiedelung mit Arbeitslosen bereitgestellt werden. Dementsprechend heftig waren die Auseinandersetzungen darüber, wie weit der Zwangsvollstrekkungsschutz gehen sollte.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Graf Kalckreuth faßt das Ergebnis der Besprechung bei Hindenburg in folgender Weise zusammen:

1.) Unter dem Druck des Reichspräsidenten wird eine neue Maßnahme auf dem Gebiet des Vollstreckungsschutzes kommen. Wie sie aussehen wird, können wir noch nicht wissen.

2.) In unserer Gegenwart hat Schleicher sich festgelegt, daß er autonome Zölle machen, und sie so hoch wie möglich festsetzen will. Über die Höhe hat er sich weiter nicht geäußert. Zur Kontingentierung der Produkte, soweit die jetzt in Frage kommt, hat sich Schleicher nicht geäußert.

Während der Aussprache macht Direktor v. Sybel Mitteilung von einem telefonischen Anruf des Ministerialdirigenten Doehle[56] aus der Reichskanzlei, welcher sich danach erkundigt, wann die Entschließung des Bundesvorstandes gefaßt und wann sie der Presse übergeben worden sei.

Die weitere Aussprache dreht sich insbesondere um die Frage, welche Schritte zu tun sind, wenn auch der vom Reichspräsidenten zugesagte Vollstreckungsschutz nicht oder nicht in ausreichender Form kommt. – Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß bei der Behandlung dieser Frage ein Weg beschritten werden muß, der die Vertraulichkeit der Besprechungen bei dem Reichspräsidenten wahrt.

Graf Kalckreuth stellt zum Schluß fest, daß der Bundesvorstand das Präsidium ermächtigt, die nach Lage der Sache erforderlichen Schritte zu tun.

Dokument 3

12. Januar 1933: Aufzeichnung Heinrich Doehles über den Konflikt mit dem Reichslandbund[57]

Am Mittwoch dem 11. Januar 1933, etwa $^1/_2$1 Uhr, wurde seitens des Reichs-Landbundes angerufen und das dringende Ersuchen gestellt, der Herr Reichspräsident möge die Herren vom Reichs-Landbund sofort empfangen. Der Bundesvorstand habe soeben getagt[58], und die Stimmung sei so erregt, daß ein sofortiger Empfang durch den Herrn Reichspräsidenten unbedingt nötig sei, um eine Beruhigung für den Reichs-Landbund und die gesamte von ihm vertretene landwirtschaftliche Bevölkerung zu schaffen.

Ich trug dem Herrn Reichspräsidenten die Angelegenheit vor, und der Herr Reichspräsident erklärte sich auch bereit, die Herren sofort zu empfangen.

Die Herren vom Reichs-Landbund trafen um 1 Uhr im Büro des Reichspräsidenten ein und wurden von mir zu dem Herrn Reichspräsidenten geführt. Über die Besprechung, an der ich teilgenommen habe, vgl. Aufzeichnung I[59].

Ergebnis der Besprechung war die Anberaumung einer weiteren Besprechung nachmittags 5.30 Uhr im Beisein des Herrn Reichskanzlers und der Herren Reichsminister Warmbold und Freiherr von Braun.

---

[56] (Richard) Heinrich Doehle (* 1883), seit August 1919 im Büro des Reichspräsidenten, seit 1923 Ministerialrat, seit 1.7. 1932 Ministerialdirigent.

[57] BA Berlin, Büro des Reichspräsidenten, Nr. 333 (Allgemeine Landwirtschaftsfragen), Bl. 111 ff. Original mit Paraphe von Doehle („D").

[58] Siehe Dokument 2.

[59] Original in: BA Berlin, Präsidialkanzlei des Reichspräsidenten, Nr. 333, Bl. 117 ff., mit Unterschrift Doehles, abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 50.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Nachmittagsbesprechung fand angesichts der großen Zahl der beteiligten Herren in dem Kabinettssaal der Reichskanzlei statt. Der Herr Reichspräsident führte den Vorsitz; das Protokoll wurde von mir geführt. Der Inhalt der Besprechung ergibt sich aus der Aufzeichnung II[60].

Im Anschluß an die Besprechung erschien vereinbarungsgemäß Herr von Sybel in meinem Arbeitszimmer zwecks Redigierung der Pressenotiz über die Besprechung.

Nachdem die Redigierung erfolgt und Herr von Sybel mich verlassen hatte, rief ich Herrn Staatssekretär Planck[61] an, um ihm die Pressenotiz vorzulesen. Herr Planck teilte mir mit, daß inzwischen eine neue Situation entstanden sei. Dem Herrn Reichskanzler sei eine überaus scharfe Erklärung des Reichs-Landbundes zugegangen, die der Reichs-Landbund in der Zwischenzeit, d.h. vor oder während der Besprechung in der Reichskanzlei, der Presse übergeben habe. Es sei hierdurch eine neue, sehr kritische Lage geschaffen und der Herr Reichskanzler müsse sich zunächst alle weiteren Schritte vorbehalten. Er, Herr Planck, bäte, die mit Herrn von Sybel vereinbarte Pressenotiz nicht herauszugeben. Er werde mir die Erklärung des Reichs-Landbundes herüberschicken.

Innerhalb weniger Minuten erhielt ich die Erklärung des Reichs-Landbundes, die sich bei den Akten befindet.

Ich rief darauf Herrn von Sybel an und teilte ihm mit, daß ich nicht in der Lage sei, die mit ihm vereinbarte Pressenotiz herauszugeben, da inzwischen die Erklärung des Reichs-Landbundes bekannt geworden sei, die die Sachlage durchaus ändere. Herr von Sybel suchte die Erklärung des Reichs-Landbundes als weniger bedeutungsvoll hinzustellen. Auf Befragen erklärte er mir, daß diese Erklärung vom Bundesvorstand des Reichs-Landbundes am Vormittag gefaßt worden und um 14 Uhr etwa 100 Zeitungen ausgegeben worden sei.

Meine weitere Frage, warum diese Tatsache dem Büro des Reichspräsidenten und der Reichskanzlei nicht sofort mitgeteilt worden sei, konnte Herr von Sybel nicht beantworten.

Ich trug nun dem Herrn Reichspräsidenten die Erklärung des Reichs-Landbundes vor, der sein äußerstes Befremden über die scharfe Fassung der Erklärung sowie das Verhalten des Reichs-Landbundes insbesondere darüber äußerte, daß die Erklärung hinter seinem und der Reichsregierung Rücken herausgegeben worden war, während er mit den Herren am Verhandlungstische gesessen hatte. Der Herr Reichspräsident beauftragte mich, gemeinsam mit dem Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei eine Pressenotiz auszuarbeiten, durch die der Tatbestand der Öffentlichkeit mitgeteilt werden sollte.

Ich begab mich in die Reichskanzlei, wo eine Konferenz stattfand zwischen dem Herrn Reichskanzler, Herrn Planck, Herrn Marcks[62] und mir. Es wurde die ebenfalls bei den Akten befindliche Pressenotiz aufgesetzt, die ich sodann dem Herrn Reichspräsidenten zur Genehmigung vorlegte. Der Herr Reichspräsident erteilte mir seine Zustimmung zu der Pressenotiz, die Herr Ministerialdirektor Marcks sodann sofort der Presse übergab[63].

---

[60] Original in: BA Berlin, Präsidialkanzlei des Reichspräsidenten Nr. 333, Bl. 120–130, abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51. Auf dem Original hat Doehle noch mit Bleistift notiert: „Mündlich (Kanzler und Justizminister) erklärt am 12.1., daß Verordnung [über Vollstrekkungsschutz] bis Anfang nächster Woche (15.–21.1.) fertig gestellt und verabschiedet wird."

[61] Erwin Planck (1893–1945), Offizier, 1924 von der Reichswehr abkommandiert, 1926 Regierungsrat, 1932/33 Staatssekretär in der Reichskanzlei, nach Januar 1933 in der Privatindustrie.

[62] Erwin Marcks (1891–1944), Offizier, seit 1929 Major und Pressereferent im Reichswehrministerium, Juli 1932 bis Januar 1933 Pressesprecher der Reichsregierung.

[63] Abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, Dokument Nr. 51, S. 214, Anm. 16.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 4

24. Februar 1933: Bericht über die gemeinschaftliche Sitzung des Bundesvorstandes und der Hauptgeschäftsführer des Reichslandbundes vom 14. Februar 1933[64]

[. . .][65]

1.) Der Kampf des Reichs-Landbundes und die neue Regierung.

Graf Kalckreuth: Seit wir das letzte Mal zusammen waren, hat sich eine bedeutsame politische Entwicklung ergeben, die wir begrüßen, denn wir haben nunmehr eine Reichsregierung, in der die Kräfte der nationalen Konzentration in einer nach meinem persönlichem Empfinden außergewöhnlich glücklichen Zusammensetzung zusammengefaßt sind[66]. Ich begrüße es besonders als Landbündler, daß Herr von Rohr-Demmin an entscheidender und einflußreicher Stelle seine große Aktivität in den Dienst dieser Regierung gestellt hat[67].

Kriegsheim: Als wir uns am 11. Januar abends trennten[68], hatten wir alle das Gefühl, daß eine bedeutende und entscheidende Situation geschaffen war. Da wir der damaligen Reichsregierung und ihren Mitgliedern nicht mehr über den Weg trauen konnten, war unsere letzte Forderung die Einsetzung eines Generalkontrolleurs. Schleicher versuchte die politische Auseinandersetzung zu verschieben und durch taktische Manöver seine Lage zu verbessern. Gerade an dieser für ihn typischen Methode ist er gescheitert. Zu gleicher Zeit, als er die Beziehungen zwischen Reichsregierung und Reichs-Landbund abbrach, hatten wir bereits die engste Beziehung zu dem Herrn Reichspräsidenten hergestellt. Die

---

[64] BA Berlin, 61 Re 1, 146, Blatt 258–266, Vervielfältigtes Exemplar für Arno Kriegsheim, Datum: 14.2. 1933, Verfasser des Berichtes: Dr. Wenzel. Dauer der Sitzung 11.00–13.15 Uhr. Anwesend waren: a) die Präsidenten: Graf Kalckreuth, Bethge, Lind, Willikens, b) die Vertreter der Landbünde: Pötzsch, Schule (Anhalt), Jacobs, Heuer (Brandenburg), Heyne (Grenzmark), Cordes, Biese (Hannover), Justi (Kurhessen), Mannitz (Lübeck), Wendhausen (Mecklenburg-Schwerin), Hepp (Nassau), Strüvy, Rath (Ostpreußen), von Rohr-Demmin (ab 12.30 Uhr), von Oertzen (Pommern), Schmitz-Winnenthal (Mittel- und Niederrhein), von Watzdorff, Feldmann (Freistaat Sachsen), Freiherr von Münchhausen, Burchard, Pieper (Provinz Sachsen), von Rohr-Manze, Höfler (Schlesien), Graf von Kielmannsegg, Tönnsen (Schleswig-Holstein), Abicht, Mackeldey (Thüringen), Freiherr von Stauffenberg (Württemberg), Jünger (Westfalen), Schlimpert, Boeß (Reichsjunglandbund), Behr, Blasius (Braunschweig). Nicht erschienen waren die Vertreter der Landbünde von Baden, Bayern, Hessen, Lippe, Mecklenburg-Strelitz, Oberschlesien, Oldenburg, Rheinpfalz, Oberrhein, Waldeck und der Reichsverband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen. Tagesordnung: 1. Der Kampf des Reichslandbundes und die neue Regierung, 2. Verschiedenes.

[65] Gedenken an die Opfer des Explosionsunglücks in Neunkirchen (Saargebiet) am 10.2. 1933, bei dem über 60 Menschen ums Leben kamen. Vgl. die Berichte der Deutschen Zeitung vom 11. und 12.2. 1933.

[66] Kabinettsliste des von Hitler gebildeten Präsidalkabinetts, in: Akten der Reichskanzlei, Die Regierung Hitler, Teil I. 1933/34, bearb. von Karl-Heinz Minuth, Boppard am Rhein 1983, Bd. 2, Anhang S. 1393.

[67] Rohr-Demmin war vom 4.2. bis 12.9. 1933 Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

[68] Vgl. Dokument 2.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganze Sacharbeit lief zwischen unserem Hause und dem Herrn Reichspräsidenten weiter. Alle nationalen Gruppen rückten von der Regierung Schleicher ab. Allerdings blieb es gewissen landwirtschaftlichen Zentralstellen vorbehalten, zunächst eine Lauerstellung einzunehmen, jedoch nur für kurze Zeit. Energisch unterstützte uns der Führer des Rheinischen Bauernvereins, Herr von Lüninck-Bonn, in der Presse. „Auch der Zorn hat seine Rechte!"[69] Als umso erstaunlicher muß es vermerkt werden, daß man von der Landvolkpartei glaubt, uns Zensuren erteilen zu müssen[70], daß wir in deren Blatt die ganze Argumentation unserer Gegner aus dem Regierungslager wiederfinden konnten. Irgendwelche Bedeutung hat dies freilich nicht gehabt. Die Absicht dieser Taktik war zu durchsichtig. Durch den von uns in unserem Kampf immer neu eingeschalteten Druck vom Lande draußen entstand schließlich eine gesamtpolitische Situation, der sich niemand mehr entziehen konnte. Insofern ist unser Keulenschlag vom 11. Januar zum Segen für die deutsche Politik geworden. Es kam zu der sehr klaren Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei[71] und zum Abbruch der Beziehungen zwischen Schleicher und einem wesentlichen Teil der Stahlhelmführung[72]. Unser Plan, engste Verbindung zwischen Hitler und Hugenberg zu schaffen, war nie fallengelassen und wurde nunmehr energisch wieder aufgenommen. Die einzelnen Phasen der letzten Tage Schleichers sind noch nicht ganz geklärt. Jedenfalls führte Hindenburgs Entschluß zu einem Bund von nationalen Männern, zu einem Kabinett, dessen Zusammensetzung wir durchaus begrüßen können. Es ist ein Bund von Führern der ganzen nationalen Front, nicht nur der nationalen Parteien. Keiner von diesen Männern gibt seine besondere Führerstellung in der nationalen Bewegung auf. Der Endsieg ist damit noch nicht errungen. Je zäher die Angriffe der gemeinschaftlichen Gegner sein werden, umso stärker wird der Zusammenhalt und der Zwang zu gemeinschaftlicher Abwehr sein müssen und werden. Wir müssen auch heute feststellen, daß es eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen ist, daß das Kabinett sich der Ministerialbürokratie gegenüber die Stellung verschafft, die wirklich klare Arbeit gestattet. Hier stehen wir erst an den ersten Anfängen. Gelänge dies nicht, so würde die Arbeit

---

[69] Freiherr Hermann von Lüninck (zur Unterscheidung zu seinem Bruder, Freiherr Ferdinand von Lüninck-Ostwig mit dem Zusatz „Bonn"), seit 1930 Präsident der Rheinischen Landwirtschaftskammer, 1930–1932 Vorsitzender des Rheinischen Bauernvereins. Zum offenen Brief von Lünincks vgl. die Mitteilung des Zeitungsdienstes des RLB vom 18.1. 1933 in: BA Berlin, RLB-Pressearchiv, Bd. 7943, Bl. 5.

[70] In dem Organ der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei, dem „Landboten", war der RLB wegen seines Vorgehens während des Treffens mit der Reichsregierung bei Hindenburg in der Ausgabe vom 12.1. 1933 ermahnt worden, nicht in „parteipolitische Abhängigkeiten" zu verfallen.

[71] Die DNVP hatte am 21.1. 1933 eine Entschließung an den Reichskanzler geschickt, in dem sie ihm entschiedene Opposition ankündigte. Der Brief ist abgedruckt in: AdR, Kabinett Schleicher, S. 282f., Anm. 1.

[72] Bei einer Besprechung mit Hugenberg, dem Stahlhelmführern Theodor Duesterberg (1875–1950) und Franz Seldte (1882–1947) am 26.1. 1933 versuchte Papen diese zur Teilnahme an einer Regierung unter Hitler als Reichskanzler zu bewegen. Während Duesterberg, dem Papen bereits einen Ministerposten in dem neuen Kabinett angeboten hatte, weiterhin Bedenken hatte, in ein Kabinett Hitler einzutreten, konnten sich Hugenberg und Seldte durchaus mit dem Gedanken anfreunden, Hitler „einzurahmen", und brachen daraufhin die Beziehungen zu Schleicher ab. Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie, Villingen 1960, S. 716.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der regierenden Männer auf das Schwerste gefährdet werden. Wir alle müssen an unserem Teil daran mitarbeiten, daß dieses Ziel erreicht wird.

Kriegsheim verliest dann die Entschließung.

Graf Kalckreuth stellt fest, daß die Entschließung ohne Diskussion einstimmig angenommen ist (vgl. Anl. 2)[73].

Graf Kalckreuth: Ich darf erwarten und hoffen, daß die vor uns liegenden Wahlen[74], die wir nicht gewünscht haben, seitens der an der nationalen Konzentration beteiligten Kräfte so geführt werden, daß die Eifersucht untereinander nicht in Erscheinung tritt, sondern daß der konzentrierte Kampf sich gegen Marxismus, Parlamentarismus und Liberalismus richtet. Leider sehe ich, daß es bisher nicht überall so gehandhabt wird, wie wir es wünschen müßten. So ist z.B. die Behauptung der Pommerschen Zeitung, die Verzögerung des Vollstreckungsschutzes liege an Herr von Rohr[75] tatsächlich unrichtig und dient nicht dem Ziel, das ich als das wichtigste hingestellt habe.

---

[73] BA Berlin, 61 Re 1, 146, Bl. 268 f.: „Anlage 2. Entschließung. Der Bundesvorstand spricht dem Herrn Reichspräsidenten Hindenburg seinen ehrerbietigen Dank für die Berufung der Führer der nationalen Bewegung zur Staatsführung aus. In dem Gelöbnis der im Kabinett Hitler – Papen – Hugenberg – Seldte verbundenen Führer, den schweren Kampf für Deutschlands Rettung gemeinsam durchzuführen bis zum Siege, sieht der Reichs-Landbund den ersten Schritt, die rettenden Kräfte im ganzen Lande zur Einigung zu führen. Der Reichs-Landbund wird das Einigungswerk innerhalb des deutschen Landvolkes mit allen Mitteln fördern und unterbauen. Die Rettung der deutschen Landwirtschaft ist unlösbar verknüpft mit dem Durchbruch des nationalen Gedankens auf allen Gebieten des deutschen Lebens. Der Bundesvorstand verzichtet in dieser Stunde bewußt darauf, Einzelheiten des der Öffentlichkeit bekannten Reichs-Landbund-Sofort-Programms zu wiederholen. Die deutsche Landwirtschaft weiß aus unzähligen bitteren Erfahrungen und Enttäuschungen, daß nicht Versprechungen, sondern nur Taten als Leistungsmaßstab Geltung haben. Nur von nationalwirtschaftlicher Grundeinstellung aus sind nicht nur die Einzelprobleme deutscher Agrarpolitik, sondern die gesamte deutsche Wirtschaftspolitik zum Heil des deutschen Volkes in Stadt und Land für Gegenwart und Zukunft zu lösen. Der deutsche Bauer wird seinen Willen für den Sieg und die Dauerherrschaft des geeinten deutschen Nationalismus am 5. und 12. März dieses Jahres umso stärker bekunden, als für ihn fest steht, daß dies auf lange Zeit die letzte Heerschau ist, zu der er mit dem Stimmzettel antritt. Die Landwirtschaft kann aber das entscheidende Anpacken des großen Sanierungswerkes nicht von irgendwelchen Wahlergebnissen abhängig machen. Der Reichs-Landbund vertraut auf das feierlich gegebene Wort der geeinten Führer, die Macht nicht aus der Hand zu geben, auf alle Gefahr hin, und den Weg zu gehen, der nötig ist, daß Deutschland nicht verkommt. Die Zeit der Taten ist gekommen."

[74] Gemeint sind die auf den 5.3. 1933 vorgezogenen Reichstagswahlen.

[75] Damit ist wahrscheinlich die Notiz gemeint, die am 10.2. 1933 in der Pommerschen Zeitung erschien. Darin hieß es u.a.: „Leider ist zur Stunde eine offizielle Bekanntgabe [der neuen Vollstrekkungsschutz-Verordnung] noch nicht erfolgt, weil im Reichsministerium Schwierigkeiten gemacht werden. Wir hoffen, daß die Kreise, die an dieser Verzögerung schuld sind, schnellstens einsehen, daß das Landvolk eine Verschleppung der Angelegenheit nicht mehr erträgt" (in: BA Berlin, RLB-Pressearchiv, Bd. 5011, Bl. 15). An den Angriffen gegen Hans von Rohr-Demmin lassen sich gut die nie endenden Spannungen zwischen nationalsozialistischen und deutschnationalen Agrarpolitikern verfolgen, die durch den Streit um die Führung in der Agrarpolitik verursacht wurden. Vgl. dazu den Briefwechsel Darrés mit Parteigenossen in Pommern über von Rohr, abgedruckt in: Joachim Petzold, Großgrundbesitzer – Bauern – NSDAP. Zur ideologischen Auseinandersetzungen um die Agrarpolitik der faschistischen Partei 1932, in: Zeitschrift für Geschichtswissen-

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Graf Kalckreuth macht dann kurze Ausführungen über den zu erwartenden Vollstreckungsschutz. Dieser ist natürlich nur eine vorübergehende Erscheinung, eine Atempause, die für einige Monate Ruhe bringt. Innerhalb dieser Monate muß eine Umschuldung der gesamten Landwirtschaft in ganz Deutschland geschaffen werden. In welcher Form dies geschehen wird, ist heute noch nicht zu sagen. Die Frage kann aber bei der Höhe der heute auch im Westen vorhandenen Verschuldung kaum mehr gelöst werden, ohne daß währungspolitische Fragen dabei berührt werden. Die Osthilfe ist ein Beweis dafür, wie man es nicht machen soll. Wir haben von vornherein stets zum Ausdruck gebracht, daß es bei individueller Regelung zu Korruption oder zur Behauptung der Korruption kommen müßte. Die Entwicklung hat uns recht gegeben. Die einzige vernünftige Form der Umschuldung ist es, daß durch generelle Maßnahmen eine Lage geschaffen wird, in der man es der Leistung des einzelnen Betriebsinhabers überlassen kann, ob er sich behaupten kann oder nicht. Der individuelle Weg der Osthilfe ist unter Brüning infolge des sehr starken Einflusses der preußischen Regierung aus sehr durchsichtigen politischen Gründen gewählt worden. Wir müssen daraus jetzt lernen und nunmehr für ganz Deutschland zu einer generellen Regelung kommen, die bei gleichzeitiger Festschreibung der kurzfristigen Verschuldung die Gesamtbelastung begrenzt etwa auf einen angemessenen Prozentsatz des Einheitswertes.

[. . .][76]

Um 12.30 Uhr erscheint Herr Staatssekretär v. Rohr, lebhaft begrüßt, und macht längere Ausführungen über die soeben unterschriebene Verordnung über den Vollstreckungsschutz, welcher bis zum 31. Oktober ausgedehnt ist. Die Zwischenzeit muß ausgenutzt werden, um den großen Hugenberg'schen Entschuldungsplan[77] und andere agrarpolitische Pläne durchzuführen, denn der Vollstreckungsschutz als solcher kann natürlich nur ein Zwischenzustand sein.

Graf Kalckreuth dankt Herrn von Rohr für seine Ausführungen. Er begrüßt die nunmehr erlassenen Verordnungen über den Vollstreckungsschutz, die wenn auch nicht

---

schaft 29 (1981), S. 1128–1139, hier S. 1136ff. Noch am 29. 1. 1933 – einen Tag vor der Bildung des „Kabinettes der nationalen Konzentration" und eine knappe Woche vor der Einsetzung von Rohrs als Staatssekretär im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft am 4. 2. 1933 – schreibt Darré in der „NS-Landpost", von Rohr sei ein „reiner deutschnationaler Erzreaktionär". In: BA Berlin, RLB-Pressearchiv, Bd. 9285, Bl. 120a. Am 12. 9. 1933 wird von Rohr nach einer Aussprache mit Darré, der mittlerweile Minister für Ernährung und Landwirtschaft geworden war, in den Vorruhestand geschickt. Der nationalsozialistische Zeitungsdienst schickt an die Redaktionen einen Kommentar, in dem es u. a. heißt: „Wir haben des öfteren feststellen müssen, daß die Grundsätze, die Herr von Rohr vertritt, nicht geeignet sind, in einem nationalsozialistischen Staat Schule zu machen." In: Ebenda, Bd. 383, Bl. 7.

[76] Es folgen Erläuterungen Graf Kalckreuths und danach von Sybels zu Forderungen des RLB die Handelspolitik betreffend, insbesondere die Festsetzung der Agrarzölle und die Verhandlungen mit Schweden, Jugoslawien und den Niederlanden.

[77] Der „große Entschuldungsplan" für die Ostgebiete war von Hugenberg erstmals im Dezember 1930 in den Reichstag eingebracht worden. Bereits am 1. 2. 1933 kündigte er bei einem Treffen mit dem Präsidenten des RLB, Graf Kalckreuth, und dem Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrates, Dr. Brandes, an, diesen Plan als „Gesetzentwurf für die deutsche Landwirtschaft im Reichskabinett nach entsprechender Anpassung an die veränderte Lage zur Beschließung bringen" zu wollen. Vgl. „Deutsche Zeitung", 2. 2. 1933; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 74 (1933), S. 39: Erklärung des Reichswirtschaftsministers Hugenberg.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

100-, so doch 97-prozentig den Wünschen der Landwirtschaft entspricht und nun wirklich die ersehnte Ruhepause gibt, die zu den dringend erforderlichen Aufbaumaßnahmen ausgenutzt werden muß, damit nach Ablauf des Vollstreckungsschutzes die Landwirtschaft aus eigener Leistung und eigenen Produktionsergebnissen die Betriebe sicher fortführen kann. Unter allgemeinem Beifall dankt er Herr von Rohr dafür, daß er seine reichen Kenntnisse, seine große Arbeitskraft und Aktivität an maßgebender Stelle zum Dienst an der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung gestellt habe. Der Bundesvorstand hat diesen Entschluß freudig begrüßt und gebilligt.

[. . .][78]

[78] Es folgt die Besprechung des zweiten Tagesordnungspunktes: Verschiedenes (Graf Kalckreuth ermahnt die Landbünde, „Einzelvorstöße" bei „Reichs- und preußischen Zentralstellen" zu unterlassen; Termin der nächsten Sitzung).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

DAS TRANSCOOP-PROGRAMM

Die Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil (DAAK) vergibt in Zusammenarbeit mit der Alexander von Humboldt-Stiftung im TransCoop-Programm Zuschüsse für deutsch-amerikanische und/oder -kanadische Wissenschaftskooperation in den Geistes-, Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften.

Gefördert werden gemeinsame Forschungsprojekte zwischen promovierten Wissenschaftlern bzw. Forschergruppen der drei Länder. TransCoop-Projekte in den Geistes-, Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften mit einer Laufzeit bis zu drei Jahren können in der Regel einen Zuschuß bis zu DM 90000 erhalten. Voraussetzung ist, daß die amerikanischen und/oder kanadischen Partner in ihrem jeweiligen Land „Matching Funds" in Mindesthöhe der von deutscher Seite bewilligten Summe einwerben.

Aus den Projektmitteln können gegenseitige Forschungsbesuche bis zu drei Monaten, gemeinsame Tagungen und Workshops, Material- und Druckkosten sowie in begrenztem Rahmen auch wissenschaftliche Hilfskräfte finanziert werden.

Das Bewerbungsverfahren für TransCoop-Projekte, die frühestens im Juni 1998 beginnen können, endet am 15. Dezember 1997.

Stiftung Deutsch-Amerikanisches Akademisches Konzil
TransCoop-Programm
Jean-Paul-Str. 9
53173 Bonn
Tel.: 0228/95677-17/ Fax: 0228/95677-19
e-mail: lichdaak@alex.avh.uni-bonn.de

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Jochen Stelkens, The Overthrow of Walter Ulbricht in 1971.

Walter Ulbricht's overthrow in 1971 marks a turning point in the history of the German Democratic Republic. The leader of the SED, himself a veteran of many power struggles, became the victim of a „coup" which was organized by his successor Erich Honecker from within the „SED Politbüro" and by Moscow as well. In both instances, Ulbricht's economic policies and, particularly, his ideas on German policy met with rejection. After his fall, he did not admit to his mistakes, and at the *Politbüro* meeting held on October 26, 1971, the party leadership settled this score with his policies mercilessly. From then on Ulbricht was literally kept under surveillance becoming a prisoner of the closely controlled system he himself had helped to develop.

Anja Heuß, Sonderkommando Künsberg and the Theft of Art during the Second World War.

In 1940 the *Sonderkommando Künsberg,* an organisation within the German Foreign Office, was officially instructed to confiscate all files and documents relating to foreign affairs from enemy foreign ministeries and embassies and to transport these to Berlin. The purpose of this scheme was to use the material as „political" warfare. During the invasion of the Soviet Union all three German army groups were assigned a special task force whose primary goal was to reach Moscow and Leningrad together with the invading troops. Because these two cities had never before been conquered, the *Sonderkommando Künsberg* confiscated documents and books mainly in the Baltic States and in the Ukraine. A dispute over respective areas of responsibility arose between *Reichsleiter* Rosenberg and the special task force when it began to confiscate art collections in France and in the Soviet Union. Rosenberg managed to secure his claim on Jewish, Bolshevik and Masonic works of art. When the task force was disbanded in the fall of 1943, nearly half the material confiscated by the Sonderkommando had to be given to *Reichsleiter Rosenberg* and to the *Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete* respectively.

Gilad Margalit, Zigeunerpolitik after 1945.

Conflicts resumed between the German population and Gypsy survivors upon their return to German cities and villages after years of incarceration in camps during the Third Reich. Complaints by citizens and officials were soon made to the police and other authorities. For a short period, bureaucracy, painfully conscious of the heinous nature of National Socialist regulation of Gypsies, hesitated to deal with the situation. However, the former „Gypsy policy" of the Weimar Republic, which was still considered to be legitimate, was soon put into practice again. These attempts to incorporate discriminatory legislation against Gypsies was stopped by the Office of Military Government of the United States (OMGUS) and German officials who opposed any discriminatory measures against Gypsies. In 1953 Bavaria, under CSU and SPD leadership, was the only state which favored a milder form of the Weimar Republic „Gypsy policy". This law, however, was immediately abolished by OMGUS. The burden of Germany's National Socialist

VfZ 45 (1997)
© Oldenbourg 1997

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

past prevented other German states from passing further legislation against Gypsies. Nevertheless, the police and other authorities did not refrain from discriminating against Gypsies as such and, indeed, were collectively treated as delinquents.

Rolf Steininger, Great Britain and the Vietnam War in 1964/65.

1965 was the most crucial year during America's thirty year involvement in Indochina. President Lyndon B. Johnson basically led his nation into the war in Vietnam. At the same time Harold Wilson, the new British Prime Minister, made the war in Vietnam his primary personal objective; he wanted peace through negotiations. This paper shows the intense British efforts to arrive at a solution and demonstrates Britain's pragmatic approach. Great Britain considered America's situation as absolutely hopeless as early as the end of 1964. The essay also reveals how the administration in Washington, convinced the war could be won, tried to make this clear to the British in a haughty manner. Furthermore, the paper shows how the Johnson administration was willing to negotiate but only under US terms. Finally, although the Soviet Union was willing to negotiate, its problems with the Chinese proved to be an obstacle. By the end of 1965 the gloomy thought arose in the British Foreign Office that negotiations would achieve „precisely nothing".

Bert Hoppe, Documents on the Conflict between the *Reichslandbund* and the Schleicher Government during the Weimar Republic.

Toward the end of the Weimar Republic the period of rapidly changing presidential cabinets gave the *Reichslandbund* an opportunity to increase its influence on the policies of the *Reichsregierung.* By having direct access to the *Reichspräsident,* the agricultural lobbyists not only secured their vested interests, but also tried to influence Hindenburg to propose a coalition government made up of DNVP and NSDAP. The emerging conflict between the *Reichslandbund* and the Schleicher government became clear on January 11, 1933. The alleged cause for the charges by the agrarians against Schleicher was the question of government subvention of the highly indebted agricultural sector. In fact, however, the *Ostelbier* were not interested in finding solutions to this problem. The minutes of a meeting between members of *Reichslandbund* leadership, published here for the first time, give an inside view of the conflict and complement the already published *Akten der Reichskanzlei.* These minutes reveal how the „Reichslandbund", as an organisation dominated by the agrarians and instrumented by the NSDAP, sought to overthrow the Schleicher government from the very beginning with the hopes of replacing it with a cabinet of its own choice led by Hitler/Hugenberg.

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Jochen Stelkens, M.A., studiert Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte sowie Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Mannheim (Adelheitstr. 8, 67549 Worms); arbeitet über DDR-Geschichte und Walter Ulbricht.

Anja Heuß, M.A., Doktorandin an der Universität Freiburg, freie Mitarbeiterin der Jewish Claims Conference, Frankfurt a.M. (Am Nidderfeld 41 a, 61130 Nidderau); veröffentlichte u.a.: „Der Kunstraub der Nationalsozialisten. Eine Typologie", in: kritische berichte, Heft 2/1995.

Dr. *Gilad Margalit,* lehrt deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts in der Abteilung Geschichte an der Haifa Universität (Albert-Einstein-Str. 95, Haifa 34601, Israel); mehrere Veröffentlichungen über die deutsche Zigeunerpolitik und die deutsch-jüdischen Beziehungen vor und nach Auschwitz. Demnächst auf hebräisch: „Die Nachkriegsdeutschen und die ‚Zigeuner'. Die deutsche Haltung nach 1945 zu Sinti und Roma" (Jerusalem).

Dr. *Rolf Steininger,* Professor, Vorstand des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck (Innrain 52, A-6020 Innsbruck); veröffentlichte u.a.: „Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg" (Bonn 1979), „Die Stalin-Note vom 10. März 1952" (Bonn ^{3}1986), „Die Ruhrfrage 1945/46 und die Entstehung Nordrhein-Westfalens" (Düsseldorf 1988), „Wiederbewaffnung! Die Entscheidung für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag" (Erlangen 1989), „Deutsche Geschichte seit 1945 in vier Bänden" (Bde. 1 und 2, Frankfurt a.M. ^{2}1997), zusammen mit Michael Gehler (Hrsg.) „Österreich im 20. Jahrhundert", 2 Bde. (Wien/Köln/Weimar 1997).

Bert Hoppe, studiert Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin (Schulzestr. 26, 13187 Berlin); Veröffentlichung: „Verdrängte Geschichte. ‚Fremdarbeiter' in Gevelsberg 1940–1947" (Gevelsberg 1992).

Jahrgang 45 (1997), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1997_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte